FALTER Nr. 3a/17

Ökonomie

EINE KRITISCHE HANDREICHUNG

Politik und Propaganda des Privaten

Die Praxis öffentlicher und privater Interessen

Köpfe: Becker, Locke, Luxemburg, Mazzucato, Roosevelt …

Erscheinungsort: Wien P.b.b. 02Z033405 W Verlagspostamt: 1010 Wien laufende Nummer 2583/2017

blog.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W-Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung bringen kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

blog.arbeit-wirtschaft.at twitter.com/AundW facebook.com/arbeit.wirtschaft

Arbeit&Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB www.arbeit-wirtschaft.at

Editorial

Die Arbeit an dieser Ausgabe hat sich gezogen. Das Thema ist auch nicht einfach. Öffentlich/Privat, was wäre darunter zu verstehen? Das Verhältnis der Öffentlichkeit zu privaten Interessen zum Beispiel. Das ist schon insofern nicht ganz unkompliziert, als ÖFFENTLICHKEIT als die Versammlung von Privatleuten definiert werden kann.

Zweitens gibt es wohl in keiner anderen gesellschaftlichen Frage einen derart hohen Propagandadruck wie in dieser. Deswegen beschäftigt sich der erste Teil dieser Ausgabe auch mit den ideologischen Kräften, die hier wirken, und analysiert deren Funktionsweise. Immer wieder erstaunt einen, wie die Abwendung von öffentlichen und die Hinwendung zu privaten Interessen derart erfolgreich durchgesetzt werden konnte. Es ist PARADOX.

Eine Erklärung dafür liegt gewiss im staatlichen Versagen beim Management mancher öffentlicher Firmen und Einrichtungen (wobei vermutlich am ehesten der Einfluss politischer Parteien gemeint war). Versagen gibt es auch im privaten Bereich, und nicht zu knapp. Aber nur dem staatlichen Bereich wird es als systemimmanent vorgerechnet.

Das Erstaunen steigert sich, wenn man praktische Beispiele betrachtet. Ob man Wohnen, Pflege, Kinderbetreuung nimmt oder Verkehr, Bauwirtschaft und Bankwesen betrachtet – am PRIVATEN ist hier wenig genesen. Und doch regiert, wider alle Einsicht, in der Öffentlichkeit die gleiche alte Propaganda.

Nein, dieses Heft ist nicht neutral. Es kann als ein Stück Gegenpropaganda zum herrschenden ökonomischen Mainstream gelesen werden. Es behauptet, erzählt und argumentiert aber nicht nur, es liefert vor allem Fakten.

Es freut mich, dass auch in dieser Ausgabe eine große Zahl kompetenter und auch prominenter Autorinnen und Autoren das Thema von vielen Seiten ausleuchtet.

Unser Dank geht an die Arbeiterkammer Wien, mit deren Hilfe dieses Heft möglich wurde und deren Experten und Expertinnen dieses Heft mitkonzipiert und wie immer Beiträge und Kommentare geliefert haben.

ARMIN THURNHER

COVERILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Inhalt

I. Öffentliche Sphäre 5

Das Öffentliche Wo die Idee des Politischen herkommt, welche Karriere sie machte und wie wir es heute mit ihr halten. Ein Essay von Armin Thurnher 6

Schlanker Staat Was steckt hinter der diätetischen, asketischen Sprache, die dem Staat sein Fett nicht gönnt? Eine Analyse von Oliver Prausmüller 8

Lobbyismus Großkonzerne dominieren durch ihre Lobbying die Politik der Europäischen Union. Das öffentliche Interesse bleibt auf der Strecke. Ein Bericht von Alice Wagner 10

Streitgespräch Der Soziologe Jörg Flecker, die Ökonomin Eva Czernohorsky und der Ökonom Simon Loretz im Gespräch mit Josef Redl und Armin Thurnher über das Thema des Hefts 12

Markt und Staat Über das wechselhafte Verhältnis der beiden zueinander, über Interessen bei Privatisierungen und die immanente Gefahr der Korruption. Ein Essay von Robert Misik 18

Der Gegentrend Während gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten schrumpfen, profitieren wenige Private. Georg Feigl über die Kosten von Privatisierungen 20

Die Österreich AG Was blieb, nach all den Privatisierungen, von der „Firma Österreich", die die Zweite Republik erbaute? Mehr als man denkt, berichtet Barbara Tóth 22

Failed States Man muss den Staat nicht nur loben. Er kann auch scheitern und zur Diktatur werden. Gefährdet ist dabei weniger der Staat als die Demokratie. Von Raimund Löw 24

II. Praxis 27

Wohnen: Wien – Berlin Der Berliner Wohnexperte Philipp Mattern legt dar, warum Wien auf keinen Fall Berlin werden darf 28

Öffentlicher Raum Freiheit für alle, Freiheit für jene, die vom öffentlichen Raum profitieren, oder für alle beide? Darum wird gerungen, berichtet Maik Novotny 31

Energie: Strom und Gas Die schleichende Privatisierung. Der Konsens, dass Energie im öffentlichen Besitz sein soll, ist Geschichte. Der Verlierer: Österreich. Eine Analyse von Josef Thoman 34

Energie: Wasser Wie die Wasserwerke Karlsruhe gemeinsam mit einer europäischen Bürgerinitiative die Wasserversorgung aus einer EU-Richtlinie herausbrachten 35

Betreuungspflichten Österreich ist in der Familienpolitik mit angezogener Handbremse unterwegs. Die Betreuung von Kindern soll privat sein und doch öffentlich, stellt Sybille Pirklbauer fest 36

Flüchtlinge Professionelle Flüchtlingsbetreuer sind nur im Geschäft, solange es profitabel ist. Wer aber bewertet die Hilfeleistungen tausender Freiwilliger? Von Nina Horaczek 38

Verkehr Der öffentliche Verkehr hat im Zuge des Klimawandels eine neue, wichtige Rolle bekommen: er wird und muss ökologisch sein. Analyse von Sylvia Leodolter 40

PPP und BBB Die Mysterien des Private Public Partnership sind schnell erklärt: Public zahlt, Privat profitiert. Leonhard Plank berichtet über einige der spektakulärsten Fälle 42

III. Köpfe 45

Franklin Delano Roosevelt Stephan Schulmeister erinnert an FDR, den Präsidenten des historischen New Deal, und skizziert, welche Art von New Deal Europa jetzt braucht 46

Mariana Mazzucato Robert Misik beschreibt das Werk der Politologin, die eine Ehrenrettung des Staats betreibt. Staatliche Investitionen beflügelten etwa Silicon Valley 49

John Locke Alfred Noll porträtiert den englischen Philosophen der Aufklärung. Locke rechtfertigte das Eigentum und legte den Grund zum modernen Liberalismus 52

Rosa Luxemburg Klaus Dörre über die Irrtümer und das Visionäre an Rosa Luxemburgs Analyse: Sie nahm das Konzept vorweg, mit dem man Privatisierung beschreiben kann: die Landnahme 54

Gary S. Becker Karin Fischer über den Ökonomen, der das Konzept des Homo Œconomicus auf die Spitze trieb und den Begriff „Humankapital" popularisierte 56

Porträts Die Denkerinnen und Denker Diane Elson, Bob Jessop, Margit Schratzenstaller, Engelbert Stockhammer, Achim Truger und Brigitte Young in knappen Darstellungen 58

Bücher zum Thema Öffentlich/Privat 61

Impressum

Falter 3a/17 Herausgeber: Armin Thurnher **Medieninhaber:** Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H., Marc-Aurel-Straße 9, 1010 Wien, T: 01/536 60-0, F: 01/536 60-912, E: wienzeit@falter.at, www.falter.at

Redaktion: Josef Redl, Armin Thurnher **Herstellung:** Falter Verlagsgesellschaft m.b.H.; Layout: Raphael Moser; Lektorat: Helmut Gutbrunner, Daniel Jokesch; Geschäftsführung: Siegmar Schlager; Anzeigenleitung: Sigrid Johler **Druck:** Niederösterreichisches Pressehaus **DVR:** 047 69 86. Diese Beilage erscheint in Kooperation mit der AK Wien.

Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten.
Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.falter.at/offenlegung/falter ständig abrufbar

Autorinnen und Autoren

Informationen über Menschen, die an diesem Magazin mitgearbeitet haben

Romana Brait ist Referentin für öffentliche Haushalte in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und Mitglied im Vorstand des BEIGEWUM

Wolfgang Deinlein hat Geoökologie mit den Nebenfächern Wasser-/Umweltrecht studiert und arbeitet als Wasserexperte bei den Stadtwerken Karlsruhe

Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Georg Feigl ist Budgetexperte der AK Wien und unterrichtet an der WU Wirtschafts- und Finanzpolitik

Karin Fischer historische Sozialwissenschaftlerin, Abteilung Politik und Entwicklungsforschung, Institut für Soziologie, JKU Linz

Joseph Gepp war Redakteur beim Falter und ist es mittlerweile beim Profil; seine hier abgedruckte Rezension stammt noch aus seiner Falter-Zeit

Marion Großschädl Die Grafikerin des Falter gestaltete und betreute zahlreiche Seiten dieser Ausgabe, unter anderem jene, die Sie gerade lesen

Helmut Gutbrunner und seine Kollegen vom Lektorat begutachten die von der Redaktion abgegebenen Texte und merzen Fehler aus

P.M. Hoffmann ist Illustrator und regelmäßiger Mitarbeiter des Falter. Er illustrierte Essays und zahlreiche Beiträge in diesem Heft

Nina Horaczek Die Chefreporterin des Falter schrieb mehrere Bücher, zuletzt „Handbuch gegen Vorurteile". 2016 erhielt sie den Karl-Renner-Preis

Johannes Jäger ist Fachhochschulprofessor und Fachbereichsleiter für Volkswirtschaftslehre an der FH des bfi Wien

Sylvia Leodolter ist Ökonomin und Verkehrsexpertin sowie Leiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr in der AK Wien

Raimund Löw Berichtet für den ORF aus Peking, ist Autor zahlreicher Bücher und schreibt eine außenpolitische Kolumne im Falter

Markus Marterbauer leitet die Abt. Wirtschaftswissenschaft in der AK Wien, bloggt auf blog.arbeit-wirtschaft.at und kommentiert regelmäßig im Falter

Philipp Mattern ist Politikwissenschaftler, Redakteur bei der Berliner Mietergemeinschaft und Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung

Robert Misik ist Publizist und Autor zahlreicher Bücher, er schreibt eine Kolumne für die taz und bloggt unter misik.at

Raphael Moser Der Produktionschef des Falter Verlags hat diese Beilage gestaltet, produziert und in den Druck gebracht

Alfred J. Noll ist Rechtsanwalt in Wien und Autor zahlreicher Essays, Bücher und Fachartikel, zuletzt über Martin Heidegger und John Locke

Maik Nowotny studierte Architektur und Stadtplanung in Stuttgart und Delft, schreibt regelmäßig in Standard, Falter und Fachzeitschriften

Lukas Oberndorfer EU-Abteilung der AK Wien, er arbeitet zur europäischen Krisenpolitik und ihren Folgen für Demokratie & soziale Rechte

Sybille Pirklbauer ist Politologin und Mitarbeiterin in der Abt. Frauen – Familie in der Arbeiterkammer Wien mit Schwerpunkt ökonomische Themen

Leonhard Plank ist Betriebswirt und arbeitet am Department für Raumplanung der TU Wien zu Infrastrukturökonomie und Infrastrukturpolitik

Oliver Prausmüller ist Referent in der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien und Redakteur der Zeitschrift Kurswechsel

Josef Redl war Wirtschaftsjournalist beim Profil, ging zwei Jahre in die PR, kehrte zum Journalismus zurück und schreibt für den Falter

Miriam Rehm Referentin für Makroökonomie und Verteilung in der Wirtschaftswissenschaft der AK Wien; Lektorin an der WU Wien

Christa Schlager ist Referentin in der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien und Redakteurin der Zeitschrift Kurswechsel

Matthias Schnetzer Referent für Verteilungsfragen und Sozial- und Wirtschaftsstatistik in der AK Wien; Lektor an der WU Wien

Stephan Schulmeister Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Wifo, Buchautor von „Mitten in der großen Krise. Ein New Deal für Europa"

Tobias Schweitzer Referent für öffentliche Haushalte und Wirtschaftspolitik in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Josef Thomann ist Referent für Energiepolitik in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK, Redaktionsleiter von blog.arbeit-wirtschaft.at

Armin Thurnher ist Herausgeber und Chefredakteur des Falter, den er 1977 mit anderen gründete, und Autor zahlreicher Bücher

Barbara Tóth leitet die Ressorts Stadt- und Landleben beim Falter. Autorin zahlreicher Bücher, 2016 erhielt sie den Kurt-Vorhofer-Preis

Florian Wukovitsch ist Referent für ökologische Ökonomie und Umweltpolitik in der Abteilung Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien

Alice Wagner ist Referentin in der Abteilung EU und Internationales der AK Wien und Lektorin an der WU Wien und der FH bfi Wien

Sepp Zuckerstätter arbeitet bei der AK Wien zu Fragen der Lohnpolitik, der Einkommensverteilung und der Finanzmarktregulierung.

FOTOS: LISI SPECHT/AK WIEN, EEA, LEO NEUMUELLER, ARCHIV

Öffentliche Sphäre

I.

Es scheint ganz einfach zu sein. In jeder Gesellschaft gibt es das gemeinsame Interesse, in Würde und in Sicherheit zu leben, und die Demokratie hat ein Verfahren gefunden, das „Wie“ festzulegen. Durch Abstimmung. Nach öffentlichem Abwägen der Argumente entscheidet die größere Zahl der Stimmen. Sollte man meinen. Hier fängt der Streit schon an. Gleich wird es ideologisch, denn was Würde und Sicherheit ist, sagt der Private, das kann ich besser definieren als die dumme Mehrzahl der Öffentlichkeit. Der Staat, die öffentliche Sphäre, der wir unsere Souveränität übertragen haben, muss schlank sein, damit Private fett sein können. Wir erleben ein Hin und Her zwischen Markt und Staat, beide scheitern und reüssieren. Am Ende steht die Frage des Anfangs: Was ist da noch demokratisch?

SEITE 6–26

Öffentlich und privat, von Perikles bis Trump

Der Widerspruch lautet nicht „Staat versus privat“. Politisch wäre das Gegenteil von privat. Anmerkungen zur Geschichte von politischer Öffentlichkeit

ESSAY:
ARMIN THURNHER

Öffentlich oder privat – die Frage hat je nach dem Ort, an dem sie gestellt wird, eine andere Färbung. In Österreich klingt einem sogleich das Kampfwort des neueren Austrokonservativismus im Ohr. „Weniger Staat, mehr privat“ lautete der Titel eines Buchs von Wolfgang Schüssel und Johannes Hawlik aus dem Jahr 1983.

Selten wurde ein derart schlecht formulierter Slogan so populär. Man kann ein Eigenschaftswort nicht mit einem Hauptwort kontrastieren. „Weniger Bier – mehr Durst“ würde gehen, „Weniger Bier – mehr durstig“ geht keinesfalls. Aber wer hat schon Ohren, wenn der Augenschein trügt und die Ohren von einem Reim umschmeichelt werden?

Im Jahr 1983 verbündete sich konservativer Überdruss an der bereits 13 Jahre währenden Alleinregierung Bruno Kreiskys mit der generellen Staatsskepsis einer noch immer feudal durchwachsenen Mentalität. Die Staatsbürger fühlten sich noch als Untertanen, und so konnte man ein Zuviel an Staat, gemeint war vor allem der Einfluss politischer Parteien auf die Verwaltung, als jenes Problem identifizieren, das der Modernisierung im Weg stand.

Subjektiv war der Slogan, der den Staat gegen das Private stellte, mehr als verständlich. Er konnte – wie übrigens der Nationalsozialismus – mit einem antifeudalen Reflex rechnen. Der Staat, das waren die Autoritäten von Gottes Gnaden, deren Vorteil musste die Bevölkerung als dem eigenen diametral entgegengesetzt empfinden.

In dieses Gefühl mischte sich der Appell an Freiheit als Gegensatz zu staatlichem Zwang. Elemente von Überdruss am allgegenwärtigen Einfluss der politischen Parteien und am Missmanagement von Parteifunktionären kamen dazu. Apologeten der Freiheit setzten in der auf die unmittelbare Nachkriegsphase folgenden Zeit totalitäre Regime wie Hitlerfaschismus und Stalinismus ohne weiteres mit staatlichen Auswüchsen gleich. Das Programm Friedrich August Hayeks und der Mont Pèlerin Society richtete sich explizit gegen den Totalitarismus, implizit gegen den demokratischen Parteienstaat.

> ***Die Geschichte der Öffentlichkeit führt vom Raum der Polis, in dem die politisch handelnden Bürger in Erscheinung traten, zu den dubioseren Erscheinungen unserer Tage, die weniger das Gemeinwohl als vielmehr ihr eigenes Wohl im Auge haben***

Dieses Programm des Neoliberalismus machte sich also eine Verschiebung zunutze: Der Staat, auch der demokratische, wurde mit Totalitarismus gleichgesetzt. Ihm gegenüber stand die Freiheit, die der Private für sich dagegen als Recht beanspruchen musste.

Nur diese Freiheit konnte das ökonomische Interesse des Einzelnen garantieren, und zugleich stellte man dieses ökonomische Interesse als die Voraussetzung für die Freiheit aller dar. Nur in einem kaum geregelten, „freien“ Markt konnte ein Ausgleich der Interessen stattfinden.

Die Unterschiebung wird im stilistischen Ungeschick der Phrase „Weniger Staat – mehr privat“ sichtbar; trotz ihres Ungeschicks erweist sie sich bis heute als attraktiv und dominiert die Debatte und vor allem die Gefühle. Schwerer als das stilistische Missgeschick des Slogans fällt sein inhaltlicher Missgriff ins Gewicht.

Denn das Gegenteil von Privatheit ist nicht der Staat, das Gegenteil von privat ist politisch, ist öffentlich. Der Staat ist Herrschaft, Verfassung, Verwaltung, Macht, Zwang. In der neuzeitlichen absolutistischen Staatsidee wird angenommen, die Regierten gäben ihre Souveränität gleichsam in einem Vertrag an den absoluten Herrscher ab, damit dieser sie davor bewahre, einander die Köpfe einzuschlagen.

Diese delegierte Souveränität, wie Thomas Hobbes sie exemplarisch in seinem „Leviathan“ formulierte, wird schließlich zur Volkssouveränität, in der es keines absoluten Herrschers mehr bedarf, sondern nur eines oder mehrerer Bevollmächtigter; der gemeinsame Wille soll sich in der rätselhaften *volonté générale* herstellen, im Allgemeinwillen, in der „behaupteten Identität von Herrschenden und Beherrschten“, wie es der marxistische Politologe Franz Neumann formulierte.

So sah es der vorrevolutionäre Aufklärer Jean-Jacques Rousseau. Aber Rousseau wollte keine Repräsentation gelten lassen. Nur in einem übersichtlichen Gemeinwesen konnte sich jene Art der Souveränität verwirklichen, die ihm vorschwebte, die unmittelbare Souveränität. In dem Augenblick, da es einen Herrn gibt, schrieb er, gibt es keinen (Volks-)Souverän mehr.

Noch immer empfinden wir die Wählerschaft als „den Souverän“. Wir leben in einem demokratischen Zeitalter, da Repräsentanten demokratischer Staaten gewählt werden und sich dem Wahlvolk gegenüber verantworten müssen. Wir leben, um es in den Worten von Jürgen Habermas zu sagen, in einem politischen „Gemeinwesen, dessen Bürger sich reziprok die gleichen Rechte einräumen“ und diese Prinzipien in der Verfassung festgelegen.

ILLUSTRATION: P.M. HOFFMANN

Der Ort, in dem dieses reziproke Einräumen von Rechten stattfindet, ist die Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist jener Raum, in dem die Bürgerschaft in einen gleichberechtigten Diskurs miteinander eintritt. Das erste Mal begegnet uns dieser Raum in der griechischen Polis, jenem Modell demokratischer Öffentlichkeit, auf den sich alle Demokratien bezogen haben.

Politisch ist hier, wer sich in der Öffentlichkeit handelnd zeigt; der Bereich der Reproduktion und des Haushalts, der Lebensbedürfnisse ist der private Bereich. Der Gegensatz zum politischen Lebewesen ist der Privatmann, der Idiotes. Im Haus wurde nicht gehandelt, hier wurde gearbeitet, sagt Hannah Arendt in ihrer Beschreibung der Polis. Im Haus war der Mann der Herrscher. In der Agora, in der Öffentlichkeit der Polis, ließ er seine privaten Umstände hinter sich und wurde zum allen gleichen Bürger, der mit den anderen Bürgern über Maßnahmen und Gesetze verhandelte und die nötigen Beschlüsse fasste, für die er dann mit Leib und Leben einzutreten hatte.

„Denn wir allein halten denjenigen, der an den Angelegenheiten des Staates gar keinen Teil nimmt, nicht für einen stillen und ruhigen, sondern für einen unbrauchbaren Bürger", sagte Perikles in seiner berühmten Gefallenenrede, in der er die Vorzüge der attischen Demokratie schildert. Der politische Bereich der Griechen glich „einer immerwährenden Bühne, auf der es gewissermaßen nur ein Auftreten, aber kein Abtreten gibt" (Hannah Arendt). Diese Bühne und die dort beschlossenen Handlungen verliehen ihren Urhebern einen permanenten Erscheinungsraum, wie Arendt das nennt. Deswegen behauptete Perikles, die griechischen Demokraten würden keines Homers bedürfen, sie zu rühmen.

Politologe Franz Neumann (1900–1954): Demokratie als Hemmnis für den Griff der Wirtschaft auf den Staat

Philosophin Hannah Arendt (1906–1975): immerwährende Bühne der Öffentlichkeit der griechischen Polis

FOTOS: ARCHIV, WIKIPEDIA

Der Staat ist nichts anderes als jener Zustand (*status,* daher der Name), den die politische Macht annimmt. Im demokratischen Staat hängen wir der Ansicht an, die Gemeinschaft aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger kontrolliere diese Macht. Das tut sie oder sollte sie tun mithilfe der Öffentlichkeit, in der sie über das kommuniziert, was dem öffentlichen Wohl oder dem Allgemeinwohl am ehesten entspricht.

Wer Staat und privat als Alternativen gegenüberstellt, meint also, der öffentlich kontrollierte Staat sei von Übel und müssen durch einen von privaten Interessen kontrollierten oder besetzten Staat ersetzt werden. Das ist eine Machtfrage. Der Staat und private Interessen bilden keine Gegensätze, der Staat ist nur die Form, in der sich diese Interessen entfalten. Deswegen kann Demokratie mit Franz Neumann als ein „Hemmnis wirtschaftlichen Zugriffs auf den Staat" betrachtet werden.

Die Öffentlichkeit sollte jene Sphäre sein, in der darüber argumentiert, räsoniert und entschieden wird. Sie bringt Licht in jene dunklen Bereiche der Herrschaftsausübung, die im Feudalismus hinter den Türen von Kabinetten lagen. In den demokratischen Massengesellschaften, die nach Millionen, nicht nach Zehntausenden zählen, ist diese Bühne ausgedehnt; die Massenmedien repräsentieren die Bühne der Agora, aber sie können die kleinen Gemeinwesen nicht ersetzen. John Dewey, amerikanischer Demokrat und Philosoph, sah schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Gefahr einer erneuten Verdunkelung der Öffentlichkeit und behauptete, nur die lokale Gemeinschaft könne die Öffentlichkeit retten.

Wie auch immer: Fest steht, nur eine funktionierende öffentliche Sphäre kann für Gerechtigkeit und für das allgemeine Wohl sorgen. Nur sie kann politische Macht kontrollieren. Das Problem dabei: Die politische Bühne unterliegt längst eigenen Gesetzen. Es darf bezweifelt werden, ob sie noch jenen Anforderungen genügt, die wir an Öffentlichkeit und Demokratie stellen. In einer von PR gekauften, von bezahlter Intelligenz manipulierten, von Thinktanks zugerichteten Sphäre können wir auch in aller Öffentlichkeit beraubt, also privatisiert werden. Von neueren technischen Varianten algorithmisierter Kommunikation ganz abgesehen.

An die Stelle von öffentlichen, politischen Personen, die gemeinsam über das Allgemeinwohl, über das für die Polis Beste verhandeln, sind längst Leute getreten, die Politik dazu benützen, ihre privaten wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Diese Spezies erscheint uns nicht nur in der Gestalt von Menschen wie Donald Trump. Auch sozialdemokratische Führer verspielen ihre Glaubwürdigkeit, wenn man bedenkt, dass sowohl das Ehepaar Blair als auch das Ehepaar Clinton unvermögend waren, als sie ihre politischen Ämter erhielten; heute sind beide Paare Multimillionäre. Ihr privates Wohl hat sich bedeutend verbessert; was man von den Interessen der von ihnen Vertretenen im gleichen Zeitraum nicht behaupten kann. F

Eine fette Lüge

Sprache hat Macht. Ein Streifzug durch die Wort- und Bildpolitik der Rede vom „schlanken Staat“

TEXT: OLIVER PRAUSMÜLLER

Die Metapher vom „schlanken Staat“ lässt sich als bildhafte Übersetzung der rhetorischen Losung „Mehr Markt, weniger Staat“ und führender Motive einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verstehen. Zu diesen Motiven zählen auch das Privilegieren marktlicher Steuerungsmechanismen, die Zentrierung auf Standortpolitik und „außenwirtschaftliche“ Wettbewerbsfähigkeit sowie die Ablehnung einer aktiven Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess.

Die allgemeine Problemdiagnose, die in das Bild vom „schlanken Staat“ eingeht, ist zunächst schlicht: Es gebe grundsätzlich ein „Zuviel“ an Staat. Daran schließen Dekorationen wie etwa: Dieser sei „übergewichtig“ geworden, der Wandel des Staates vom „Lenker“ zum „Vollversorger“ lähme Wettbewerb und private Initiative, der „dicke Staat“ liege wie „Mehltau auf der Wirtschaft und den Taschen der Bürger“ – dieser Staat sei träge und es gebe einen „Reformdurchhänger“, wie es beispielsweise in der Begriffswelt des prominenten marktliberalen Think-Tanks „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ heißt.

Was sich im Ausgangsbereich der Metapher „schlanker Staat“ abspielt, ist also eine durchgängige Verkörperlichung des Staates. „Übergewichtige“ bis „verfettete“ Problemzonen werden überall dort attestiert, wo der Staat seine „wirklichen“ Aufgaben überschreitet. Wie eng diese begrenzt werden, lässt sich jedoch durchaus flexibel adaptieren: das „Herstellen von Ordnung“ und die „Sicherung von Eigentumsrechten“ gelten zwar in dieser Vorstellungswelt als Fixstarter. Auch leidet in diesem Zusammenhang ein als „ausufernd“ wahrgenommener Sozialstaat mit Bestimmtheit an „Übergewicht“. Doch die Frage, wie weit das „Abschlanken“ des Staates tatsächlich gehen soll, verweist zugleich auf unterschiedliche Grade der Radikalisierung innerhalb der Schlankheitsdoktrin.

So bestehen fortgesetzte Differenzen zwischen „ordoliberaleren“ und „marktradikaleren“ Ansätzen darüber, wie viel staatlichen Ordnungsrahmen es brauche, damit Markt und Wettbewerb letztlich „funktionieren“ können. Weitgehende Einigkeit lässt sich hingegen mit Blick auf zwei andere Aspekte ausmachen: Alles, was nicht durch das Nadelöhr von Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischem (Selbst-)Management passt, hat auf den Diätplan zu kommen.

Darüber hinaus gilt diese Form von Gewichtsabbau als Königsweg zu umfassender Attraktivität des Staates: für Unternehmen, die zwischen unterschiedlich „schlanken Staaten“ abwägen; für eine Bevölkerung, die aus der „Gesetzesflut“ und vor überbordender Bürokratie gerettet wird; oder für Anlegerinnen und Anleger, die keine gewichtigen Steuern auf ihre Gewinne zu erwarten haben. Der „Markt-Fitness-Kult“ des schlanken Staates korrespondiert hier gerade auch mit dem Ausrufen „harter“ Zeiten, in denen der „Gürtel enger geschnallt“ und Schluss mit einem „Leben über den Verhältnissen“ gemacht werden müsse.

> *Die radikalisierten Schlankheitsideale wenden sich nicht nur gegen den Körper des Staates, sie fordern auch dessen Bürgerinnen und Bürger auf, den Gürtel enger zu schnallen*

Politologin Eva Kreisky: Das neoliberale Regime über die Bäuche

Soziologe Reimer Gronemeyer: Verordnete Askese als Machterhaltung

Der Ausgangs- und der Zielbereich der Metapher vom „schlanken Staat“ fügen sich somit zu einem selektiven Deutungsrahmen zusammen, der Versatzstücke von Sozialstaats- und Bürokratiekritik mit einem umfassenden Bekenntnis zur Vorrangstellung marktkonformer Lösungen verbindet: Der schlanke Staat solle Schluss mit zu viel Einmischung in die Wirtschaft machen, solle aufhören, die Bevölkerung zu bevormunden, wir hätten – so ein wiederholtes Relativierungsmuster – „so viel Sozialstaat aufgebaut, dass er unsozial geworden ist“.

Wege der Kritik

Gegenüber diesen Wort- und Bildpolitiken sind vor allem diese drei Ansätze der Kritik anzutreffen.

Erstens werden durch die Metapher offensichtlich interessengeleitete Politiken zur Neuausrichtung des Staates mit dem Anschein der „Naturhaftigkeit“ versehen. Naturanalogien laufen hier prinzipiell Gefahr, notwendige politisch-demokratische Auseinandersetzungen zur Entwicklung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft auszublenden. So ist beispielsweise in der Metapher vom „schlanken Staat“ nicht nur angelegt, die einschneidenden Folgen des angestrebten Rückbaus sozialstaatlicher Leistungen für das Gros der Bevölkerung zu entnennen.

Mit der Rede von der Schlankheit werden Körpernormen naturalisiert, die Gegenstand kontroverser gesellschaftlicher Debatten sind. Dieser Einwand bleibt nicht bei dem Hinweis stehen, dass es sich bei „Schlankheit“ um ein zuvorderst gesellschaftlich konstruiertes Optimalitäts- bis Zwangsideal handelt. So macht etwa die österreichische Politikwissenschaftlerin Eva Kreisky in ihren Analysen den machtpolitischen Gehalt des gegenwärtig vorherrschenden „neoliberalen Regimes über die Bäuche“ deutlich. Denn die radikalisierten Schlankheitsideale wenden sich nicht nur gegen den Körper des Staates, sondern münden letztlich auch in die Aufforderung an die Staatsbürger und -bürgerinnen, den „Gürtel enger zu schnallen“ und ihr Leben „über den Verhältnissen“ einer Rosskur zu unterziehen.

Stichwörter sind hier zum Beispiel die Parallelen zwischen der forcierten Privatisierung sozialer Risiken und der starken Betonung von individuellem Fehlverhalten als Ursache für soziale Bedürftigkeit. Oder jene zwischen den Anforderungen permanenter „Abrufbarkeit“ für den Arbeitsmarkt und der permanenten Rastlosigkeit der „Trimm dich fit“-Kultur. Als ein zentrales, ehernes Motiv der Herrschaft über die Körper lässt sich mit diesem Kritikstrang zudem die ordnungspolitische Überhöhung der Askese herausstellen. Denn die – so der deutsche Soziologe Reimer Gronemeyer – „von oben verordnete Askese ist ein altes Instrument von Cliquen, um Wünsche kleinzuhalten, Disziplin durchzusetzen und Macht zu erhalten“.

Ein zweiter Kritikstrang betont die Konsequenzen des Sozialstaat-Abbaus des staatlichen Schlankheitsfanatismus. Dieser spricht zwar viel von den Aufgaben, die der Staat zu verabschieden habe, und suggeriert mit der Körperanalogie höhere Leistungsfähigkeit, größere Schnelligkeit und Wendigkeit durch geringeres Gewicht. Doch im Bild vom „Übergewichts-Abbau“ wird verdeckt, welche sozialen Mehrbelastungen und Umverteilungswirkungen damit entstehen.

Der vermeintliche „Speck“ verschwindet nach staatlichem Leistungsabbau nicht einfach. Probleme, die durch fehlende oder gekürzte Leistungen in der Gesundheitsversorgung bestehen, werden schlicht aus der öffentlichen Verantwortung bugsiert und privatisiert. Die tatsächlichen Kosten für die Bevölkerung steigen deshalb parallel zur Verschlankung des Staates. Nur für Spitzeneinkommen ergeben sich womöglich gegenüber abgabenfinanzierten staatlichen Leistungen tatsächliche Einsparungen – der Rest „zahlt“ im wahrsten Sinne des Wortes „drauf“.

Hier gilt es mit Blick auf den österreichischen Fall zu berücksichtigen: In Summe weisen die Staatsausgaben eine deutliche Umverteilungswirkung zugunsten unterer Einkommensschichten auf – somit werden auch diese bei staatlichen „Schlankheitsprogrammen“ für öffentliche Leistungen besonders getroffen.

Doch in Zusammenhang mit der schiefen Metapher vom „schlanken Staat“ wird nicht nur vielfach verschwiegen, wer die Hauptbelastungen der „Weg mit dem Speck“-Politik zu tragen hat. Dazu kommt, dass in solchen Diskursen zur „Sanierung“ öffentlicher Finanzen zugleich einnahmenseitige, an ökonomischer Leistungsfähigkeit orientierte Maßnahmen tabuisiert werden. Damit erfahren gerade auch die fehlenden Umverteilungswirkungen des österreichi-

FOTOS: PARLAMENTSDIREKTION/BILDAGENTUR ZOLLES KG/MIKE RANZ, REIMER GRONEMEYER

Muss wirklich alles raus? Am Ende erweist sich die Rede vom schlanken Staat als Mogelpackung

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

schen Steuer- und Abgabensystems eine Fortsetzung.

Was an sozialen Mehrbelastungen in der Mogelpackung „schlanker Staat" steckt, wird zudem insbesondere auch aus einer geschlechterkritischen Perspektive deutlich. Denn es sind im bestehenden gesellschaftlichen Machtgefüge vor allem Frauen, auf die beispielsweise die „Kosten" eingesparter Betreuungszeiten in den Spitälern und verlängerter Betreuungszeiten im Privathaushalt abgewälzt werden. So wird auch in diesem Zusammenhang vielfach unsichtbar gemacht, wer durch die Verschiebung von bezahlter „öffentlicher Zeit" hin zu unbezahlter „privater Zeit" eine zusätzliche Belastung erfährt.

Abwälzen sozialer Belastungen

Vor diesem Hintergrund lässt sich zuspitzen: Von einem „schlanken Staat" profitieren – wie gerade nicht geschlechtsblinde Budgetanalysen zeigen – zuvorderst reiche Männer. Bemerkenswert ist auch, dass sich gerade vermeintlich „dicke" Sozialstaaten vergleichsweise „souveräner" in der jüngsten Krise bewegt haben als sozial minimalisierte „Schlankstaaten". Indem der Staat in der Krise Einnahmenausfälle verzeichnet (im Abschwung sinken beispielsweise die Steuereinnahmen angesichts von weniger Beschäftigten) und seine Leistungen zugleich mehr in Anspruch genommen werden (bei steigender Arbeitslosigkeit steigen etwa die Ausgaben für Arbeitslosengeld), stabilisiert er automatisch die Wirtschaft, weil dadurch Einkommen von den öffentlichen Kassen in Richtung Haushalte geschoben werden. So weisen insbesondere auch keynesianisch inspirierte Forschungsarbeiten darauf hin, dass damit dazu beigetragen werden konnte, das drohende Abgleiten in eine Depression wie in den 1930er-Jahren zu verhindern.

Dieser Artikel ist eine aktualisierte Version eines Beitrags zum Buch „imagine economy. Neoliberale Metaphern im wirtschaftspolitischen Diskurs", hg. v. BEIGEWUM, 2012, Löcker Verlag

Schlank kann autoritär sein

Drittens gilt eine Kritik dem Trugschluss, Leerformeln wie „Mehr Markt, weniger Staat" tatsächlich mit einem Weniger an Regulierungsformen oder an staatlicher Zwangsgewalt gleichzusetzen. Liberalisierungen und Privatisierungen bedeuten keineswegs Bürokratieabbau. Vielmehr ist im Zuge dieser Maßnahmen vielfach ein Wildwuchs an neuen Regulierungsbehörden und privatisierter Rechtsprechung in der Form von Sonder-Schiedsgerichten für private Investoren zu verzeichnen. Dazu kommen die entdemokratisierenden Effekte, die von diesen neuen Regulierungsarchitekturen beispielsweise im Zuge des Abbaus parlamentarischer Kontrollrechte oder privilegierten Einflusskanälen für transnationale Konzerninteressen ausgehen.

Darüber hinaus werden auf internationaler Ebene marktzentrierte Regelwerke dazu genutzt, Verpflichtungen zur Liberalisierung von gesellschaftlich sensiblen Sektoren wie Gesundheit, Verkehr oder Wasserversorgung auf Dauer zu stellen (wie etwa im Rahmen von Freihandelsverträgen wie dem EU-USA-Abkommen TTIP oder avisierten internationalen Dienstleistungsabkommen TiSA). So braucht es auch einen geschärften Blick darauf, dass die staatliche Durchsetzung und Absicherung neoliberalglobalisierter Verhältnisse keineswegs auf einem pauschalen Abbau, sondern auf einem selektiv gewichteten Umbau des Staates fußt. Die Bezeichnung „Wettbewerbsstaat" weist hier nicht zuletzt darauf hin, wie stark bis autoritär der (vermeintlich) „schlanke" Staat gerade auch dann auftreten kann, wenn es um die Abwehr alternativer Vorstellungen zur Wettbewerbsfixierung geht.

Aushungern des Sozialstaats, Auffetten von wettbewerbsstaatlichen Machtapparaten, demokratiepolitischer Kahlschlag – statt diese Effekte zu benennen, vertuscht der „Schlanker-Staat-Sprech" gesellschaftliche Machtverschiebungen und verschärft gesellschaftliche Ungleichheit. F

Wenn Konzerne ein und aus gehen

Private bestimmen durch Lobbyismus die Politik der EU. Das öffentliche Interesse bleibt auf der Strecke

LOBBYKRITIK: ALICE WAGNER

Im Juli 2016 drang an die Öffentlichkeit, dass der ehemalige EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nur knapp nach Ablauf der 18-monatigen Stillhaltefrist einen bedeutenden Job bei Goldman Sachs International angenommen hatte. In dieser Rolle soll er nun auch als Brexit-Berater für die Investmentbank tätig werden. Bereits in der Vergangenheit waren mit Mario Draghi, Mario Monti und Peter Sutherland EU-Vertreter der allerhöchsten Ebene vor oder nach ihrer aktiven Politikerzeit für Goldman Sachs tätig gewesen.

Selbst EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker stufte den Jobwechsel seines „Freundes" Barroso mit dem Hinweis, es handle sich bei Goldman Sachs nicht um irgendeine Bank, sondern um einen Mitverursacher der Finanzkrise, als problematisch ein. Das von Juncker mit der Prüfung des Falles beauftragte Ethikkomitee übte zwar scharfe Kritik am Verhalten Barrosos, sah jedoch keine weiteren Sanktionen vor.

Als „schwingende Drehtüre" wird der fliegende Seitenwechsel zwischen Politik und Wirtschaft bezeichnet. Die Brüsseler NGO Corporate Europe Observatory dokumentiert, dass selbst in der kurzen 18-monatigen Abkühlphase schon neun von 26 Ex-Mitgliedern der scheidenden Barroso-Kommission neue Jobs bei oder in enger Verbindung zu Großkonzernen angenommen hatten. Selbst nach derzeit bestehenden Ethikregeln hätten die neuen Jobs von vier Ex-Kommissionsmitgliedern nicht genehmigt werden dürfen, da klare Interessenkonflikte bestanden. Für EU-Abgeordnete gibt es bislang – anders als in der Kommission – keine Abkühlphase nach Ausscheiden aus dem Amt.

Neben dem Drehtürphänomen können auch lukrative Nebenjobs eine Einflussmöglichkeit darstellen. Für EU-Kommissionsmitglieder sind Nebenjobs verboten, es bestehen Offenlegungspflichten für die Zeit vor der Amtsausübung.

Dennoch wurde nur wenige Wochen nach dem Barroso-Skandal im Rahmen der Bahamas-Leaks öffentlich, dass die frühere Kommissarin für digitalen Wandel Neelie Kroes vor und während ihrer aktiven Zeit als Kommissarin auch Direktorin einer Briefkastenfirma auf den Bahamas war, ohne dies offengelegt zu haben.

Schon zuvor war Kroes wegen Nichtoffenlegung früherer Lobbytätigkeiten für den Rüstungskonzern Lockheed Martin sowie für ihre Tätigkeiten für die Bank of America Merrill Lynch und den US-Carsharing-Dienst Uber nach ihrer aktiven Zeit als Kommissarin in der Kritik gestanden. Knapp vor Weihnachten veröffentlichte die Kommission ihre Entscheidung im Fall Kroes: In dieser argumentiert sie zwar einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex der Kommission, welcher der ehemaligen Kommissarin aber wegen Unkenntnis über das Fortbestehen ihrer Nebentätigkeit nicht zurechenbar sei. Somit wurden auch in diesem Fall keine weiteren Sanktionen vorgesehen.

Vor dem Hintergrund dieser Fälle stellt sich die Frage, welche Rolle Wirtschaft und Kapital in demokratischen Entscheidungsprozessen einnehmen. In welchem Ausmaß können Großkonzerne durch Jobs für Menschen, die aus der Spitzenpolitik die Seite wechseln, durch Lobbyingagenturen, Consultants, Thinktanks und Anwaltskanzleien die Gesetzgebung in ihrem Interesse beeinflussen? Ist es vor diesem Hintergrund notwendig, die Demokratie vor Lobbyismus zu schützen, weil sie ja dem öffentlichen Interesse dienen soll?

> *Bei 75 Prozent aller Lobbytermine mit der EU-Kommission wurde für Unternehmen lobbyiert; bei Gesprächen, die das Handelsabkommen TTIP betrafen, waren es sogar 88 Prozent. Für die Zivilgesellschaft blieben gerade einmal acht Prozent der Gesprächstermine*

Ex-EU-Kommissarin Neelie Kroes: Briefkastenfirma blieb ohne Sanktionen

Ex-Kommissionspräsident José Manuel Barroso: wechselte zu Goldman Sachs, wurde kritisiert, aber ohne Folgen

Colin Crouch hat in seinem gleichnamigen Buch aus 2003 resümiert, durch die enge Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft habe die Demokratie Schaden genommen und wir befänden uns im Stadium der „Postdemokratie". Postdemokratie zeichnet sich dadurch aus, dass die Demokratie zwar formal und rechtlich abgesichert (etwa durch freie Wahlen, Rechtsstaat, Bürgerrechte), aber real stark geschwächt ist, da Entscheidungen nur mehr von kleinen politischen und wirtschaftlichen Eliten gefällt werden und Politik vor allem im Interesse der Wirtschaft tätig ist. Die Europäische Union ist für Crouch ein perfektes Beispiel für Postdemokratie: Sie hat ein hervorragend ausgebautes EU-Parlament und dennoch werden wesentliche Entscheidungen außerhalb dieses Forums gefällt.

Das Ausmaß des Lobbyings in der EU wurde der Öffentlichkeit im Detail erst durch die Transparenzschritte der vergangenen Jahre bewusst. Beinahe 11.000 Organisationen, vertreten durch mehr als 25.000 Personen, sind derzeit in das freiwillige EU-Transparenzregister eingetragen. Die Zahl der in Brüssel tätigen Lobbyisten ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Im Vergleich: Die OpenSecrets-Datenbank weist für die USA für das Jahr 2016 deutlich weniger, nämlich etwas mehr als 10.000 eingetragene und aktive Lobbyisten aus, wobei sich allerdings die Lobbyingdefinitionen in der EU und in den USA wesentlich unterscheiden.

Die Kritik am Lobbying weist seit Jahren auf die Übermacht der Konzerne beim Lobbying in der EU hin. Schon ein Blick ins EU-Transparenzregister zeigt, dass die weitaus größte Gruppe der Einträge auf Unternehmen und deren Verbände fällt. Wie drastisch das Missverhältnis ausfällt, wird bei einer direkten Gegenüberstellung von Arbeit- und Wirtschaftsinteressen augenscheinlich: Eine Auswertung der Transparenzregisterdaten durch die Arbeiterkammer ergab bei einem direkten Vergleich der in Brüssel vertretenen Gewerkschaften mit den ihnen gegenüberstehenden Unternehmen und Verbänden ein Verhältnis von mehr als 1:50. Bezieht man in diese Berechnung auch noch Beratungsfirmen, Anwaltskanzleien und professionelle Lobbyisten ein, ergibt sich sogar ein Verhältnis von mehr als 1:65.

Zwar muss eine Übermacht an eingesetztem Personal und Finanzen nicht automatisch auch dazu führen, dass die eigenen Forderungen auch durchgesetzt werden. Doch ist die Geschichte der Europäischen Union seit mehr als drei Jahrzehnten gekennzeichnet von der Einflussnahme der Interessen der Wirtschaftslobbys und deren Umsetzung in der Gestaltung der EU. Schon seit Beginn der 1980er-Jahre wurde etwa die Ausgestaltung des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion, der EU-Handelspolitik und wichtiger transeuropäischer Verkehrsprojekte stark durch den European Round Table of Industrialists geprägt, einen Zusammenschluss von Vorstandsvorsitzenden Europäischer Großkonzerne.

Aufgrund jahrelanger öffentlicher Kritik und zahlreicher Lobbyskandale legt die Europäische Kommission seit Dezember 2014 sämtliche Lobbytermine auf höchster Kommissionsebene offen. Laut kommissionseigenen Angaben wurde bei 75 Prozent der Treffen für Unternehmen lobbyiert. Business Europe führt diese Liste mit 138 Treffen auf höchster Kommissionsebene an, gefolgt von Google mit 124 Treffen. Weitere große Konzerne und deren Vertretungen finden sich ebenfalls an vorderer Stelle der Liste, etwa Airbus, Microsoft, American Chamber of Commerce, Deutsche Telekom und IBM. Selbst die derzeitigen Offenlegungspflichten greifen jedoch zur kurz, da nur die höchste Verwaltungsebene der Kommission (Kommissare und Kommissarinnen, deren Kabinette sowie Generaldirektionen) erfasst sind.

Die Brüsseler NGO Corporate Europe Observatory hat 597 Lobbygespräche zum Freihandelsabkommen TTIP analysiert. Ergebnis: 88 Prozent der Gespräche wurden mit Konzernlobbygruppen geführt. Auf Organisationen der Zivilgesellschaft fielen nur acht Prozent der Termine.

Termine mit der Beamtenschaft der Kommission sind von besonderer Bedeutung, da die Kommission das alleinige Initiativmonopol in der EU-Gesetzgebung hat. Eine der Grundregeln erfolgreichen Lobbyings auf europäischer Ebene ist, die eigenen Forderungen möglichst frühzeitig in die Entscheidungsprozesse einzubringen. Große Aufmerksamkeit erfuhren daher die im Vorfeld der Gesetzgebung eingesetzten Expertengruppen der Kommission, die ebenfalls oftmals von Wirtschaft, Finanz und Industrie dominiert sind. So wurde eine 2015 errichtete Gruppe zum Abbau von Schiefergas zu 70 Prozent mit Experten besetzt, die eine direkte Verbindung zur Frackingindustrie hatten.

Auch jene Expertengruppen in der Generaldirektion Binnenmarkt, welche seit den 1990er-Jahren die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen vorantrieben, waren zu 80 bis 100 Prozent mit Experten der Finanzindustrie besetzt. Selbst nach der Finanzkrise, als es darum ging, eine europäische Antwort auf die Krise zu formulieren, änderte sich kaum etwas an der Besetzungspolitik der Kommission. In diesem System hat es auch die Automobilindustrie geschafft, strengere Abgaswerte und strengere Kontrollsysteme seit den 1990ern zu verhindern, zu verwässern und zu verzögern. Selbst nach Öffentlichwerden seines Abgaswerteskandals durfte der Volkswagen-Konzern weiterhin im Rahmen der Expertengruppen für die Kommission tätig sein.

Auch im Europäischen Parlament publizieren lediglich einzelne engagierte Abge-

FOTOS: AFP (2)

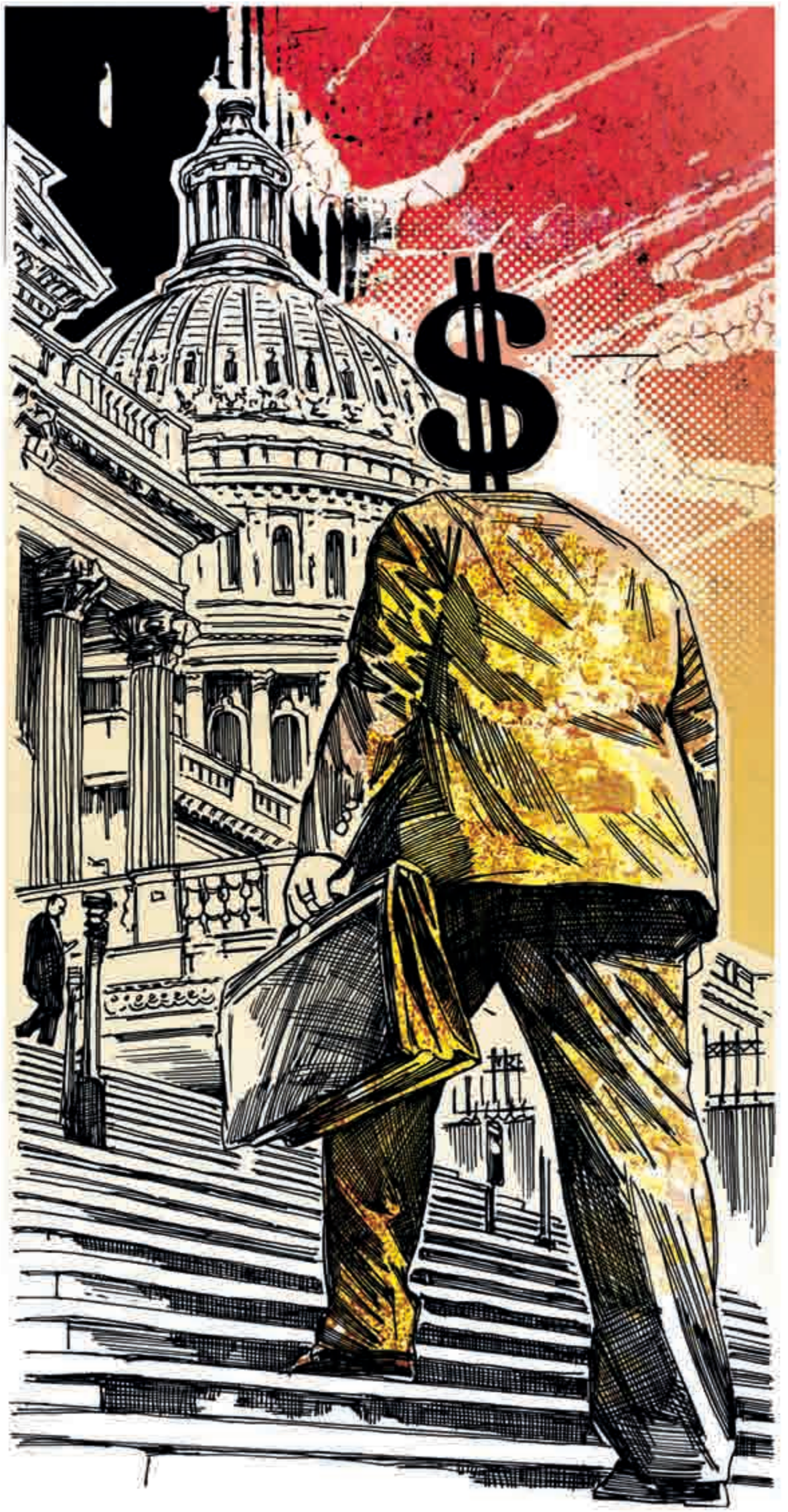


ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

ordnete freiwillig im Internet, mit welchen Lobbyisten und Interessenvertretern sie sich zu welchen Themen austauschen. Eine verpflichtende Offenlegung nach einheitlichen Regeln gibt es bislang nicht.

Der grüne Abgeordnete Sven Giegold legt Termine mit Lobbyisten freiwillig offen. Er hat 2015 einen Entwurf für einen EP-Initiativbericht für Transparenz, Integrität und Verantwortlichkeit in den EU-Institutionen vorgelegt, welcher unter anderem die Forderung nach einem legislativen Fußabdruck enthält. Alle, die in Kommission, Europäischem Parlament und Rat an einem EU-Gesetzesvorhaben mitschreiben, müssten demnach ihre Treffen mit Lobbyisten sowie von diesen unterbreitete konkrete Vorschläge, insbesondere Abänderungsanträge, im Internet veröffentlichen.

Die Transparenzschritte der letzten Jahre verdeutlichen einen weiterhin blühenden Lobbyismus, haben es bislang aber nicht geschafft, die Dominanz der Großkonzerne in Brüssel zurückzudrängen. Maßnahmen wurden oft nur halbherzig gesetzt, etwa die Schaffung eines freiwilligen anstatt eines verpflichtenden Lobbyregisters oder der Offenlegungspflicht von Lobbyterminen nur für die allerhöchste Verwaltungsebene. Ein Vorschlag für ein überarbeitetes (nach wie vor freiwilliges) Lobbyregister soll 2017 zwischen den EU-Institutionen vereinbart werden.

Der vorliegende Vorschlag brächte Verbesserungen bei der Kontrolle der Einträge und würde im Fall der Nichteintragung Lobbyisten den Zugang zu Entscheidungsträgern erheblich erschweren. Jedoch sieht der Vorschlag auch eine Verwässerung der Definition von Lobbying vor, wodurch zu befürchten ist, dass zahlreiche Consultants, Thinktanks und Anwaltskanzleien sich in Zukunft nicht mehr zur Eintragung aufgefordert fühlen.

Auch für das Verhalten auf europäischer Spitzenebene bedürfte es strengerer Regelungen, etwa der Einführung des genannten legislativen Fußabdrucks. Nach dem Barroso-Skandal hat Kommissionspräsident Juncker angekündigt, die Abkühlphase für Kommissionsmitglieder von 1,5 auf zwei Jahre (bzw. drei Jahre für ehemalige Kommissionspräsidenten) zu verlängern. Auch dies ist eine eher zögerlich anmutende Maßnahme. Anstatt des jetzigen von der Kommission ernannten Ethikkomitees, welches bislang noch kaum einem Seitenwechsel in die Privatwirtschaft widersprochen hat, bräuchte es ein wirklich unabhängiges Komitee, das scharf über Interessenkonflikte wacht.

Ähnliches gilt für das „Beratungs"-Komitee im Europäischen Parlament. Zudem wären auch für EU-Abgeordnete eine Abkühlphase und ein Verbot, zumindest aber eine Beschränkung von Nebenjobs zu diskutieren. Zwar könnte das noch keinen Politikwechsel in Brüssel bewirken, jedoch wären es wichtige Bedingungen, um die europäischen Entscheidungsprozesse aus dem Klammergriff der Großkonzerne zu lösen und Entscheidungen im Allgemeininteresse zu ermöglichen. F

„Der Staat hat immer eine Rolle“

Privat oder Staat, lautet so die Frage? Ein Gespräch über Arbeitsmarktpolitik, Unternehmergeist und Menschenwürde

INTERVIEW: JOSEF REDL, ARMIN THURNHER

Gehen ein Ökonom, eine Politikwissenschaftlerin und ein Soziologe in eine Bar - so könnte ein Witz beginnen. Oder eine Diskussion über die fließenden Grenzen zwischen Markt und Staat, öffentlich und privat.

Die Diskussionsrunde in der Bar des Hotel Intercontinental in Wien

FOTO: KATHARINA GOSSOW

Falter: *Versuchen wir zu Beginn, ein paar Dinge außer Streit zu stellen. In welchen Bereichen braucht es unbedingt staatlichen Eingriff, welche sollten dem Markt überlassen werden?*

Simon Loretz: Prinzipiell sollte der Staat aus ökonomischer Sicht dorthin, wo es kein Angebot durch den Markt gibt. Und ganz große Bereiche, die der Staat machen sollte, sind etwa die öffentliche Sicherheit, gewisse Umverteilungen innerhalb der Gesellschaft und eine soziale Absicherung. Vielleicht nicht mehr ganz so relevant als Land in der Europäischen Union: Rechtssicherheit und Grenzsicherung. Das ist im Prinzip eine Staatsaufgabe, die man international machen kann. Wo man sich besser raushalten sollte, sind die Bereiche, die der Markt selber anbieten kann. Es macht wenig Sinn, wenn der Staat ganz normale Güter produziert. Etwa die Stahlindustrie wieder zu verstaatlichen erachte ich nicht als wirklich sinnvoll. Dann gibt es so Zwischendinge: prinzipiell marktfähige Güter, die für das tägliche Überleben notwendig sind. Da muss der Staat schauen, dass sie auf jeden Fall angeboten werden: Infrastruktur, Wasser, Heizung, Strom, Gas. Das kann er entweder selber machen oder er muss es so stark reglementieren, dass gewährleistet ist, dass jeder Zugang hat.

Eva Czernohorszky: Ich bin in der Wirtschaftsagentur für das Thema Technologie und Innovation zuständig. Wenn ich mir in Wien Firmen anschaue, die innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln, stelle ich fest, dass es gar nicht möglich ist, zu definieren, bis wohin der Staat zuständig ist und ab wann der Markt. Es muss gemeinsam sein. Mariana Mazzucato ist jetzt in aller Munde. Sie hat anhand des iPhones so schön nachgezeichnet, dass es private Innovationen nur geben kann, weil der Staat in Forschung investiert. Forschungsergebnisse werden von Privaten aufgegriffen und in Geschäftsmodelle übertragen. Da ist man sich auch einig, dass es den Entrepreneur braucht, der Innovationen wirklich auf den Markt bringt. Aber auch in dieser Phase werden öffentliche Förderungen investiert, um die Phase der Produktentwicklung zu unterstützen. Nicht zuletzt kommt der Staat wieder ins Spiel, wenn es darum geht, Produkte auch zu implementieren. Ein Viertel der Produkte, die in Österreich entwickelt werden, adressieren auch den Staat als Markt.

Zum Beispiel?

Czernohorszky: Otto Bock ist Weltmarktführer bei der Herstellung von Prothesen und arbeitet daran, sie intelligent zu machen, sodass man auch mit der Prothese eine körperliche Wahrnehmung hat. Muskelgruppen werden trainiert, die die Finger der Prothese über einen elektrischen Impuls steuern können. Die dahinterliegende Forschung kommt von der Medizinischen Universität Wien. Dort gibt es ein Christian Doppler Labor unter der Leitung von Professor Assmann. Da gibt es also schon bei der Produktentwicklung eine sehr starke Verbindung mit dem Staat. Letztlich übernimmt der Staat in der Regel die Kosten für die Prothese, weil das bei uns etwas ist, wofür der Staat aufkommt. Ein ganz anderes Beispiel ist das Thema Begrünung von Fassaden. In Wien wird viel darüber diskutiert. Gerade, wenn die Bebauung dichter wird, ist die vertikale Begrünung eine Möglichkeit, Pflanzen in der Stadt zu haben und damit die Luftgüte zu verbessern. Gleichzeitig hat das nachweislich einen guten Isolationseffekt, im Winter wärmedämmende und im Sommer kühlende Effekte. Eine kleine, metallverarbeitende Firma in Wien hat diesen Trend aufgegriffen und ein System entwickelt, wie man Fassaden mit Pflanzen ausstatten kann. Das Unternehmen hat mit der Boku zusammengearbeitet und die Expertise genutzt, welche Pflanzen auch robust genug sind, um das auszuhalten. Die erste Installation dieses Systems hat die Firma an einem Gebäude der Stadt Wien gemacht.

Die Zentrale der MA 48 am Margaretengürtel.

Czernohorszky: Genau! Damit konnte die Firma beweisen, dass es funktioniert. An dem Beispiel sieht man, dass es den Staat an so vielen Ecken und Enden braucht, damit eine Innovation wirklich ins Leben kommt. Und trotzdem werden wir jetzt nicht alle Produkte als Staat entwickeln. Darüber denkt ohnehin niemand nach. Aber es zeigt, wie wichtig das Zusammenspiel ist und dass man nicht sagen kann, bis dahin der Staat und dann der Private.

Das klingt jetzt alles sehr harmonisch!

Jörg Flecker: Vielleicht darf ich die Harmonie ein bisschen stören! Wenn man es aus einer soziologischen und historischen Perspektive betrachtet, ist das Verhältnis völlig offen. Was wie organisiert wirkt, hängt vollständig von historischen Entwicklungen und gesellschaftspolitischen Entscheidungen ab. Und wenn man es auf die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen einschränkt, hat man immer noch mehrere grundsätzliche Möglichkeiten: Die Verteilung auf Gegenseitigkeit, also sozialen Tausch, wie in Familien oder Stammesverbänden zu organisieren oder aber als Umverteilung, bei der eine zentrale Instanz etwas einhebt und dann die Güter und Dienstleistungen wieder verteilt. Schließlich kann man für die Verteilung einen Markt einrichten. Und dazwischen gibt es verschiedenste Mischungsverhältnisse. Es ist nichts zwingend not-

wendig, sondern wurde immer gesellschaftspolitisch entschieden. Je nachdem, welche gesellschaftspolitischen Zielsetzungen man anlegt, kommt natürlich etwas anderes dabei heraus. Wie wichtig ist privates Eigentum? Wie wichtig ist private Gewinnerzielung? Wenn eine Gesellschaft das für besonders wichtig erachtet, wird man möglichst viel dem Markt überlassen. Wenn man andere Prioritäten hat, wenn man Gleichheit in der Gesellschaft oder gesellschaftlichen Fortschritt höher wertet als das Gewinnziel, so kommt eine andere Relation dabei heraus. Aber ich würde zustimmen, dass Funktionen wie Infrastruktur, die wohlfahrtsstaatlichen Funktionen, die hoheitlichen Funktionen jene sind, wo es besondere Gründe gibt, warum sie in staatlicher Hand sein sollen. Für wohlfahrtsstaatliche Leistungen gibt es aber auch einen sehr starken dritten Sektor: Non-Profit-Organisationen übernehmen sehr viel. Das ist also nicht notwendigerweise staatlich im engeren Sinn. Außerdem gibt es mehrere staatliche bzw. öffentliche Ebenen, wie etwa die Gemeinden beispielsweise.

Privat ist nicht immer Markt und öffentlich ist nicht immer Staat.

Flecker: Ja, da gibt es diese Zwischenbereiche. Eine private Non-Profit-Organisation oder eine private Forschungsinstitution ist nicht öffentlich, aber auch nicht gewinnorientiert. Und Markt muss auch nicht kapitalistischer Markt heißen. Profitorientierung und Kapitalverwertung müssen nicht das Ziel sein. Ein Markt kann auch funktionieren, ohne dass es Privateigentum am Kapital gibt. Wir haben derzeit eine kapitalistische Marktwirtschaft. Wenn wir über öffentlich und privat sprechen, sprechen wir über Staat, den dritten Sektor und über kapitalistisches Privateigentum, kapitalistische Unternehmen, die aus Profitinteressen bestimmte Branchen bedienen.

Sie haben sich mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beschäftigt. Wo hat eine Privatisierung Vorteile gebracht, wo nicht?

Flecker: Für Europa kann man sagen, dass die Privatisierung in dem Bereich – also zum Beispiel Elektrizität, Telefon, Wasser, Verkehrsdienstleistungen, Gesundheitsdienstleistungen – nicht unbedingt von Nutzen für die Bürger war. Das Argument war immer, dass mehr Wettbewerb entsteht, wodurch der Preis sinkt und Innovationen zustande kommen. Was wir gesehen haben: Kurze Zeit steigt der Wettbewerb, aber man hat sehr bald eine Monopolisierung. Es bleiben wenige große Unternehmen in einem Markt übrig, dadurch können die den Preis wieder anheben. Im Gesundheitswesen picken sie sich die Profit versprechenden Teile und Leistungen heraus. Der Rest muss wieder von der Öffentlichkeit getragen werden. Darüber hinaus haben wir das Problem, dass bei Infrastrukturen wie dem Telefon letztlich bei einer Firmenpleite wieder der Staat einspringen und diese Netze betreiben muss, weil alle sie brauchen.

Es gibt die Ideologie, privat ist besser und man muss nur liberalisieren und mehr Wettbewerb herbeiführen, dann wird alles besser funktionieren. Und eigentlich ist der Staat der Inbegriff von Unfreiheit, der sozusagen den Fortschritt hemmt. Diese gedankliche Auseinandersetzung steht über der gesamten Debatte.

Loretz: Die genannten Bereiche sind klassische Beispiele dafür, dass der Staat eingesprungen ist, weil der Wettbewerb am Markt nicht gut funktioniert hat. Infrastruktur ist ein sehr klassisches Beispiel. Eine Eisenbahntrasse zu bauen ist ein typisches Monopol. Es rentiert sich nicht, eine zweite Trasse daneben zu bauen.

Trotzdem wurde die Bahn in Großbritannien privatisiert und damit ist man auf die Nase gefallen.

Es diskutieren (von links nach rechts):

Josef Redl
Wirtschaftsredakteur des Falter

Armin Thurnher
Chefredakteur und Herausgeber des Falter

Simon Loretz
Ökonom und Experte für öffentliche Finanzen am Institut für Höhere Studien (IHS)

Eva Czernohorszky
Politikwissenschaftlerin und Leiterin der Abteilung Technologie-Services der Wirtschaftsagentur der Stadt Wieb

Jörg Flecker
Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Wien

Czernohorszky: Aber sie haben nicht darauf gewartet, dass irgendjemand privat anfängt, Schienen zu bauen.

Aber nachdem sie da waren, hat man das Bahnwesen privatisiert und hat die Privatisierung wieder rückgängig gemacht!

Czernohorszky: Aber Sie haben eh niemanden eingeladen, der die Meinung vertreten würde, dass das von den Briten gescheit war! Oder?

Loretz: In Großbritannien war die Privatisierung nur mehr der letzte Dominostein, der das Ganze zum Umfallen brachte. Man hat die britische Eisenbahn ja schon in den 60er-Jahren ausgehungert mit einem Verkehrsminister, der aus der Automobilbranche kam.

Also da gab es zuerst keinen Markt, dann ein Staatsversagen im Betreiben der Infrastruktur und dann ein Marktversagen nach der Liberalisierung, oder?

Loretz: Ja.

Czernohorszky: Dann ist der Staat wieder gefordert.

Loretz: Eine Liberalisierung kann zumeist nur dann funktionieren, wenn man klare Regeln setzt. Ein Beispiel wäre, den Strommarkt zu liberalisieren und dann bildet sich wieder ein Monopol, dann haben wir wieder ein Marktversagen. Deswegen gibt es ja auch so etwas wie Antimonopolkommissionen, um das zu vermeiden.

Czernohorszky: Das ist die zweite wichtige Rolle des Staates: die Regulierung. Das ist alles andere als eine triviale Aufgabe.

Loretz: Der Staat kann sich einhundert Prozent einmischen, indem er eine Aufgabe komplett selbst übernimmt und ohne Nachfragen nach bestem Gewissen handelt. Oder er kann sich einmischen, indem er reglementiert. Oder es gibt eine Pflicht, dass jeder bedient werden muss. Oder er greift

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

nur ein, sodass es genug Wettbewerbe gibt, und verbietet große Fusionen. Es gibt eine große Bandbreite für das Ausmaß staatlicher Eingriffe.

In welchen Bereichen ist Liberalisierung besonders erfolgreich und in welchen nicht?
Loretz: Die Güterproduktion ist jedenfalls erfolgreich. Ich sehe nicht wirklich ein, warum der Staat anfangen muss, Kleidungsstücke zu produzieren. Wenn wir sagen, wir wollen nicht mehr chinesische T-Shirts kaufen, muss der Staat nicht anfangen, Kleidungsstücke bei uns zu produzieren.
Czernohorszky: Aber reguliert wird auch die Güterproduktion trotzdem vom Staat. Beispielsweise, indem Zertifizierungen vorgeschrieben werden, um sicherzustellen, dass keine gesundheitsgefährdenden Produkte auf den Markt kommen. Ich kann deshalb nichts mit diesem „Ganz oder gar nicht"-Bild anfangen. Denn der Staat hat immer eine Rolle. Er kann etwas selbst übernehmen oder regulieren, wie es gemacht wird.

Er kann fördern, besteuern.
Loretz: Anders verteilen.
Czernohorszky: Er kann es kaufen.

Steckt da vielleicht eine ideologische Absicht dahinter, weil man diese Frage so zuspitzt, und wir machen uns da quasi zu Werkzeugen der Zuspitzung Entweder-oder?
Flecker: Das würde ich mit Ja beantworten. Es ist ja die Frage, wer ist der Staat. Da sehen wir ja auch die verschiedensten Mischformen, wie gesellschaftliche Interessen über staatliche Entscheidungen dann gesellschaftliche Entwicklungen anstoßen. Wenn wir uns jetzt unser Nachbarland Ungarn anschauen: Die kopieren, was die Putin-Administration in Russland macht. Das ist eine Vermischung von Staat und Privatwirtschaft, wo Oligarchen sich ihre Bereiche über staatliche Autorität sichern und umgekehrt: Die politischen Akteure schicken jemanden von diesen Oligarchen wieder in die Wüste, wenn er politisch unliebsam ist. Da ist der Staat ja auch gekapert. Und umgekehrt. Da wird es dann schwer, auseinanderzuklauben, was daran staatlich und was privat ist.

Zwischenzeitlich könnte man fragen, wo es einen Staat gibt, der noch funktioniert. Jetzt schaue ich in die USA und werde auch traurig, wenn Sie Oligarchen erwähnen.
Loretz: Es gibt keinen Vorzeigestaat, wo man sagt, da funktioniert alles. Es gibt auch unterschiedliche Präferenzen. Manche Leute wollen viel mehr Sachen staatlich geregelt, manche Leute sehen den Staat eher als minimalistisches Ding. Zielführend wäre eher die Frage, welche Staatsaufgaben funktionieren in welchen Ländern. Lange wurde Skandinavien als Vorzeigemodell gepriesen. Es stellt sich heraus, diese Art Staat ist auf Dauer nicht finanzierbar.

Man könnte dem wahrscheinlich auch entgegensetzen, dass im Grunde jeder Staat unfinanzierbar ist, weil sich fast jeder Staat verschulden muss, um die eigenen Aufgaben zu finanzieren.
Loretz: Das würde ich so nicht sagen. Es gibt die Tendenz, dass Staaten sich eher verschulden, wenn der politische Zyklus kürzer ist. Weil dann niemand in die Verlegenheit gerät, die Schulden wieder zurückzahlen zu müssen. Aber das Argument, dass alle Staaten sich verschulden müssen und nicht finanzierbar sind, würde ich so nicht stehen lassen. Ein Staat kann durchaus selber finanzierbar sein. Deutschland schreibt seit einigen Jahren eine schwarze Null.

Aber das ist historisch gesehen eine sehr kurze Periode.
Loretz: Ja. Aber die Schweiz ist finanzierbar ...

Da reden wir jetzt von den wenigen reichsten Staaten der Welt.
Loretz: Aber die höchsten Schuldenraten sind auch in reichen Staaten. Japan ist sehr, sehr hoch verschuldet. Die USA sind sehr hoch verschuldet. Wie gesagt: Staat per se ist schon finanzierbar. Ein Ökonom geht immer davon aus, dass jede Verschuldung einfach eine Steuer in der Zukunft ist.
Flecker: Die Verschuldungsfrage wird kontrovers diskutiert, weil das ja auch eine Art von Umverteilung ist. Da profitiert ja auch jemand von den Staatsanleihen. Japan ist überwiegend im Inland verschuldet und dadurch nicht vom Ausland abhängig. Ein Teil der japanischen Bevölkerung kriegt die Zinsen. Punkt. Das hat kaum außenwirtschaftliche Auswirkungen, denke ich – ohne dass ich da vom Fach bin.

Die Schulden sind ein interessantes Thema, weil sie auch oft dazu verwendet werden, Staaten zu delegitimieren. Was immer ausgeblendet wird, ist, dass es ja auch in der Wirtschaft Schulden gibt und dass es so etwas wie Schuldenschnitte historisch auch immer gab. Weil sonst hätten unsere Kaiser nicht die Kriege finanziert, wenn sie nicht ab und zu den Hofjuden einmal wieder die Kredite auf null gestellt hätten.
Loretz: Wenn es nichts kosten würde, würde der Staat noch viel mehr machen lassen. Wenn das Geld vom Himmel fällt, kann der Staat noch mehr Aufgaben übernehmen.
Flecker: Oder wenn er eine Steuer einnimmt. Das ist realistischer, als vom Himmel zu fallen.
Loretz: Aber je mehr Steuern man einnimmt, desto schwieriger wird es. Die meisten Leute haben kein Problem, wenn sie zwei Prozent Mehrwertsteuer zahlen. Aber wenn die Mehrwertsteuer auf 40 Prozent erhöht würde, sagen die Leute: Seid ihr wahnsinnig. Bis zu einem gewissen Grad geht es gut, Steuern einzuheben, und dann wird es immer schwieriger. Weil man sich dann immer fragt: Was kriege ich denn eigentlich dafür? Dann wird in den Medien so etwas wie der Tax Independence Day konstruiert mit der Botschaft: Ihr habt bis August nur für den Staat gearbeitet. Ja, aber was man vom Staat alles kriegt, wird nicht berücksichtigt.

Der Staat hat ja, und zwar überall, ein steigendes Problem, sich zu legitimieren. Es scheint auch im Diskurs so, dass jenseits von Sachargumenten das Sentiment, der Staat sei ineffektiv, sehr stark ist. Warum ist das so? Gerade in Österreich kann man mit den staatlichen Versorgungsfunktionen relativ zufrieden sein.
Loretz: Naja, es gibt natürlich ein Problem. Je größer eine Organisation wird, umso mehr Leute gibt es, die sich selber ihren eigenen Posten damit absichern, dass sie sich ihren Posten selber legitimieren, dass sie Arbeit schaffen. Und dann gibt es sehr viele Verwaltungsbereiche, die sich gegenseitig verwalten und eigentlich keinen großen Wert mehr für die Bevölkerung schaffen.
Flecker: Die großen Unternehmen auf der Welt sind größer als die österreichische Verwaltung.
Czernohorszky: Und sind genauso ineffizient.
Loretz: Die sind auch in großen Bereichen ineffizient. Aber wie gesagt: Es gibt eine gewisse Tendenz dazu, dass sich Organisationen selbstständig machen und wo es dann Reibungsverluste gibt, weil man Sachen einfach so macht, wie man es immer gemacht hat.

Ich denke jetzt an Organisationen wie Konsum, der zwar privat war, aber doch als Genossenschaft einen öffentlichen Charakter hatte. Der Konsum ist auch daran eingegangen ist, dass er nicht im Stande war, sich so zu organisieren wie eine andere Genossenschaft in der Schweiz zur selben Zeit. Wenn nicht ein Manager oder ein Eigentümer da ist, der auf Profit schaut, dann sinkt die Motivation in diesen öffentlichen Unternehmen und sie machen das, was Herr Loretz gerade geschildert hat: Sie werden immer ineffizienter und delegitimieren sich dann selber.
Flecker: Neoliberale Ideen wurden über geraume Zeit ganz bewusst propagiert. Über Jahrzehnte hat das nun das Denken geprägt. Und wir können uns das alles gar nicht mehr anders vorstellen. Aber wenn man sich anschaut, wann Österreich vom armen Agrarstaat zu einem der reichsten Länder der Welt wurde: Das war die Periode, in der das nach ökonomischen Lehrbuch nicht hätte passieren dürfen. Das war die Sozialpartnerschaft, das war staatliche Industrie, völlig verstaatlichtes Bankwesen. Das könnte gar nicht nach dem heutigen Denken funktionieren, dass Österreich diese Erfolgsstory unter sehr starkem Staatseinfluss und noch dazu Sozialpartner-Einfluss auf den Staat hingelegt hat.
Loretz: Das ist eine andere Zeit gewesen.
Flecker: Natürlich ist es eine andere Zeit gewesen. Aber trotzdem. Das hätte nicht funktionieren dürfen, wenn nur der Markt und seine Anreize hier den Fortschritt bringen.

Ist es denkbar, dass sich so etwas im europäischen Maßstab wiederholen könnte, wenn die Europäische Union ein anderes intellektuelles und politisches Feld abstecken würde?
Flecker: Ich würde behaupten, auf europäischer Ebene wäre das heute wiederholbar, weil die Außenhandelsverflechtung der Eu-

» *Ein Ökonom geht immer davon aus, dass jede Verschuldung einfach eine Steuer der Zukunft ist*
SIMON LORETZ

FOTOS: KATHARINA GOSSOW

ropäischen Union unter 20 Prozent liegt. Die Europäische Union ist im Grunde eine Binnenwirtschaft und da kann man regulieren, wie man möchte.

Czernohorszky: Dieses „man“ gibt es leider nicht. Es ist insgesamt diese extrem hohe Komplexität, mit der man konfrontiert ist, wenn man einen Staat definieren möchte. Das ist völlig anders als vor 50 Jahren. Einerseits durch die Globalisierung, andererseits durch die Digitalisierung. Das hat einen sehr hohen Komplexitätsgrad und die Delegitimierung der staatlichen Institutionen ist in meinen Augen sehr stark dadurch begründet, dass das System in Europa derzeit nicht in der Lage ist, auf globale Fragen geschlossen zu reagieren.

Etwa in Steuerfragen.

Czernohorszky: Zum Beispiel, Airbnb zu besteuern. Das schaffen wir nicht. Ich muss wieder das Flüchtlingsthema bringen: Wir schaffen es nicht, die sozialstaatlichen Errungenschaften wirklich für ganz Europa umzusetzen. Wir sind uns alle einig, dass der Föderalismus problematisch ist. Und trotzdem schafft ihn keiner ab. Und dasselbe gilt für eine Verbundesstaatlichung der EU, die sicher sinnvoll wäre, die wir aber nicht erleben werden, glaube ich.

Loretz: Das Anspruchsdenken ist derzeit zu groß. Die Leute haben ein zu starkes Anspruchsdenken an den Staat. Früher hat man seine Steuern gezahlt und sich dann gefreut, dass man etwas zurückkriegt. Jetzt rechnet jeder schon, wie viel kriege ich Pension und wie viel kriege ich von da Förderung und von da.

Czernohorszky: Das war ja diese paradoxe Situation bei der Wiener Wahl in der Seestadt Aspern, in die die Stadt Wien wahnsinnig viel investiert hat und wo es trotzdem eine wahnsinnig große Unzufriedenheit gab.

Ist es so, dass die Politik oder die öffentliche Hand – wie auch immer man das jetzt nennen will – ihre öffentlichen Leistungen den Leuten nicht ausreichend nahebringt?

Flecker: Noch einmal zurück zur Frage, was soll staatlich und was soll öffentlich angeboten werden: Manche Sachen sollte man auch aus dem Markt herausnehmen mit dem Ziel, eine zivilisiertere Gesellschaft zu schaffen. Zivilisiert im Sinne von Norbert Elias, dass man die Unsicherheit reduziert, in der man lebt. Historisch hat das geheißen, dass nicht am nächsten Tag jemand vorbeikommt und mir einen Knüppel über den Kopf haut. Das Gewaltmonopol des Staates hat historisch sehr viel Sicherheit gebracht. Heute wäre das die soziale Absicherung. Die Sicherheit, dass ich nicht aus der Wohnung rausfliege. Wenn man da noch mehr Zivilisation erreichen will, müsste man das gesamte Wohnungswesen, das Bildungswesen, das Gesundheitswesen völlig aus dem Markt herausziehen und das genossenschaftlich, auf Gemeindeebene oder im Staat anbieten. Dann haben diejenigen Menschen Sicherheit, die sich eine Eigentumswohnung und ein eigenes Haus nicht leisten können.

Sehen Sie das auch so?

Loretz: Gemischt. Ich sehe, dass menschenwürdiges Wohnen ein Grundrecht sein sollte. Das teile ich. Aber das kann schnell sehr teuer werden. Ein großer Grund, warum die Wohnkosten steigen, ist, weil wir auch Qualitätsupgrading machen. Am Anfang gab es sehr viel sozialen Wohnbau in Wien.

»

Die Delegitimierung der staatlichen Institutionen ist stark dadurch begründet, dass Europa nicht in der Lage ist, auf globale Fragen geschlossen zu reagieren

EVA CZERNOHORSZKY

Das waren Wohnungen mit Kaltwasser am Gang. Da würde heute niemand mehr einziehen, vielleicht ein paar Flüchtlinge noch, die keine andere Möglichkeit haben. Aber dieses Basisniveau ist mittlerweile sehr hoch und sehr teuer geworden. Wenn wir das wirklich staatlich finanzieren wollen, wird es relativ teuer. Ich würde es so sehen, dass der Staat darauf schauen muss, dass es eine Mindestwohnqualität für die Bevölkerung gibt. Aber ob das jetzt wirklich über Bereitstellung von Wohnraum sein muss oder ob das nicht eher durch finanzielle Unterstützung bis zu einem gewissen Niveau möglich sein soll, ist eine andere Frage.

Czernohorszky: Ich glaube, dass es beides braucht. Die Entscheidung der Stadt Wien, wieder in eine Grundversorgung zu investieren, halte ich für sehr, sehr klug, aber deswegen muss der Staat nicht paternalistisch die Verantwortung für alle übernehmen. Wenn jemand in einem Luxushochhaus im 20. Stock leben möchte, dann darf auch jemand einen Profit damit machen.

Flecker: Die Luxusbedürfnisse kann man ja markttechnisch abdecken lassen, aber nicht die Grundbedürfnisse.

Loretz: Die Frage ist: was sind Grundbedürfnisse?

Czernohorszky: Wohnen ist doch ganz sicher ein Grundbedürfnis!

Loretz: Ja, schon. Aber was sind Grundbedürfnisse für Wohnen? Sind das jetzt 20 Quadratmeter pro Person oder 60?

Flecker: Das ändert sich historisch und wird immer mehr. Wenn die Gesellschaft reicher wird, steigen die Ansprüche – und das zu Recht.

Loretz: Aber wenn die Gesellschaft das aus Steuermitteln finanzieren muss, weiß ich nicht, ob wir wirklich bereit sind, einem Ein-Personen-Haushalt 60 Quadratmeter zu finanzieren.

Flecker: Es gibt nicht nur im Wohnbau gute Gründe dafür, dass der Staat selbst ein Angebot bereitstellt. Am steilsten finde ich die Public Privat Partnerships oder die Private Finance Initiatives in Großbritannien, wo Private hereingeholt werden, um Schulen und Krankenhäuser zu finanzieren, obwohl der Staat sich günstiger verschulden kann als die Privaten. Und dann kriegen die privaten Geldgeber für 30 Jahre eine fixe Verzinsung garantiert. Sie haben völlig ohne Risiko gute Einnahmen, und die Schulen und die Spitäler müssen ihre Leistungen reduzieren, damit die Interessen bedient werden können. Die Qualität sinkt, damit Geld an Privateigentümer verschoben wird. Das ist eine Umverteilung nach oben, die unter dem Deckmäntelchen „Machen wir's privat, das ist effizienter“ passiert.

Czernohorszky: Das ist oft der Haken an diesen PPP-Modellen, dass man oft Public Problems and Private Profits hat. Gleichzeitig bin ich sehr überzeugt davon, dass es PPPs braucht. Weil es nicht immer eine klare Trennlinie zwischen staatlich und privat gibt. Das bereits genannte Beispiel des Prothesenherstellers Otto Bock ist ein hochinteressantes. Zuerst finanziert der Staat in die Grundlagenforschung, dann macht ein Privater ein Produkt daraus, das er dem Staat wieder verkauft. Das würde fast dafür sprechen, die Prothesen staatlich zu entwickeln, weil sonst zahle ich ja eigentlich nur den privaten Profit. Aber gleichzeitig ist es evident, dass das nicht funktioniert. Und dass es Entrepreneurship von Privaten braucht, um ein Produkt daraus zu machen. Wir reden ja in der Innovation immer davon, dass es der Kunde ist, der sie steuert. Eine Zeitung kann nur überleben, wenn sie Leser hat. Jedes Produkt gibt es nur, wenn es einen Kunden findet. Das ist beim Staat sehr viel komplizierter. Da sind Wahlen so ein untaugliches Mittel, weil die Zyklen nicht stimmen.

Loretz: Und die Information kommt nicht an.

Flecker: Da könnte eine größere Teilhabe helfen. Wenn man mit öffentlichen Verkehrsunternehmen unzufrieden ist, gibt es den Wunsch zu privatisieren, damit Innovation reinkommt. Ich glaube, das könnte genauso gut durch eine Demokratisierung erfolgen, dass man die Leute mitreden lässt.

Loretz: Das funktioniert aber nur zum Teil. Wenn ich es jetzt wirklich streng demokratisiere, dann sagt die Bevölkerungsmehrheit in Wien, machen wir eine Straßenbahn mehr und dafür keine Zugverbindung ins Waldviertel. Da greift der Staat deswegen ein, weil es eben nicht rein mit Demokratie und Mehrheit geht.

Flecker: Aber auf der kommunalen Ebene. In Deutschland hat es Initiativen gegeben, wo Stadtwerke rekommunalisiert wurden, weil es mit der Privatisierung nicht funktioniert hat. Ebenso kann man sich ja vorstellen, dass man sich auf der kommunalen Ebene einigt, ob der öffentliche Verkehr ausgebaut wird oder man etwas anderes mit dem Geld macht.

Fortsetzung nächste Seite

»

Das Gewaltmonopol des Staates hat historisch sehr viel Sicherheit gebracht

JÖRG FLECKER

Fortsetzung von Seite 15

Loretz: Mehr Partizipation ist sicher gut, aber da gibt es auch Grenzen. Wenn ich jetzt Salzburg befrage und das Umland nicht, wird es eine Grenze geben, wo das Umland nicht einbezogen wird.
Czernohorszky: Und selbst wenn man sie befragt, beteiligen sich nur bestimmte Gruppen.
Loretz: Lobbyismus kommt natürlich auch ins Spiel.
Czernohorszky: Es sind dann überwiegend männliche 45-Jährige, die im öffentlichen Dienst stehen und die Zeit haben, sich an solchen Prozessen zu beteiligen.
Loretz: Das spricht gegen den Staat, wenn die im öffentlichen Dienst so viel Zeit zur Verfügung haben!
Flecker: Sie sind ja selber im öffentlichen Dienst! Sie wissen ja, wie hart da gearbeitet wird!
Czernohorszky: Stimmt, ich beteilige mich an den Partizipationsprozessen in der Stadt. Manchmal sogar wirklich in der Arbeitszeit!

Wir haben vorhin beim Thema Wohnen über Grundversorgung gesprochen. Ich würde das gerne auf den Arbeitsmarkt ausweiten, da stehen große Umbrüche bevor. In den nächsten 20, 30 Jahren werden viele Berufsbilder verschwinden. Wird die öffentliche Hand stärker die nichtarbeitende Bevölkerung beschäftigen müssen?
Flecker: Es ist eine spannende Frage, wie mit diesen aktuellen Entwicklungen umgegangen wird. Interessanterweise wird oft den Politikerinnen und Politikern der Vorwurf gemacht, dass Arbeitslosigkeit besteht. Obwohl ja in den letzten 50 Jahren sehr viel dazu getan wurde, dass die im Großen und Ganzen die Beschäftigung kaum beeinflussen können. Der Staat wird sozusagen dafür verantwortlich gemacht, dass etwas nicht funktioniert, was man dem Markt überlassen hat.
Czernohorszky: Zuerst sagt man, nur die Wirtschaft soll Arbeitsplätze schaffen, und dann wirft man der Politik vor, dass es keine gibt. Kurz gefasst.
Flecker: Genau. Und das Problem ist, dass die kapitalistische Ökonomie nicht in der Lage ist, Vollbeschäftigung zu sichern. Von dem muss man ausgehen und dann fragen, wie wollen wir das regulieren. Das muss jetzt nicht das bedingungslose Grundeinkommen sein. Es kann auch eine massive Arbeitszeitverkürzung sein. Wenn weniger Arbeit nötig ist, um den Lebensstandard zu erhalten, den wir haben, dann kann man ja die Arbeit, die wir haben, so verteilen, dass alle Arbeit haben.
Czernohorszky: Die Frage, ob der Staat die Leute beschäftigen muss, die keine Beschäftigung mehr haben, ist tatsächlich spannend. Ich habe ein Aha-Erlebnis gehabt, als ich nach Wien gekommen bin. Da habe ich mich gefragt, wie ist es möglich, dass wir überall so schöne Gärten haben und da Geld investiert wird, solange wir Menschen haben, die unter der Armutsgrenze leben. Ist es nicht besser, man gibt denen das Geld, als man investiert in diese prunkvollen Gärten? Bis mir eine Sonderschullehrerin erzählt hat, das sind genau die Jobs, in denen ihre Schüler später arbeiten können. Nur werden diese Jobs immer weniger. Das ist die Debatte, die läuft: Wozu brauchen wir das? Und de facto produziert man damit nicht-beschäftigte Menschen, die keinen Platz mehr in unserer Gesellschaft haben. Die total isoliert werden und kein Selbstwertgefühl mehr haben und deshalb glaube ich, es soll kein bedingungsloses Grundeinkommen geben, sondern ein bedingtes. Wir müssen Tätigkeiten definieren, die für das Gemeinwohl wichtig sind. Und wenn ich vom Staat ein Geld haben will, muss ich bei so etwas auch mitarbeiten. Das wäre dann ein staatlicher Arbeitsmarkt außerhalb des freien Arbeitsmarktes.
Loretz: Zur Arbeitszeitverkürzung: Prinzipiell ja. Sie ist wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig, weil die Leute wollen nicht auf ihren Wohlstand verzichten und weniger verdienen. Die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn wird nicht gehen.

Das werden sich Privatunternehmer schwer leisten können und wollen.
Czernohorszky: De facto findet ja die Arbeitszeitverkürzung statt: Die Teilzeit steigt ja. Aber ohne Lohnausgleich.
Flecker: Darum werden die Reichen immer reicher.
Loretz: Die Privatindustrie kann man nicht zwingen, viel Geld zu investieren, wenn sie nicht viel rauskriegen.

Was ist die Alternative? Früher hat der Staat viele schlecht ausgebildete beispielsweise bei der Post beschäftigt. Man könnte argumentieren, ein zusätzlicher Postler ist besser investiertes Geld als ein zusätzlicher Arbeitsloser, der möglicherweise dann auch im Gesundheitssystem mehr Kosten verursacht. Sollte man geschützte Werkstätten schaffen für Leute, die am Arbeitsplatz nicht vermittelbar sind?
Loretz: Wäre wahrscheinlich eine Möglichkeit, aber die Frage ist: Irgendjemand muss das finanzieren. Und ich glaube nicht, dass wahnsinnig viele Leute bereit sind, so viel mehr zu finanzieren.

Die Arbeitslosen müssen genauso finanziert werden.
Loretz: Aber es braucht ein Systemumdenken, das vielleicht bei uns noch keine politische Mehrheit hat.

Der Briefträger, der die Post ausgetragen hat, hat den halben Tag nebenbei soziale Aufgaben unbezahlt miterfüllt.
Czernohorszky: Die haben Aufgaben übernommen, für die wir heute Streetworker aus öffentlichen Mitteln finanzieren!

Die haben Pensionisten betreut, waren Vertrauenspersonen. Sollte der Staat vielleicht Jobs fördern, die einen gesellschaftlichen Zusatzwert bringen?
Flecker: Ich finde die Post ein sehr gutes Beispiel, weil da hat man in sehr kurzer Zeit vom öffentlichen Versorgungsauftrag auf Profitorientierung umgeschaltet, obwohl ja noch viel im öffentlichen Eigentum ist, aber die Börsenlogik schlägt da schon voll durch. Es passiert etwas, was Sie schon beschrieben haben: Die Leute dort haben ihren Beruf ja verloren, weil Briefträger ist heute kein Beruf mehr. Das sind Zusteller, das sind Teilzeitjobs, die müssen sich ja gar nicht mehr auskennen, sondern werden über GPS herumgeschickt. So kann man die Leute auch austauschen, sie werden sehr stark unter Druck gesetzt. In Interviews haben uns Postbedienstete erzählt, wenn man eine alte Frau mit einer schweren Einkaufstasche auf der Straße gesehen hat, packte man die Einkaufstausche auf sein Moped und führte sie nach Hause. „Das gehörte auch zu unserem Auftrag."

»

Das bedingungslose Grundeinkommen hat den Riesennachteil, dass es zur Ausgrenzung der Überzähligen führen kann
JÖRG FLECKER

Halten Sie staatliche Beschäftigung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit für sinnvoll?
Loretz: Jein. Wenn man es genau identifizieren kann, wer wirklich sonst keine Chance hat, ja. Wahrscheinlich würden aber zu viele Menschen staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Es gibt einen gewissen Bevölkerungsanteil, der sich dann zurücklehnt und sich in die soziale Hängematte legt.
Czernohorszky: Aber das ist dem Menschen so überhaupt nicht angeboren, sich in die soziale Hängematte zu legen.
Loretz: Ich glaube, das ändert sich in der nächsten Generation gerade sehr.
Czernohorszky: Seine intrinsische Motivation wird dem Menschen ausgetrieben, indem man immer nur auf die Ökonomie und die Effizienz schaut und alles mit Zahlen misst.

Sie sind der Meinung, dass die Leute sehr wohl bereit sind, die Hängematte zu nehmen?
Loretz: Ja.
Czernohorszky: Und dabei glücklich sind?
Flecker: Ich muss einen Einspruch erheben. Aus soziologischer Sicht kann man das überhaupt nicht bestätigen, dass die Leute, wenn sie es vermeiden können, keinen Arbeitsplatz annehmen und lieber eine öffentliche Versorgung hätten. Die öffentliche Versorgung durch Arbeitslosengeld ist so stigmatisierend, dass jeder es vermeidet. Es gibt Leute, die arbeitslos werden und jeden Tag zur gleichen Zeit bei der Haustüre hinausgehen, damit niemand merkt, dass sie arbeitslos sind. Ich habe Interviews mit arbeitslosen Personen gemacht, die während des Interviews in Tränen ausgebrochen sind, weil sie ihren Job – irgendwo in einem Blumengeschäft einen halben Tag stehen – nicht mehr haben. Davon zu reden, dass niemand mehr arbeiten würde –ist reine ideologische Propaganda, um die Versorgung verschlechtern zu können, die man diesen Leuten zuteil werden lässt.

Sie sind nicht ganz dieser Meinung, Herr Loretz?
Loretz: Wie gesagt, ich bin der Meinung, dass natürlich viele Leute eine sinnbringende Tätigkeit wollen. Das unterschreibe ich sofort. Es ist auch ein unglaublicher Einschnitt in ein Leben, wenn man plötzlich keine sinnbringende Tätigkeit mehr hat. Wenn Menschen gesagt wird, sie würden auf Kosten des Staats leben, dann ist das ein unglaubliches Stigma. Wenn wir den gesellschaftlichen Wandel jetzt komplett durchziehen würden und 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung staatlich versorgt werden, dann ist es aber auch kein Stigma mehr.
Flecker: Aber 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung können es ja nur werden, wenn die Ökonomie nicht in der Lage ist, Arbeitsplätze anzubieten. Und warum sollen wir dann die Leute unter Druck setzen, Arbeit anzunehmen, wenn man für die Leute keine Arbeit hat?

Für das bedingungslose Grundeinkommen sind viele Linke, aber die Silicon-Valley-Tycoons sind auch dafür. Damit sie auch ein Publikum haben, dem sie ihre Gadgets noch verkaufen können.
Flecker: Das bedingungslose Grundeinkommen hat ja den Riesennachteil, dass es auch zur Ausgrenzung der Überzähligen führen kann. Dass man Leute mit ein bisschen Geld abspeist und dann sollen sie ru-

Soziale Hängematte und Maschinensteuer: Einigkeit konnte nicht in allen Punkten erzielt werden

FOTO: KATHARINA GOSSOW

hig sein und sie können nicht teilhaben an der Gesellschaft.
Czernohorszky: Deswegen bin ich auch dafür, das nicht bedingungslos zu machen. Jeder soll trotzdem einen Beitrag leisten.

Zuletzt wurde auch über eine Maschinensteuer diskutiert. Ist das ein brauchbares Modell?
Loretz: Für Österreich alleine ist das keine gute Lösung.
Czernohorszky: Da sind wir schon wieder beim Thema *managing complexity*. Nur in Österreich geht das leider nicht.
Flecker: Das verstehe ich jetzt nicht, warum das nicht in Österreich ginge. Es geht ja darum, wie die Sozialversicherungssysteme finanziert werden und worauf der Sozialversicherungsbeitrag gründet. Jetzt wird das von der Lohnsumme berechnet. Und der Vorschlag wäre, es an Wertschöpfung und Gewinnen zu bemessen. Das ist ja nur eine Umverteilung zwischen Branchen. Jetzt zahlen die drauf, die viele Leute beschäftigen, weil dort die Lohnsumme anteilig höher ist. Und die Branchen, die einen Lohnanteil von fünf Prozent haben, die tragen wenig bei, obwohl sie riesige Gewinne machen. Das ist nur eine Verschiebung und mehr Fairness zwischen verschiedenen Branchen.
Czernohorszky: Aber wenn uns dann Boehringer, Siemens, Bombardier – alles Firmen, die in Wien produzieren – sagen, dass sie die Standorte hier aufgeben müssten?
Flecker: Natürlich haben Unternehmen ein Drohpotenzial. Je mobiler das Kapital ist, desto stärker ist das Drohpotenzial. Aber jegliche Entscheidung davon abhängig zu machen und zuzuschauen, dass soziale Sicherheit nicht mehr finanzierbar ist, das ist auch bedenklich. Es ist schon auch einiges entschieden worden gegen die Interessen von Unternehmern. Zum Glück. Sonst hätten wir nie eine Arbeitszeitverkürzung gehabt. In anderen Ländern gibt es Vermögenssteuern.
Czernohorszky: Das ist doch der Konstruktionsfehler der EU, dass nicht einheitlich besteuert wird. Es ist nicht abzusehen, dass dieser Schritt, der versäumt wurde, nachgeholt werden kann. Das ist unser großes Dilemma.
Flecker: Ja.
Czernohorszky: Darüber ist schon diskutiert worden, als ich studiert habe, und das ist wirklich lange her. Es ist nicht absehbar, dass es dafür in den Gremien eine Mehrheit gibt, die in der Lage wären, das zu entscheiden. Und das verursacht dann diese Skepsis, dass dieses System nicht einmal mehr in der Lage ist, sich selbst zu regulieren.
Loretz: Es wird immer über die Umverteilung von Steuern diskutiert. Umverteilung kann man aber nicht nur auf der Steuerseite, sondern auch auf der Ausgabenseite machen. Wenn ich über Konsum besteuere, dann zahlen immer noch die reicheren Menschen, die viel konsumieren, mehr Steuern, wo das Geld dann den Armen zugutekommt.
Flecker: Ich habe immer gelernt, dass die indirekten Steuern die Ärmeren stärker belasten, weil ein höherer Anteil des Einkommens konsumiert wird. Also nicht die Reichen.
Loretz: Ja, natürlich! Absolut zahlt der mit seinem Porsche immer noch mehr als der, der sein ganzes Geld für Brot ausgibt. Die 20 Prozent von dem Porsche kann ich sehr gut umverteilen.
Flecker: Aber das Brot muss man jeden Tag kaufen und den Porsche nicht. Die Reichen können das nicht konsumieren, was sie haben.
Loretz: Trotzdem: Der Reiche bringt mehr an Mehrwertsteuer als der Arme in absoluten Beträgen. Nicht in relativen.
Czernohorszky: Das ist ja genau die relevante Unterscheidung.
Loretz: Es gibt fiskalisch gesehen zwei große Blöcke: Arbeit und Konsum. Wenn ich das eine entlasten will, muss ich das andere stärker belasten. Eine Erhöhung von 20 auf 22 Prozent Mehrwertsteuer bedeutet hohe Zusatzeinnahmen. Dann könnte ich dieses Steueraufkommen verwenden, um gezielt einkommensschwache Haushalte zu unterstützen: mit Wohnbeihilfe zum Beispiel.

Der Entwicklung, dass Vermögen stark wachsen und Einkommen sinken, kann man so aber nicht entgegenwirken.
Loretz: Wenn ich damit grundsätzlich ein Problem habe, dass die Reichen reicher werden, dann muss ich unglaublich harte Staatseingriffe machen. Der einzige Zeitpunkt, an dem die Reichen nicht reicher werden, ist, wenn Vermögenswerte zerstört werden oder wenn es große Verwerfungen wie eine starke Inflation gibt. Was sicher gerecht und fair wäre, wäre eine vernünftigere Besteuerung von Grund- und Immobilieneigentum. Ein treibender Faktor von Vermögensungleichheit sind die steigenden Immobilienpreise. Die reiche Hälfte von Österreich sind die, die Immobilien besitzen. Da kann ich auch relativ gut eingreifen. Wer keine Miete zahlen muss, hat ja auch eine größere Kaufkraft.
Flecker: Für die Erbschaftssteuer gibt es ja auch von liberaler Seite starke Argumente. Darauf verzichten wir in Österreich ja auch.
Loretz: Im Großen und Ganzen, ja. Einerseits gibt es das Problem, dass das politisch eine sehr unpopuläre Steuer ist. Es stirbt irgendjemand und dann kommt der Staat und sagt, jetzt gib mir noch was ab. Das ist politisch sehr, sehr ungut. Das zweite Problem, das die Erbschaftssteuer hat, sind Familienbetriebe. Da könnte man aber geeignete Regelungen treffen, damit eine Betriebsübergabe nicht ruinös ist.
Flecker: Wenn die Erbtante stirbt und man kriegt ein großes Vermögen, muss man nicht zwingend psychisch schlecht drauf sein.
Loretz: Wenn man das Einfamilienhaus seiner Mutter erbt und dann muss man einen Kredit aufnehmen, um 20.000 Euro an Steuern zurückzuzahlen – das schmerzt dann schon.
Flecker: Wenn man Erbschaften unter 500.000 Euro befreit, sind die Leute gar nicht betroffen.
Loretz: Dann wird das Einkommen daraus aber auch viel geringer. Wie gesagt: Über Erbschaftsteuer kann man diskutieren, man braucht aber vernünftige Regelungen für Familienbetriebe.

Bei all diesen Themen ist der Staat stets in der Defensive. Müssen wir die Debatte anders führen?
Loretz: Der Staat wird so lange in der Defensive sein, bis er Leistungen einstellt, und dann ist man extrem schockiert, was der Staat alles gemacht hat. So viele Leistungen des Staates werden als selbstverständlich angenommen. Wenn sie wegfallen, wird es einen Aufschrei geben.

Das heißt, erst wenn der Staat drastisch Leistungen einstellt, entsteht wieder ein Bewusstsein der Gesellschaft, was die staatlichen Leistungen wert sind.
Czernohorszky: Das Risiko an Ihrem Modell, Herr Loretz, ist, dass es sehr schwer umkehrbar ist. Wenn die Bahn einmal privatisiert ist, ist es zu spät.
Loretz: Das stimmt. Es gibt ja auch in der Privatwirtschaft sehr viele Bereiche, die nicht effizient sind. Wenn man es grob zynisch betrachtet, ist der komplette Steuerberaterbereich ineffizient. Weil der Staat versucht zu besteuern, der Steuerberater versucht dies zu vermeiden, das ist ein reines Gegengeschäft.
Czernohorszky: Aber eine Beschäftigung!
Loretz: Böse betrachtet ist es eine reine Ineffizienz! Man müsste das Steuersystem ganz einfach machen, dann wären die alle arbeitslos und der Staat hätte mehr Steuern.

Und könnte die arbeitslosen Steuerberater bezahlen.
Loretz: Speziell der Österreicher will auch das Gefühl haben, dass er etwas kriegt, was sein Nachbar nicht kriegt vom Staat. Deswegen haben wir ja auch so viele Förderungen in Österreich: von Land, Gemeinde und Bund. Deswegen sind wir ja gegen Transparenz, weil jeder das Gefühl hat, vielleicht kann ich ja aus dem Staat etwas herausholen, was die anderen nicht können. Mehr Transparenz wäre ein richtiger Schritt, über den sich der Staat besser legitimieren könnte.

Ich glaube, da sind wir uns einig. Vielen Dank für das Gespräch.

Privatisierung und Korruption

Privat ist effizient, der Staat ist inflexibel – ideologische Figuren wie diese bringen einigen Leuten sehr viel Geld

TEXT: ROBERT MISIK

Ideologie arbeitet mit starken Bildern, die überzeugen sollen. Die Ideologie von Privatisierung und Entstaatlichung, die das Private gut dastehen lässt, das Öffentliche dagegen heruntermacht, evoziert sofort Vorstellungen vom Staat, dem trägen, dicken Tanker, und dem Markt, dessen Akteure elegant tänzeln. Privat ist effizient, Staat ist inflexibel. Privat ist sorgsam und achtet auf jeden Groschen, Staat wirft das Geld in Fässer ohne Boden. Privat folgt einer verantwortungsvollen Ethik der Bescheidung, der Staat einer unverantwortlichen Ethik des Nach-mir-die Sintflut. Privat ist Wettbewerb – Staat ist geschützte Werkstätte, Monopol.

So sind auch Austerität und Entstaatlichung miteinander verbunden. Wenn Staaten sparen müssen, werden ja in der Praxis nicht nur staatseigene Unternehmen und Vermögenswerte privatisiert (um mit den Erlösen etwa Schulden zu begleichen). Zugleich wird ja auch die Reduktion sozialstaatlicher Leistungen als moralischer Akt gepriesen, als Härte, die auf lange Sicht stark macht und den verweichlichten Subjekten wieder Energie gibt.

John Maynard Keynes hielt die „Laissez-faire-Doktrin", also die Ideologie freier Märkte, „für etwas Kurioses und Rätselhaftes. Dass ihre Lehre, in die Praxis übersetzt, spartanisch und oft widerwärtig war, verlieh ihr einen Anstrich von Tugend." Oft wird das in der Sprache der pragmatischen Nüchternheit vorgebracht, dahinter verbirgt sich aber ein asketisches Ideal. Dieses Ideal ist das genaue Gegenteil von Nüchternheit. Es ist eine rein ideologische Figur. Ein wunderbares Beispiel finden wird dafür etwa in einem programmatischen Text, den Wolfgang Schäuble in der *Financial Times* schrieb, und zwar genau zu der Zeit, als die Europäische Union auf die Austeritätspolitik nach 2010 umschwenkte:

„Das Rezept ist so einfach, wie es schwierig in die Praxis umzusetzen ist: die westlichen Demokratien und andere Länder mit hohen Schuldenniveaus und Defiziten müssen ihre Ausgaben kürzen, ihre Einnahmen erhöhen und die strukturellen Probleme ihrer Ökonomien in den Griff bekommen, wie schmerzhaft das politisch auch sein mag. (...) Es gibt die Sorge, dass fiskalische Konsolidierung, ein kleinerer öffentlicher Sektor und flexiblere Arbeitsmärkte die Nachfrage in diesen Ländern in kurzer Frist unterminieren würden. Ich bin nicht überzeugt davon, dass dies wirklich der Fall sein würde, aber sogar wenn es der Fall wäre, müsste man eine Abwägung treffen zwischen dem kurzfristigen Schmerz und dem langfristigen Nutzen. (Dieser) wird den kurzfristigen Einbruch der Nachfrage aufwiegen."

Ein verräterischer Text, da Schäuble an keiner Stelle begründet, warum aus dem Schmerz ein Nutzen folgen würde. Die „Argumentation" ist keine Argumentation, sondern ein Glaubensbekenntnis. Schmerz bringt Wachstum, daran glaubt Herr Schäuble, so wie der fundamentalistische Christ daran glaubt, dass Kasteiung im Diesseits die Belohnung im Jenseits nach sich ziehen wird.

Die Verschlankung von Staaten, die Reduktion von Steuern, die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, der Abbau von Sozialleistungen und die Reduktion von Löhnen – all diese Maßnahmen würden diesem Glauben zufolge einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten.

Wettbewerbsfähigkeit ist eine weitere solche ideologische Figur. Ideologische Begriffe zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie unauffällig sind, dass sie scheinbar unhinterfragbare, konsensuale Begriffe sind. Die wirkmächtigste Ideologie ist die, deren ideologischer Charakter zunächst überhaupt nicht bemerkt wird. Angela Merkel formulierte ihre Vision für Europa 2013 beim Weltwirtschaftsforum in Davos so:

„Wir wollen in Europa – und darüber sind wir uns in der Europäischen Union auch einig – die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion fortentwickeln. Das ist das Gegenteil von einer kurzfristigen Notoperation. Es ist vielmehr ein dauerhaft angelegter Weg – ein Weg, dessen Leitplanken Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite und Konsolidierung der Staatsfinanzen auf der anderen Seite sind."

Wettbewerbsfähigkeit kann natürlich alles Mögliche heißen: Natürlich ist es sinnvoll, neue, bessere Produkte auf immer effizientere Weise zu produzieren. Es ist aber schon weniger sinnvoll, beim panischen Wettlauf um Wettbewerbsfähigkeit nur auf Kostensenkung zu setzen, wenn das im Wesentlichen auf eine Senkung der Löhne hinausläuft. Diese Art von Wettbewerbsfähigkeit kann auch dazu führen, dass man nicht neue Güter auf bessere Weise produziert, sondern alte und schlechte Güter auf billigere Weise.

Wenn man die Ökonomie abwürgt, dann haben die meisten innovativen Ideen überhaupt keine Chance. Wirtschaftssubjekte – etwa Firmen – stehen im Wettbewerb zueinander, sie sind aber genauso kooperativ miteinander verbunden. So brauchen alle Firmen Konsumenten, und die meisten Konsumenten beziehen ihr Einkommen von anderen Firmen (oder vom Staat). Oder: Alle Firmen brauchen Innovationen, aber die Grundlagenforschung dafür wird eher kooperativ erbracht, etwa vom Staat, ebenso wie die Ausbildung der Fachkräfte. Das heißt, die Postulate, die die Wettbewerbsfähigkeitsideologie implizit voraussetzt, sind falsch, wenn man sie generalisiert.

In jüngster Zeit wurde gerade Schweden, jahrzehntelang ein Exempel für starke Sozialstaatlichkeit, zu einem Laboratorium neoliberaler Experimente mit scheinbar menschlichem Antlitz.

»

Ideologische Begriffe zeichnen sich dadurch aus, dass sie unauffällig sind. Zum Beispiel Wettbewerbsfähigkeit. Was soll das genau heißen?

Der Ökonom John Maynard Keynes hielt die Ideologie freier Märkte für etwas Kurioses

Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble: Nutzen aus Schmerz, aber ohne Begründung

So wurde etwa die Schulbildung privatisiert. Es gibt zwar immer noch öffentliche Schulen, aber sie sind privaten Schulen gleichgestellt. Jede Schule erhält vom Staat rund 10.000 Euro pro Schüler und Jahr und kann dann mit dem Geld machen, was sie will. Die Idee dahinter: Wenn die Schulen miteinander im Wettbewerb stehen, aber alle die gleiche finanzielle Ausstattung haben (sodass nicht gut dotierte Eliteschulen entstehen), dann werden bessere Schulen für alle das Ergebnis sein.

Ursprünglich standen hinter dieser Idee Hippies und Anhänger freier Pädagogik, die dafür kämpften, dass Private ihre Schulexperimente durchführen können und dafür genauso wie öffentliche Träger vom Staat Geld bekommen. Aber sehr schnell drängten Bildungsfirmen in diesen Markt. Irgendwann bekamen Private-Equity-Geldgeber von diesem Markt Wind und investierten ins schwedische Schulwesen. Sofort wurde versucht, Schulen „effizient" zu organisieren, damit der Gewinn für die Unternehmen höher ist. Heute überweist der Staat Steuergeld an Schulen, und die Renditen der Unternehmen wandern auf Konten in Steueroasen.

In den privaten schwedischen Schulen kommen 5,1 Lehrer auf 100 Schüler und Schülerinnen, in den öffentlichen, die nicht auf Profit ausgerichteten sind, 8,2. Schweden bezahlte „mehr Wettbewerb" im Schulwesen mit einem rasanten Absturz im Pisa-Ranking aus den Top-Ten auf Platz 38.

Beispiele wie diese sind Exempel für öffentliche Aufgaben, die zwar staatlich garantiert sind, aber in Kooperation mit privaten Firmen erbracht werden. Dazu gehören alle Spielarten des Private Public Partnership (PPP), also der Kooperation Privater

FOTOS: WIKIMEDIA, APA/AFP/EMMANUEL DUNAND

Bildrätsel: Zerbrach die Brücke an staatlichem Fett oder an privatem Schlankheitswahn?

mit öffentlichen Institutionen. Das PPP ist eine Idee öffentlicher Verwaltung, die in den späten 90er-Jahren unter dem Modebegriff des „New Public Management“ fashionable wurde.

In vielen Bereichen sind solche Lösungen heute gang und gäbe, auch weil diese Konstruktionen es Staaten erlauben, öffentliche Investitionen auszulagern und damit aus den Staatsschulden rauszurechnen. Das liest sich buchhalterisch schön, wird aber in der Praxis oft erheblich teurer. Etwa im Straßenbau. Wenn der Staat einen Kredit zu praktisch null Zinsen aufnimmt und selbst eine Straße baut, die eine Milliarde Euro kostet, steigen die Staatsschulden um eine Milliarde. Konstruiert er aber ein PPP-Konsortium, das dieselbe Straße baut, sind das keine staatlichen Schulden. Allerdings steigen die Kosten: Die Investoren wollen, anders als der Staat, oft haarsträubende Renditen von sieben bis neun Prozent, und außerdem sind die Kreditkosten für Private immer höher. Das heißt: Zwar kann die Regierung eine schönere Schuldenstatistik nach Brüssel melden, aber die Straße kommt den Steuerzahler erheblich teurer.

Politologin Janine R. Wedel: Eine neue Form der Korruption mit der Verschiebung von Staat zu privat

Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel: „Bekanntlich“ bringt Privatisierung Vorteile

FOTOS: ROOL PAAP/FLICKR, JANINE WEDEL, APA/DPA/ROLF VENNENBERND

Eine andere Geschichte ist die vollkommene Privatisierung staatlicher Unternehmen. Wolfgang Schüssel ist bis dato ein phrasensicherer Fürsprecher von Privatisierungen, auch wenn sich heute noch die Gerichte mit den „Erfolgen“ seiner Ära herumschlagen müssen. So schrieb Schüssel vor zwei Jahren in der *NZZ:* „Privatisierungen bringen bekanntlich mehrere Vorteile.“ Das Wörtchen „bekanntlich“ klingt in diesem Satz besonders charmant, weil es einerseits so tut, als wäre dies eine allseits anerkannte Tatsache. Andererseits lässt sich leicht behaupten, dass irgendetwas bekannt sei. „Bekanntlich“ bin ich ja auch der coolste Mensch zwischen Simmering und Nebraska.

Worin liegen nun laut Schüssel die „bekannten“ Vorteile von Privatisierungen? Erstens bringen sie dem Staat Geld, zweitens liegen manche öffentlichen Unternehmen „weit unter der Produktivität vergleichbarer Wettbewerber. Zudem beschränkt der restriktive Budgetkurs Investitionen und Finanzierung der Staatsbetriebe.“ Zustimmend zitiert Schüssel den Voest-CEO Wolfgang Eder, der die Vollprivatisierung des Stahlbetriebs den „glücklichsten Tag meines Lebens“ nannte.

Nun wäre ich versucht, mir Gedanken darüber zu machen, was für ein unglückliches Leben jemand führen muss, für den der simple Eigentümerwechsel eines Unternehmens zum glücklichsten Tag des Lebens wird, will mich damit aber nicht länger aufhalten.

Die interessantere Frage ist, ob die räuberischen Privatisierungen der Ära Schüssel nur mit der besonderen Korruptionsanfälligkeit seines Kabinetts zusammenhingen oder ob diese Form des Glücksrittertums nicht der eigentliche Zweck von Privatisierungen ist.

Denn die Privatisierung öffentlicher Aufgaben bringt primär einmal einer Gruppe an Menschen sehr viel Geld: Investoren, Consultern, Anwaltskanzleien, Matchmakern, die die Deals einfädeln, und den Freunderln, denen die Vermögenswerte zugeschanzt werden. Privatisierung ist fast immer Korruption, nur ist sie meist legal.

Der ehemalige deutsche Gesundheitsminister Philipp Rösler holte einen Spitzenmanager des Verbandes Privater Krankenversicherungen als Leiter der Grundsatzabteilung in sein Ministerium. Das deutsche Wirtschaftsministerium ließ das Bankenrettungsgesetz von einer Anwaltskanzlei schreiben, die primär für Banken arbeitet. Große Anwaltskanzleien wickeln Privatisierungen ab, Consultingfirmen beraten Regierungen und stellen sogar zeitlich befristete Beschäftigte für öffentliche Bürokratien, Lobbyisten sitzen in Aufsichtsräten. Das heißt: Der Staat wird von privaten Konzerninteressen gekapert.

Die amerikanische Wissenschaftlerin Janine R. Wedel hat für ihr Buch „Shadow Elite“ ursprünglich die korrupten Privatisierungen in Osteuropa nach 1989 recherchiert. Im Zuge der Recherche fand sie heraus, dass die damals entwickelten Praktiken später auch im Rest der Welt Nachahmung gefunden haben. „Die Korruption hat ihr Gesicht verändert“, sagt sie jetzt. „Es ist eine neue Form der Machtorganisation entstanden und damit auch eine neue Form von Korruption. Es gibt eine neue Gruppe von Akteuren, die ich die ‚Schatten-Elite‘ nenne. Die ‚Mover und Shaker‘, die beispielsweise ein Consulting-Unternehmen haben, oder mit einem Think-Tank verbunden sind, die sich einen Namen als TV-Experten machen und Posten als Regierungsberater bekommen und die sogar für begrenzte Zeit Regierungsposten annehmen. Aber sie haben eigentlich keine Loyalität zu den Institutionen, für die sie zeitweise arbeiten, sondern nur ihren Netzwerken gegenüber.“ Diese Korruption wird aber nur durch das Outsourcing von Regierungsaufgaben an Private und durch die Privatisierung von staatlichen Leistungen ermöglicht. „Nicht die ökonomische ‚Allmacht des Staates‘ ist die Quelle heutiger Korruption, sondern die Verschiebung der Macht vom Öffentlichen zum Privaten.“

Oder simpel gesagt: Nicht die Tatsache, dass der österreichische Staat Bundeswohnungen besitzt, öffnete der Korruption Tür und Tor – die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft korrupten Machenschaften begannen erst, als er sie privatisierte. F

Hafen von Piräus (Griechenland): auf Druck der Troika verscherbelt

Privatisierung tut selten gut

Gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten schrumpfen, wenige Private profitieren. Nun gibt es sogar einen Trend

TEXT: GEORG FEIGL

In Griechenland war sie eine Bedingung der Troika für die Vergabe von Hilfskrediten: die Privatisierung öffentlichen Eigentums im Ausmaß von einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Selbst in Österreich, wo die Idee spätestens nach den Erfahrungen mit dem Verkauf der Buwog und der Telekom arg in Misskredit geriet, tauchen Privatisierungsfantasien regelmäßig auf, etwa als das Wifo den umfangreichen Verkauf von Staatsbesitz zur Budgetkonsolidierung vorschlug oder das von der Industriellenvereinigung finanzierte Institut Economica finanzielle Vorteile von Privatisierung propagierte.

Auf der Habenseite wird dabei der einmalige Privatisierungserlös verbucht, mit dem die Staatsverschuldung gesenkt werden kann. Übersehen wird hingegen meist der Verlust an künftigen Erträgen, der die künftigen Budgetdefizite steigen lässt. Meist ist nämlich die Zinsersparnis der Schuldenreduktion deutlich geringer als der Verlust an Erträgen, die ein Unternehmen erwirtschaftet.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Kosten der Abwicklung des Verkaufs, die leicht zehn Prozent des Verkaufserlöses betragen können. Aus dem vermeintlich „guten Geschäft“ für den Staat wird derart oft ein Verlust. So entgingen der Republik alleine durch die letzte Teilprivatisierung der OMV im Zuge der Haushaltskonsolidierung Mitte der 1990er Dividenden in Milliardenhöhe, während die Zinsersparnis nicht einmal eine halbe Milliarde betrug.

Gar nicht zu reden von der Korruption, die Medien, Politik und Gerichte auch noch nach lange nach der Verkaufsabwicklung beschäftigt. Völlig unbedacht bleibt meist die Einschränkung öffentlicher Gestaltungsmöglichkeiten, die mit dem Verkauf von Gemeinschaftseigentum einhergeht: Der Zugang zu öffentlichen Leistungen auch für weniger zahlungskräftiges Publikum, die Sicherung hohen einheimischen Wertschöpfungs- und Beschäftigungsniveaus, Versorgungssicherheit, ökologische und soziale Standards, Transparenz, Sozialisierung von Monopolgewinnen und faire betriebliche Einkommensverteilung – Stichwort Managergehälter.

Das soll nicht heißen, in öffentlichen Betrieben sei alles eitel Wonne. Allzu oft ist der Mehrwert öffentlichen Eigentums nicht offensichtlich, die Transparenz sogar geringer als in börsennotierten privaten Unternehmen. Diese Diskrepanz zwischen hohen Ansprüchen und ihrer mangelhaften Realisierung bildet den Nährboden von Privatisierungsplänen.

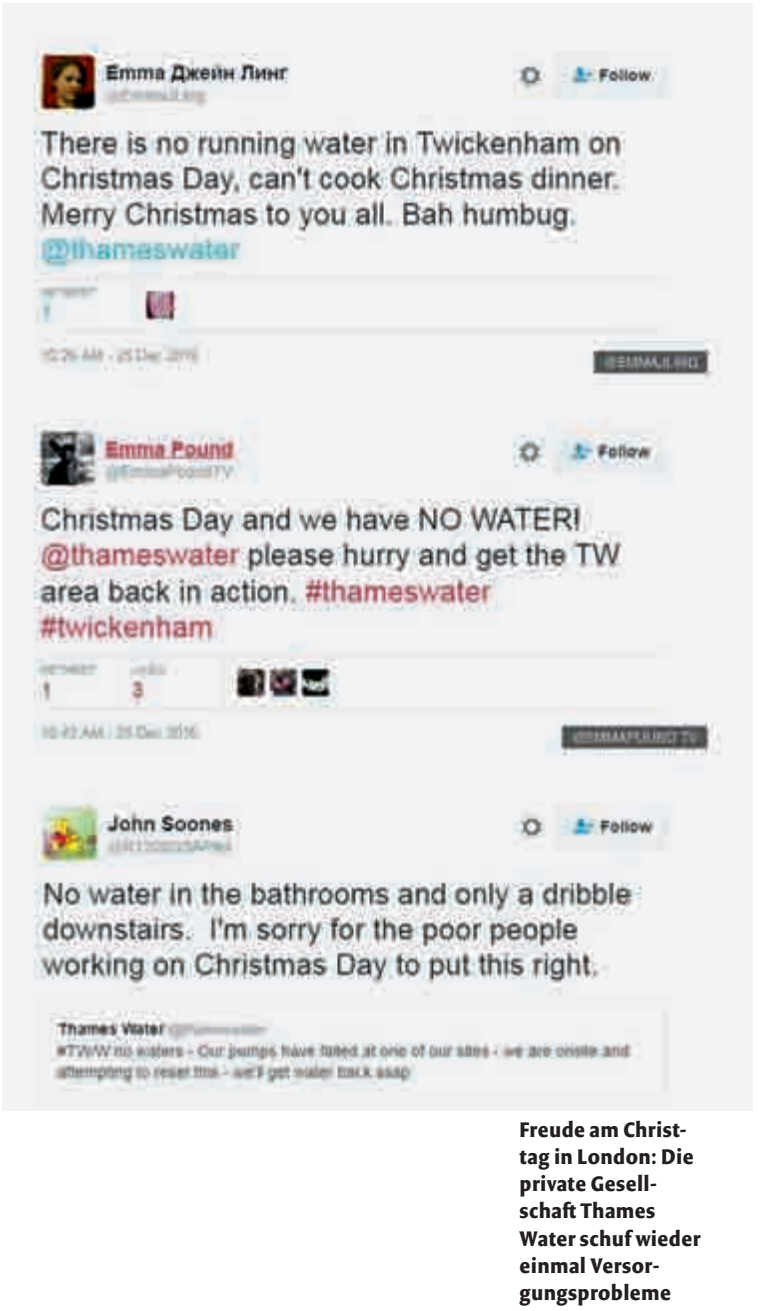
»

Auch in öffentlichen Betrieben ist nicht alles eitel Wonne. Die Diskrepanz zwischen hohen Ansprüchen und mangelhafter Realisierung bildet den Nährboden von Privatisierungsplänen

Die Frage der Effizienz der Unternehmensführung ist wichtig. Empirische Studien stellen zwar oft eine höhere Effizienz privater Unternehmen fest, doch das Ergebnis hängt von Unternehmensgröße, Art der Tätigkeit, Konkurrenzsituation und Governance-Strukturen ab. Öffentliche Unternehmen punkten mit niedrigeren Marketingkosten und Managementgehältern und einer nachhaltigeren Ausrichtung. 2014 untersuchte der italienische Ökonomieprofessor Massimo Florio in einer Studie die 2000 größten Unternehmen auf der Forbes-Liste und fand heraus, dass jene zehn Prozent der Betriebe, die im öffentlichen Mehrheitsbesitz sind, in finanzieller Hinsicht besser performen. In einem längerfristigen Vergleich des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung schneiden privatisierte und öffentliche kommunale Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung ähnlich ab.

Vielfach herrscht Ernüchterung über die hohlen Versprechen der Privatisierung, und es steigt der Wunsch nach neuerlicher Überführung in die öffentliche Hand. Steigende Preise und sinkende Qualität, die vor allem dort zu beobachten waren, wo Monopolanbieter privatisiert wurden, stehen dabei im Mittelpunkt. Besonders die Unzufriedenheit mit privater Wasserversorgung

FOTO: NIKOLAOS DIAKIDIS/WIKIMEDIA COMMONS



Freude am Christtag in London: Die private Gesellschaft Thames Water schuf wieder einmal Versorgungsprobleme

zur Rekommunalisierung

hat zu heftigen Debatten um Rekommunalisierung geführt, etwa in Berlin, Paris und Barcelona.

Welcher Privatisierungserfolg für wen?

Die Bewertung des Erfolgs von Privatisierungen hängt entscheidend von der Perspektive ab. Die Bevölkerung beurteilt die Effekte anders als Beschäftigte und wieder anders als direkte Kundschaft, politisch Verantwortliche, neue Eigentümerinnen oder Lieferanten.

Jane Roberts, David Elliott und Trevora Houghton stellen in einer Untersuchung der ersten Privatisierungswelle im Großbritannien der 1980er-Jahre die Abwägung unterschiedlicher Ziele bei der Privatisierung schematisch in Form eines Dreiecks dar. Je höher der zu erzielende finanzielle Privatisierungserlös sein soll, desto geringer dürfen wettbewerbspolitische Eingriffe (in den zumeist weiterhin monopolistisch bis oligopolistisch organisierten Markt) oder Auflagen zur Erfüllung nichtmarktwirtschaftlicher Ziele (wie die Beibehaltung von Sozialtarifen, guten Arbeitsbedingungen, hohen Umweltschutzstandards) sein.

Deshalb erfordert eine Evaluierung von Privatisierungen zunächst eine Einigung auf Kriterien. Nur einen – finanziellen – Aspekt herauszugreifen geht nur dann, wenn implizit von der üblichen Zielfunktion privater Finanzinvestoren ausgegangen wird: Ertragsmaximierung ungeachtet wettbewerbs- und gesellschaftspolitischer Ziele.

OMV: Allein die letzte Teilprivatisierung kostete den Bund mehr als eine Milliarde Euro

Finanzwissenschaftler Giacomo Corneo fordert eine Ausweitung öffentlicher Beteiligungen

FOTOS: WWW.BBC.COM, OMV, GOLDEGG VERLAG

Warum das Budget durch Privatisierung nur auf Kosten anderer verbessert werden kann

Neue Eigentümerinnen erwarten eine angemessene Rendite auf ihr Investment, diese wird angesichts des höheren Risikos gegenüber Staatsanleihen meist über dem Anleihenzinssatz liegen. Für die öffentlichen Finanzen bedeutet dies, dass die privatisierungsbedingte Ersparnis an Zinsausgaben niedriger ist als der Verlust an entgangenen Beteiligungsgewinnen. Besonders verlustreich ist das Privatisierungsgeschäft für den Staat, wenn die Betriebserträge nach Privatisierung rasch steigen, wie das etwa im Mineralölsektor der Fall war, wo starke Preissteigerungen bei Rohstoffen die Unternehmensgewinne rasant steigen ließen. Eine Privatisierung vor dem Preisschub führte dann zu besonders hohem finanziellen Schaden für die öffentliche Hand. So kostete allein die letzte Teilprivatisierung der OMV (Anteil von knapp 15 %) den Bund bisher deutlich über eine Milliarde Euro.

Rechnen kann sich eine Privatisierung für die Investoren auch dann, wenn Unternehmensziele neu definiert werden. Dann profitieren – zumindest finanziell – sowohl die neuen Eigentümer als auch die öffentliche Hand. Die Rechnung zahlen die Bürger und Bürgerinnen, die schlechtere Leistungen bekommen, die Beschäftigten, die unter Stellenabbau, Arbeitsverdichtung oder niedrigerer Bezahlung leiden, die Gesamtwirtschaft, die durch Verlagerung der Wertschöpfung ins Ausland (wie bei der Austria Tabak) oder fehlende Investitionen (bei Transport- oder Kommunikations-Infrastrukturunternehmen) beeinträchtigt wird. Diese Probleme werden manchmal durch vertraglich vereinbarte Auflagen für die Zeit nach dem Verkauf kaschiert, allerdings zum Preis komplexer, teurer und rechtsunsicherer Verträge und geringerer Privatisierungserlöse.

Vertraut man hingegen nicht auf die unsichtbare Hand des Marktes, die automatisch zum größtmöglichen Nutzen für alle führen soll, so ist es besser, die öffentliche Verantwortung gar nicht erst abzugeben. Nur so kann etwa gewährleistet werden, dass die hohen Gewinne der Energieunternehmen infolge zunehmender Energieknappheit in die Ausweitung und Ökologisierung des Energiesektors anstelle auf die Konten der privaten Investorinnen und Investoren fließen.

Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste in Europa

Verkäufe profitabler öffentlicher Unternehmen bedeuten eine Privatisierung der Gewinne. Das verstärkt die Konzentration von Einkommen und Vermögen und verschärft somit die Verteilungstrends der letzten Jahrzehnte. Das gilt insbesondere dann, wenn Effizienzsteigerungen – wie sie oft von jenen ins Feld geführt werden, die Privatisierung befürworten – zu Gewinnsteigerung anstelle von Preissenkungen verwendet werden. In privatisierten Unternehmen steigen zudem die Einkommen des Managements oft rasant, die Umverteilung findet also auch innerhalb des Betriebes statt.

Giacomo Corneo, Finanzwissenschaftsprofessor an der Humboldt Universität Berlin, schlägt deshalb vor, den umgekehrten Weg zu gehen. Er fordert eine gezielte Ausweitung öffentlicher Beteiligung an Unternehmen. Dafür sollen staatliche Beteiligungsfonds gegründet werden, ähnlich denen erdölreicher Staaten, die auf Basis privatwirtschaftlicher Zielvorgaben ohne politischen Einfluss gesteuert werden. Corneo verspricht sich davon einen marktkonformen Weg der Nutzung von Finanzgewinnen für die Allgemeinheit. Ähnlich argumentiert die Ökonomin Mariana Mazzucato (siehe Teil 3 dieser Beilage): Das Kapital des Staates muss besser eingesetzt werden, nicht nur mit Verteilungszielen, sondern auch, um eine produktives Zusammenspiel zwischen Staat und Unternehmen zu ermöglichen. Durch Eigenkapitalbeteiligung übernimmt in ihrem Konzept die öffentliche Hand nicht nur Risiken, sondern lukriert auch die damit verbundenen Gewinne.

Obwohl Privatisierungen aufgrund des Ausfalls an Beteiligungserträgen langfristig für den Staat nur selten finanziell erfolgreich sind und wirtschaftlich oft zulasten der Bevölkerung gehen, bleiben sie das beliebte Rezept der Troika für finanziell angeschlagene Staaten der europäischen Peripherie. Dies spiegelt mehr die Interessen der Gläubiger – Staaten und Banken – als jene der Schuldner, die finanziell weiter geschwächt werden, wider.

Der denkbar schlechteste Zeitpunkt für eine Privatisierung liegt mitten in der Finanzkrise, wo auch noch der öffentlich angekündigten Verkaufszwang die Nachteile verstärkt. Selbst wenn den Krisenstaaten Privatisierungen aus ideologischen Gründen aufgezwungen werden, dürfte der Verkauf erst nach der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage angesetzt werden. Die Gewinner sind in jedem Fall internationale Private-Equity-Fonds, es verlieren Beschäftigte und die Bevölkerung – nicht nur finanziell, sondern auch hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf gesellschaftliche Ziele des Wirtschaftens.

Öffentliche Unternehmen müssen wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele effektiv verfolgen

Der Widerstand gegen Privatisierung muss bei der Effizienzsteigerung in öffentlichen Unternehmen beginnen. Dabei kann ein öffentlicher Diskurs über die vielfältigen Dimensionen der Unternehmensziele und die Möglichkeiten zur Steigerung des öffentlichen Mehrwerts den Schlüssel für den Erfolg bilden. In dem Maße, wie öffentliche Unternehmen die gesellschaftlich vereinbarten Ziele erkennbar erfüllen, wird ihre Privatisierung zu einer offensichtlichen Bedrohung für die Interessen der Bevölkerung. Das Beispiel zunehmenden Widerstands gegen Privatisierungen und sogar wachsender Forderungen zur Rekommunalisierung der Wasserversorgung in vielen europäischen Städten zeigt dies eindrucksvoll.

Somit gilt es für die öffentliche Hand, die Gestaltungsmöglichkeiten, die öffentliches Eigentum bietet, aktiv zu nutzen. Etwa indem ein Prozess des öffentlichen Diskurses und der demokratischen Aushandlung der Ziele für öffentliche Unternehmen gestartet wird. Denn eines hat die Vergangenheit auch gezeigt: Wenn die Transparenz gering ist, es keine breiter geführte Auseinandersetzung über die Unternehmensziele gibt und die Steuerungsfunktion kaum wahrgenommen wird, steigt die Anfälligkeit für Misswirtschaft – und damit der Druck zu Privatisierungen, selbst wenn diese langfristig nicht im öffentlichen Interesse sind. F

Eine Firma namens Österreich AG

Die Verstaatlichte ist längst privatisiert, aber Netzwerke und Geist des kooperativen Kapitalismus leben weiter

NACHLESE: BARBARA TÓTH

Sie hätte heuer ihren 70. Geburtstag gefeiert, aber gratulieren wollte ihr niemand mehr: die sogenannte „Verstaatlichte". Jenes Konglomerat aus Unternehmen und Banken im Staatseigentum, das fast ein halbes Jahrhundert lang Österreichs Wirtschaft und Politik maßgeblich mitbestimmte.

1946 verabschiedeten Sozialdemokraten, Volkspartei und die damals noch im Parlament vertretenen Kommunisten das „Verstaatlichtengesetz". Es war eine dringende Notmaßnahme. Andernfalls wäre das „deutsche Eigentum" – ehemals heimische Unternehmen, die nach 1938 ins Deutsche Reich eingegliedert worden waren – als Wiedergutmachung an die Alliierten gefallen. Österreich, zu diesem Zeitpunkt noch ohne Staatsvertrag ohnehin in prekärer Lage, hätte mit einem Schlag auch noch seine Industrieinfrastruktur verloren.

Diese „Austrifizierung" war weder freiwillig noch geplant, trotzdem legte sie die Basis für eines der – rückblickend gesehen – wichtigsten, aber auch umstrittensten Fundamente der österreichischen Nachkriegsgeschichte. Denn ohne die „Österreich AG", wie man die Verstaatlichte etwas schneidiger nennen kann, wäre der „österreichische Weg" eines kooperativen Kapitalismus, lange Garant für Wirtschaftswachstum und Fast-Vollbeschäftigung, nicht möglich gewesen. Die Verstaatlichte sorgte spätestens seit den 1980er-Jahren aber auch dafür, dass die Wirtschaftskrise im öffentlichen Sektor voll durchschlug und sich der – vor allem von der ÖVP politisch getragene – Schlachtruf „Mehr privat, weniger Staat" auch in vielen Teilen der SPÖ als pragmatisches Gebot der Stunde durchsetzte.

Heute existiert die Österreich AG nur mehr in mickrigen Restbeständen, und nicht erst seit der Finanzmarktkrise fragen sich kritische Ökonomen, ob die radikalen Privatisierungen der Nullerjahre tatsächlich alternativenlos waren und kreativere Wege, etwa die Schaffung eines Staatsfonds, nicht vernünftiger gewesen wären. Der Ruf nach dem starken Staat wird wieder stärker gehört.

Könnte es aber nicht auch sein, dass gerade in Österreich dieser „starke Staat" trotz aller einschneidender Privatisierungen weiter existierte? Existierte er nicht in offensichtlicher Form, als Staatsanteile an Unternehmen, sondern in der Gedankenwelt der Wirtschaftseliten? Obwohl in den 1980er-Jahren die Verstaatlichte sukzessive privatisiert wurde und sich mit dem EU-Beitritt Österreichs Wirtschaft internationalisieren musste? Hat am Ende das neoliberale Dogma „Mehr privat, weniger Staat" die jahrzehntelang gewachsenen Netzwerke und die spezifisch österreichische Wirtschaftskultur nur bedingt verändern können? Und wenn ja, wem hat das genützt?

Um diese Fragen zu beantworten, muss man sich die Entwicklung der Verstaatlichten und ihrer Eliten seit den 1980er-Jahren im Detail anschauen. Der Soziologe Philipp Korom, Jahrgang 1983, hat genau das gemacht. Eines von Koroms Spezialgebieten ist die Elitenforschung. Im Rahmen eines Projektes untersuchte er, ob und wie sich Managernetzwerke der Verstaatlichten über die letzten fünf Jahrzehnte veränderten. Wer gewann an Macht, wer musste sie abgeben? Sind Österreichs Unternehmenskapitäne immer noch eine geschlossene, vorwiegend männliche Gesellschaft, untereinander persönlich bestens vernetzt und über vielfache Gremien, allen voran Aufsichtsräte, wirtschaftlich verbunden? Oder musste sich dieser exklusive Club anpassen, öffnen?

„Grüner Riese" nennt die Presse den Raiffeisen-Konzern. Zu Recht

Soziologe Philipp Korom hat untersucht, wie sich Wirtschaftseliten durch die Privatisierung der Verstaatlichten veränderten

Die Verstaatlichte lebt nach der Privatisierung im Raiffeisen-Sektor weiter. Dieser ist der größte Profiteur der „Mehr privat, weniger Staat"-Politik Wolfgang Schüssels

Buchtipp: Philipp Korom: Die Wirtschaftseliten Österreichs. Verflechtungen von Großunternehmen, Parteinähe und Adel. UVK Verlagsgesellschaft, 2013, 226 S., € 29,–

Eines vorweg: Weniger Macht haben Österreichs Wirtschaftseliten nach der Privatisierung, Ostöffnung und Globalisierung nicht, aber die Macht hat sich neu verteilt – zugunsten vor allem eines Sektors: der Raiffeisen-Gruppe. Sie ist langfristig gesehen Überbleibsel, größte Profiteurin und neues Nervenzentrum eines Systems, dass gleich nach dem Zweiten Weltkrieg erfunden wurde und Österreich im kontinentaleuropäischen Vergleich immer noch zu einer der „koordiniertesten" und „kooperativsten" Ökonomien mit größter institutioneller Stabilität macht.

Als im Jahr 1946 die Verstaatlichte gegründet wurde, war der öffentliche Sektor riesig. Er bestand aus 70 Unternehmen, darunter drei Kreditinstitute, die ihrerseits 61 Unternehmen und zehn kleinere Kreditinstitute hielten. Das machte insgesamt ein Fünftel des gesamten österreichischen Industriepotenzials aus. 1975 waren 120.000 Personen im Industriesektor der staatlichen Holding ÖIAG beschäftigt, das waren 19 Prozent aller Arbeiterinnen. Bis Mitte der 80er-Jahre hatte Österreich den größten öffentlichen Sektor Westeuropas, die Verstaatlichte war das „Rückgrat" der Österreich AG.

Es gab im Grunde drei große Einflussbereiche: die ÖIAG, die verstaatlichten Banken Creditanstalt (ÖVP-nahe) und Länderbank (SPÖ-nahe) und ihre Industriebeteiligungen und der Energiesektor.

Heute ist davon kaum noch etwas zu sehen. Die ÖBIB, die Beteiligungsgesellschaft der Republik Österreich, Nachfolgerin der ÖIAG, ist kein selbstbewusster Staatsfonds, sondern eine Abwrackgesellschaft. Sie hält noch Anteile an der Österreichischen Post mit 52,85 Prozent, der OMV mit 31,5 Prozent und der Telekom Austria mit 28,42 Prozent – allesamt börsennotierte Unternehmen. Die Beteiligung an der Casinos Austria AG beträgt 33,24 Prozent.

Nicht viel anders schaut die Bilanz am Bankensektor aus. Aus den beiden zentralen verstaatlichten Großbanken Creditanstalt und Länderbank entstand, nach mehreren Fusionsschritten mit zum Teil massiven politischen Irritationen, die Bank Austria Creditanstalt, die 2005 in der UniCredit aufging. Die Industriebeteiligungen wurden ausgelagert. Der historische Sparkassenbereich ging in der Erste Bank auf.

Die Privatisierungen gingen in den Nullerjahren in zwei Tranchen unter Kanzler Wolfgang Schüssel und seinem Finanzminister Karl-Heinz Grasser (2000 bis 2007) über die Bühne. Politisch sozialisiert im Wirtschaftsbund, einer Teilorganisation der ÖVP, die nahezu gänzlich aus Managern kleiner und mittelgroßer Betriebe besteht und in Konkurrenz zum öffentlichen Sektor steht, prägte Schüssel den neoliberalen Diskurs in Österreich. Grasser gelang es, dem Ganzen einen jugendlichen und modernen Anschein zu geben.

Zwischen 2000 und 2003 wurden in einer ersten Privatisierungswelle 35,7 Prozent der VA Stahl AG, 24 Prozent der VA Technologie AG, 25 Prozent der Böhler Uddeholm AG, 41,1 Prozent der Austria Tabak AG, 17,38 Prozent der Flughafen Wien AG, 22,4 Prozent der Telekom Austria AG und 39 Prozent der Post AG veräußert. Österreich „verscherble sein Familiensilber", hieß es damals oft. In einer darauffolgenden Welle (2004–2009) kam es zur Vollprivatisierung der Voestalpine und der VA Tech. Die Raiffeisenbank Oberösterreich unter ihrem General Ludwig Scharinger spielte dabei eine entscheidende Rolle. 2008 kaufte schließlich die Deutsche Lufthansa alle ÖIAG-Anteile an den Austrian Airlines.

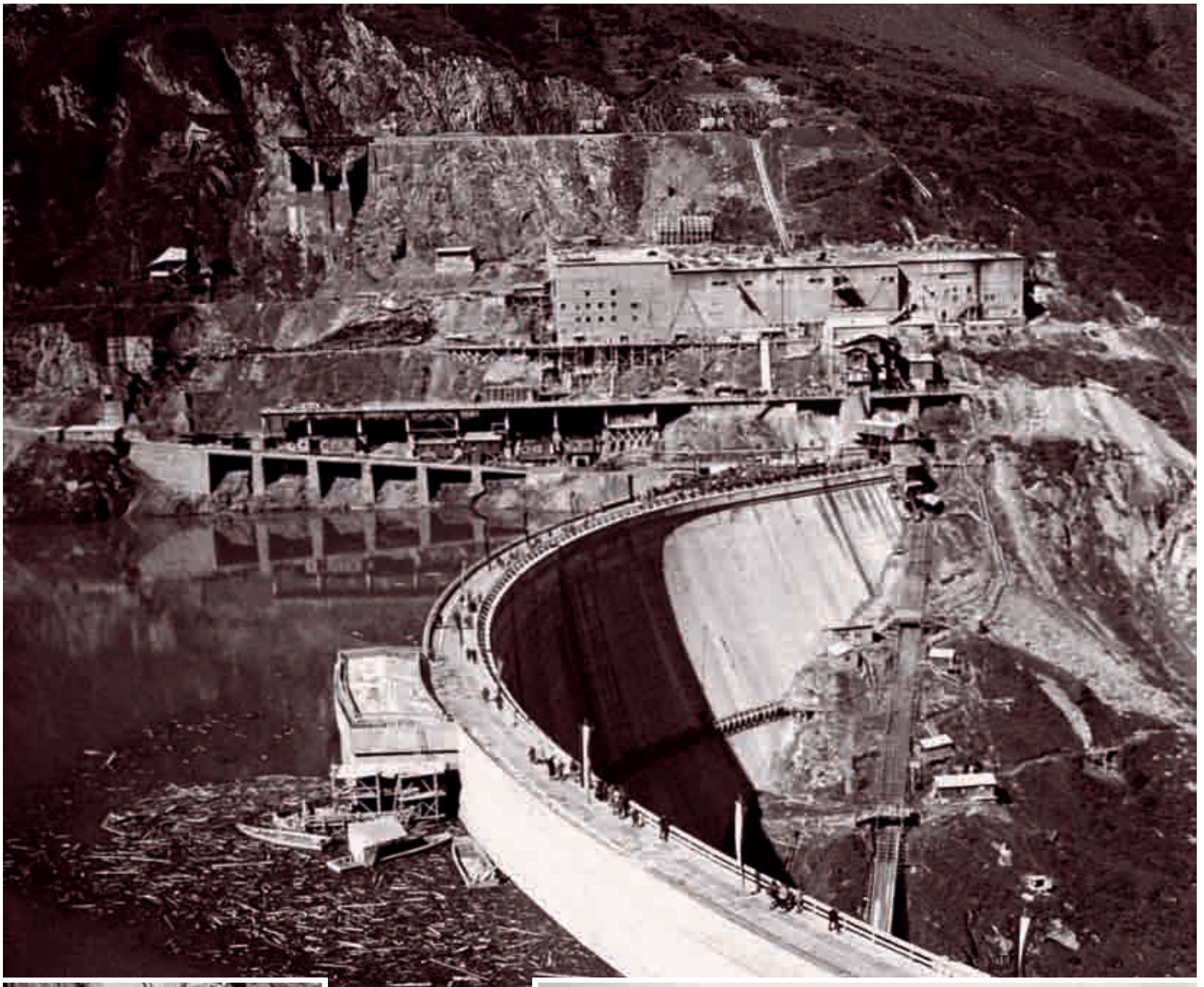
Spannend wird es, wenn man die Personenverbindungen vor und nach diesen Privatisierungen in den Geschäftsführungen und Aufsichtsräten in den Jahren 1976 bis 2008 untersucht. Ist eine Person Vorstand/Geschäftsleiterin eines und Aufsichtsratsmitglied zumindest eines anderen Unternehmens, sprechen Sozialforscher von einer gerichteten Verflechtung.

Der Klassiker der Verstaatlichten waren Bank-Chefs, die in Aufsichtsräten von ihnen nahestehenden und über Bankkredite verbandelten Industrieunternehmen saßen. Das gab ihnen die Möglichkeit, Risiken frühzeitig abzuschätzen. Über solche Netzwerke sorgten SPÖ und ÖVP auch dafür, dass ihre Macht gewahrt wurde, gemäß dem ungeschriebenen Gesetz des „Proporzes".

Solche „Verbindungsmänner" – es sind bis auf wenige Ausnahmen nach wie vor Männer – gibt es aber auch nach der Privatisierung. „Betrachtet man die Entwicklung der „Multiaufsichtsräte", also jener Netzwerk-Virtuosen, die über Aufsichtsratsfunktionen die Geschäftspolitiken vieler großer Unternehmen beeinflussen können, so zeigt sich ein Bild weitgehender Stetigkeit", schreibt Korom. 1976 gehören dem Elitenetzwerk 50 Personen und damit zwei Prozent aller Mandatsträger an, die für insgesamt 74 Prozent aller 1489 personellen Verflechtungen verantwortlich sind. Auch die Verbindungsmänner in den Jahren 2000 und 2008 sind an bis zu 70 Prozent aller Personenverbindungen beteiligt. Aufgrund von neuen Corporate-Governance-Vorschriften gibt es 2008 keine Aufsichtsräte mit zehn oder mehr Mandaten mehr. Die Anzahl jener Netzwerkvirtuosen mit sechs bis neun Positionen in Geschäftsgremien bleibt jedoch konstant. Nur ihre Parteizugehörigkeit änderte sich.

Erwin Hameseder, zum Beispiel. Der heutige Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien 2008 war schon in seiner Zeit als Mitglied der Geschäftsführung und Vorstand der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG Aufsichtsrat des Nahrungsmittelkonzerns Agrana Bet.-AG, der Flughafen Wien

FOTOS: APA/HERBERT NEUBAUER, THEODOR KÖRNER FONDS



Wiederaufbau, Vollbeschäftigung, Verstaatlichte: Die Idee eines starken, unternehmerischen Staates ist 70 Jahre alt und heute aktueller denn je

FOTOS: IMAGNO/ONB (2), APA/VOESTALPINE STAHLWELT GMBH/LENTIA VERLAG

AG, der Holdinggesellschaft Leipnik-Lundenburger Invest Bet.-AG und des Bauunternehmens Strabag SE tätig. An all diesen Unternehmen ist die Raiffeisen-Bankengruppe als gewichtiger Aktionär beteiligt.

Hameseders Schlüsselrolle ist kein Zufall. Als gegenwärtig stabilstes Rückgrat der „Österreich AG“ erweist sich in Koroms Untersuchung eben die Raiffeisen-Bankengruppe. Sie überlebte auch den markantesten Einschnitt im „Personen-Netzwerk“, die Fusion der Bank Austria mit der Creditanstalt. Mit dieser Verschmelzung verschwand ein eng verflochtener Teil des Finanzsektors, in dessen Mitte der ehemalige Generaldirektor der (SPÖ-nahen) Bank Austria, Erich Hampel, stand.

SPÖ raus, ÖVP rein – ist das die politische Bilanz der Privatisierung? Die Dominanz des Raiffeisen-Sektors im Verstaatlichten-Erbe ist augenscheinlich. Dazu gehören nicht nur die bereits genannten Beteiligungen, sondern auch jene, die die Raiffeisen Oberösterreich an strategisch wichtigen Privatunternehmen mit Verstaatlichten-Vergangenheit wie der Voest-Alpine und der AMAG Austria Metall hält – Schüssels zweiter Privatisierungswelle sei Dank. Dem gegenüber steht das Staatseigentum abseits der ÖIAG. Denn neben den Beteiligungen an der Post, der Telekom und der OMV sind die größte Eisenbahngesellschaft (ÖBB), der größte Elektrizitätskonzern (Verbund) und ihren jeweiligen Tochtergesellschaften (u.a. Rail Cargo, Wiener Stadtwerke) wesentliche Stützen der „Österreich AG“.

Aus diesem Umfeld stammt auch der neue Bundeskanzler und SPÖ-Chef Christian Kern. Seine Vergangenheit im Verbund und bei den ÖBB macht ihm zum perfekten Repräsentanten jener „Österreich AG“, die sich viele heute nicht nur als Idee, sondern auch als wirtschaftliche Realität zurückwünschen. F

Auf dem Weg zur Fa

Die Zahl der Failed States, der gescheiterten Staaten, nimmt zu. Dabei ist weniger der Staat in Gefahr als die Demokratie

ZWISCHENBILANZ: RAIMUND LÖW

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Die Propagandachefs in Peking hatten es schon lange nicht so leicht. Auf den Straßen prangen, souverän ignoriert von den Bürgern, die Grundprinzipien des Sozialismus chinesischer Prägung: Entwicklung und Reform, Gerechtigkeit und Wohlstand, Harmonie und Friede. Die Apps auf den Handys berichten vom Chaos in der weiten Welt. Unter der Führung der Kommunistischen Partei mit Präsident Xi Jinping an der Spitze befindet sich das eigene Land dagegen auf dem Weg nach oben, ungeachtet aller Hürden, wie Smog oder Korruption. Laut Plan soll der gemäßigte Wohlstand spätestens im 100. Gründungsjahr der KP Chinas 2023 erreicht sein. Von Sozialismus oder Kommunismus ist nicht die Rede. Tatsächlich sind noch nie so viele Menschen so rasch aus tiefster Armut befreit worden wie durch die Marktwirtschaft unter kommunistischer Kontrolle in China.

Auf den zaghaften Ruf nach politischen Freiheiten antwortet das Staatssicherheitsministerium in Peking mit einem Video gegen die Demokratiebewegung in Hongkong, das den Kern der ideologischen Auseinandersetzung benennt. Der Vorwurf lautet: Die Studentenführer in Hongkong arbeiten auf einen arabischen Frühling für das Reich der Mitte hin. Wer Pluralismus und demokratische Reformen für die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde fordert, wie Joshua Wong und Benny Tai von der Occupy-Central-Bewegung, will China zu einem großen Syrien machen. Die Pekinger Tageszeitung *Global Times,* ein nationalistisches Kampfblatt, verweist zusätzlich gerne auf die Wahlkampfaussagen Donald Trumps über die Korruption des amerikanischen politischen Systems. China behält seine Diktatur und wird kein „Failed State", wie jetzt schon Arabien und demnächst vielleicht auch Amerika und Europa, verspricht die Partei den Bürgern.

Für die Protagonisten autoritärer Regierungsmodelle häufen sich die Anzeichen, dass die liberale Demokratie des Westens am Ende ist. Die Freiheitsrevolution der arabischen Völker ist gescheitert, so wie einst 1848 in Europa. In den entwickelten Industriestaaten erleben nationalistische Demagogen einen spektakulären Aufschwung. Donald Trump, den eine faschistoide Bewegung stark gemacht hat, steht vor dem Einzug ins Weiße Haus. Die Selbstzweifel des Westens wachsen. Die Angst vor einem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung, der so total ist, dass die Gesellschaft zerfällt, wird als das große Schreckgespenst in der Auseinandersetzung um die Zukunft der Staatswesen eingesetzt.

Failed States sind zumeist das Ergebnis gescheiterter Revolutionen in den Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, in denen Kolonialismus und Unterentwicklung die Herausbildung funktionierender Staaten blockiert haben. Somalia am Horn von Afrika steht in allen Indizes für Failed States ganz oben.

Siad Barre, der letzte Herrscher Somalias vor dem Zerfall, war ein Verbündeter der Sowjetunion. Es gab Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarn, verfeindete Volksgruppen und eine korrupte Staatsbürokratie. Ayaan Hirsi Ali, die als Flüchtling in die Niederlande kam, Abgeordnete wurde und zur Islamhasserin mutierte, hat das große Aufatmen beim Sturz des Diktators 1991 beschrieben. Was folgte, waren 25 Jahre ohne Staat. Amerikanische Special Forces verschlimmerten die Lage, woran der Film „Black Hawk Down" erinnert. Über Monate hindurch befehligte der amtierende Präsident nur das Personal des Hotels, in dem er regierte. Die Al-Shabab-Milizen, die al-Qaida Treue geschworen haben, terrorisieren große Teile des Landes. Der Wiederaufbau durch die UNO, die Organisation für Afrikanische Einheit und die EU kommt kaum voran.

Somalischer Diktator Siad Barre: Dem Aufatmen nach seinem Sturz folgte Chaos

Wladimir Putin: Feind liberaler westlicher Demokratien, kein Demokrat

Donald Trump: Präsident der mächtigsten Demokratie – ein Demokrat?

Afghanistan, Libyen, Syrien oder der Irak haben ihre eigene Geschichte. Der Mechanismus von der totalitären Diktatur zu einem nicht enden wollenden Bürgerkrieg verläuft ähnlich wie in Somalia.

„Es herrscht Chaos unter dem Himmel, die Lage ist ausgezeichnet." Aus dem viel zitierten Spruch Mao Tse-tungs spricht der Zynismus des professionellen Revolutionärs. Der menschliche Preis beim Zusammenbruch eines Staatswesens ist verheerend. Leo Trotzki hat darauf hingewiesen, dass sich in der Menschheitsgeschichte der Fortschritt eben über Revolutionen durchsetzt, egal, ob einem das gefällt oder nicht. Allerdings: Die Geschichte kennt auch genügend Situationen, in denen der Niedergang eines politisches Systems zum Rückschritt führt.

Wie zerbrechlich sind die liberalen Demokratien? Diese Frage wird leidenschaftlich diskutiert. Die beiden Politikwissenschaftler Yascha Mounk und Roberto Stefan Foa, Ersterer aus Harvard, Letzterer aus Melbourne, haben in der *New York Times* ein Modell für Warnzeichen bei der Destabilisierung liberaler Demokratien vorgestellt. Die Abfolge klingt auf den ersten Blick banal: Zuerst wächst die Entfremdung der Bürger, dann werden diktatorische Regierungsformen populär und schließlich steigen antidemokratische Parteien in Machtpositionen auf. Die Daten der Politikwissenschaftler sind beunruhigend. In den USA ist die Zahl jener, die ein Militärregime im eigenen Land positiv sehen würden, zwischen 1995 und 2014 sprunghaft gestiegen. Das gleiche Phänomen zeigt sich in Europa. Gleichzeitig geben immer weniger Personen an, dass es ihnen wichtig ist, in einer Demokratie zu leben. Die Politologen sprechen von einer schleichenden „Dekonsolidierung der Demokratie". Tatsächlich. Wie lange kann es gutgehen, wenn Parteien, die sich als Feinde des liberal-demokratische Systems verstehen, wie die FPÖ in Österreich, Geert Wilders in den Niederlanden und die Nationale Front in Frankreich, das politische Leben eines Landes vor sich hertreiben? „Dekonsolidierung" der liberalen Demokratie ist ein treffender Be-

FOTOS: PICTUREDESK/AFP/MIKE NELSON, APA/AFP/SPUTNIK/MIKHAIL KLIMENTIEV, APA/AFP/DON EMMERT

iled Democracy

griff für die Situation, in der sich die westliche Welt befindet.

Eine funktionierende Zivilgesellschaft und sein Sozialsystem machen Europa oder Amerika um vieles resistenter gegen populistische Umsturzpläne als Lateinamerika oder Asien. Offenen Widerstand gegen Imperialismus und Kapitalismus hat es im amerikanischen System immer gegeben. Die Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre in den USA wurde zum Vorbild demokratischer Proteste in der ganzen Welt. In Westeuropa erkämpften Gewerkschaften und Linksparteien in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus den Sozialstaat, den in den USA Roosevelts New Deal auf den Weg brachte. Erst die Erosion demokratischer Freiheiten und sozialer Rechte unterminiert die Demokratie.

Den Politikwissenschaftlern Mounk und Foa gilt der Ölstaat Venezuela als Modell einer „Dekonsolidierung der Demokratie", weil die Machtergreifung des linkspopulistischen Militärs Hugo Chavez von der Bevölkerung mitgetragen wurde. Vorausgegangen ist der bolivarischen Revolution ein formaldemokratisches System, das breite Teile

»

Die westlichen Demokratien erweisen sich auch nach Jahrzehnten der Dekonsolidierung als erstaunlich widerstandsfähig

des Volkes links liegen ließ. Erst Chavez begann Gelder aus den Öleinnahmen in Sozialprojekte der Slums umzuleiten. Mit dem Verfall des Ölpreises und dem Krebstod des Revolutionsführers begann der Abstieg. Das staatliche Versorgungsnetz ist unter Korruption und Misswirtschaft zusammengebrochen. Die Krise kam um vieles schneller als im sogenannten real existierenden Sozialismus Osteuropa. Die linke Regierungspartei hat die gesellschaftliche Kontrolle verloren, behält aber vorläufig noch die Kommandostellen der politischen Macht gegenüber einer auftrumpfenden bürgerlichen Opposition. Venezuela, das unter Chavez mit den Öleinnahmen linke Kräfte in ganz Lateinamerika samt dem castristischen Kuba finanzierte, steht vor dem Kollaps.

Die Folgen des Niedergangs der Linken auf dem Kontinent erlebt auch Brasilien. Das Rollback der Sozialreformen, die unter Lula die krassen Klassenunterschiede mildern sollten, hat mit der Amtsenthebung der linken Präsidentin Dilma Rousseff voll einge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 25

setzt. Anders als früher zeigen die Militärs nirgends in Lateinamerika Appetit auf die Macht. Ob das unter Donald Trump so bleiben wird, kann niemand voraussehen. Dass die lateinamerikanischen Oligarchien nicht zimperlich sind, haben sie oft bewiesen.

Die Zerstörung eines relativ gut funktionierenden, allerdings nicht demokratischen Systems erlebte Europa in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts im multinationalen Jugoslawien. Jugoslawien hatte sich unter Tito zum liberalsten Staat des real existierenden Sozialismus entwickelt. An die Stelle der Kommandowirtschaft sowjetischen Stil war ein Selbstverwaltungssystem getreten, das Unternehmen und Belegschaften großen Spielraum gewährte. Man wusste zwar: Unter der Oberfläche brodelten nationalistische Animositäten. Die gerne beschworene „Einheit und Brüderlichkeit" der Nationalitäten war Propaganda. Aber blutige Kämpfe zwischen den Volksgruppen schienen der Vergangenheit anzugehören. Dass das alte Jugoslawien in einem nationalistischen Rausch, der auch aus Österreich und Deutschland befeuert wurde, zerfiel, war ein düsteres Zeichen dafür, wie rasch auch in Europa staatliche Strukturen zusammenbrechen können.

Sind repräsentative Demokratien, in denen ein Mehrparteiensystem es erlaubt, dass innere Gegensätze sich auch politisch widerspiegeln, gegen Niedergang besser gefeilt als ein Einparteienstaat?

Vor 25 Jahren machte der amerikanische Philosoph Francis Fukuyama mit seiner These vom „Ende der Geschichte" Schlagzeilen. Gemeint war, dass es mit dem Zusammenbruch des Kommunismus keine ideologische Konkurrenz zum Modell der liberalen Demokratie samt Marktwirtschaft mehr gibt. Der Befund Fukuyamas klang nach dem Sieg des Westens im Kalten Krieg triumphalistisch. Alternativen mit globalem Anspruch gibt es trotz aller weltweiten Turbulenzen zum demokratischen Kapitalismus aber nach wie vor keine.

Der Islamismus, der in verschiedenen Strömungen gegen westliche Einflüsse kämpft, wird immer auf die islamische Welt begrenzt sein. In Europa ist der Terror der Dschihadisten ein Krisenphänomen, vergleichbar der Gewalt neofaschistischer Verschwörer und linksradikaler Kommandos in den 1970er-Jahren. Die Reaktionen des Staates waren für die weitere Entwicklung von größerer Bedeutung als die Herausforderung selbst.

Auf ihr Herrschaftssystem im eigenen Land beschränkt sich die mächtige Kommunistische Partei Chinas mit der Ideologie des Sozialismus mit chinesischer Prägung. Nach außen hat China keine Strahlkraft. Die Chinesen glauben an gar nichts, wundert sich der israelische Historiker Yuval Noah Harari über das ideologische Vakuum seit dem Ende des Maoismus. Nur die eigene Kasse muss stimmen.

Russlands Wladimir Putin, ebenfalls ein Feind der liberalen Demokratien des Westens, hat ein autoritäres System auf den ideologischen Grundlagen der russisch-orthodoxe Kirche geschaffen. Russischer Nationalismus und die Bewunderung für den Führer gehen Hand in Hand. Individuelle Freiheit und Toleranz sind out, das Kollektiv der völkisch definierten Nation bestimmt die Regeln. Rechte Nationalisten machen bei ihrem Feldzug gegen die multikulturelle Gesellschaft des Westens bei Putin gerne Anleihen. Auch Unterstützung und Geld aus Moskau nehmen sie gerne. Aber ernsthaft ideologisch verbunden sind Wilders, Le Pen oder Orbán mit dem Kreml nicht. Eine Herausforderung, die vergleichbar mit dem Marxismus-Leninismus von früher wäre, ist der Putinismus keine.

Der britische Politikwissenschaftler David Runciman dreht in der kollektiven Depression nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen den Spieß um und argumentiert, dass die Wahl Trumps die Stärke des amerikanischen Systems beweist. Seine Fans haben ihn gewählt, vermutet Runciman, nicht weil sie seinen Versprechen glauben, sondern weil sie darauf vertrauten, dass alles nicht so schlimm wird. Entgegen der eigenen Proteststimme. Der Rechtspopulismus werde in den USA von den Bürgern als Chance gesehen, sich abzureagieren, ohne Risiken einzugehen. Zeitgleich wird bekannt, dass Trump-Wähler, die dank Obama krankenversichert sind, schockiert waren, als sie entdeckten, dass ihre Versicherung gefährdet ist, wenn Trump seine Versprechen wahr macht.

»

Ist es denkbar, dass die westlichen Demokratien allen Warnungen zum Trotz den Weg der Diktaturen gehen? Ja, sagt Martin Wolf, der angesehene Kolumnist der Financial Times

Chinesischer Admiral Zheng Ye (1371–1433) – Symbol für Größe oder Untergang, je nach Standpunkt

Politologe Yascha Mounk: beschrieb mit Roberto Stefna Foa die Stufenfolge zum Ende der Demokratie

Die westlichen Demokratien erweisen sich auch nach Jahren der Dekonsolidierung als erstaunlich widerstandsfähig. Dass in Südeuropa nach der Unverantwortlichkeit der eigenen Eliten und den Torturen der Sparpolitik nicht schon längst Revolutionen ausgebrochen sind, grenzt an ein Wunder. Im Gegenteil: Griechenland und Italien gehören zu den proeuropäischsten Staaten der EU.

In China zitiert Präsident Xi Jinping gerne den Entdeckungsfahrer Zheng He als Beispiel, wozu das Land fähig ist, wenn es sich öffnet. Der Admiral aus dem 15. Jahrhundert ist ein Held. Während in Europa Kolumbus von Hof zu Hof pilgerte, um Gelder für seine Expedition aufzutreiben, erkundete Zheng He mit seinen riesigen Flotten Indien, Arabien und Ostafrika. Kolumbus stach mit 90 Mann in See. Jedes chinesische Schiff hatte eine Besatzung von 3000. Zheng He reiste mit 100 Schiffen.

Der amerikanische Forscher Jared Diamond rollt die Geschichte des Admirals vom Ende seiner Entdeckungsfahrten her auf. Ein Bannspruch des Kaiserhofes beendete nämlich schlagartig die Eroberung der Welt. Zheng He war mit einer Eunuchenfraktion am Hof verbunden, die einen Machtkampf verlor. Hunderte Schiffe wurden zerstört. China betrat den Weg zur Stagnation. Das Zentrum im alten China war so mächtig, dass Widerspruch gegen eine Fehlentscheidung der Staatsführung unmöglich war. Dagegen konnte Kolumbus, mit dem der Siegeszug des Westens in der Welt begann, zwischen Portugal und Spanien, England und Frankreich wählen. Bei der Fehlentscheidung eines europäischen Staatenlenkers gab es immer irgendwo jemand, der genügend Spielraum hatte, das Gegenteil zu versuchen. Die Vielfalt von Machtzentren kann in einem pluralistischen Sichern dafür sorgen, dass bei einem gesellschaftlichen Irrweg korrigierende Gegengewichte vorhanden sind.

Einen rechten Demagogen an der Spitze Amerikas, der mächtigsten Supermacht des Planeten, hat es noch nie gegeben. Ist es denkbar, dass die westlichen Demokratien trotz aller Warnschilder den Weg Orbáns, Putins oder gar Mussolinis und Hitlers zur Diktatur gehen, fragt Martin Wolf in der *Financial Times*. Die Antwort des Starkolumnisten ist ein dramatisches Yes. Die Welt wird nicht so bleiben, wie wir sie kennen, prophezeit Wolf.

Runcimans These, Trumps Sieg zeige die Stärke der Demokratie, ist originell, unterschätzt jedoch die Gefahren der weltweiten Offensive nationalistischer Demagogen. Die demokratischen Institutionen wirken heute ausgelaugt und müde. Die entscheidende Barriere auf dem Weg zur Failed Democracy ist die Stärke der Zivilgesellschaft. Pluralistische Systeme, die Widerspruch gegen Fehlentwicklungen ermöglichen, sind historisch besser zur Selbstkorrektur geeignet als Autokratien. In den USA ist sogar das Verbrennen der amerikanischen Fahne als verfassungsmäßiges Recht garantiert. Die Arbeiterbewegung hat im kapitalistischen Westen Sozialgesetze gegen die Massenarmut durchgesetzt, als das allgemeine Wahlrecht dies möglich machte. Unsere Freiheiten müssen neu erkämpft werden. Garantien für einen guten Ausgang gibt es in der Geschichte keine. F

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN; FOTOS: ARCHIV, STEFFEN JAENICKE

Praxis

Eine Partnerschaft sollte fair sein, sonst ist sie keine. Betrachtet man aber die Praxis der meisten Public-Private-Partnerschaften, fällt einem sofort eine Asymmetrie ins Auge: Es profitieren fast immer die Privaten. Dabei sind die Verhältnisse oft komplex bis zum Paradoxen, wenn etwa bei der Kinderbetreuung der Staat zugleich Verstaatlichung und Privatisierung fördert. Mehr als paradox ist die Tatsache, dass manche privaten Partner an Bauprojekten nicht nur profitieren, sondern der Öffentlichkeit die Steuer auf ihre Gewinne vorenthalten. Die Leistungen der Öffentlichkeit und des Staates werden hingegen geradezu systematisch unterschätzt, egal ob es um den Einsatz der Zivilgesellschaft bei der Flüchtlingsbetreuung geht oder um die Infrastruktur beim Verkehr.

SEITE 28–44

Gropiusstadt Berlin, errichtet in den 1960er-Jahren. Die Siedlung entstand im öffentlichen Wohnbau und ist mittlerweile großteils teilprivatisiert

Wohnungsversorgung

Das Berliner Beispiel sollte Wien eine Warnung sein – jedenfalls im Wohnbau

STÄDTEVERGLEICH: PHILIPP MATTERN

Die Wiener Wohnungspolitik genießt bekanntermaßen einen vorbildlichen Ruf. Fasziniert und geradezu neidvoll blicken die Deutschen auf diese Stadt, wenn es ums Wohnen geht. Dennoch kann Wien eine wichtige Lektion von der deutschen Hauptstadt lernen: nämlich wie man es nicht machen sollte. Denn die Berliner Entwicklung zeigt eindrücklich, wohin es führt, wenn man die Instrumente einer aktiven Wohnungspolitik aus der Hand gibt und die Wohnungsversorgung dem privaten Markt überlässt. Das Ergebnis ist desaströs.

Was sich in Berlin seit den 1990er-Jahren abspielte, wirkt wie ein großes Experiment in Echtzeit, mit dem getestet wurde, wie viel Liberalisierung ein Wohnungsmarkt verträgt. Fast 200.000 Wohnungen aus den Beständen der städtischen Wohnungsunternehmen wurden zu Spottpreisen privatisiert. Die meisten davon befinden sich heute in den Händen berüchtigter Investoren. Maßgabe für die Bodenpolitik wurde die Veräußerung öffentlicher Liegenschaften zum Höchstpreis. Von der Wohnbauförderung verabschiedete man sich sukzessive.

Im Jahr 2003 wurden die letzten geförderter Wohnungen fertiggestellt. 2006 folgte die bundesdeutsche Föderalismusreform, die die Zuständigkeit für die Wohnbauförderung in die Kompetenz der Bundesländer verlagerte. Sie bekamen dafür zwar Kompensationszahlungen vom Bund, gaben diese jedoch in den seltensten Fällen für den Wohnungsbau aus. In Berlin zumindest wurde über ein Jahrzehnt lang keine einzige geförderte Wohnung errichtet. Auch sonst hielt man sich wohnungspolitisch zurück. Der Markt sollte es regeln.

In Wien machte man diese Fehler zum Glück nicht. Noch heute befinden sich 32 Prozent des Mietwohnungsbestands im Gemeindebau und weitere 26 Prozent im Eigentum der gemeinnützigen Bauvereinigungen. Das private Segment des Mietwohnungsmarktes ist vergleichsweise klein. Die Wohnbauförderung bewegt sich auf einem stabilen und verhältnismäßig hohen Niveau. Damit verfügt Wien über eine Steuerungsmasse und einen institutionellen Rahmen, die es zumindest prinzipiell ermöglichen, auf Entwicklungen zu reagieren, wie sie sich in den letzten Jahren in beiden Städten abspielten.

Denn trotz der Unterschiede könnten sich Wien und Berlin in anderer Hinsicht kaum ähnlicher sein. Das fängt bei ihrer geografischen Lage an: Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und mehreren EU-Erweiterungen lagen beide Städte plötzlich mitten im Zentrum eines geeinten Europas. Seit Beginn des neuen Jahrtausends entwickelten sie sich zu den am stärksten wachsenden Metropolen der EU. In Wien leben heute etwa 1,8 Millionen Menschen. Es hat damit Hamburg überholt und ist inzwischen die zweitgrößte Stadt im deutschsprachigen Raum.

Berlin wiederum ist mit über 3,5 Millionen Einwohnern etwa doppelt so groß. In den vergangenen Jahren verzeichneten beide Städte enorme Bevölkerungszuwächse. In Berlin lebten 2016 knapp 242.000 Menschen mehr als noch 2011. Das sind fast so viele Einwohner, wie Graz hat. Wien wuchs in den selben fünf Jahren um über

FOTO: PICTUREDESK/CARO

Der Wiener Karl-Marx-Hof: Symbol des Wiener kommunalen Wohnbaus. Umfasst 1300 Wohnungen und ist im öffentlichen Besitz

in Wien und Berlin

136.000 Menschen, was gemessen an der Größe der Stadt ein noch deutlicherer Zuwachs ist.

Die starke Bevölkerungszunahme lässt sich in beiden Städten zurückführen auf einen steigenden Zuzug vor allem aus dem EU-Ausland und hier besonders aus dem süd- und osteuropäischen Raum. Die Ursachen hierfür können sowohl in den wirtschaftlichen Entwicklungen der „Krisenländer" Südeuropas vermutet werden als auch und vor allem in der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger der EU8-Staaten ab 2011 sowie in den weiteren EU-Beitrittsstaaten.

Hinzu kamen in den letzten beiden Jahren vermehrt Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen, allen voran Syrien. Letztere sind in vielen Statistiken noch gar nicht erfasst und werden erst nach erfolgter Anmeldung in den kommenden Erhebungen voll zu Buche schlagen. Zugleich ist in Berlin ein deutlicher Rückgang des Zuzugs von Inländern zu beobachten und in Wien kam es in den vergangenen Jahren sogar zu einer geringen Abwanderung von Inländern.

FOTOS: APA/BARBARA GINDL, WIKIMEDIA

Krisenverlierer, Flüchtlinge und Arbeitnehmer auf der Suche nach einer Beschäftigungsstelle: In der Zusammensetzung der zuwandernden Haushalte zeigt sich, wie die Krisen und Verwerfungen des globalen Kapitalismus sich auf den mitteleuropäischen Wohnungsmärkten nicht nur in Gestalt von nach Rendite im „Betongold" suchenden Investoren niederschlagen, sondern auch zu einem Anwachsen der nicht bzw. wenig zahlungskräftigen Nachfrage nach Wohnraum führen. Genau hierin liegt das wohnungspolitische Problem. Denn mit dem Wachstum der Städte wächst natürlich auch der Bedarf an Wohnraum. Die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Wohnungspolitik muss sich daran messen lassen, inwiefern es ihr gelingt, vor diesem Hintergrund eine zahlenmäßig ausreichende und vor allem bezahlbare Angebotserhöhung zu bewirken.

Der Bedarf an neuen Wohnungen lässt sich angesichts des Bevölkerungszuwachses sowie der durchschnittlichen Haushaltsgrößen – in Berlin 1,8 und in Wien 2,0 Personen – rechnerisch bestimmen. Für den Zeitraum von 2011 bis 2016 ergibt sich für Berlin ein Neubaubedarf von 134.000 Wohnungen, in Wien sind es 68.000. Eine Bautätigkeit in dieser Größenordnung wäre notwendig gewesen, alleine um die zuzugsbedingte Nachfrage der letzten fünf Jahre abzufangen. Der zusätzlich benötigte Ersatzneubau zur Kompensation von Abgängen aus dem Bestand ist hier noch nicht mit eingerechnet.

Hugo Breitner: Mit seiner Wohnbausteuer finanzierte er in den 1920er-Jahren den Wiener kommunalen Wohnbau

Gleicht man diesen Bedarf mit den Zahlen der Baufertigstellungen ab, so bietet sich ein irritierendes Bild: In Berlin wurden in diesem Zeitraum insgesamt keine 28.000 Wohneinheiten fertiggestellt, während in Wien alleine die gemeinnützigen Bauvereinigungen (GBV) über 23.000 Wohnungen errichteten. Vor dem Hintergrund der Größenverhältnisse der Städte ist das beachtlich: Der gesamte Wohnungsbau deckte in Berlin gerade einmal ein Fünftel des notwendigen Bedarfs, während in Wien alleine die Gemeinnützigen gut 35 Prozent stemmen konnten. Zieht man ferner in Betracht, dass

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 29

sich auch in Wien die Bautätigkeit nicht auf die Gemeinnützigen beschränkt, sondern ebenfalls von privaten Akteuren – etwa im Eigenheimbau – geleistet wird und sich diese nach grober Schätzung in einer ähnlichen Größenordnung bewegen dürfte, dann wird deutlich, dass in Wien die Schaffung von neuem Wohnraum zumindest knapp mit dem Haushaltswachstum hat mithalten können. In Berlin blieb der Neubau meilenweit hinter dem Bedarf zurück.

Ein ähnliches Bild bietet sich, wenn man die Baubewilligungen betrachtet. Auch hier klaffen die Zahlen auseinander, und zwar in beiden Städten. Das heißt, selbst wenn alle bisher bewilligten Bauvorhaben in den nächsten Jahren realisiert werden sollten, wird das so geschaffene Angebot hinter dem prognostizierten Bedarf zurückbleiben. Auch Wien wird hier vor großen Herausforderungen stehen. In Berlin hingegen sind die Probleme schon seit Jahren akut. Es haben sich ein beachtlicher Mangel an Wohnraum und ein eklatantes Missverhältnis von Angebot und Nachfrage eingestellt. Dieses Missverhältnis zeigt sich etwa in einer zunehmenden Spreizung zwischen Bestands- und Neuvertragsmieten.

Werden heute Wohnungen neu vermietet, so übersteigen die am Markt realisierbaren Preise nicht selten das Doppelte bis Dreifache der ortsüblichen Bestandsmieten. Dieses Problem wird nicht nur bei der Wohnungssuche spürbar, sondern die daraus resultierende Ertragslücke übt einen enormen Druck auf die Bestandsmieten aus. Der Wohnungsmangel wird auch sichtbar, wenn man die Leerstände betrachtet. Während man in der wohnungswirtschaftlichen Fachwelt Leerstandsquoten von etwa drei Prozent als notwendige Fluktuationsreserve für Wohnungswechsel und Instandhaltungen voraussetzt, herrschen in einigen Berliner Bezirken inzwischen Leerstände von weniger als einem Prozent. Diese Wohnungsmärkte funktionieren nicht mehr, sie versagen schlichtweg, weil sie sich selbst überlassen wurden.

Umso beachtlicher ist es, dass in Berlin der private Markt trotz der äußersten Knappheit sowie frei verhandelbaren Marktmieten im Neubau und real steigenden Erträgen bei aufrechten Mietverhältnissen keine ausreichende Bautätigkeit entwickelt. Der Wohnungsmangel führt in der Folge zu steigenden Mieten, jedoch nicht zu einer nennenswerten Angebotserhöhung. In dieser paradox anmutenden Situation zeigt sich ein Grundwiderspruch der Marktwirtschaft: Der Markt reagiert nicht auf einen objektiven Bedarf, sondern lediglich auf eine zahlungskräftige Nachfrage. Ist die Nachfrage nicht zahlungskräftig, wird kein Angebot geschaffen. Genau das können wir in Berlin beobachten.

Denn Wohnungsbau ist teuer. Seine Kosten setzen sich aus dem Grundstück, den Errichtungs- und vor allem den Finanzierungskosten zusammen. Bei üblichen Investitionsmodellen und -zeiträumen ergibt sich im freifinanzierten Wohnungsbau zwangsläufig eine Einstiegsmiete, die die Zahlungsfähigkeit eines Großteils der Haushalte übersteigt. Anders formuliert heißt das, dass, wer in der Lage wäre, sich diese Einstiegsmiete zu leisten, auch in der Lage sein müsste, über einen üblichen Tilgungszeitraum von 25 bis 30 Jahren Wohneigentum zu bilden. Erkennt man an, dass aufgrund der gegebenen Einkommens- und Vermögensverteilung ein Großteil der Haushalte

Ein Bild, das man so in Wien nicht kennt: Berliner Proteste gegen die Lage auf dem Wohnungsmarkt

eben nicht in der Lage ist, Wohneigentum zu erwerben, so ist damit automatisch gesagt, dass sich dieser Teil der Bevölkerung auch keine Miete im freifinanzierten Neubau leisten kann.

Die Zahl der Single-Haushalte macht heute in Berlin mehr als die Hälfte aller Haushalte aus. Rund 62 Prozent von ihnen haben ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1500 Euro, etwa 51 Prozent von ihnen verfügen über höchstens 1300 Euro und bei 26 Prozent sind es maximal 900 Euro. Bei den anderen Haushaltsgrößen sieht es verhältnismäßig ähnlich aus und auch die zuwandernden Personengruppen dürften in der Masse die Zahlungskraft nicht erhöhen. Das Maß der Leistbarkeit ist hier erschöpft, noch bevor die günstigsten Mieten im marktmäßig errichteten Neubau anfangen.

Für diese Teile der Gesellschaft kann und wird der Markt daher kein Angebot schaffen. Es handelt sich dabei wohlgemerkt nicht um Randgruppen, sondern um die Mehrheit der Bevölkerung. Hieraus begründet sich die zwingende Notwendigkeit öffentlicher Investitionen, um eine ausreichende und bedarfsgerechte Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu gewährleisten. Es mag Bereiche des Lebens geben, die sich marktwirtschaftlich organisieren lassen. Das Wohnen gehört nicht dazu.

Dass es in Wien bisher gelang, den Wohnungsbedarf zumindest weitgehend zu decken, liegt weniger an den vergleichsweise etwas höheren Einkommen, sondern ist vor allem der nach wie vor üppigen Wohnbauförderung zu verdanken. Seit vielen Jahren liegt sie stabil bei durchschnittlich weit über einer halben Milliarde Euro jährlich, wobei der überwiegende Großteil in die Objektförderung im Neubau fließt. Die Zahl der jährlich geförderten Wohnungen bewegte sich durchschnittlich im mittleren einstelligen Tausenderbereich. In Berlin waren es viele Jahre null Wohnungen. Zu einem Wiedereinstieg konnte sich die Politik erst im Jahr 2014 durchringen, mit gerade einmal 1000 geförderten Wohnungen. Diese Zahl ist lächerlich, angesichts eines angehäuften Fehlbestandes im sechsstelligen Bereich. Die neue Förderung wird von den privaten Akteuren kaum in Anspruch genommen. Sie ist in Zeiten niedriger Zinsen wenig attraktiv und die Belegungs- und Mietpreisbindungen nicht wert.

Es zeigt sich hier, dass es in Berlin noch an einer anderen Sache fehlt, die es in Wien weiterhin gibt, nämlich an einer Trägerlandschaft, die geeignet ist, den Wohnungsbau unter Nutzung der Objektförderung überhaupt im größeren Stil auszuführen. Während die Wohnungsbaugesellschaften in Berlin das Bauen verlernten, wuchsen die öffentlichen Ausgaben für die Wohnkosten von Transferleistungsbeziehern. Über 1,5 Milliarden Euro gibt man derzeit in Berlin jährlich aus, um die Mieten von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Geringverdienern zu finanzieren bzw. zu bezuschussen. Das sind Ausgaben in beachtlicher Größe, die dauerhaft in den privaten Taschen der Vermieter verschwinden und in einem öffentlichen Wohnungsbauprogramm sinnvoller angelegt wären.

Es soll keineswegs suggeriert werden, dass in Wien alles rosig wäre. Zwar ist die Lage nicht so dramatisch wie in Berlin, dennoch steht man auch in Wien vor enormen Herausforderungen. Alle amtlichen Bevölkerungsprognosen sagen für beide Städte für die nächsten Jahre einen anhaltend hohen Bevölkerungszuwachs voraus. Angesichts der Zusammensetzung der zuziehenden Personengruppen, der durchschnittlichen Einkommensverhältnisse sowie der geringen Haushaltsgrößen ergibt sich ein besonderer wohnungspolitischer Handlungsbedarf: Ein angemessener Neubau muss nicht nur quantitativ mit dem Bevölkerungswachstum mithalten, sondern er muss vor allem kleine und mittelgroße Wohnungen im günstigen Segment des Mietwohnungsmarkts bereitstellen. Diese Wohnungen kann und wird der Markt nicht schaffen; weder in Wien noch in Berlin. Denn wie der Städtevergleich zeigt, ist auf den Wohnungsmärkten wachsender Städte eine adäquate Angebotserhöhung ohne staatliche Interventionen nicht zu haben.

Der Wohnungsbau bleibt damit auch in Zukunft eine zentrale wohnungspolitische Herausforderung in beiden Städten, die eine öffentliche Investitionssteuerung und massive Objektförderung nötig macht. Wien kann dabei auf die vorhandenen Strukturen zurückgreifen und sie ausbauen, während man in Berlin vor der Aufgabe steht, wohnungspolitischen Gestaltungsspielraum überhaupt wiederzuerlangen. Das beinhaltet vor allem eine Abkehr von der liberalisierten Wohnungspolitik. Wohin sie führt, dafür ist Berlin ein mahnendes Beispiel. Es zeigt deutlich, wie man es auf keinen Fall machen sollte.

Für Haushalte mit schwachem Einkommen, also für die Berliner Mehrheit, schafft der Markt kein entsprechendes Wohnungsangebot

PHILIPP MATTERN

FOTO: PICTUREDESK/CARO

2016 okkupierte ein privater Mobilfunkanbieter den ganzen Sommer lang den zentralen Wiener Schwarzenbergplatz mit seinem Surfprojekt

FOTO: KREITNER & PARTNER

Das Ringen um den Raum

Stadtluft macht frei, hieß es. Stadtluft ist profitabel. Ein Überblick über die Frontlinien eines Kampfes

TEXT: MAIK NOVOTNY

Eine große rote Box stand plötzlich mitten auf dem Wiener Karlsplatz. Die Aufschrift auf dem Container verkündete, der Karlsplatz hieße ab nun „Nikeplatz“, im Inneren wurden Pläne präsentiert, einen 36 Meter langen Nike-Swoosh als stählernes Firmenlogo im öffentlichen Raum aufzustellen. Was damals, im Oktober 2003, für einiges Kopfschütteln sorgte, entpuppte sich auf den zweiten Blick als satirische Kunstaktion des italienischen Kollektivs 0100101110101101.ORG und des Wiener Medienbüros Public Netbase. Die Kritik an der Vermarktung des öffentlichen Raums war allerdings ernst gemeint und spiegelte die damals aufkommende Debatte um die Übermacht des Branding wider: Naomi Kleins Buch „No Logo“, mit seiner scharfen Kritik am Markenwahn des aufkeimenden Neoliberalismus, war kurz zuvor zum vieldiskutierten Bestseller geworden.

Nur zwei Monate nach der Karlsplatz-Intervention tauchte tatsächlich ein stählerner Swoosh im Wiener Stadtbild auf, und dieses Mal war es keine Kunstaktion: Im Dezember 2003 wurde der von Architekt Hans Hollein entworfene Soravia Wing eröffnet, der mit dem Namen seines Sponsors von der Terrasse der Albertina auf den Platz davor hinausragt. Für nicht wenige damals eine Geschmacklosigkeit. Einerseits aus ästhetischen Gründen, da der als hauchdünn angekündigte Metallflügel in Realität eher schwerfällig in der Luft hing, andererseits als vulgäres Platzhirschgehabe eines Privatunternehmers an einem der kulturell und historisch aufgeladensten Plätze Wiens.

»

Straßen und Plätze werden immer mehr zum lukrativen Ort für kommerzielle Interessen. Viele sehen die Städte vor dem Ausverkauf und die Freiheit des Freiraums gefährdet

Die Wiener Beispiele sind keine globale Ausnahme. Der öffentliche Raum ist mehr denn je zum Schauplatz der Verwertungsinteressen geworden. Diese beschränken sich schon lange nicht mehr auf Werbeschilder an Fassaden, sondern besetzen den Raum selbst. Mal verwandeln sich Straßen schleichend in Shopping-Malls, mal werden ganze Grätzel – wie im Goldenen Quartier in Wien – zu einer verkaufsfördernden Marke, und nicht zuletzt besetzt die Eventkultur den Raum fast 365 Tage im Jahr. So durften sich die Wiener im Sommer 2016 über die von einem Mobilfunkanbieter gesponserte stehende Surfwelle freuen, die ganze drei Monate mitten auf dem Schwarzenbergplatz stand. Bürger, die sich für Surfen und teures Bier weniger interessierten und den Platz zum Radeln oder Skaten nutzen wollten, mussten sich für den gesamten Sommer einen anderen Platz suchen.

Was auf den ersten Blick wie eine Win-win-Situation für zahlungskräftige Firmen und Kommunen mit leeren Kassen aussieht, stellt jedoch für viele das grundlegende Wesen des öffentlichen Raums infrage: Die Zugänglichkeit für alle. Dass dies eine eminent politische Frage ist, zeigte sich beispielsweise 2011 in London: Dort wurden die Demonstranten der Occupy-Protestbewegung vom Paternoster Square in der City vertrieben, mit der Begründung, der Platz sei Privateigentum. Das ist er auch: Der Platz vor der St.-Paul’s-Kathedrale mitten im Herz der Stadt gehört dem Mitsubishi-Konzern.

Ein Ausverkauf, der in einer der globalen Hauptstädte des Finanzkapitalismus schon gang und gäbe ist. Selbst das Londoner Rathaus am Themseufer wurde durch eine 1,7-Milliarden-Pfund-Finanzspritze des Staates Kuwait finanziert, dem auch der Grund und Boden gehört, auf dem das gläserne Haus der Stadtvertre-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

ter steht. Mit der Konsequenz, dass selbst Stadträte, die ein Selfie vor ihrem Arbeitsplatz machen wollen, Ärger mit der Security bekommen: Fotografieren streng verboten. Die grüne Stadtabgeordnete Jenny Jones gab 2010 zu Protokoll, es habe acht Jahre gedauert, um die Genehmigung zu bekommen, vor dem eigenen Amtsgebäude Fernsehinterviews geben zu dürfen. Wer zahlt, macht die Gesetze.

Während die Befürworter dieser extremen Public Private Partnership sich verteidigen, nur durch private Finanzierung ließe sich der öffentliche Raum in Stand halten, sehen Kritiker das pulsierende und unberechenbare Straßenleben gefährdet. „Die Freiheit, unsere Städte und uns selbst zu erschaffen und zu verändern, ist eines der wertvollsten und meist vernachlässigten Menschenrechte“, so der Geograf David Harvey. In seiner Wertschätzung des öffentlichen Raums ist er nicht alleine, von der engagierten New Yorkerin Jane Jacobs bis zum französischen Soziologen und Philosophen Henri Lefebvre mit seinem im Unruhejahr 1968 geforderten „Recht auf Stadt“.

Glaubt man der Soziologin und Stadtforscherin Saskia Sassen, die sich seit längerem mit dem Thema „Wem gehört die Stadt?“ beschäftigt, ist die Lage dramatisch. „Die Investoren bauen immer größere Projekte, wodurch die gewachsenen kleinen Straßen und Gassen ausradiert werden. Dadurch verlieren unsere Städte das Kosmopolitische, sie sind dann kein Ort mehr, an dem auch die Außenseiter und Machtlosen Einfluss nehmen können. Es kommt zu einer massiven Verdrängung.“

Aus Investorensicht ist es logisch: Wer sein Geld in den öffentlichen Raum als Werbefläche oder Spekulationsobjekt steckt, möchte diesen nicht durch unerwünschte Personen im Wert sinken lassen. Mit der Folge, dass vor Schaufenstern, in Passagen und geschützten Ecken sogenannte Anti-Homeless Spikes installiert werden, die Obdachlosen das Nächtigen unmöglich macht. Sitzbänke werden abmontiert oder so gestaltet, dass man auf ihnen nicht liegen kann.

Wer das Wort „Verdrängung“ in den Mund nimmt, ist ebenso schnell mit der Assoziation „Gentrifizierung“ bei der Hand. Dort, wo diese am massivsten zutage tritt und diskutiert wird, etwa in Berlin, geht es dabei in erster Linie um die Verdrängung Alteingesessener auf dem Wohnungsmarkt durch sprunghaft erhöhte Mietpreise und Immobilienspekulation. Doch auch der Freiraum ist ein wichtiger Trumpf im Spiel um die Stadt. Als der Senat plante, den Rand des 355 Hektar großen Tempelhofer Felds, eine riesige Grünfläche auf dem Areal des ehemaligen gleichnamigen Flughafens, mit Wohnungen zu bebauen, regte sich Widerstand gegen den Freiraumverlust. Drei Jahre lang debattierten die Berliner das Pro und Contra, in einer Volksbefragung 2014 schließlich sprachen sich 180.000 Unterzeichner gegen eine Bebauung des Feldes aus. Hätte man hier nicht zumindest einen winzigen Teil für den dringend benötigten Wohnraum opfern können?

Der im Dezember 2016 zum Staatssekretär für Wohnen der neuen rot-rot-grünen Koalition ernannte Soziologe und Gentrifizierungsexperte Andrej Holm erklärte seine Gegenposition 2014 im Interview: „Es geht um die Fragen: Was wollen wir als Stadtgemeinschaft mit diesem Stück Land tun? Wie sind Nutzer und Anwohner in die Planung involviert? Was braucht man und was gibt es schon, und wer hat das Recht, die Entscheidungen zu treffen? Es geht hier nicht um ein paar tausend Wohnungen, sondern um generelle Prinzipien der Partizipation und Transparenz.“

Paternoster Square London: Investorenprojekt, am Wochenende ausgestorben. Der Platz gehört dem Mitsubishi-Konzern

> *Auch Stadtplaner haben sich längst des Themas angenommen, wie man dem Freiraum seine Freiheit zurückgeben kann*

Geograf David Harvey: Das Recht, unsere Städte zu erschaffen, ist ein Menschenrecht

Soziologin Saskia Sassen: Machtlose werden aus der Investoren-Stadt verdrängt

Wie emotional der Streit um eine Fläche, die nicht mehr ist als eine sehr große Wiese, ablief, zeigt auch: Der öffentliche Raum ist nicht nur Straße und Platz, sondern auch Garten und Park. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Gärten schon immer geradezu ein Paradebeispiel für die urbane Selbstermächtigung waren. Die Wiener Selbstversorger-Kleingärten nach dem Ersten Weltkrieg bildeten im wahrsten Wortsinne den Humus, auf dem die Paläste des Roten Wien erbaut wurden. Die Anfang der 1970er-Jahre von engagierten Bürgern gegründeten insgesamt 783 Community Gardens an der Lower East Side in New York florierten als Erholungsraum und Labor für Pädagogik, bis sie im Zuge von Bürgermeister Rudy Giulianis Säuberungswelle abgeräumt wurden, als das ehemals heruntergekommene Viertel lukrativ geworden war. Im Norden Hongkongs wiederum stemmen sich die Gemeinschaftsgärtner der 2010 gegründeten Ma Po Po Farm den Plänen eines kanadischen Investors und den Stadtentwicklungsambitionen der ehemaligen Kronkolonie entgegen, bisher mit Erfolg.

Ebenso kämpferisch, wenn auch vor allem in ihrer Namensgebung, agierten die von 2009 bis 2011 in Wien aktiven Gehsteig-Guerrilleros. Sie riefen „Mach deine Stadt zum Wohnzimmer!“ und forderten die Wiener dazu auf, einen Stuhl zu nehmen und sich an beliebiger Stelle im öffentlichen Raum hinzusetzen. Was auf den ersten Blick als harmloser Spaß daherkam, war als ernster Protest gegen die komplette Verplanung jedes Quadratmeters gemeint und erinnerte an das anarchistische Potenzial der Situationisten um Guy Debord aus den 1960er-Jahren. Denn nicht nur Privatinteressen setzen dem öffentlichen Raum zu, sondern auch die zunehmende Regulierung durch Paragrafen.

Auch Stadtplaner haben sich längst des Themas angenommen und suchen Wege, wie man dem Freiraum seine Freiheit zurückgeben kann. Immer öfter werden sogenannte „nutzungsoffene Räume“ vorgesehen, die undefiniert bleiben sollen, auch wenn sich Planer und Landschaftsgestalter naturgemäß schwertun, sich das Ausgestalten zu verkneifen. Wie es im großen Maßstab funktionieren kann, ist bei einem langen Spaziergang durch eine Berliner Grünanlage nachzuvollziehen: Für den Park am Gleisdreieck, sukzessive entstanden auf einer 26 Hektar großen ehemaligen Bahnfläche, die in Zeiten der Mauerstadt verwildert war, wurde eigens ein Nutzerinnenbeirat gegründet, der schon vor der Planungsphase die Wünsche und Anregungen der Bürger berücksichtigte. Das Landschaftsarchitekturbüro Atelier Loidl, das den auf diesen Wünschen basierenden Wettbewerb ge-

FOTOS: WIKIMEDIA (3)

Varianten des Öffentlichen: Anti-Obdachlosen-Spikes (oben), öffentlicher Raum Donaukanal (Mitte), Satire Nikeplatz (unten)

wann, arbeitet in einer „prozessualen Bürgerbeteiligung“ gemeinsam mit Nutzern und der Stadt zusammen an den einzelnen Planungsschritten: Hier wäre ein Kiosk sinnvoll, dort könnten Gemeinschaftsgärten Platz finden. 2017 soll das Gesamtareal fertig sein. Dass das Mitreden von vielen nicht unbedingt der fachlich-gestalterischen Qualität abträglich sein muss, zeigt die Tatsache, dass der Park am Gleisdreieck mit dem Architekturpreis Berlin 2013, dem Sonderpreis Deutscher Städtebau 2014 und dem Deutschen Landschaftsarchitektur-Preis 2015 ausgezeichnet wurde.

Freiraum-Reservate gegen kommerzielle Begehrlichkeiten aufrechtzuerhalten, war eine der Hauptintentionen für den Masterplan, den die Architektinnen Gabu Heindl und Susan Kraupp für das Ufer des Wiener Donaukanals im Jahr 2012 für die MA19 entwickelten. Dieser hat sich in den letzten Jahren von einer trist-steinernen Schneise zum Strandbar-Eldorado gewandelt. Im Sommer klingeln die Getränkekassen im Sekundentakt. Da kann es schnell passieren, dass plötzlich gar kein Raum mehr übrigbleibt, um sich einfach mit einem Sechsertragerl oder einem Roman hinzusetzen. „Der Donaukanal ist ein umkämpfter Raum“, so Gabu Heindl 2015 zum *Falter*. Die Lösung der Planerinnen: Ein „Nicht-Bebauungsplan“, der festlegt, an welchen Bereichen eben genau keine bauliche Entwicklung stattfinden soll. Der Gesamtplan, genannt „Donaukanal-Partitur“, regelt die Abfolge von Gastronomie, Grünflächen und Freihaltezonen. Die Widerstandskraft des Nicht-Bebauungsplans wurde erstmals 2015 auf die Probe gestellt, als ein Gastronom auf der Wiese gegenüber dem Flex den 1000 Quadratmeter großen ganzjährigen Club Sky & Sand realisieren wollte. Der Bezirksvorsteher von Wien-Leopoldstadt hatte dem Drängen schon nachgegeben, doch der Magistrat legte ein Veto ein. Der Freiraum bleibt frei. Es wird nicht der letzte Angriff im umkämpften Raum gewesen sein.

Die Erfolgsgeschichte der Freiluftgastronomie mag auf den ersten Blick eine freudige Entwicklung sein, denn wer freut sich nicht über quasimediterrane Straßencafés und ein kühles Bier im Schanigarten? Oft wird dabei außer Acht gelassen, dass der öffentliche Raum keine Goldgrube ohne Gegenleistung sein kann: Wenn die Gastronomie profitiert, soll sie auch dafür Miete zahlen. Wie viel, ist Verhandlungssache. In Wien sind die Schanigärten verglichen mit dem Profit vergleichsweise günstig zu haben, in Zürich etwa zahlt man achtmal so viel.

Auch bei der prestigeträchtigsten und meistdiskutierten Wiener Freiraumgestaltung der letzten Jahre, der Mariahilfer Straße, stand das Thema Konsumfreiheit von Anfang an im Mittelpunkt. Schließlich geht es bei einer Einkaufsstraße – da mag noch so oft von „Flanieren“ die Rede sein – in erster Linie ums Shoppen. Um die Fuzo-Bezo nicht ganz dem Kaufzwang zu überantworten, sahen die Landschaftsplaner Bureau B+B aus den begegnungszonenerfahrenen Niederlanden und die Wiener Architektinnen Franziska Orso und Ulrike Pitro vom Büro orso.pitro Ruhezonen im Strom des Konsums vor. „Der Druck auf den öffentlichen Raum heute ist enorm“, sagte Architektin Ulrike Pitro damals zum *Falter*. „Die Schanigärten wachsen, die Geschäftsinteressen manifestieren sich. Der verfügbare Platz wird immer knapper. Deswegen haben wir es als unsere Aufgabe gesehen, hier Inseln zu schaffen.“ Also haben die Architektinnen die Möbel bewusst quer zur Laufrichtung gestellt. „Früher standen die Bänke in der Mahü parallel zum Gehweg, und man hatte immer Angst, jemandem über die Füße zu fallen. Es war einfach eine recht stressige Straße. Wir wollten da Ruhe hineinbringen.“ Dementsprechend robust sind die Möbel geformt, die die Planerinnen aufs Pflaster stellten: Die Basis aus solidem Granitstein, die Lattenroste aus zertifiziertem, pflegeleichtem Tropenholz. Mit der natürlichen graubraunen Einfachheit der Materialien wolle man auch einen Gegenpunkt zum visuellen Durcheinander der Schaufensterflächen und Schanigärten schaffen, diese seien schließlich schon bunt genug, so Pitro.

Architektin Gabu Heindl: Der Donaukanal ist umkämpfter Raum

Doch das Ringen um den öffentlichen Raum muss nicht immer ein Kampf sein. Das zwischen 2008 und 2012 von der North Sea Region geförderte Programm Making Places Profitable bündelte urbane Pilotprojekte in Nordsee-Anrainerstaaten, die sich um den langfristigen Erhalt von Straßen und Plätzen bemühen. So hat die niederländische Stadt Emmen 1998 das Programm „Emmen Revisited“ etabliert, in dem sich Stadtverwaltung, Wohnbauträger und Bürger in interdisziplinären Teams regelmäßig treffen, um Projekt in Wohnbau, Infrastruktur und öffentlichem Raum zu entwickeln und instand zu halten.

Die HafenCity Hamburg, eines der größten zentralen Stadtentwicklungsgebiete Europas zur Zeit, hat sich für ihr 157-Hektar-Areal zwischen Speicherstadt und Elbe unter anderem das Motto „Stadt der Plätze, Parks und Promenaden“ verliehen. Zwischen den bereits bezogenen ersten Baublöcken hinter der neuen Elbphilharmonie hat sich in der Tat ein feines Geflecht aus Uferpromenaden, Quartiersplätzen, Höfen und Spielplätzen entwickelt, die Gestaltung wurde von zwei Planungsbüros aus Barcelona übernommen. Das Ziel: ein durchgängiges System öffentlicher Räume zu schaffen, ohne Zäune, Grenzen und exklusive Reservate. Um mögliche Konflikte vorab zivilisiert zu klären, wurde eigens die Position eines „Wegewarts“ eingerichtet. Dieser patrouilliert seit 2009 als guter Geist täglich durch die windigen Gassen.

Wenn die HafenCity im Jahr 2025 komplett ist, wird die Verwaltung ihres öffentlichen Raums von der HCH Entwicklungsgesellschaft wieder an die Stadt zurückgehen. Hier gehen die Befürchtungen der Bürger ausnahmsweise in die entgegengesetzte Richtung: Einige sorgen sich, die überlastete Stadtverwaltung werde den heutigen hohen Standard der teuer gestalteten Freiräume nur schwer aufrechterhalten können.

Fazit: Der Kampf um den öffentlichen Raum ist keine Frage von Siegern oder Verlierern, sondern des Gleichgewichts. Dass die Privaten nicht immer die Bösen sind, durfte man Anfang 2016 im Wiener Quartier Belvedere erleben: Das große Foyer des neuen Erste Campus, der Bürozentrale der Erste Bank, ist tatsächlich und rechtlich ein öffentlicher Raum. Ganz freiwillig. F

FOTOS: WIKIMEDIA, CORN, INSTITUT FÜR NEUE KULTURTECHNOLOGOEN/TO, MAK

Energie: die schleichende Privatisierung

Der österreichische Konsens, dass Energie im öffentlichen Besitz sein soll, ist Geschichte. Der Verlierer: Österreich

ANALYSE:
JOSEF THOMAN

Energie ist kein Produkt wie jedes andere. Eine sichere und leistbare Versorgung mit Energie bildet die Voraussetzung für eine Teilnahme an unserer modernen Gesellschaft. Die Art und Weise, in der Energie eingesetzt wird, ist aus umwelt- und klimapolitischer Sicht entscheidend. Wirtschafts- und Industriestandort bedürfen eines hohen Grades an Versorgungssicherheit und effizienten Einsatzes von Energie. Die hohe Investitionstätigkeit des Energiesektors entscheidet außerdem über die Zukunftsfähigkeit unserer Infrastruktur. Ein hoher Innovationsgrad kennzeichnet besonders die Investitionen im Strombereich; diese sind

gleichzeitig mit einem hohen Anteil inländischer Wertschöpfung sowie entsprechenden Beschäftigungseffekten verbunden.

Das bedeutet, Energieversorgungsunternehmen müssen in erster Linie im öffentlichen Interesse agieren und im Zweifelsfall auf mögliche Renditen und die Ausschüttung von Dividenden verzichten. Gleichzeitig zeigen die jüngsten Beispiele aus dem Energiesektor, dass Privatisierungen für die öffentliche Hand in der Regel ein teures Verlustgeschäft sind. Umso bedauerlicher ist die langsam fortschreitende, aber anhaltende Privatisierungstendenz der Energieversorgungsinfrastruktur in Österreich.

Erodierender Konsens

Im Österreich der Nachkriegsjahre bestand ein breiter Konsens darüber, dass die Energieversorgung im öffentlichen Eigentum liegen soll. Mit dem zweiten Verstaatlichten-Gesetz wurde zunächst das 100-prozentige öffentliche Eigentum an den neun großen Landesstromgesellschaften und dem Verbund verfassungsrechtlich abgesichert. Damit wollte man im volkswirtschaftlichen Interesse einen koordinierten Ausbau der Versorgungsinfrastruktur sicherstellen. Zugleich sollte so die demokratische Kontrolle zentraler Infrastruktur festgeschrieben und eine eventuelle Übernahme durch ausländische Konzerne prohibitiv verhindert werden. Erst im Zuge der weltweiten Liberalisierungs- und Privatisierungswelle und dem politischen Wunsch zur Teilprivatisierung des Verbunds kam es in den 1980ern zu einer Aufweichung dieser Regelung. Seitdem ist nur mehr ein öffentliches Mehrheitseigentum (51 %) notwendig. Heute stehen von den angesprochenen Gesellschaften nur mehr zwei, die Tiroler Wasserkraft AG und die Wien Energie, zu 100 Prozent im öffentlichen Eigentum.

Staatlich geförderte Privatisierung durch die Hintertür

Mit dem seit der Jahrtausendwende sukzessiv fortschreitenden Ausbau erneuerbarer Energie unterliegen die Eigentumsstrukturen im Stromsektor weiteren Änderungen. Dabei verband sich der Wandel hin zu einer stärker dezentralen Produktion aus erneuerbaren Energien insbesondere in Deutschland mit der Hoffnung nach einer „Energiewende von unten“. Dieser Wunsch ist in unserem Nachbarland durchaus nachvollziehbar. Dort beherrschen große Konzerne in Privat- oder ausländischem Staatsbesitz den Markt. Sie produzieren in erster Linie mit schmutziger Kohle oder atomaren Brennstoffen Strom. In Österreich war und ist die Situation mit einem sehr hohen Wasserkraftanteil und dem öffentlichen Mehrheitseigentum in der Stromproduktion allerdings eine andere. Doch auch hierzulande wird der Ökostromausbau gerne mit BürgerInnenkraftwerken und breiten Beteiligungsmöglichkeiten in Verbindung gebracht. In der Realität sind diese jedoch kaum zu finden.

Nur in der Stromproduktion mittels Photovoltaikanlagen gibt es einige BürgerInnenkraftwerke, und die kleineren Anlagen sind zumindest in finanzstarken Einkommensschichten sehr breit gestreut. Bei der Windkraft, der nach den großen Wasserkraftwerken wohl bedeutendsten Quelle für erneuerbaren Strom, ist das Gegenteil der Fall. Nur ein sehr kleiner Teil (17 %) der installierten Windkraftleistung entfällt auf Aktiengesellschaften mit breit gestreuten Aktien oder andere Rechtsformen mit diversem Eigentum. Immerhin mehr als ein Drittel (37 %) der Anlagen befindet sich im Eigentum von Unternehmen in öffentlichem Mehrheitseigentum. Der Rest steht im Eigentum von Unternehmen mit sehr wenigen Eignern (33 %) oder befindet sich in der Hand von internationalen Konzernen oder Finanzinvestoren (7 %; alle Zahlen nach eigenen Recherchen im Firmenbuch und laut Branchenangaben).

Damit führt der Ausbau erneuerbarer Energie in Österreich zu einer schrittweisen Privatisierung der Stromproduktion. Absurderweise wird diese Privatisierung de facto öffentlich finanziert. Rund 1,3 Milliarden Euro muss die Stromkundschaft jährlich für die Förderung von Ökostrom aufwenden. Der Löwenanteil davon, etwas mehr als eine Milliarde Euro, fließt dabei in die Vergütung von Strom aus PV-Anlagen, Windrädern, Biomasseanlagen und kleineren Wasserkraftwerken. Insbesondere für die Windkraftanlagen-Betreiber ein gutes Geschäft. Aufgrund einer fixen Vergütung über 13 Jahre und Vorrang bei der Abnahme des Stroms tragen sie kaum unternehmerisches Risiko. Im Gegenteil, überhöhte Fördertarife ermöglichen ihnen Renditen im zweistelligen Bereich. Grund dafür ist das in die Jahre gekommene Fördersystem, das keine genaue Prüfung der tatsächlichen Kosten zulässt.

> *Zum Beispiel die Privatisierung der OMV: Durch den Verkauf ersparte sich die Republik von 1996 bis 2014 280 Millionen Euro an Zinszahlungen. Zugleich entgingen ihr Dividenden in Höhe von 570 Millionen Euro*

Privatisierungen als Verlustgeschäft für die öffentliche Hand

Auch im Bereich der Gasversorgung schreitet die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur seit Jahrzehnten langsam, aber stetig voran. Das zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der OMV. Mit dem Börsengang im Jahr 1987 erfolgte ihre erste Teilprivatisierung. Nach mehreren Privatisierungsschritten hatte die Republik bereits sieben Jahre später, 1994, die Mehrheit am umsatzstärksten Unternehmen Österreichs verloren. Heute hält die Republik Österreich nur mehr 30,5 Prozent der OMV-Aktien. Argumentiert wurden die Privatisierungsschritte stets damit, dass der Verkaufserlös zur Budgetkonsolidierung herangezogen werden könne und damit die Zinsbelastung der Republik sinken würde. Tatsächlich greift dieses Argument aber nicht. Besonders deutlich wird dies anhand der letzten OMV-Teilprivatisierung im Jahr 1996. Durch den Verkauf von knapp 15 Prozent des Grundkapitals hat sich die Republik in den Folgejahren (Daten bis inkl. 2014 berücksichtigt) rund 280 Millionen Euro an Zinszahlungen erspart. Demgegenüber steht allerdings die verlorengegangene Beteiligung am stark steigenden Jahresüberschuss, der sich anteilig im gleichen Zeitraum auf 2,4 Milliarden Euro aufsummiert. Neben der Wertsteigerung verzichtete die Republik damit auf Dividendenzahlungen in der Höhe von 570 Millionen Euro (Datenquelle: Geschäftsberichte bzw. ÖBFA).

Zentrale Infrastruktur wird verschleudert

Der vorläufig letzte Privatisierungsschritt wurde erst mit Jahreswechsel vollzogen. Die OMV hat um rund 600 Millionen Euro knapp die Hälfte (49 %) des Gasfernleitungsnetzbetreibers Gas Connect Austria (GCA) verkauft. Käufer ist ein Konsortium bestehend aus dem Versicherungskonzern Allianz (60 %) sowie dem italienischen Gasnetzbetreiber SNAM (40 %). Die Republik Österreich hat damit in einem ganz zentralen Bereich der Energieinfrastruktur ihren Anspruch auf die Verfügungsgewalt aufgegeben. Ist die GCA doch für Energieunternehmen, Konsum und Industrie gleichermaßen zentral: Fast eine Million Haushalte heizen in Österreich mit Gas und sind somit von den Transportleitungen der Gas Connect abhängig, indirekt sind es durch die Fernwärme noch einmal so viele.

Die Industriezentren in der Ostregion und in Oberösterreich – insbesondere der Leitbetrieb Voest – sind von den Transportkapazitäten der GCA abhängig. Zugleich ließ sich der Staat ein überaus lukratives Geschäft entgehen, indem er auf eine direkte Beteiligung verzichtete. Die Republik kann sich am Markt äußerst günstig refinanzieren, die ihr zustehende Rendite als Eigentümerin der Gas Connect hätte die Zinskosten deutlich übertroffen. Mit dem entsprechenden politischen Willen wäre es also möglich gewesen, nicht nur die Kontrolle über die Gas Connect zu halten bzw. auszubauen, sondern auch mittelfristig (beispielsweise) die Staatverschuldung zu reduzieren. F

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Der Erfolg einer Kommune

Die Wasserwerke Karlsruhe sicherten gemeinsam mit einer EU-Bürgerinitiative die Wasserversorgung vor der Privatisierung

ÜBERBLICK: WOLFGANG DEINLEIN

Ende 2012 haben sich die Stadtwerke Karlsruhe mit den Inhalten und Konsequenzen der EU-Konzessionsrichtlinie für die öffentliche Trinkwasserversorgung befasst. Diese Richtlinie war damals schon sehr weit ausverhandelt. Sie sah eine Ausschreibungspflicht für Konzessionen zur Wasserversorgung in bestimmten Fällen vor. Die Gefahr bestand, dass die Mehrzahl deutscher Großstädte in deren Geltungsbereich fiele – auch Karlsruhe.

Diese Kommunen hätten dann festen Vergaberegeln zu folgen gehabt und möglicherweise die Konzession an private Anbieter vergeben müssen. Um das zu verhindern und die Bevölkerung darüber aufzuklären, riefen die Stadtwerke Karlsruhe am 21. Dezember 2012 zur Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative Right2Water auf. Right2Water, von europäischen Gewerkschaften initiiert, wendet sich grundsätzlich gegen eine Liberalisierung oder Privatisierung der Wasserversorgung. Der Aufruf stieß auf großen Widerhall, zunächst in der Bevölkerung, dann auch in den Medien. Europaweit haben 1,9 Millionen Menschen diesen Vorschlag unterstützt, darunter auch 63.000 aus Österreich.

Im Juni 2013 wurde die Trinkwasserversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge vorerst vom Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Das sehr breite Engagement der Stadtwerke Karlsruhe – zusammen mit einer Vielzahl von Wasserverbänden quer durch Europa – kann als wichtiger Impuls dafür gesehen werden. Die Stadtwerke Karlsruhe haben eine Zusammenfassung dieser Ereignisse zusammengestellt und auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Ein Interview mit Folgen

Als am 10. August 2013 der damalige EU-Handelskommissar De Gucht in einem Zeitungsinterview darauf verwies, dass die TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA auch darauf abzielten, für europäische Unternehmen der Wasserwirtschaft neue Marktchancen in den USA zu schaffen, galt es erneut zu handeln. Weitere Analysen waren erforderlich. Etwa war zu prüfen, ob Gleiches dann nicht auch für die Wasserversorgung in der EU gelten sollte und welche Konsequenzen dies für die Wasserversorgungsunternehmen haben könnte.

Die Auseinandersetzungen um die Konzessionsrichtlinie hatten gezeigt, dass es im Dschungel der vielen Meinungen und Auslegungen ungemein wichtig war, sich ein eigenes Bild von den vorliegenden Entwurfstexten zu machen. Doch bei TTIP gestaltete sich das enorm schwierig, da es nun nicht mehr um EU-Binnenmarktpolitik, sondern um EU-Handelspolitik ging. Hier war das Expertenwissen sehr viel dünner gesät. Für die Daseinsvorsorge gab es kaum, für die Trinkwasserversorgung überhaupt keine Studien.

> *Wasserversorgung gehört in verantwortungsvolle kommunale Hände, sagt der Autor, selbst Experte bei den Wasserwerken Karlsruhe*

Viele große Medien berichteten über den Fall (hier Screenshot der ARD-Sendung „Monitor“ aus 2013)

Nähere Informationen über den ganzen Vorgang ausführlich auf der Webseite der Wasserwerke Karlsruhe unter „Kompendium Trinkwasser“

Europäische Bürgerinitiative Right2Water: www.right2water.eu

Daher mussten die im Internet veröffentlichten englischsprachigen EU-TTIP-Angebote analysiert werden. Mithilfe von Experten erarbeiteten sich die Stadtwerke Karlsruhe ein umfassendes Verständnis der Grundlagendokumente, auf welchen die Freihandelsabkommen basieren. Wichtig war dabei das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS. Es zeigte sich immer mehr, dass auch das am 26. September 2014 in englischer Sprache veröffentlichte CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada ähnlich weit ging wie TTIP und deshalb einer ebenso kritischen Prüfung bedurfte.

Diese Prüfung wurde dadurch erschwert, dass in CETA ein neuer Negativlisten-Ansatz verfolgt wurde. Dieser kam einem allgemeinen Liberalisierungsgebot gleich und verlangte eine explizite Auflistung von weiterhin geschützten Bereichen. Im Unterschied zu den Positivlisten des GATS bedeutete dies nicht nur einen Paradigmenwechsel, sondern auch einen kompletten Wechsel in der Listenstruktur, für den sich zunächst kein Übertragungsschlüssel finden ließ.

Es fehlte also eine Auswertung der Abkommen TTIP, CETA und auch von TiSA, einem multilateralen Dienstleistungsabkommen der EU mit 22 anderen WTO-Mitgliedern. Daher untersuchten die Stadtwerke Karlsruhe in enger Abstimmung mit Verbänden der Wasserwirtschaft die Abkommen auf mögliche Folgen für die Wasserwirtschaft und veröffentlichten die Ergebnisse am 7. Juni 2016. Erneut gab es eine breite Resonanz in Internet und Medien, vor allem auch in Fachzeitschriften des Wasser- und Umweltbereichs.

Wen schützt das Abkommen CETA?

In CETA gibt es beispielsweise eine Schutzbestimmung für die Trinkwasserversorgung, die über die allgemeine Schutzklausel für andere Dienstleistungen der Daseinsvorsorge hinausgeht. Dennoch finden sich auch hier Lücken, die man meist problemlos hätte schließen können. Daher ist die Forderung nach einer vollständigen und rechtssicheren Ausnahme für die Trinkwasserversorgung in CETA berechtigt.

Ein besonderer Problempunkt ist die fehlende Ausnahme vom vieldiskutierten CETA-Investorenschutz. Dieser erlaubt zum einen Klagen gegen Entscheidungen von kommunalen Wasserversorgern vor einem Investitionsgerichtshof. Zum anderen benachteiligt er inländische Trinkwasserversorger, indem er Unternehmen mit Niederlassung in Kanada Sonderrechte gegenüber den kommunalen Trinkwasserversorgern einräumt. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass beispielsweise bei einer Konkurrenzsituation um ein gemeinsam genutztes Grundwasservorkommen die kommunale Wasserversorgung künftig benachteiligt würde.

Insgesamt enthält CETA eine Vielzahl von unnötigen Unklarheiten, die auch nach den Zusatzerklärungen der EU und Kanadas vom Oktober 2016 im Abkommen bleiben. Ein Beispiel dafür stellt die mangelnde Verankerung des EU-Vorsorgeprinzips in CETA dar. Das EU-Vorsorgeprinzip gebietet, dem Entstehen von Umwelt- und Gesundheitsbelastungen umfassend vorzubeugen. Es erlaubt ein Verbot von bedenklichen Substanzen (z.B. Pestiziden, Inhaltsstoffen von Kosmetika), auch wenn deren Schädlichkeit noch nicht endgültig belegt ist. Die konsequente Anwendung dieses Vorsorgeprinzips wird bereits seit Jahren ausgehöhlt und darf keinesfalls weiter geschwächt oder verhindert werden.

Kommt CETA überhaupt?

Die Bedeutung von CETA darf nicht unterschätzt werden, denn CETA stünde über EU-Sekundärrecht (also über EU-Richtlinien wie der Wasserrahmenrichtlinie) und nationalen Gesetzen und würde diese nicht nur stark beeinflussen, sondern gegebenenfalls im Rahmen seiner Vorrangstellung abändern. Da CETA offiziell als Goldstandard für eine neue Generation von Handels- und Investitionsabkommen deklariert wird, gilt es, die Inhalte genau zu prüfen. Eile ist da fehl am Platz. Mit Spannung kann daher auch das ausstehende Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren zu CETA erwartet werden.

Auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) wird auf Verlangen Belgiens CETA dahingehend prüfen, ob nicht der CETA-Investitionsgerichtshof die Stellung des EuGH als Hüter des EU-Rechts infragestellt. Im Februar soll das EU-Parlament über CETA abstimmen, danach entscheiden die Parlamente der 28 EU-Mitgliedstaaten einzeln, ob CETA endgültig in Kraft treten kann. Belgien hat bereits angekündigt, dass es bei seinen aktuellen Mehrheiten CETA nicht ratifizieren wird. Damit könnte CETA nicht endgültig in Kraft treten. F

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Lockert die Handbremse!

Über die paradoxe Ver- und Entstaatlichung von Betreuungsleistungen

TEXT: SYBILLE PIRKLBAUER

Glückliche Kinder, strahlende Mütter, stolze Väter, und alle gerne mit Weichzeichner verklärt. Aus Broschüren für werdende Eltern kennen wir diese Bilder nur zu gut. Trautes Heim, Glück allein. Alles ganz privat. Der Staat hat dabei nichts zu suchen.

Ganz privat? So einfach ist es doch nicht. Früher galt als Regel, dass der berufstätige Mann eine Frau zu Hause hat, die sich um Kinder, Küche und gebügelte Hemden kümmert. Diese Vorstellung hat sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund der extrem verbesserten (Aus-)Bildung und stark gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen wesentlich verändert. Das Potenzial auch der weiblichen Arbeitskräfte zu nutzen gilt der Wirtschaftspolitik mittlerweile als zentrales Element der Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb. Die Unternehmen selbst schätzen das verbesserte Reservoir an Mitarbeiterinnen als Element für ihren Erfolg.

Doch viele dieser Mitarbeiterinnen haben neben dem Job noch eine andere Wirklichkeit, und die schaut so aus: Kinder, Kochen, Putzen, Wäschewaschen, Schulstress, eben Beruf und Familie. Was oft als Gegensatz behandelt wird, sind tatsächlich zwei Seiten derselben Medaille, aber die Wirtschaft sieht gerne nur die eine Seite. Dass Menschen essen, sich kleiden, waschen oder schlafen müssen, spielt in der ökonomischen Theorie kaum eine Rolle. Betreuungs- und Versorgungsarbeit ist zwar eine unerlässliche Grundvoraussetzung für das Werden und Sein von Arbeitskraft und Konsumfähigkeit, diese Tatsache wird aber konsequent ausgeblendet. Die „Reproduktion", wie diese simplen Notwendigkeiten in der Sozialwissenschaft heißen, ist ein riesiger blinder Fleck, wie die feministische Ökonomie berechtigterweise kritisiert.

Völlig losgelöst von ihren Bedürfnissen sind Arbeitskräfte im echten Leben aber nie. Am ehesten trifft das noch auf jene zu, die den Großteil der reproduktiven Arbeit auslagern können: Männer in traditionellen Beziehungen, denen ihre Partnerinnen ein Heim mit sauberer Wäsche und Vollpension bereiten. Frauen haben diesen Luxus eher selten. Müssen außerdem Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene versorgt werden, wird es endgültig schwierig, die widersprüchlichen Anforderungen von Arbeitswelt und Betreuungsbedürftigen auf einen Nenner zu bringen. Der Staat könnte diesen Widerspruch zumindest lindern. Aber was die öffentliche Hand kann und soll, darüber besteht keine Einigkeit.

» *Mütter sollen sich in konservativer Sicht ungestört den Kindern widmen können. Doch sind Mütter nicht auch noch etwas anderes? Nämlich eigenständige weibliche Menschen?*

Mutter oder Mensch?

In der Familienpolitik tobt seit vielen Jahren ein Kampf. Unter dem Stichwort „Wahlfreiheit" fordern Konservative die Möglichkeit, möglichst lange zu Hause beim Kind bleiben zu können. Gemeint sind dabei natürlich die Mütter. Je nach Ausprägung soll entweder gleich ein Müttergehalt ausgezahlt oder zumindest der Ernährer von seinen finanziellen Versorgungspflichten entlastet werden. Der Staat darf gern Geld ausschütten, mehr Einmischung ist jedoch nicht erwünscht. Die Mütter sollen sich möglichst ungestört im Privaten den Kindern widmen können.

Doch halt! Sind Mütter nicht auch noch etwas anderes als nur das? Nämlich eigenständige – weibliche – Menschen? Und als solche haben viele von ihnen das Interesse, nicht am Geldbeutel des Ehemannes oder Partners zu hängen, was im Hinblick auf die stattliche Scheidungsrate von 42 Prozent nur vernünftig ist. Fortschrittliche Kräfte sehen es daher als notwendig an, Eltern, also vor allem Müttern, die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Mit elementarer Bildung und Ganztagesschulen soll auch die öffentliche Hand Verantwortung für die Betreuungsarbeit übernehmen.

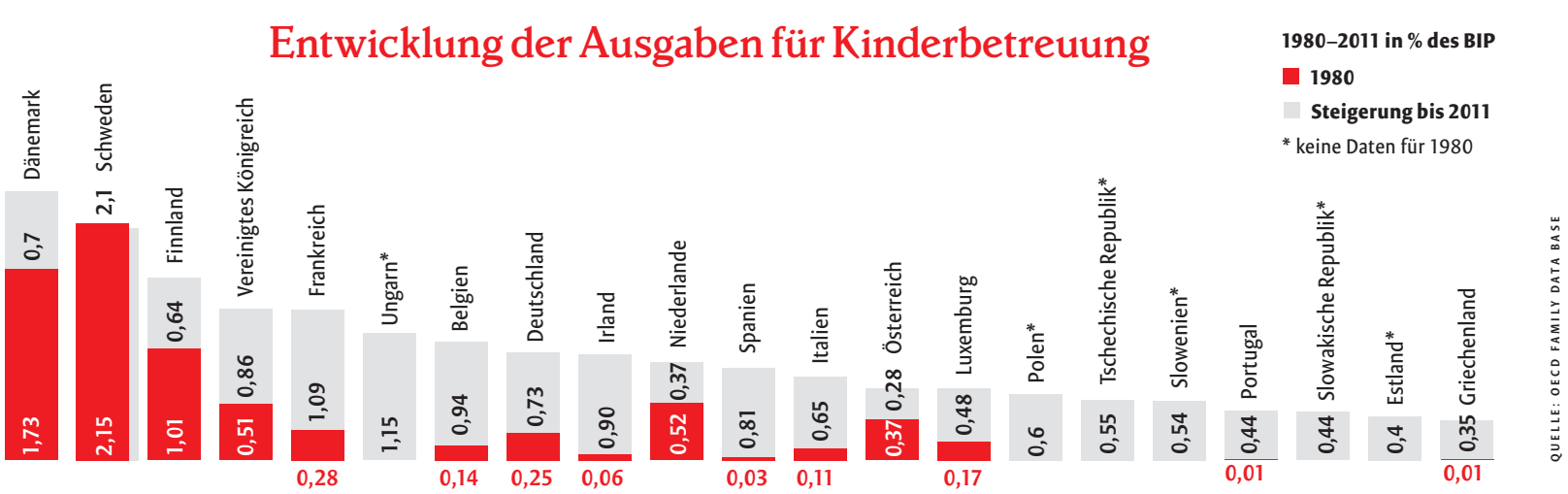
Bezahlte Betreuung

Der konservative Wunsch nach Bezahlung von Betreuungsarbeit zu Hause wurde mit dem Kinderbetreuungsgeld ein Stück familienpolitische Wirklichkeit. Früher war das Karenzgeld ein (kleiner) Ersatz für das Erwerbseinkommen während der Elternkarenz. Seit der schwarz-blauen Reform 2000 gilt ein anderes Prinzip. Das Kinderbetreuungsgeld ist eine Art Bonuszahlung für Geburten, unabhängig vom vorangegangenen Status oder dem Einkommen der Eltern. Mit der neuen Logik folgte auch eine Ausweitung der Leistungsdauer: Von maximal 1,5 auf 2,5 Jahre für einen Elternteil, gemäß der Vorstellung, dass die Mütter möglichst lang beim Kind bleiben können sollen. Privatisierung mit staatlicher Unterstützung.

Die Änderung erwies sich als Großexperiment zur Veranschaulichung der Genderfalle. Diese schnappte lautstark zu. Männer konnten kaum dafür gewonnen werden, für den geringen Beitrag von 436 Euro monatlich ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zumindest eine Zeitlang einzuschränken. Frauen blieben hingegen mit der ausgeweiteten Anspruchsdauer deutlich länger zu Hause als zuvor. Das hatte einen problematischen Nebeneffekt, denn die arbeitsrechtliche Karenz und damit auch das Recht, in den Job zurückzukehren, enden weiterhin spätestens zwei Jahre nach der Geburt des Kindes. Wenig überraschend führte das zu großen Schwierigkeiten beim Comebackversuch am Arbeitsmarkt. Das Kinderbetreuungsgeld erwies sich als millionenschwere Ausstiegsprämie. Wäre das Geld stattdessen in den Ausbau von Kindergärten investiert worden, der Wiedereinstieg wäre leichter statt schwieriger geworden.

Den Familien einfach Geld in die Hand zu drücken, statt für den Ausbau von professionellen und qualitätsgesicherten Sachleistungen zu sorgen, verlagert unweigerlich die Verantwortung für Betreuungsarbeit ins Private, wo diese Aufgaben zum Großteil bei den Frauen landen. Eine ähnliche Weichenstellung gab es schon 1993 mit dem Pflegegeld: Man entschied sich unter dem sozialdemokratischen Sozialminister Josef Hesoun für eine ungebundene Geldleistung, anstatt die Mittel in den Ausbau der Pflegedienste zu investieren. Resultat: Noch immer werden 80 Prozent der Pflege privat und damit ganz überwiegend unbezahlt von Frauen erbracht.

Diese Beispiele machen anschaulich, dass es nicht egal ist, ob sich Vater Staat als Patriarch geriert, der die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männer zementiert, oder als liebevoller Vater, der die Emanzipation aller seiner Kinder fördern will. In diesem Zusammenhang mutet die österreichische Familienpolitik seltsam unentschlossen an. Einerseits wurde in den letzten Jahren über die Familien ein regelrechtes Füllhorn an Leistungen ausgeschüttet: Die Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag wurden ebenso erhöht wie der Alleinverdienerabsetzbetrag, zusätzlich wurden der Kinderfreibetrag und das Schulstartgeld eingeführt. Alleine die Erhöhung der Fami-



Qualität in der Pflege kostet Geld – was aber gern übersehen wird: Nichts zu tun kann auch ganz schön teuer werden

lienbeihilfe schlägt dabei mit mehr als 800 Millionen Euro zu Buche. Gleichzeitig wurden vom Bund seit 2008 ansehnliche Gelder in die Hand genommen, um den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zu fördern: Seit 2008 wurden dafür 400 Millionen zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wird der kostenlose Besuch des Kindergartens für die Fünfjährigen (Vorschuljahr) mit jährlich 70 Millionen Euro gefördert und Betreuungskosten steuerlich absetzbar gemacht. Kurz gesagt: Es wird viel Geld darauf verwendet, Betreuungsleistungen zugleich zu privatisieren und zu entprivatisieren. Das ist doch ein wenig paradox.

Widersprüchliche österreichische Familienpolitik: Geld für Privatisierung und Entprivatisierung zugleich

Trotz Steigerung hintennach

Um diese widersprüchliche Politik besser einordnen zu können, lohnt sich ein Blick über die Grenzen. Im Vergleich zu anderen Staaten war Österreich gemessen an der Wirtschaftsleistung lange Zeit besonders großzügig im Sachen Familienleistungen. Diesen Spitzenplatz im internationalen Ausgabenranking hat es in den letzten Jahren verloren. Hatte die Alpenrepublik im OECD-Vergleich 1980 noch am zweitmeisten (nach Schweden) für Familien ausgegeben, liegt sie aktuell nur auf Platz zehn. Wie konnte das passieren, gab es doch eine Ausweitung der Leistungen? Ein näherer Blick zeigt: It's too little Kindergarten, stupid.

Reform des Kinderbetreuungsgeldes unter Wolfgang Schüssel (ÖVP), 2000: Großexperiment zur Veranschaulichung der Genderfalle

Sozialminister Josef Hesoun (SPÖ), 1993: Geld statt Pflegedienste. Ergebnis: Noch immer pflegen zu 80 Prozent Frauen – unbezahlt

Lag Österreich 1980 bei den Ausgaben für Kinderbetreuung und -bildung noch auf Platz sechs, rasselte es bis 2008 auf Platz 25 hinunter. Danach wurden die Auswirkungen der Bundesmittel sichtbar, womit das kleine Land an der Donau wieder an die 13. Stelle kletterte. Zwar haben sich die Ausgaben für Kinderbetreuung seit 1980 verdoppelt, andere Länder waren aber wesentlich offensiver: So stiegen die Ausgaben in Deutschland um das Vierfache, in Frankreich um das Fünffache, in Italien und Belgien um das Siebenfache, in Irland um das 17-fache und Spanien gar um das 29-fache – in den letzten beiden Ländern allerdings von einem sehr niedrigen Niveau. Alle genannten Staaten lagen 1980 noch hinter Österreich. Insgesamt liegt der Anteil am BIP von 0,65 Prozent noch immer weit unter dem OECD-Durchschnitt von 0,93 Prozent. Betrachtet man nur die Geldleistungen, büßte das alpine Land zwar einige Plätze seit 1980 ein, liegt aber immer noch unter den besten Ländern. Österreich hat also in der internationalen Entwicklung eindeutig in der Kinderbetreuung und -bildung den Anschluss verloren.

In der Pflege gilt Ähnliches: Gerade ein halbes Prozent des BIP wird hierzulande für institutionelle Pflege aufgebracht. In Dänemark und Norwegen ist es das Doppelte, in Schweden sogar das Vierfache. Österreich schwächelt also konsequent im Bereich der sozialen Sachleistungen.

Gesicherte Qualität

Dabei spräche vieles dafür, dort vermehrt zu investieren. Neben der von der Wirtschaft begrüßten „Befreiung der weiblichen Arbeitskraft" könnten im sozialen Dienstleistungsbereich tausende Jobs geschaffen werden. Allein im Bereich der Elementarbildung sind in den letzten drei Jahren über 9000 neue Arbeitsplätze entstanden. Der Vorteil öffentlicher Erbringung liegt zudem darin, dass Qualitätsstandards und Rahmenbedingungen definiert werden können und im Idealfall dazu führen, dass die Kundschaft sich auf die Güte der Leistungen verlassen kann. Auf der anderen Seite sollten gut ausgebildete Arbeitskräfte damit brauchbare Arbeitsbedingungen vorfinden. Dass das in Österreich in der Praxis nicht immer der Fall ist, belegen zahlreiche Studien für unterschiedlichste Bereiche des „Care"-Sektors.

Das ist nicht verwunderlich, denn Österreich fährt hier mit angezogener Handbremse. Das Verständnis, dass soziale und pflegerische Berufe nicht nur „eine liebevolle Hand" (Gemeindebundchef Helmut Mödlhammer), sondern ein hohes Maß an Kompetenz und Professionalität brauchen, scheint sich in katholisch geprägten Ländern besonders schwer durchzusetzen. Der Widerstand ist auch deswegen groß, weil Qualität etwas kostet. Was dabei übersehen wird: Nichts zu tun kann auch ganz schön teuer werden. Frauen, die ihre Ausbildung und ihr Potenzial nicht nutzen können, Kinder, die nicht angemessen gefördert werden, und Pflegebedürftige, die um die Chance zurückgewonnener Eigenständigkeit gebracht werden – das alles verursacht mittelfristig beträchtliche Kosten. Buxbaum/Pirklbauer haben nachgewiesen, dass sich Investitionen in die Elementarbildung aufgrund der positiven Beschäftigungseffekte schon kurzfristig rechnen. Das sollten Gründe genug für den Staat sein, verstärkt auf diesen Bereich zu setzen.

Kleine Lichtblicke

Geld ist in der Politik bekanntermaßen ein wichtiger Hebel. Im Bereich sozialer Dienstleistungen ist zudem eine nachhaltige Finanzierung für ein dauerhaftes Leistungsangebot erforderlich. Mit dem neuen Finanzausgleich, der ab 2017 für vier Jahre die Verteilung der öffentlichen Einnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden regelt, gibt es einen kleinen Lichtblick: Erstmals soll im Bereich der Kinderbetreuung und Pflichtschulen Geld nach Erbringung der Leistung fließen und nicht einfach mit der Gießkanne verteilt werden. Konkret heißt das, dass jene Gemeinden mehr Mittel bekommen sollen, die mehr und bessere Kindergartenplätze und Ganztagesschulen anbieten. Wie genau das gehen soll, wird freilich erst ausgehandelt, und auf dem Weg kann noch viel schiefgehen. Möglicherweise kommt am Schluss statt mehr Transparenz und besserer Steuerung wieder ein länderweiser Fleckerlteppich heraus und alles wird noch komplizierter. Vielleicht aber gelingt die Übung. Sie könnte als Modell für andere Bereiche – etwa die Pflege – dienen. Dann wäre die Handbremse auf dem Weg zu einer fortschrittlichen Politik in der Betreuungsarbeit tatsächlich ein wichtiges Stück weit gelockert. F

FOTOS: DPA/BILDFUNK, APA/BARBARA GINDL, APA/HANS KLAUS TECHT

Die Arbeit für die Bürger, der Gewinn für Private

Wäre die Zivilgesellschaft eine Firma, hätte sie für ihr Flüchtlingsmanagement 2015 fette Rendite gemacht. So verdienen Private. Der Staat zahlt die Zeche

RECHNUNGSPRÜFUNG: NINA HORACZEK

Tee und Wasser verteilen, Suppe ausschenken, Kleider sortieren und ausgeben, einen Schlafplatz organisieren, Wunden versorgen, mit den Kindern spielen, aufmuntern, trösten, einfach helfen.

Es ist das Flüchtlingsjahr 2015. Im Frühsommer sitzen im großen Flüchtlingsaufnahmezentrum Traiskirchen fast 2000 Menschen obdachlos und kaum versorgt auf der Wiese, müssen im Freien übernachten. Kurz darauf, ab September 2015, kommen aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan Geflüchtete zügeweise in Österreich an, viele von ihnen erschöpft von der langen Reise und nicht mehr als dem, was sie auf dem Leib tragen. Es waren vor allem normale Bürgerinnen und Bürger, die sich um die Versorgung dieser Menschen kümmerten. Sie schleppten tonnenweise Decken, Kleidung und Lebensmittel nach Traiskirchen und zu den Bahnhöfen und trugen in ihrer Freizeit und ohne jegliche Bezahlung dazu bei, dass die ohnehin angespannte Situation nicht eskalierte.

Wie zum Beispiel „Train of Hope", eine Art Pop-up-NGO, die von Privatpersonen beinahe über Nacht am Wiener Hauptbahnhof mit Unterstützung von ÖBB, Caritas, Rotem Kreuz und vielen mehr eine kleine, hochprofessionelle Flüchtlingsstadt aus dem Boden stampfte. Train-of-Hope-Freiwillige versorgten die angekommenen Flüchtlinge mit Nahrung und Kleidung, führten ein kleines Notlazarett, in denen grippale Infekte ebenso versorgt wurden wie offene Knochenbrüche, und sie richteten Notschlafstellen ein. „Alleine Train of Hope hatte im Herbst 2015 mehr als 6000 registrierte Freiwillige, die mithalfen", sagt Manuela Ertl von der Flüchtlingshilfs-NGO. Bis zu drei Tonnen Lebensmittel verteilte Train of Hope pro Tag, allein im September wurde am Hauptbahnhof insgesamt 84.000 Stunden kostenlose und freiwillige Hilfsarbeit geleistet.

Denn der Staat, dessen Aufgabe es wäre, Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, unterzubringen, sie zu versorgen und zu betreuen, hat im Flüchtlingsjahr 2015 versagt.

Sei es vor dem Flüchtlingslager Traiskirchen, wo engagierte Bürgerinnen und Bürger über Monate hindurch halfen; sei es an den Grenzübergängen im burgenländischen Nickelsdorf und im steirischen Spielfeld, wo die Erstbetreuung der Flüchtlinge in den Händen von Freiwilligen lag, die sich einfach ins Auto setzten und ehrenamtlich anpackten; sei es auch in den vielen, vielen Notquartieren quer über das Land, in denen „normale" Bürgerinnen und Bürger für Schlafplätze und Verpflegung sorgten – überall musste die sogenannte Zivilgesellschaft unentgeltlich einspringen, um das Versagen in der staatlichen Flüchtlingsbetreuung zu kompensieren.

Dabei gibt es durchaus eine vom Staat vorgegebene Struktur in der Flüchtlingsbetreuung. Die Firma Organisation für Regie und Spezialleistungen (ORS), ein Tochterunternehmen der Schweizer ORS Service AG ist im derzeit durchaus lukrativen Geschäftszweig „Erbringung von Dienstleistungen im Asylbereich" tätig. In Österreich ist ORS im Auftrag des Staates für die Unterbringung und Betreuung von Asylwerberinnen und Asylwerbern zuständig.

Der Firma ORS brachte das Flüchtlingsjahr 2015 hingegen finanziell durchaus gute Nachrichten. „Aufgrund der hohen Zunahme von rund 29.000 auf rund 89.000 Asylwerber in Österreich stieg der Umsatz der ORS Service GmbH im Jahr 2015 auf 66,6 Millionen Euro (2014: 23,2 Millionen Euro). Der beinahen Verdreifachung des Umsatzes steht eine Erhöhung des Gewinns nach Steuern von 1,0 Million Euro auf 2,5 Millionen Euro gegenüber", ist auf der Homepage des Unternehmens zu lesen. Allerdings, so vermeldet ORS, sei die Unsatzrendite aufgrund zusätzlicher Kosten und dem Mehraufwand beim Personal von 4,3 Prozent auf 3,8 Prozent gefallen.

Die einen nehmen sich Urlaub aus Menschlichkeit, um bei der Betreuung der vielen tausenden Geflüchteten mitzuhelfen und der Welt das schöne Gesicht Österreichs zu zeigen. Die anderen erhöhen ihre Gewinne. Es hat natürlich einen schalen Beigeschmack zu sehen, wie ein privates Unternehmen Millionen verdient, während in Österreich die Versorgung und Unterbringung von Asylwerbern zusammenbricht und nur mithilfe zahlloser Freiwilliger das Schlimmste verhindert werden kann. Der Firma ORS ist aber trotzdem nur schwer ein Vorwurf zu machen. Das Unternehmen hat nie vorgegaukelt, eine karitative Institution zu sein. Diese auf Gewinn ausgerichtete Firma erledigt bloß, wozu sie der Staat Österreich per Vertrag verpflichtet hat.

Seit dem Jahr 2002 werden Asylwerberinnen und Asylwerber in Österreich während ihres Asylverfahrens von einem privaten Unternehmen versorgt. Es war der damalige Innenminister Ernst Strasser (ÖVP), der unter einer schwarz-blauen Bundesregierung die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylwerbern in Österreich entstaatlichte. Statt eines Konsortiums, zu dem sich die großen NGOs des Landes damals zusammenschlossen, erhielt schließlich die deutsche Firma European Homecare den Zuschlag.

Das lag zum einen daran, dass das private Unternehmen die Flüchtlingsversorgung zu einem derart niedrigen Preis anbot, mit dem die sozialen Werten verpflichteten Organisationen wie Caritas, Volkshilfe oder Rotes Kreuz nicht mithalten konnten oder wollten. Zum anderen störte es den Privaten im Gegensatz zu den NGOs auch nicht, dass es der für die Unterbringung und Betreuung zuständigen Firma per Vertrag verboten ist, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und dass sie zu völliger Geheimhaltung verpflichtet ist. Ein Verstoß gegen diese Geheimhaltungspflicht wird mit einer „schadensunabhängigen Vertragsstrafe" von 10.000 Euro sanktioniert.

Es mag wohl auch am gespannten Verhältnis zwischen Strasser und den Asyl-NGOs liegen, dass dieser die Flüchtlingsbetreuung ganz in private, zur Verschwiegenheit verpflichtete Hände übergab.

Aber nach acht Jahren hatte European Homecare genug. Die Asylzahlen in Österreich waren, nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Gesetzesverschärfungen, massiv zurückgegangen, die Flüchtlingsbetreuung deshalb kein gutes Geschäft mehr, European Homecare stieg aus dem Vertrag aus. Der Auftrag zur Flüchtlingsbetreuung wurde vom Innenministerium neu ausgeschrieben. Diesmal wurde die Ausschreibung aber schon prophylaktisch so formuliert, dass eine Zusammenarbeit der großen Hilfsorganisationen wie Rotes Kreuz, Caritas

Die Firma ORS, ein privater Dienstleister im Asylbereich, konnte ihre Gewinne zuletzt massiv steigern: von 600.000 Euro im Jahr 2013 auf 2,5 Millionen Euro im Jahr 2015

Manuela Ertl von der Pop-up-NGO Train of Hope: Mehr als 6000 freiwillige Helfer

FOTOS: ERTL

Zelte organisieren, Tee ausschenken, Notquartiere betreuen, frische Kleidung ausgeben und vieles mehr: Als im Flüchtlingsjahr 2015 der Staat und auch die ökonomisch orientierte privatisierte Flüchtlingsbetreuung versagten, sprangen viele tausende Freiwillige ein. Ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass Österreich 2015 nicht im Chaos versank

oder evangelischer Diakonie von vornherein ausgeschlossen wurde. Denn Unternehmen oder Vereinen, die mehr als 40 Millionen Euro Umsatz pro Jahr machen, durften sich nicht zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen. So wurde dafür gesorgt, dass nur gewinnorientierte Unternehmen zum Zug kommen können, aber keine großen NGOs, die zwar auch auf Wirtschaftlichkeit achten müssen, deren Fokus aber auf dem Sozialen liegt.

Gewinner dieser zweiten Ausschreibung war das Unternehmen ORS. Laut Vertrag erhält der Asyl-Dienstleister vom Innenministerium um eine Sockelbetrag, dessen Höhe geheim ist. Dazu gibt es sogenannte Pro-Kopf-Tagespauschalen, deren Höhe ORS und Ministerium aber ebenso wenig verraten.

In Zahlen ausgedrückt kostete die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung das Innenministerium und damit die österreichischen Steuerzahler im Jahr 2012 etwa 15 Millionen Euro. 2013 waren es ungefähr 19 Millionen Euro, 2014 lagen die Kosten bei fast 21 Millionen Euro und im Rekordjahr 2015 zahlte das Innenministerium beinahe 69 Millionen Euro.

Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) privatisierte die Betreuung von Asylwebern

Das Unternehmen ORS konnte gleichzeitig seine Gewinne massiv steigern: Von 600.000 Euro Gewinn im Jahr 2013 auf eine Million im Jahr 2014 und 2,5 Millionen Euro Gewinn im Jahr 2015.

Über diese Verlagerung öffentlicher Aufgaben im Asylbereich auf Private wie die Firma ORS schreiben die Juristen Ronald Frühwirth und Konrad Lachmayer in einem Aufsatz mit dem Titel „Privatisierung der Flüchtlingsbetreuung“ (*Kurswechsel* 4/2015): „Die Kosten der Flüchtlingsbetreuung werden auf ein Minimum reduziert, die angebotene Betreuungsleistung möglichst gering gehalten, die Organisationsstrukturen ‚schlank‘ konzipiert und die Auswahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird primär am zu zahlenden Lohn gemessen.“

Doch eine derart ökonomisierte Flüchtlingsbetreuung könne Ausnahmesituationen wie die im Jahr 2015 bestehenden Flüchtlingsströme nicht bewältigen, kritisieren die beiden Experten.

Also mussten diejenigen ran, deren Lebenszweck es nicht ist, Profite zu maximieren. „Alleine seit den intensiven Herbsttagen 2015 haben sich etwa 15.000 Menschen bei uns gemeldet, um uns in der Flüchtlingshilfe zu unterstützen“, sagt der Wiener Caritassprecher Martin Gantner. Diese Hilfsbereitschaft sei nicht zurückgegangen, sie habe sich nur von der Akuthilfe weg verlagert. Zahlreiche Freiwillige würden bis heute kostenlos Deutsch unterrichten, Quartiere organisieren, bei Behördenwegen begleiten. „Im Herbst 2015 waren jeden Tag etwa 500 Rotkreuz-Helfer im Einsatz, um Flüchtlingen zu helfen“, sagt auch Thomas Marecek, Sprecher des Roten Kreuzes, „die meisten davon waren Freiwillige“. Für diese vielen tausenden Menschen gab es viel Anerkennung und das Gefühl, Gutes getan zu haben. Die Rendite dafür, dass Österreich 2015 nicht völlig im Chaos versank, die steckten aber andere ein. F

FOTOS: APA/ROLAND SCHLAGER (4), APA/HELMUT FOHRINGER

Eine neue Rolle für den öffentlichen Verkehr

Dem öffentlichen Verkehr der Zukunft kommt angesichts der Bevölkerungsentwicklung und des Klimawandels eine neue, ökologische Rolle zu

TEXT: SYLVIA LEODOLTER

Die bequeme Beförderung von A nach B – ohne Umsteigen, ohne Reservierung oder komplizierte Ticketsysteme – auch außerhalb der Ballungsräume und unabhängig von der Witterung ist bis heute in vielen Regionen nur mit dem Pkw sicherzustellen. Rund zwei Drittel der Bevölkerung Österreichs über 17 Jahren haben jederzeit ein Auto zu ihrer Verfügung. Auch ihre Mobilität benötigt öffentlich zur Verfügung gestellte Infrastruktur, vom Straßenbau bis hin zur Schneeräumung.

Mobilität ist kein Selbstzweck, sondern dient als Mittel zur Erfüllung dahinter liegender Grundbedürfnisse. Wer nicht mobil ist, kann am sozialen und öffentlichen Leben kaum teilnehmen. Neben der Frage der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes geht es auch um soziale Kontakte, Nahversorgung, Bildung, Erholung und um Lebensqualität. Daraus ergibt sich, dass die Sicherstellung der Mobilität für alle Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist.

Das Prinzip der Daseinsvorsorge reicht historisch bis zu den Anfängen moderner Staatlichkeit zurück. Es beschreibt Leistungen, die der Staat in Form von öffentlichen Dienstleistungen für die gesamte Bevölkerung im Interesse des Gemeinwohls erbringt. Im Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach Mobilität spielt ein für alle leistbares, flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Angebot im öffentlichen Verkehr, das auch faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Sektor bietet, eine zentrale Rolle.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich laut den neuen Daten der Mobilitätserhebung der Zugang zu einem Pkw deutlich verbessert. In peripheren Bezirken verfügen 45 Prozent aller Haushalte über mindestens zwei Pkw, 14 Prozent sogar über drei oder mehr – und auch ältere Personen und Frauen haben häufiger einen Pkw zur Verfügung. Ist der öffentliche Verkehr als Daseinsvorsorgeleistung also überflüssig und antiquiert? Dem stehen schwerwiegende soziale und ökologische Argumente eindeutig entgegen.

Soziale und ökologische Dimension der Mobilität

Die Ausgaben für Verkehr und Mobilität spielen für die österreichischen Haushalte eine große Rolle. Laut Konsumerhebung 2014/15 von Statistik Austria stellen die Mobilitätskosten nach den Ausgaben für Wohnen und Energie (26,1 %) mit 14,2 Prozent den zweitgrößten Ausgabenposten dar, wobei für den öffentlichen Verkehr im Schnitt nur 0,8 Prozent, für den Kfz-Verkehr jedoch 13,3 Prozent ausgegeben werden.

Die aktuellen Verkehrsausgaben der Haushalte sind stark von der Bevölkerungsdichte abhängig. In ländlichen Regionen gibt ein durchschnittlicher Haushalt für sein(e) Kraftfahrzeug(e) monatlich etwa 545 Euro, für den öffentlichen Verkehr nur 15 Euro aus, in Wien hingegen nur 270 Euro fürs Kfz und 41 Euro für den öffentlichen Verkehr. Ein wesentlicher Faktor für eine geringere Belastung mit Mobilitätsausgaben ist daher ein gut ausgebautes Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die Konsumerhebung zeigt auch ganz deutlich, dass der Besitz eines Pkw sehr stark mit dem Einkommen zusammenhängt. Während bei den Haushalten mit den niedrigsten Einkommen rund 40 Prozent kein Kraftfahrzeug besitzen, sind es im Quartil mit den höchsten Einkommen nur elf Prozent. Die größten Herausforderungen für den Ausstieg aus der fossilen Energie liegen daher vor allem darin, der Bevölkerung in den ländlichen Regionen Österreichs leistbare und attraktive Angebote zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu bieten, die keine negativen verteilungspolitischen Effekte haben und die Abwanderung nicht zusätzlich verstärken.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und den ambitionierten Zielen zur Senkung der Treibhausgasemissionen erhält der öffentliche Verkehr auch eine neue, ökologisch motivierte Rolle. Dass abgesehen vom Rad- und Fußverkehr die unterschiedlichsten Formen des öffentlichen Verkehrs aus umweltpolitischer Sicht eindeutig besser abschneiden, beweist unter anderem ein Blick auf die Energieeffizienz der verschiedenen Verkehrsarten im Personenverkehr (Energieverbrauch pro Personenkilometer). Laut Umweltbundesamt benötigen die öffentlichen Verkehrsmittel U-Bahn, Straßenbahn, Bus und Zug 0,02 bis 0,19 kWh pro Personenkilometer. Der Pkw ist mit einem Energieverbrauch von durchschnittlich 0,56 kWh pro Personenkilometer das energetisch ineffizienteste Verkehrsmittel.

Ein Ausstieg aus der fossilen Energie ist in sozialverträglicher Form nur mit einem gut funktionierenden und flächendeckenden ÖV-System denkbar. Wenn der Ausstieg gelingen soll, ist dies im öffentlichen Verkehr nicht mit „Darf's a bisserl mehr sein?" getan, sondern es braucht eine Revolution im Verkehrsangebot.

Das Prinzip der Daseinsvorsorge, das ursprünglich nur kurzfristigen, betriebswirtschaftlichen Entscheidungen ein gesellschaftspolitisches Kalkül entgegengesetzt hat, wird im Sinne der Nachhaltigkeit um die Reflexion ihrer langfristigen sozialen und ökologischen Auswirkungen erweitert und damit neu begründet.

Bevölkerungsentwicklung als Herausforderung

Österreich wächst, aber in unterschiedlichen Dimensionen. Das stärkste Wachstum findet sich aktuell – und auch in den Prognosen bis 2030 – in Wien und in der Ostregion rund um Wien sowie in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg und in allen Landeshauptstädten. Periphere, ländliche Regionen vor allem im Süden Österreichs und inneralpine Regionen hingegen dünnen aus. In Österreich leben 65 Prozent der Bevölkerung in Ballungsräumen. In Summe befinden sich 71 Prozent aller Arbeitsplätze in diesen Gebieten. Periphere Gebiete verbuchen jedoch starke Bevölkerungsrückgänge. Eisenerz beispielsweise hat ein Drittel seiner Bevölkerung verloren, Ähnliches gilt auch für Teile Kärntens oder das Waldviertel.

Ein zweiter Trend, der sich auf die Mobilitätsbedürfnisse auswirkt, ist die Alterung der Gesellschaft. In den Ballungsräumen nahm das Durchschnittsalter um 1,3 Jahre zwischen 2002 und 2011 zu. In der Peripherie sogar um 2,8 Jahre. Österreichweit wird die Zahl der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren bis zum Jahr 2030 um 37 Prozent ansteigen.

Während in den Ballungsräumen die teilweise schon jetzt überlastete Infrastruktur und das Angebot an öffentlichen – und vor allem barrierefreien – Verkehrsdiensten weiter ausgebaut werden muss, stellt sich für periphere Regionen mit einer alternden Bevölkerung die schwierige Frage, wie hier ein finanzierbares öffentliches Verkehrsangebot überhaupt erst entwickelt und zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Ergebnisse der jüngsten Mobilitätserhebung zeigen, dass rund

zwei Drittel

der Bevölkerung über 17 Jahre jederzeit ein Auto zur Verfügung haben.
www.oesterreich-unterwegs.at

Laut Umweltbundesamt verbrauchen Bus, Bahn, U-Bahn und Straßenbahn

0,02 bis 0,19 kWh

pro Personenkilometer. Der Pkw braucht

0,59 kWh

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Neue Formen des mikro-öffentlichen Verkehrs und der Elektromobilität im ländlichen Raum sind ein positiver Ansatz, wenn sie auch zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region genutzt und nicht durch unbezahlte „Freiwillige“ erbracht werden. Auch dazu braucht es jedoch die entsprechende materielle und immaterielle Infrastruktur.

Öffentlicher Verkehr und Beschäftigung

Die soziale Nachhaltigkeit des öffentlichen Verkehrs hängt nicht nur davon ab, ob es gelingt, die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen leistbar und flächendeckend zu erfüllen, sondern letztlich auch davon, welche und wie viele Beschäftigungschancen der öffentliche Verkehr eröffnet. Insgesamt beschäftigt der öffentliche Verkehr derzeit rund 90.000 Menschen. Gemeinsam mit den Investitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge sichert der öffentliche Verkehr rund 170.000 Arbeitsplätze. Problematisch ist hier jedoch der steigende Druck auf die Arbeitsbedingungen und Löhne, der vor allem aus der Liberalisierung des Verkehrssektors resultiert.

Seit der Pflicht zu wettbewerblichen Ausschreibungen im öffentlichen Busverkehr ist klar erkennbar, dass der Wettbewerb fast ausschließlich über die Lohnkosten geführt wird. Dies führt zu sinkenden Löhnen und immer schlechteren Arbeitsbedingungen. Die Bemühungen der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer zur Verankerung verpflichtender Sozialkriterien bei Ausschreibungen oder zu einer Regelung des Personalübergangs, bei dem Einkommen und Rechte der Beschäftigten auch bei Betreiberwechsel erhalten bleiben, waren bisher kaum von Erfolg gekrönt. Die Besteller des öffentlichen Verkehrs – vor allem die Länder – setzen auf Kostenreduktion und fördern so die Schwächung größerer, etablierter Busunternehmen mit einigermaßen fairen Arbeitsbedingungen.

Im Schienenverkehr ist aufgrund der europäischen Rahmenbedingungen im Personennahverkehr noch die Direktvergabe, im Bereich der städtischen Verkehrsunternehmen die Inhouse-Vergabe möglich. Allerdings steigt auch in diesem Sektor, in dem die meisten Beschäftigten tätig sind, der Druck in Richtung wettbewerblicher Ausschreibungen bzw. in Richtung Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzabbau.

Die Förderung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs als ökologische Alternative zum Individualverkehr müssen daher – um auch sozial nachhaltig zu sein – über die Fokussierung auf Sozial- und Qualitätskriterien bei der Bestellung von Verkehrsdiensten für faire Einkommen und gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Gemeinsam mit den Investitionen in Infrastrukturen und Fahrzeuge sichert der öffentliche Verkehr in Österreich 170.000 Arbeitsplätze. Von Liberalisierungen profitiert aber nur eine kleine Gruppe von Unternehmen

Liberalisierung – ungeeignet für nachhaltige Daseinsvorsorge

„Konzessionsentzug wegen fürchterlichen Angebots“, „Zwangsverstaatlichung aufgrund horrender Unfallzahlen“, „teuerste Bahnen Europas“ sind nicht gerade Schlagzeilen eines gelungenen Projektes. Sie stammen aus Großbritannien. Gemeinsam mit den Schweden sind die Briten die Pioniere der Liberalisierung in Europa. Beide Länder zeigen eines deutlich: Die anfangs gemachten Versprechungen, wie Qualitätssteigerung mit günstigeren Tickets und niedrigeren öffentlichen Kosten, sind nicht eingetreten, die meisten bisherigen Liberalisierungen sind sowohl finanziell als auch verkehrspolitisch gescheitert.

Bereits 2004, nur wenige Jahre nach der Bahn-Liberalisierung, war klar, dass der britische Weg ein Irrweg war: Enorm gestiegenen Subventionen standen nur mäßige Erfolge gegenüber. Im Grunde wurde schon damals viel mehr Steuergeld für eine höhere, aber letztendlich unbeständigere Anzahl von Zügen ausgegeben, die zwar neuer, aber weniger pünktlich waren. Die Briten zahlen zudem die teuersten Tickets in ganz Europa. Berechnungen von Just Economics zufolge würden sich die britischen Bahnreisenden 5,3 Milliarden Euro pro Jahr sparen, wenn die Ticketpreise auf dem gleichen Niveau wären wie in Frankreich.

Auch in Schweden wurden die Erwartungen der Eisenbahnliberalisierung nicht erfüllt. Wie aktuelle Untersuchungen zeigen, war das schwedische Modell aus wirtschaftlicher Sicht nur kurzfristig erfolgreich. Eines der zentralen Ziele der Liberalisierung, die Senkung der Kosten, konnte nicht erreicht werden. Im Gegenteil sind der Subventionsbedarf durch die öffentliche Hand und die Ticketpreise signifikant gestiegen. Auch die schwedischen Steuerzahlenden müssen sowohl für den liberalisierten Bahnsektor als auch für die Fahrkarten weit mehr aufwenden als zu Zeiten der staatlichen Bahn.

Die verkehrspolitischen Auswirkungen der Liberalisierung sind problematisch. Es profitiert eine kleine Gruppe von Kunden und Unternehmen. Im Sinne des „Rosinenpickens“ sind ausschließlich profitable Bereiche (wie in Österreich die Westbahnstrecke) heiß umkämpft, der bisherige Ausgleich von den Hauptstrecken zum Regionalverkehr wird verhindert. Die Folgen sind Kostensteigerungen für die Regionalstrecken, Personalabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Wettbewerb. Ein Beispiel mehr für „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste“. Auch in Österreich hat der (freiwillig ermöglichte, nicht durch die EU vorgeschriebene) Wettbewerb auf der Westbahnstrecke dazu geführt, dass jede Bestellung von neuen Verbindungen in einen Rechtsstreit mündet und sich Pendlerinnen entscheiden müssen, ob sie flexibel im Verkehrsverbund fahren oder sich ein Extraticket für die Westbahn GmbH kaufen wollen.

Öffentlicher Verkehr der Zukunft – kundenorientiert, ökologisch, fair

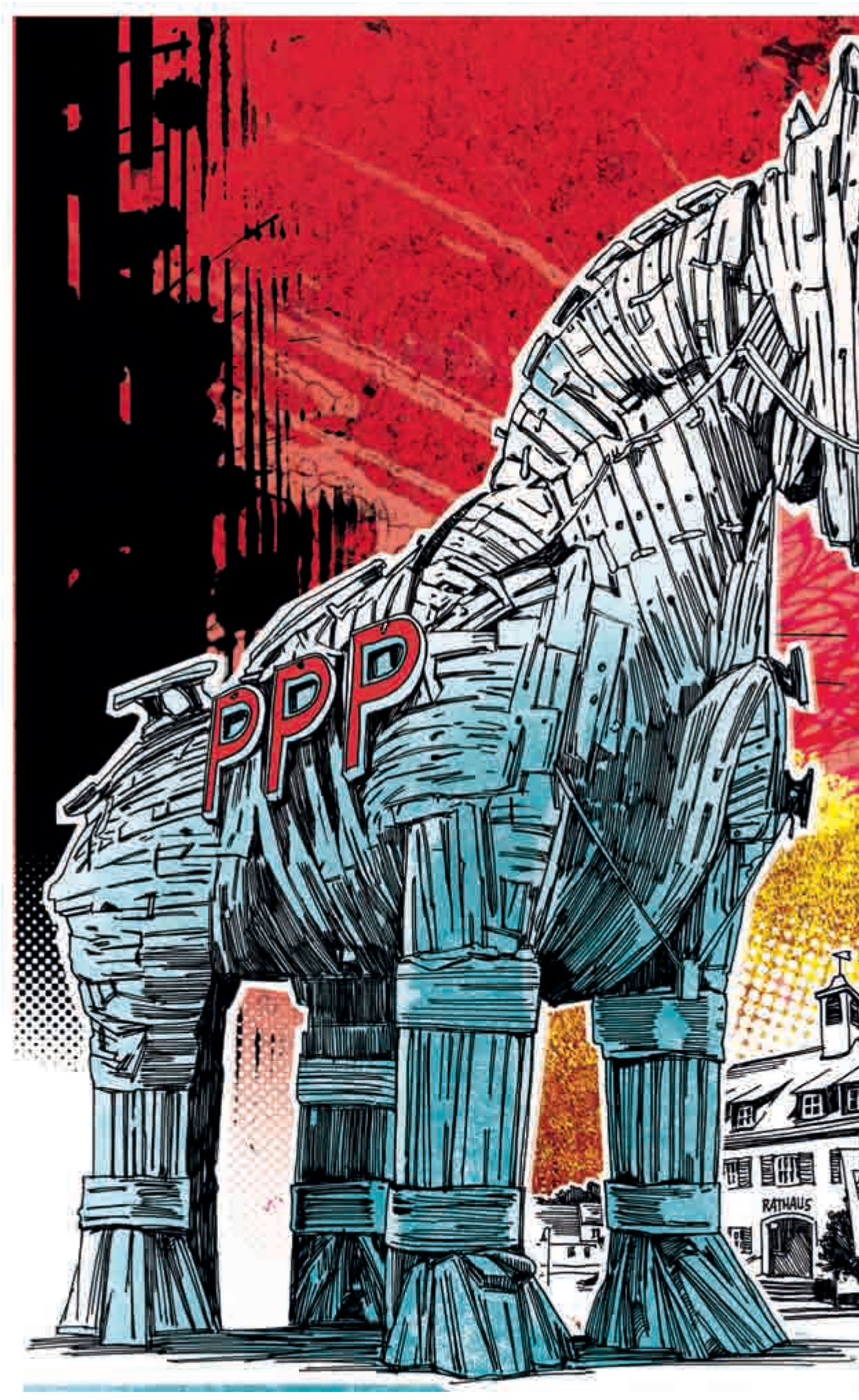
Auch wenn Liberalisierung und Wettbewerbszwang keine Lösung für einen besseren öffentlichen Verkehr darstellen, bedeutet das nicht, dass unter dem Deckmantel der Daseinsvorsorge oder des öffentlichen Eigentums die Qualität des Verkehrsangebots, die Transparenz oder die demokratische Legitimation vernachlässigt werden dürfen. Konkret bedeutet das eine systematische und konsequente Kundenorientierung, Transparenz von Leistungsverträgen und Grundlagen der Tarif- und Gebührengestaltung, Einbeziehung und Partizipation der Öffentlichkeit in längerfristige Planungsvorhaben, transparente Systeme des Qualitätsmonitorings und die Anwendung von strengen Sozialkriterien und Mitgestaltungsrechten für die Beschäftigten zur Sicherung der Arbeitsplätze und menschenwürdiger, fairer Arbeitsbedingungen. Nur so sind auch die Akzeptanz der Bevölkerung und letztlich der politische Rückhalt für die Sicherung der Daseinsvorsorge entgegen dem neoliberalen Mainstream längerfristig denkbar. F

PPP: Pushing Private Profits

Warum die Partnerschaft von öffentlich und privat nicht gegen Staatsverschuldung und Investitionsstau hilft

RESÜMEE: LEONHARD PLANK

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN



Public Private Partnerships (PPP), zu Deutsch Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), passen gut in unser neoliberales Zeitalter. Sie betonen die zentrale Rolle der privaten kapitalistischen Unternehmung und die Vorteilhaftigkeit einer Partnerschaft zwischen solchen Unternehmen und dem öffentlichen Sektor. Diese Rhetorik suggeriert Zusammenarbeit auf Augenhöhe und eine Partnerschaft, die sich nicht nur um die eigenen Interessen, sondern auch um das Wohlergehen des Gegenübers kümmert.

Der Realität, die sich hinter dieser rosigen „Win-win"-Rhetorik versteckt, kommt man allerdings eher auf die Spur, wenn man eine trockene finanzwissenschaftliche Definition wählt. Dann geht es bei PPPs um äußerst komplexe, langfristige, vertragliche Vereinbarung über öffentliche Aufgabenerbringung zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen (davon zu unterscheiden wären gemischtwirtschaftliche Unternehmen, also „institutionelle PPPs", sowie Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsprojekte).

Die offizielle PPP-Geschichtsschreibung beginnt ihre Erzählung bei den frühen Vorläufern im Römischen Reich, wo konzessionsähnliche Vereinbarungen beim Straßenbau oder bei öffentlichen Bädern anzutreffen waren. Ebenfalls regelmäßiger Gast in diesem Narrativ ist der französische Adelige Louis de Bernam, der im 15. Jahrhundert eine Konzession hielt, die es ihm erlaubte, für den Gütertransport am Rhein Gebühren einzuheben. Im Gegensatz dazu finden jene Lizenzen, welche die englische Königin Elisabeth I. an die sogenannten „Privateers" vergab, so gut wie nie Eingang in die offizielle PPP-Erzählung. Dank dieser Lizenzen konnten diese Privateers die mit Gold aus Lateinamerika beladenen spanischen Galeonen zum eigenen und zum Wohle des englischen Throns offiziell plündern.

Die Ursprünge der modernen Version von PPPs finden sich in den 1980er-Jahren in England, Australien, Kanada und den USA. Insbesondere die in England 1992 ins Leben gerufene Private Finance Initiative (PFI) gilt als Geburtsstunde dieses Instruments. Da die Privatisierungen unter der „Eisernen Lady" Margaret Thatcher mehr Probleme verursachten als lösten, folgte noch unter dem konservativen John Major eine leichte Korrektur, nicht zuletzt auf Zuruf der British Confederation of Industrialists. Offizielles Ziel dieser Korrektur war es, die öffentliche Infrastruktur – Straßen, Eisenbahnstrecken, Schulen, Krankenhäuser – durch das Einbeziehen privater Finanzierung auszubauen, ohne dass die Staatsverschuldung unmittelbar ansteigen sollte.

Ein Buchhaltertrick als Türöffner

Die Argumentation lautete, dass der Staat keine neuen Schulden machen müsste, denn dies würden jetzt ja private Akteure übernehmen, die im Gegenzug vom Staat eine jährliche Vergütung über 25 bis 30 Jahre für ihre Investitionen erhalten. Im Kern ging es dem konservativen Premier Major darum, die öffentlichen Haushalte zu umge-

FOTOS: APA/DPA/CHRISTIAN CHARISIUS, GUILHEM VEL

hen. Dies ist auch nach wie vor das zentrale Motiv für den Einsatz von PPPs – auch wenn es wohl das schwächste Argument der Befürworter ist. Denn letztendlich handelt es sich um einen buchhalterischen Trick, der eine einmalige große Investitionsausgabe in eine Serie kleinerer jährlicher Rückzahlungen verwandelt. Dieses Kreditarrangement hat einen anderen Namen, aber die eingegangen Verpflichtungen müssen am Ende der Laufzeit wie bei einer traditionellen Fremdfinanzierung zurückgezahlt werden.

Dieses Geschäftsmodell war insbesondere für die privaten Unternehmen interessant, denn es öffnete ihnen den „Markt" für öffentliche Infrastruktur und sicherte ihnen gleichzeitig langfristige, stabile und planbare Einnahmen. Hier zeigt sich, dass die Rede vom schlanken Staat trügerisch ist (siehe auch Seite 8). Denn die privaten Profiteure dieses Geschäftsmodells wollen nicht weniger, sondern mehr Staat – zumindest wenn es um ihre garantierten Umsätze geht, die in letzter Instanz zum Großteil aus staatlichen Budgets, also vorwiegend aus Steuern, kommen.

Kostenüberschreitungen, Skandale

Ausgehend von der eingangs genannten Gruppe wirtschaftsliberaler Staaten fanden PPPs seit den 1990ern zunehmende Verbreitung, wobei rund die Hälfte der weltweiten PPP-Projekte in Europa zu finden ist. In manchen Ländern, wie etwa in England, Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und Ungarn, haben PPPs einen geschätzten Anteil von zehn bis 15 Prozent an den öffentlichen Investitionen. In den meisten Industrieländern beträgt ihr Anteil aber weniger als fünf Prozent. Und dies, obwohl seit den 1990ern-Jahren erheblich die Werbetrommel für sie gerührt wurde. Auffällig ist, dass Staaten mit einem höheren Verschuldungsgrad häufiger auf PPPs zurückgreifen.

Während PPPs bis zum Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 häufig als Wundermittel gepriesen wurden, die zehn bis 20 Prozent billiger kämen als eine herkömmliche Bereitstellung durch die öffentliche Hand, kehrte spätestens mit der Finanzkrise etwas mehr Realitätssinn ein. Eine steigende Zahl an aus dem Ruder gelaufenen PPP-Projekten brachte diese Art von „Partnerschaft" in Verruf. In Deutschland zählt dazu eine Reihe von Projekten, die ironischerweise auch mit dem jährlich ausgelobten „Innovationspreis PPP" ausgezeichnet wurden.

Bei der kürzlich (mit sieben Jahren Verspätung) eröffneten Elbphilharmonie in Hamburg wurden die Kosten ursprünglich mit 77 Millionen Euro für Hamburg veranschlagt, am Ende werden die Hamburger und Hamburgerinnen das Zehnfache bezahlt haben. Ebenfalls kräftig verkalkuliert hat man sich bei dem größten deutschen Schul-PPP, bei der Sanierung von knapp 90 Schulen im Kreis Offenbach und dem anschließende Betrieb für zehn Jahre. Beides wird nicht wie ursprünglich budgetiert 780 Millionen Euro, sondern laut Landesrechnungshof rund 1,3 Milliarden Euro kosten.

Trotz zunehmender, berechtigter Kritik stehen PPPs wieder verstärkt auf der politischen Agenda, auch auf der europäischen

PPP-Projekt Elbphilharmonie Hamburg: Kosten stiegen von geplanten 77 auf 770 Millionen Euro

PPP-Projekt französisches Pentagon „Project Balard" – von 750 Millionen auf 3,5 Milliarden Euro

Weitere skandalträchtige Fälle betreffen in Frankreich die Errichtung des „französischen Pentagon", des neuen Sitzes des Verteidigungsministeriums. Er wird statt der ursprünglich geplanter 750 Millionen Euro rund 3,5 Milliarden Euro verschlingen. Bei einem anderen Leuchtturm-PPP, dem angeblich modernsten Spitalsprojekt im Süden der französischen Hauptstadt, zog die öffentliche Hand die Reißleine und kaufte sich teuer aus dem PPP-Vertrag heraus. Zuvor war die jährliche Miete von 29 auf 43 Millionen Euro gestiegen, und die Eröffnung hatte sich verzögert, nachdem mehr als 8000 (!) Mängel bei der avisierten Übergabe festgehalten wurden. Für deren Behebung bekam der Baukonzern Eiffage nochmals rund 100 Millionen Euro.

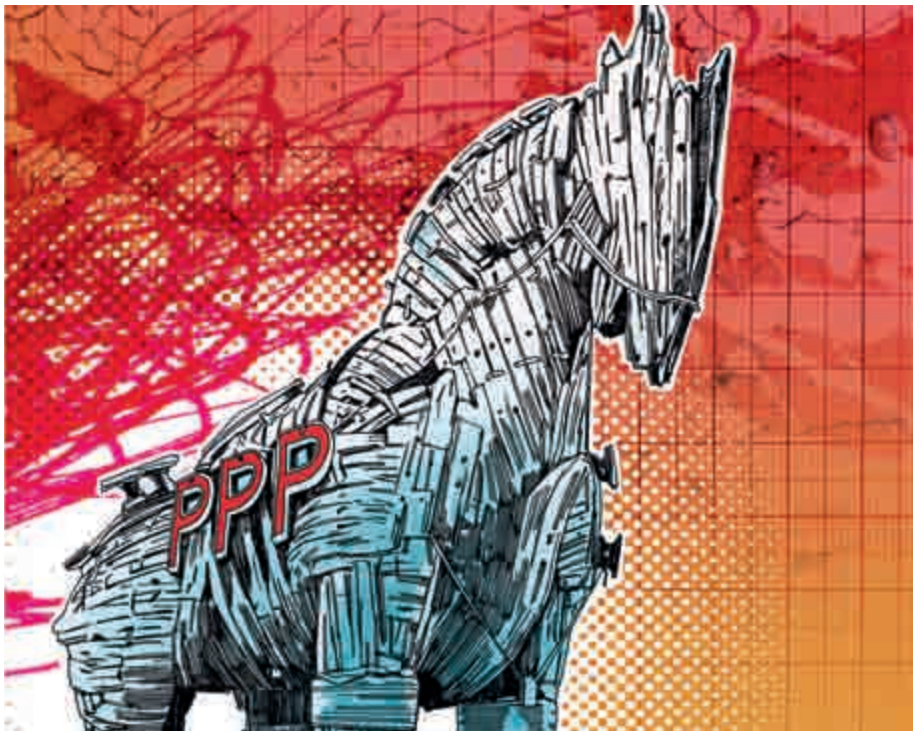
Zu diesen besonders plakativen Fällen kommen eine Reihe von parlamentarischen Untersuchungen und Rechnungshofberichten, die nahelegen, dass PPPs in der Regel mehr Probleme verursachen, als sie zu lösen vorgeben. In England, dem Land der PPPs mit der längsten Erfahrung, kommt der Haushaltsausschuss des britischen Unterhauses 2011 zu folgenden wesentlichen Ergebnissen: (1) Mit PPP-Projekten wird die Schuldenbremse umgangen, (2) die Projekte sind wenig wirtschaftlich, (3) die Berechnungen sind geschönt. Auch die deutschen Rechnungshöfe kommen im selben Jahr in einer gemeinsamen Bewertung bisheriger PPP-Projekte zum Schluss, dass die Effizienzvorteile von PPPs im Trend überschätzt werden und die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen tendenziös und die PPP-Varianten daher schöngerechnet sind.

Der französische Rechnungshof hat sich in den vergangenen Jahren auch immer wieder kritisch geäußert, unter anderem zu PPPs im Bereich Gefängnisse (2011) und Spitäler (2014). Zuletzt nahm er die von den französischen Kommunen eingegangen PPPs in den Blick. Diese machen rund zwei Drittel aller unterzeichneten PPP-Verträge in Frankreich aus. Auch hier werden die systematische Bevorzugung von PPPs bei der Bewertung sowie die finanziellen Risiken für die Kommunen hervorgehoben. In diesem Zusammenhang hatte eine 18-monatige Untersuchungskommission des französischen Senats im Jahr 2014 PPPs relativ unverblümt als budgetäre Zeitbomben bezeichnet.

„The only game in town" in Zeiten wirtschaftspolitischer Selbstfesselung?

Stutzig macht, dass PPPs trotz der zunehmenden Kritik wieder verstärkt auf der politischen Agenda stehen. In Europa sollen mit dem Juncker-Plan (offiziell EFSI – Europäischer Fonds für strategische Investitionen) „zusätzliche" private Mittel für Investitionen generiert werden, nicht zuletzt über die PPP-Schiene. In Deutschland lässt CSU-Verkehrsminister Dobrindt zehn neue Autobahn-PPPs im Gesamtwert von rund 14 Milliarden Euro lancieren, obwohl der Bundesrechnungshof nach Prüfung der bisher realisierten Autobahn-PPPs festhält,

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 43

„dass die bisherigen ÖPP-Projekte unwirtschaftlich sind“. Der sozialdemokratische Vizekanzler Sigmar Gabriel wandelt auf den Spuren von Gerhard „Genosse der Bosse“ Schröder und bereitet den Einstieg von Finanzinvestoren in die deutsche Infrastruktur vor, einschließlich Straßen, Schulen und Kindergärten. In Österreich lässt die Stadt Wien in Zukunft Schulprojekte als PPPs errichten, anstatt wie bisher in bewährter – und billigerer – konventioneller Ausführung. Und in Salzburg wird der Bau des ohnehin umstrittenen Gitzentunnels als PPP ins Auge gefasst. Es geht um geschätzte Gesamtkosten von 220 Millionen Euro, die das Land über 25 Jahre an die Investoren zurückzahlen soll.

Ein zentraler Treiber hinter dieser unerwarteten Renaissance ist die Möglichkeit, die Budgetrestriktionen in Zeiten wirtschaftspolitischer Selbstfesselung (Stichwort europäische und nationale Fiskalregeln) zu umgehen. Der Bevölkerung kann man so offiziell die sogenannte „gute Haushaltsführung“ und die „schwarze Null“ vorgaukeln. Gleichzeitig verschweigt man aber, dass ein Schattenhaushalt entsteht, der nicht nur intransparent, sondern häufig auch ineffizient ist und ein makroökonomisches Stabilitätsrisiko darstellt. Diese zentrale Kritik teilen auch sonst fiskal-konservative Institutionen wie der IWF oder die EU-Kommission. Immer wieder brandmarken sie PPPs als potenzielle Versuchung einer „unvorsichtigen“ Politik, die mit Steuergeld prasse. Portugal stellt ein warnendes Beispiel dar. Die jährlichen Zahlungen für die zwei größten PPP-Straßenprojekte beliefen sich auf rund 800 Millionen Euro, während das gesamt nationale Transportbudget lediglich 700 Millionen Euro ausmachte.

Gleichzeitig fördern aber dieselben Institutionen im Verbund mit anderen internationalen Organisationen massiv die Einbindung privater Unternehmen mittels PPP, und zwar sowohl ideologisch als auch finanziell. Dies geschieht vor allem auf internationaler Ebene durch die Weltbank und den IWF sowie regionale Entwicklungsbanken (z.B. EIB, EBRD). Darüber hinaus wird auf zwischenstaatlicher Ebene im Rahmen der G20/G8 und der OECD an der Verbreitung von PPPs gearbeitet. Auch auf nationalstaatlicher Ebene sind es neben öffentlicher Subventionierung vor allem eigens geschaffene PPP-Einheiten, die innerhalb des öffentlichen Sektors PPP vorantreiben sollen.

Der Interessenkonflikt zwischen unabhängiger Beratung und Prüfung aller Optionen einerseits und dem Fördern einer bestimmten Option andererseits ist offensichtlich, wird aber auf politischer Ebene bisher ignoriert. So hatte etwa der französische Rechnungshof bereits mehrfach empfohlen, die entsprechende französische Stelle (MAPPP) auf eine unabhängige Beratungsstelle zu reduzieren. Bisher ergebnislos. In Deutschland hat sich die ÖPP Deutschland AG als scheinbar unabhängige Instanz etabliert, an die sich hilfesuchende Kommunen und Bundesländer wenden können, wenn sie Infrastruktur finanzieren wollen. Scheinbar unabhängig, denn neben dem deutschen Staat sind ausgerechnet jene Unternehmen, die bisher am PPP-Markt verdienen, als Eigentümer mit an Bord. Diese Policy-Netzwerke sind ein zweiter wesentlicher Treiber hinter der unerwarteten Rückkehr von PPPs.

Die Interessen von BBB treiben PPP

Integraler Bestandteile dieser Netzwerke sind drei Akteursgruppen, die knapp mit dem Kürzel BBB umschrieben sind: Berater, Baukonzerne, Banken. Sie alle haben ein großes Interesse an jener Selbstentmachtung, die die öffentliche Hand mit PPP betreibt. Externe Beratung nimmt an mehreren Punkten eine Schlüsselrolle ein: Wirtschaftsprüfer stellen Wirtschaftlichkeitsvergleich für unterschiedliche Variante der Projektrealisierungen an, nehmen die Bewertung der eingereichten PPP-Anbote vor und arbeiten an „steueroptimierten“ Projektmodellen. Die globale Beraterindustrie ist zu einem mächtigen Akteur geworden, allein „die großen Vier“, das Beratungsunternehmen Deloitte, Ernst & Young (EY), KPMG und PricewaterhouseCoopers (PwC), beschäftigten im Jahr 2016 knapp 890.000 Menschen und machten einen Umsatz von rund 128 Milliarden US-Dollar.

Einer der offensichtlichsten Interessenkonflikte liegt darin, dass diese Beratungsfirmen zwar einerseits eine ausgewogene, objektive Bewertung aller Varianten versprechen, andererseits aber gleichzeitig dazu angehalten sind, den „deal flow“ für ihre Kernumsätze anzukurbeln. Dieser „deal flow“ stimmt nur, wenn die PPP-Variante gewählt wird. Ebenfalls zentrale Player sind große Anwaltskanzleien, die für die Gestaltung der – üblicherweise geheim gehaltenen – Vertragswerke verantwortlich sind und dafür entsprechende Summen lukrieren. Bei großen PPP-Projekten sind diese Vertragswerke mehrere zehntausend Seiten lang. Beim oben angeführten Schul-PPP in Offenbach umfasste das Vertragswerk 97 Basisverträge mit 113 Anlagen.

Den Gipfel erreichen Public Private Partnerships, wenn die Privaten ihre Gewinne in Steueroasen verfrachten und ihre öffentlichen Partner um die Steuern prellen

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fördert PPPs mit dem „Juncker-Plan“

Deutscher Verkehrsminister Alexander Dobrindt: Zehn Autobahnprojekte als PPP geplant

Zur zweiten Gruppe zählen die großen nationalen Baukonzerne (z.B. Hochtief, Billfinger Berger in Deutschland, Bouygues, Vinci und Eiffage in Frankreich, BAM in den Niederlanden). Für sie stellt der PPP-Markt ein lukratives Geschäftsfeld dar, auf dem der Wettbewerb relativ gering ist. Aufgrund der Komplexität von PPPs ist die klein- und mittelständische Bauwirtschaft von vornherein weitgehend von der direkten Beteiligung ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund ist etwa die klar ablehnende Position der Bundesvereinigung Mittelständische Bauwirtschaft gegenüber PPPs in Deutschland zu verstehen.

Banken sind die dritte Gruppe, die sich nicht zuletzt an der „innovativen“ Gestaltung der Infrastrukturfinanzierung über diverse Fonds ihrer Tochtergesellschaften beteiligen. Für sie und zunehmend auch andere Finanzinvestoren bieten PPPs eine Möglichkeit, ihren „Anlagennotstand“ zu lindern, indem sie renditesuchendes Überschusskapital unterbringen können. Darüber hinaus können sie über die Beteiligung an der Infrastrukturfinanzierung eine Reihe neuer Finanzprodukte entwickeln. So werden aus Schulen und Krankenhäusern handelbare Wertpapiere. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht hat Dexter Whitfield einen dieser Mechanismen, den stark wachsenden Offshore-PPP-Sekundärmarkt für Infrastrukturfonds beleuchtet. Anders, als man vermuten würde, sind die ursprünglichen privaten Eigentümer der Projektgesellschaft – die als Träger von PPPs fungiert – häufig gar nicht mehr die tatsächlichen Eigentümer. Vielmehr hat sich ein reger Sekundärmarkt entwickelt, an dem die Kapitalbeteiligungen der Ursprungsgesellschaft gehandelt werden. Zentrale Käufer sind Infrastrukturfonds, die zunehmend in – erraten – Steueroasen angesiedelt sind, und die von reichen Individuen gehalten werden. Die fünf größten dieser Offshore-PPP-Infrastrukturfonds haben in der Periode 2011 bis 2015 demnach einen Gewinn von rund 2,1 Milliarden Euro gemacht und dafür exakt *null* Euro Steuer gezahlt.

Zugespitzt kann man also resümieren, dass PPPs nicht nur häufig ein Stabilitätsrisiko für die öffentlichen Haushalte sind und sich weitgehend der öffentlichen Kontrolle entziehen. Sie sind auch ein Umverteilungsprogramm – und zwar von unten nach oben. Anstatt Regulierungen zu entwickeln und Förderprogramme aufzulegen, die an der finanzgetriebenen Kommodifizierung von Infrastruktur arbeiten, wäre es geboten, diesen Bereich von den Boom-Bust-Zyklen der Finanzmärkte zu isolieren. Die zweifellos notwendigen Investitionen in die Ökonomie des Alltäglichen – Kindergärten, Schulen, Spitäler, Bahn, Wohnungen – können in der Regel günstiger und mit weniger Risiko durch bewährte Finanzierung des öffentlichen Sektors bewerkstelligt werden. Dazu müsste man aber die gegenwärtige Gestaltung der Fiskalregeln ändern, denn sie wirken in ihrer jetzigen Form wie ein Förderprogramm für PPP. F

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN FOTOS: APA/AFP/JOHN, APA/AFP/DPA

III. Köpfe

Den Staat haben schon zigtausende Köpfe bedacht. Wir haben uns für einige wenige entschieden, die ein Licht auf das Thema dieses Heftes werfen. Wer hätte das Verhältnis zwischen Staat und Privat mehr verändert als Franklin Delano Roosevelt? Sein New Deal verhinderte, dass der Faschismus die einzige Antwort auf die große Krise blieb. Mariana Mazzucato wiederum stellt die Errungenschaften der modernen privaten Elite schlechthin, jener von Silcon Valley, in ein neues Licht. Deren Erfolge fußen auf staatlichen Investitionen. John Locke schuf mit seiner Rechtfertigung des Eigentums die Grundlage der amerikanischen Verfassung; Rosa Luxemburg wiederum hatte nicht das Wort dafür, aber sie beschrieb das Prinzip, nach dem private Ökonomie funktioniert: Landnahme.

SEITE 46–63

Was der New Deal war un

Die Eliten verstehen die Krise nicht. Sie sind gefangen in einem „falschen Ganzen“ aus Wirtschaftstheorie, dem Einfluss von Ökonomen in Medien und Politik, Think-Tanks und Regelwerken der EU

WECKRUF: STEPHAN SCHULMEISTER

Vergleicht man die momentane Lage in Europa mit jener Anfang der 1970er-Jahre, so zeigt sich eine unfassbare Verschlechterung der Lebensbedingungen für Millionen Menschen – unfassbar deshalb, weil Produktion und Einkommen seither auf das Zweieinhalbfache gestiegen sind. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Armut und Vereinzelung nähren die Gefühle von Ohnmacht, Verbitterung, Angst und Wut.

Die Rechtspopulisten nützen und verstärken diese Gefühle, lenken sie gegen Sündenböcke von oben („die“ EU, „die“ Globalisierung etc.) und von unten („die“ Muslime, „die“ Flüchtlinge) und versprechen Orientierung und soziale Wärme in der nationalen Volksgemeinschaft. Die Eliten sehen in den rechten Verführern die Hauptursache der Desintegration Europas. Deren Aufstieg ist aber nur Symptom einer Systemkrise, die von den Eliten selbst verursacht wurde.

Denn der Weg in die große Krise begann schon vor 45 Jahren durch Umsetzung der neoliberalen Empfehlungen: Aufgabe fester Wechselkurse und Ölpreisschocks, Hochzinspolitik und Schuldenkrise der Entwicklungsländer, boomende Finanzspekulation und manisch-depressive Abfolgen von „Bullen- und Bärenmärkten“ bei Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Aktienkursen und Zinssätzen, Verlagerung des Profitstrebens von der Real- zur Finanzwirtschaft, Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung.

Die Finanzkrise 2008 war eine Frucht der finanzkapitalistischen Spielanordnung. Drei gleichzeitige „Bärenmärkte“ bei Immobilien, Aktien und Rohstoffen verursachten die größte Vermögensentwertung seit den 1930er-Jahren, der Wirtschaftseinbruch ließ Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung sprunghaft ansteigen, die „Therapien“ durch Kürzung von Löhnen, Arbeitslosengeld und sonstigen Sozialausgaben verschlimmerten die „Krankheit“.

Den systemischen Charakter der Krise können die Eliten nicht wahrnehmen. Innerhalb eines Denksystems kann man das Denksystem selbst nicht als Krisenursache erkennen. Dieses fordert die „Unterwerfung unter die anonymen Kräften des Markts“ (Friedrich August Hayek). Die Paradoxie des Neoliberalismus – Freiheit durch Unterwerfung – macht ihn als das größte Projekt der Gegenaufklärung kenntlich.

Die wachsenden Probleme erhöhen den Druck, einen grundsätzlichen Kurswechsel in Erwägung zu ziehen, doch die neoliberale Gegenaufklärung und die zugehörige Selbstentmündigung der Politik lassen den dafür nötigen Mut erst gar nicht entstehen.

Die Eliten sind gefangen im „falschen Ganzen“, dessen Komponenten – Wirtschaftstheorie, Einfluss der Ökonomen in Medien und Politik, Think-Tanks, Regelwerke der EU – einander gegenseitig stützen. Was nützt es dagegen, an Kants Satz zu erinnern: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Zum Bild:

Franklin Delano Roosevelt hatte die Presse gegen sich. Die meisten Pressezaren bekämpften ihn als Klassenverräter. Fernsehen gab es noch nicht, also wandte sich FDR mittels Radio an die Bevölkerung, in Reden und seinen berühmten „fireside chats“. Auf Youtube kann man sie nachhören, auf der FRD-Library-Website nachlesen (http://docs.fdrlibrary.marist.edu/)

Depression der 1930er-Jahre: New Deal versus Faschismus

Auch in den 1920er-Jahren hatte boomende Finanzspekulation das Potenzial für den Börsenkrach 1929 aufgebaut. Danach führten Sparpolitik, Lohnkürzungen, „Aussteuerung“ der Arbeitslosen und Bankenkrisen die Gesellschaft immer tiefer in eine Katastrophe, insbesondere in den USA und in Deutschland.

In den USA gelang Präsident Franklin Delano Roosevelt (meist FDR genannt) der Ausbruch aus dem „falschen Ganzen“ durch einen radikalen, aber evolutionären Kurswechsel. Eine theoretische Erklärung der Depression hatte er nicht zur Verfügung (sie wurde von Keynes erst 1936 „nachgereicht“). Seinen New Deal entwickelte er durch Abkehr von den Empfehlungen der – damals wie heute dominanten – marktgläubigen Ökonomen und durch eigenständiges Denken, das von den Problemen der Menschen ausging und nicht von einer Theorie.

Das erste Ziel des New Deal bestand in der Bekämpfung von Hoffnungslosigkeit und Angst („the only thing we have to fear is fear itself“ – dieses und die nachfolgenden Zitate stammen aus Roosevelts In-

d was er jetzt sein könnte

FOTO: WIKIMEDIA COMMONS

augurationsrede vom 4. März 1933). Das zweite Ziel war die strikte Regulierung des Finanzsektors („... there will be an end to speculation with other people's money"). Das dritte Ziel bestand in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit („our greatest primary task is to put people to work"). Durch Beschäftigungs- und Investitionsprogramme fanden Millionen – überwiegend junge – Arbeitslose einen Job. Als viertes Ziel wurden die „labor relations" zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften verbessert sowie „faire" Arbeitsbedingungen geschaffen. Das fünfte Ziel war die Stärkung der sozialen Sicherheit, insbesondere durch Einführung einer Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.

Das Fundament des New Deal bildete die Überzeugung: Politik ist keiner „unsichtbaren Hand" des Markts unterworfen, sondern kann die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen mitgestalten („this Nation asks for action, and action now"). Diese aufklärerische und emanzipatorische Haltung ermöglichte es Roosevelt, eigenständig über die Bekämpfung der bedrückendsten Probleme nachzudenken – konkret, anteilnehmend und eingreifend.

Zur gleichen Zeit nützte Hitler die Depression für einen revolutionären Totalangriff auf das „verrottete System" und versprach die Durchsetzung einer „neuen Ordnung". Sie beinhaltete Führerprinzip statt Parlamentarismus, soziale Wärme in der „Volksgemeinschaft" statt Klassen- und Verteilungskämpfe, Beschäftigung aller Glieder des „Volkskörpers" statt Massenarbeitslosigkeit, „schaffendes" (Real-)Kapital statt „raffendes" (Finanz-)Kapital, Stärkung der deutschen Rasse und Kultur statt Vermischung mit dem „Artfremden" sowie kämpferischen Nationalismus statt pazifistischen Internationalismus.

Gefördert wurde Hitlers Aufstieg durch die Zerstrittenheit der rechten und linken Traditionsparteien, insbesondere in der Frage, wie man der faschistischen Herausforderung begegnen solle. Immer mehr Vertreter der Eliten setzten auf Anpassung, verharmlosten Hitler und unterstützten ihn schließlich offen.

Die Maßnahmen des New Deal und ihre Resultate

Zur Überwindung der sozial-psychologischen Depression erklärte Roosevelt der Bevölkerung seine Diagnose der Hauptprobleme und die nächsten Schritte zu ihrer Überwindung. Der wichtigste „Kanal" dafür waren seine legendären Radioansprachen („fireside chats"), denen bis zu 70 Millionen Menschen lauschten. FDR sprach sie immer direkt an als „My friends" oder „My fellow Americans". Auf Youtube kann man nachhören, mit welch einfacher, aber nie anbiedernd-volkstümelnder Sprache der Harvard-Absolvent, ein Abkömmling der New Yorker Geldaristokratie und daher Multimillionär, auch über komplizierte Probleme aufklärte.

Das Medium Radio war auch deshalb so wichtig für FDR, weil die meisten Besitzer der Printmedien ihn als „Klassenverräter" bekämpften. Mit seinen „fireside chats" konnte er die Bevölkerung direkt in seine Pläne einweihen. Seine erste Ansprache im März 1933 begann er mit den Worten „I want to talk for a few minutes with the people of the United States about banking".

Die ersten Maßnahmen schränkten den Handlungsspielraum der „unscrupulous money makers" (FDR) der „Wall Street" drastisch ein, insbesondere durch eine Trennung in das spekulative „investment banking" und das „normale" Kundengeschäft. Gleichzeitig wurde eine Einlagensicherung geschaffen. Zusätzlich wurde der Börsenhandel reguliert und die Goldbindung des Dollars aufgehoben. Die damit verbundene Abwertung kam der Realwirtschaft der USA zugute.

FDR wusste: Sein New Deal muss rasch zeigen, dass er die bedrückendsten Probleme mildern kann. Erst dann werden sich die Menschen von ihrem Gefühl der Ohnmacht gegenüber „den Märkten" befreien und ihre Zukunft als politisch gestaltbar erleben. Das wollte FDR am Beispiel der Jugendarbeitslosigkeit belegen.

Fortsetzung nächste Seite

F.D. Roosevelt zur gegenwärtigen Krise (aus diversen Reden)

Anteilnahme, Moral und Politik:

»

... justice weighs the sins of the cold-blooded and the sins of the warm-hearted in different scales. Better the occasional faults of a Government that lives in the spirit of charity than the consistent omissions of a Government frozen in the ice of its own indifference

Gesellschaftliche Erholung als ganzheitlicher Prozess:

»

That is why the recovery we seek (...) is more than economic. In it are included justice and love and humility, not for ourselves as individuals alone, but for our Nation

Soziale Verantwortung von Politik:

»

The test of our progress is not whether we add more to the abundance of those who have much; it is whether we provide enough for those who have too little

Ungleichheit als Bedrohung der Demokratie:

»

For too many of us the political equality was meaningless in the face of economic inequality. A small group had concentrated into their own hands an almost complete control over other people's property, other people's money, other people's labor – other people's lives

Notwendigkeit eines umfassenden, auch positiven Freiheitsbegriffs statt des negativen Konzepts der Neoliberalen (Freiheit von – staatlichem – Zwang):

»

Liberty requires opportunity to make a living – a living which gives man not only enough to live by, but something to live for

Dieser Freiheitsbegriff schließt ökonomische und soziale Sicherheit mit ein:

»

True individual freedom cannot exist without economic security and independence. People who are hungry and out of a job are the stuff of which dictatorships are made

Quellen: Zitate 1, 4, 5 Convention der Demokratischen Partei (27/06/1936)
Zitat 2 (Madison Garden, 31/10/1936)
Zitat 3 (2. Inaugurationsrede, 20/01/1937
Zitat 6: State of the Union, 11/01/1944

New-Deal-Maßnahme: Junge Arbeitslose im Einsatz in Civilian Conservation Camps (1933)

Fortsetzung von Seite 47

Das Civilian Conservation Corps (CCC) organisierte ab dem Frühjahr 1933 als Sofortmaßnahme „camps", in denen junge Arbeitslose zwischen 18 und 25 Jahren arbeiteten, etwa beim Bau von (Forst-) Straßen, Brücken und Dämmen, im Katastropheneinsatz etc.

Die Bezahlung war gering, der Großteil ging überdies an die zumeist arbeitslosen Eltern. Dennoch trug das CCC-Programm wesentlich zur Überwindung der pessimistischen Grundstimmung bei. Denn innerhalb weniger Monate konnten etwa 500.000 junge Menschen wieder Hoffnung schöpfen.

Der „National Industrial Recovery Act" (NIRA) vom Juni 1933 räumte den Arbeitnehmern das Recht auf Gewerkschaften und kollektive Lohnbildung ein. Mit dem Gesetz wurde auch die Public Works Administration gegründet, welche öffentliche Investitionen koordinierte und finanzierte. Das berühmteste Beispiel war die Regulierung und energetische Nutzung des Tennessee River. Dazu kamen tausende größere und kleinere Projekte, vom Flughafen La Guardia oder der Lincoln Bridge bis zum Bau von Straßen und Schulen.

Um den Verfall der Agrarpreise zu stoppen, führte FDR Beihilfen zur Produktionseinschränkung ein. Weiters erleichterte er verschuldeten Haushalten die Umschuldung auf längerfristige und zinsgünstigere Kredite. Das Ziel war, nicht die Banken, sondern deren Schuldner direkt zu stützen (2009 machte die US-Politik genau das Gegenteil).

Für FDR lag der Schlüssel zur Prosperität in der Dynamik der Realinvestitionen („if the country is to flourish capital must be invested in enterprise"). Dazu brauchte es neben den Beschränkungen der Finanzspekulation eine bessere Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Dies war das Ziel des „National Labor Relations Act" (1935).

Im gleichen Jahr führte der „Social Security Act" (1935) eine allgemeine Arbeitslosen- und Pensionsversicherung ein und setzte zusätzliche Maßnahmen für sozial Schwache wie etwa die Witwen der Opfer von Arbeitsunfällen.

FDR bekämpfte die Ungleichheit nicht nur durch staatliche (Sozial-) Ausgaben, sondern auch durch seine Steuerpolitik: Mit dem „Wealth Tax Act" von 1935 wurden die Steuersätze der Bestverdienenden markant erhöht.

Zwischen 1933 und 1937 nahm das reale BIP der USA um 43 Prozent zu. Bei weitem am stärksten, nämlich um 140 Prozent, expandierte die private Investitionsnachfrage, die Staatsnachfrage wuchs real lediglich um 28 Prozent. Die Arbeitslosenquote von 25 Prozent (1933) konnte fast halbiert werden. Der Anteil der (nominellen) Ausgaben und Einnahmen des Staates am BIP blieb ebenso konstant wie jener des Budgetdefizits und der öffentlichen Schulden.

FDR hat somit kein „deficit spending" praktiziert, das die Nachfolger von Keynes – irrtümlich – für dessen Hauptbotschaft hielten. Er hat jedoch zwei Einsichten von Keynes berücksichtigt, welche die meisten Ökonomen bis heute ignorieren: die Bedeutung von Unsicherheit, Emotionen und Marktstimmungen sowie die Notwendigkeit, Finanzspekulation radikal einzuschränken.

Die Lehren für Europa: Wie ein moderner New Deal heute aussähe

Europa plagen heute die gleichen Probleme, die FDR mit seinem New Deal bekämpfte: die hohe Arbeitslosigkeit, die Deklassierung von immer mehr Menschen, der Aufstieg rechter Verführer. Solche gab es damals auch in den USA, etwa den populären Atlantiküberflieger Charles Lindbergh, ein Antisemit und Hitler-Bewunderer. Auch heute kennen wir zunehmende Ungleichheit, die Dominanz einer (neo-) liberalen Weltanschauung und damit der Finanzmärkte.

Ein moderner New Deal für Europa, der von den bedrückendsten Problemen ausgeht, könnte einen Weg aus der Krise entstehen lassen, indem man wichtige Projekte schrittweise umsetzt, aus den Ergebnissen lernt und sie verbessert („piecemeal social engineering" nannte das einst Karl Popper). Dazu nur einige Beispiele, sehr grob skizziert:

Übergang vom Fließhandel in Mikrosekunden zu elektronischen Auktionen zu bestimmten Zeitpunkten auf den Aktien-, Devisen-, Anleihe- und Rohstoff-(Derivat-) Märkten. Damit würde den Spekulationssystemen der „Finanzalchemisten" die Datenbasis entzogen. Für die anderen Akteure reicht es, wenn sie alle zwei oder drei Stunden handeln können.

Gründung eines „Europäischen Währungsfonds", der die Finanzierung der Eurostaaten übernimmt (nach klaren Regeln). Die Zinsbildung für unsere Gemeinwesen würde den Märkten entzogen, Spekulation auf Staatsbankrotte wären nicht mehr möglich.

Übergang zu festen Wechselkursen zwischen den vier wichtigsten Währungen, Dollar, Euro, Renminbi und Yen („technisch" überhaupt kein Problem).

Festlegung eines langfristigen Preispfads für fossile Energieträger in der EU (die Differenz zum Weltmarktpreis wird durch eine flexible Umweltsteuer abgeschöpft). Denn die Schwankungen des Erdölpreises machen Investitionen in die Energieeffizienz unkalkulierbar, der Klimawandel muss aber auch durch Preisanreize bekämpft werden.

EU-weite Investitionsprojekte zur Umweltverbesserung, von thermischer Gebäudesanierung bis zu einem transeuropäischen Netz von Hochgeschwindigkeitszügen.

Investitionen in das Bildungssystem zur Verringerung der Ungleichheit in den Entfaltungschancen der Jungen.

Stärkung des sozialen und europäischen Zusammenhalts

Vorrausetzung für ein „New-Deal-Denken" wäre der „Ausgang der Eliten aus ihrer selbstverschuldeten Marktreligiosität". Dafür wird es noch einen massiven Krisenschub brauchen, im schlimmsten Fall verbunden mit einer Machtübernahme rechtspopulistischer Parteien in einigen EU-Ländern.

Denn die Krise hat sich schleichend entwickelt, gestreckt über einen Zeitraum von 45 Jahren. Dies ließ ihre Vertiefung als „Sachzwang" erscheinen. Genau das hatten die Neoliberalen ja immer behauptet („there is no alternative"). So konnten sie die durch ihre eigenen Empfehlungen verursachten Probleme als Bestätigung verwerten und eine Verschärfung der Therapien einfordern.

Gleichzeitig war und ist die soziale Lage der Menschen ungleich besser als in den 1930er-Jahren, von Griechenland abgesehen. Statt aufzubegehren, passen sich die Einzelnen an, und langsam schrumpften die Ansprüche an ein gutes Leben. Heute sind Junge oft schon glücklich, wenn sie nach langer Ausbildung einen prekären Job ergattern.

Dazu kommt: Noch nie in der Geschichte hat eine ökonomische Doktrin so lange und umfassend dominiert wie der Neoliberalismus. Mehr als eine Generation von Ökonomen wurden in dieser Lehre ausgebildet. Heute sitzen sie an allen Schaltstellen der Macht, in den Medien und reproduzieren sich auf den Universitäten.

In diesen drei Punkten unterscheidet sich die gegenwärtige Krise markant von jener der 1930er-Jahre.

Die größte Chance auf eine Gegen-Gegenaufklärung und damit auf eine Selbst-Ermächtigung der Politik zu anteilnehmendem Handeln liegt im Aufstieg der Rechtspopulisten. Die Angst vor dem Machtverlust könnte Teile der Eliten zur Besinnung bringen, also zu konkretem und anteilnehmendem Denken und Handeln.

Vielleicht könnte ihnen auch der Wunsch nach einer guten Nachrede helfen, den Lernwiderstand zu überwinden: FDR starb am 12. April 1945 in Warm Springs (Georgia), einem Thermalkurort, wo er seit 25 Jahren Heilung bzw. Linderung seiner Beinlähmung suchte. Sein Leichnam wurde mit dem Zug nach Washington gebracht. Auf beiden Seiten des Gleises bildeten sich in jedem Ort Menschenketten. Bis nach Washington waren es 1100 Kilometer. F

FOTO: NARA

Es gibt ihn, den guten Staat

Der Staat ist träge, innovativ sind die Unternehmen? Mariana Mazzucato macht Schluss mit diesem Märchen

TEXT: ROBERT MISIK

Was kann der Staat? Darüber gehen die Meinungen auseinander, aber sehr häufig sind die Deutungen nur verschiedene Varianten von: nicht viel. Das gilt natürlich zunächst und primär für Wirtschaftsfragen. Da ist der wirtschaftsliberale Mainstream der Meinung, dass der Staat ohnehin nur Schaden anrichtet und die Innovationskraft des freien Unternehmertums hemmt, während die – nennen wir sie jetzt einmal – „keynesianische Mitte" einwenden würde, dass der Staat zwar gewiss dazu tendiert, ein bürokratisches Monstrum zu sein, man aber seine Regulierungen zwecks Vermeidung von Katastrophen benötigt und man ihn im Notfall braucht, um kollabierende Banken zu retten oder eine abschmierende Konjunktur anzukurbeln. Außerdem kann er sich mit Anreizen nützlich machen, um das Handeln der Wirtschaftsakteure zu beeinflussen. Aber selber handeln – das sollte er natürlich eher nicht. Denn Wirtschaft – das könne „die Wirtschaft", vulgo Unternehmen, besser.

Geht es zudem um das weitere Feld des Gesellschaftlichen, dann wird der Staat ohnehin gerne als bloßes gängelndes, bevormundendes Institutionenwerk gesehen, gegen das sich Freiheit und der Eigensinn des Einzelnen behaupten müssen – und nur sehr selten als Quelle und Garant der Freiheit.

Diese vorherrschenden Deutungen sind von hübschen Geschichten illustriert: von den märchenhaften Storys kleiner Start-ups, die in Garagen innovative Ideen ausbrüten und mit diesen Erfindungen die Welt verändern – gänzlich am Staat vorbei, der sie im besten Fall dabei nicht stört, ihnen im schlimmsten Fall Steine in den Weg legt.

Mariana Mazzucato zeigt, dass Innovation stets mit Staatsausgaben verbunden ist

Wie die Dinge wirklich liegen, beschreibt die in Großbritannien forschende Ökonomin Mariana Mazzucato in ihrem Buch „Das Kapital des Staates". Sie gilt schon als der „neue Star in der ökonomischen Debatte" *(Manager-Magazin)*. Der deutsche Titel ihres Buches ist etwas verblasen, im Original heißt es: „The Entrepreneurial State" (Der unternehmerische Staat). Unternehmen werden heute mit Attributen wie „wettbewerbsfähig" und „innovativ" belegt, der Staat gilt als „träge" oder „schwerfällig", doch mit Geschichte und Gegenwart von Innovation hat all das nichts zu tun, schreibt sie.

Die ganze Geschichte der großen Innovationen, von der Eisenbahn-Revolution bis zur Energiegewinnung, von der Atomenergie bis zur massiven Ausbeutung der Wasserkraft, zeigt nachdrücklich: Die massive Mobilisierung von Ressourcen, ganz zu schweigen von der vorangehenden Grundlagenforschung, wurde vom Staat geleistet, und in diesem innovativen Gärhaus ist die profitable Anwendung durch Privatfirmen am Ende nur mehr die Bubble obendrauf.

Und das gilt erst recht für die großen Innovationen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart wie Computertechnologie, Internet, Pharmarevolution, Nanotechnologie, Raumfahrt. Das hat auch einen systemischen Grund, so Mazzucato: Große technologische Revolutionen verschlingen zunächst einmal ungeheuer viel Kapital; ob daraus aber irgendwann einmal Renditen entspringen, ist dagegen meist unklar. Für private Investoren ist das viel zu riskant, ein solches Großrisiko kann nur der Staat tragen. Nicht der Staat ist träge und die Unternehmen unternehmerisch, das Gegenteil ist der Fall: Die Unternehmen sind viel zu vorsichtig, solche Risiken übernimmt nur der Staat, der viel „tollkühner" ist als Unternehmen, die meist schon die Rendite im nächsten Quartal im Auge haben: „Selbst in Boomphasen gibt es viele risikobehaftete Bereiche, vor denen Privatunternehmen zurückscheuen, in denen jedoch der Staat als Pionier vorangeht."

Mazzucatos nachdrückliche Botschaft: Vergesst die Start-ups! Ihre Rolle wird systematisch übertrieben!

Niemand hat die Fabel vom trägen Staat und den schlauen Unternehmen so zerpflückt wie die Ökonomin Mariana Mazzucato, die Lieblingswissenschaftlerin von Christian Kern

Exemplarisch für all das ist die Firma Apple, der sich Mazzucato detailliert widmet, nicht weil sie Apple nicht mögen würde, sondern weil die Firma als Paradefall des innovativen Genies freien Unternehmertums gilt. Dabei ist eher das exakte Gegenteil der Fall. „Tatsächlich steckt im iPhone nicht eine einzige Technologie, die nicht staatlich finanziert wurde." Die Computertechnologie wurde in Labors gemeinsamer staatlicher und privater Forschungen in den 1960er- und 70er-Jahren entwickelt. Mikroprozessoren, Halbleitertechnik, alles beruht auf staatlicher Grundlagenforschung und staatlich orchestrierter Innovation. Das Internet entsprang ohnehin, wie jeder weiß, einem Megaprojekt des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Der Touchscreen wurde wesentlich in britischen Labors entwickelt, die sich verteidigungsrelevanten Technologien widmeten. GPS-Satellitentechnologie usw., die Liste ließe sich fortsetzen. Die private unternehmerische Leistung liegt allenfalls in der finalen Bastelei und im genialen Design.

Seitdem Christian Kern diese Geschichte an dem Tag, an dem er zum Kanzler bestellt wurde, im „ZiB 2"-Studio bei Armin Wolf erzählte, ist Mazzucato auch in Österreich mehr als nur Insidern bekannt – als die Ökonomin, von der der Kanzler seine Thesen hat. Im Herbst dann besuchte die Professorin den SPÖ-Chef im Kanzleramt, danach ging es in die WU zu Doppel-Lecture und Wirtschaftstalk ins vollgefüllte Audimax. Wie bei einem Popevent hatten die jungen Studierende von der „Gesellschaft für plurale Ökonomik" Armbänder mit der Aufschrift „Mazzukern" drucken lassen. „Das klingt ja wie Brangelina", lachte die Starökonomin.

Mazzucatos These ist, dass wir alle ein falsches Bild vom Staat und von Unternehmen im Kopf haben, das nichts als die Folge ideologischer Verblendung ist. Ein erfolgreicher, innovativer Kapitalismus brauchte immer einen starken, aktivistischen Staat, und das umso mehr, je komplexer die Aufgaben und die Gesellschaften waren. Nicht der Staat ist innovativ und auch nicht die Unternehmen, sondern eine Kombination von staatlichem und unternehmerischen Aktivismus. Und dafür braucht es eben gute Unternehmen und einen klug agierenden, finanziell gut ausgestatteten Staat.

Aber die staatsfeindliche Ideologie untergräbt diese Erfolgsbedingungen, denn damit all das gut funktioniert, muss es beispielsweise auch attraktiv sein, für den Staat zu arbeiten. Macht man den Staat chronisch schlecht (und trocknet man ihn finanziell aus), werden die besten Talente eher nicht in staatlichen Behörden arbeiten wollen, dann werden Innovationen, die die Zukunft prägen würden, eben nicht getätigt – dann wird der unfähige Staat gewissermaßen zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Absurd: Während die eigentlichen bahnbrechenden Innovationen in staatlichen Labors ausgebrütet werden, jazzt man täglich Start-ups medial hoch, die irgendwelche Apps programmieren, für die es keine besondere Genialität mehr braucht und die die Welt oft gar nicht benötigt.

Der moderne, komplexe Staat hat eine Vielzahl von Aufgaben, die gerade auch eine kapitalistische Marktwirtschaft braucht, um funktionstüchtig zu bleiben – das war schon die These des legendären Werkes „Die große Transformation" des vor exakt 50 Jahren verstorbenen Gesellschaftstheoretikers Karl Polanyi. Polanyi sprach von der „etablierten Gesellschaft", die mehr ist als bloß Markt oder Staat, ein komplexes Netzwerk, hinter das wir nicht mehr zurückkönnen, ob wir wollen oder nicht. Der Lonely Hero, der reine Selfmade-Man, wie ihn sich der Ultraliberalismus zusammenfantasiert, die sind heute einfach nicht mehr im Angebot. „Wenn man den Marktmechanismus als ausschließlichen Lenker des Schicksals der Menschen und ihrer natürlichen Umwelt (...) zuließe, dann würde dies zur Zerstörung der Gesellschaft führen", schrieb Polanyi, und weiter: „Paradoxerweise müssen nicht nur die Menschen und ihre natürlichen Ressourcen, sondern auch die Organisationsweise der kapitalistischen Produktion an sich vor den verheerenden Auswirkungen eines selbstregulierenden Marktes geschützt werden." Polanyi war so etwas wie der intellektuelle Wegbereiter eines Linksliberalismus, was auch ein Grund dafür sein dürfte, dass er heute relativ in Vergessenheit geraten ist. Er war den echten Linken zu prokapitalistisch und den Wirtschaftsliberalen zu links.

Polanyi war auch einer der Ersten, der einige Grundprinzipien des modernen Linksliberalismus durchbuchstabierte, der sowohl die Staatsgläubigkeit der Linken als auch die Staatsfeindlichkeit des Liberalismus hinter sich ließ: Da man in komplexen

Fortsetzung nächste Seite

FOTO: WIKIPEDIA

Fortsetzung von Seite 49

Gesellschaften einen aktivistischen Staat braucht, muss man die paternalistischen, bürokratischen und autoritären Versuchungen eines solchen Staates bekämpfen: Er sprach von einem „Recht auf Nonkonformismus“ und: „Jeder Schritt zur Integration der Gesellschaft sollte somit von einer Zunahme der Freiheit begleitet sein; Schritte in Richtung auf Planung sollten die Stärkung der Rechte des Einzelnen“ nach sich ziehen. „Die echte Antwort auf die drohende Bürokratie als Quelle des Machtmissbrauchs besteht darin, Bereiche unumschränkter Freiheit zu schaffen, die durch eiserne Regeln geschützt sind.“

Ökonomin und Philosophin Lisa Herzog: „Der ungezügelte Markt ist ein Feind der Freiheit“

Historiker Karl Polanyi: Bereiche der Freiheit sind durch eiserne Regeln vor Bürokratie zu schützen

Der Staat nicht als Antipode, sondern als Garant von Freiheit – insbesondere gegen Machtkonzentration, die aus wirtschaftlicher Macht resultiert, das wäre eine Sache eines modernen „Linksliberalismus 2.0“, der auf der Höhe der Zeit wäre, und der gerade da und dort durchbuchstabiert wird. Der „neue Liberalismus“ muss erkennen, schreibt etwa die Frankfurter Ökonomin und Philosophin Lisa Herzog, dass nicht nur staatlicher Zwang freiheitseinschränkend sein kann, sondern „auch der Mangel an Zugangsmöglichkeiten und Ressourcen, der im Kapitalismus weite Teile der Bevölkerung bedrohen kann (...) Für den neuen Liberalismus ist gerade der ungezügelte Markt ein Feind der Freiheit. Besonders ist er es, wenn er extreme Ungleichheiten erzeugt, die Machtverhältnisse und einseitige Abhängigkeiten zementieren (...) und wenn bestimmte Personengruppen durch Machtstrukturen besonders benachteiligt werden und es ihnen schwer gemacht wird, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.“ In modernen, komplexen Gesellschaften hängen wir alle voneinander ab, sodass die Vorstellung, das freie Individuum sei ein asoziales Atom, einfach absurd sei, schreibt Herzog in ihrem „Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus“ („Freiheit gehört nicht nur den Reichen“, C.H. Beck, 2013).

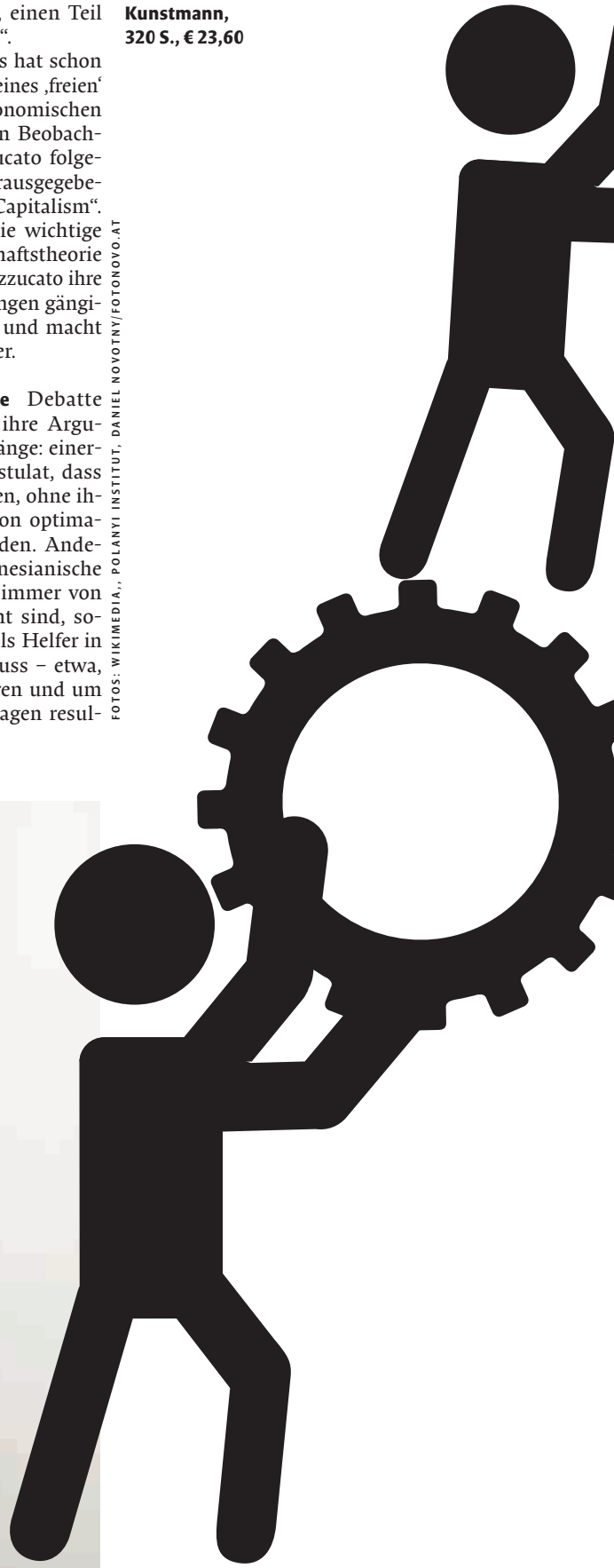
Das Verhältnis von Staat und großen Unternehmen sollte symbiotisch sein, wird aber zunehmend parasitär. Apple, aber auch große Pharmakonzerne und andere Technikriesen verwandeln Forschung und technologische Innovationen, die mit Steuergeld vorangetrieben wurden, in private Gewinne, erzählen denselben Steuerzahlern aber dann, „Innovation und Wirtschaftswachstum seien dem Genie Einzelner zu verdanken“ (Mazzucato) und organisieren ihre globale Produktion dann so, dass ihre Gewinne nur mehr in Steuerparadiesen anfallen. Gerade das Verschweigen der wirklichen Innovationsgeschichte, so Mazzucato, half dabei, „dem Staat, der mit seinem Geld ganz wesentlich zum Erfolg beitrug, einen Teil seiner Gewinne vorzuenthalten“.

„In einer modernen Welt, das hat schon Polanyi gezeigt, ist das Konzept eines ‚freien‘ Marktes das Konstrukt der ökonomischen Theorie, nicht einer empirischen Beobachtung“, schreibt Mariana Mazzucato folgerichtig in dem jüngst von ihr herausgegebenen Sammelband „Rethinking Capitalism“. In dieser Studiensammlung, die wichtige Teilaspekte einer neuen Wirtschaftstheorie ausformuliert, systematisiert Mazzucato ihre Kritik an den falschen Auffassungen gängiger Wirtschaftstheorie weiter – und macht damit ihre Einwände noch klarer.

Mariana Mazzucato: Das Kapital des Staates. Kunstmann, 320 S., € 23,60

Die heutige wirtschaftspolitische Debatte kennt, so beginnt Mazzucato ihre Argumentation, im Grunde zwei Stränge: einerseits das wirtschaftsliberale Postulat, dass Märkte, lasse man sie nur wirken, ohne ihnen ins Zeug zu pfuschen, schon optimale Ergebnisse produzieren würden. Andererseits die post- oder quasikeynesianische Auffassung, dass Märkte auch immer von einem „Marktversagen“ bedroht sind, sodass der Staat gewissermaßen als Helfer in der Not immer parat stehen muss – etwa, um Marktversagen zu korrigieren und um Krisen, die aus dem Marktversagen resultieren, zu überwinden.

FOTOS: WIKIMEDIA, POLANYI INSTITUT, DANIEL NOVOTNY/FOTONOVO.AT



Kern, Mazzucato und der Autor im Wiener Kreisky-Forum, November 2016

> *Das Verschweigen der Innovationsgeschichte dient dazu, dem Staat, der mit seinem Geld zum Erfolg beitrug, einen Teil der Gewinne vorzuenthalten*
>
> MARIANA MAZZUCATO

Aber letztlich seien das nur zwei Spielarten einer fragwürdigen Orthodoxie. „Die Probleme sind aber nicht das Ergebnis von Fehlentwicklungen von Märkten, die ‚normalerweise' ordentlich funktionieren, sondern resultieren aus fundamentalen Charakteristika und Strukturen (des Kapitalismus). Um zu verstehen, wie sie arbeiten, und um zu erklären, welche Rolle Politik spielen kann, damit diese Strukturen bessere Ergebnisse zeitigen, braucht man einen viel umfassenderen Zugang."

Der Staat ist nicht nur dafür da, Märkte zu regulieren, wenn sie versagen, oder den Schutt wegzuräumen, wenn es mal wieder zu einer ökonomischen Havarie gekommen ist. Märkte in dem romantischen Sinn, wie sich die orthodoxe Wirtschaftstheorie das vorstellt, gibt es gar nicht – denn sie sind immer schon Produkt staatlichen Handelns. „Die Rolle des Staates kann sich nicht darauf beschränken", schreibt Mazzucato, „im Falle von Marktversagen zur Reparatur anzutreten. Er muss vielmehr auf aktive Weise Märkte strukturieren und erst herstellen, damit sie nachhaltige und inklusive Formen ökonomischen Wachstums hinkriegen."

Märkte sollte man also besser nicht als etwas verstehen, was irgendwie jenseits des Staates existiert, sondern „als Resultate der Interaktion verschiedener ökonomischer Akteure und Institutionen, sowohl privater als auch staatlicher".

Kurzum: Märkte entstehen ja nicht aus sich heraus. Der „Markt" für Internet- und Telekommunikation, um bei Mazzucatos berühmtesten Exempel zu bleiben, wurde von Staaten ja erst durch eine Reihe von Politiken hergestellt. Von der Ausbildung von Technikern über Finanzierung von Forschung und Entwicklung, über die Investition in die verschiedensten verbundenen Technologien vom Touch-Screen bis zum Breitbandnetz haben öffentliche Institutionen ja erst die Voraussetzung dafür geschaffen, dass diese „Märkte" entstehen konnten. Und es ist auch mehr als nur ein bloßes Ineinanderwirken von öffentlichen und privaten Akteuren: Die Staaten hätten ja auch die Großinvestitionen in andere Technologien lenken können, dann gäbe es jetzt womöglich „Märkte" in Branchen, die es heute eben nicht gibt. All das ist schon die Folge von staatlicher Prioritätensetzung.

„Es ist also keineswegs so", schreibt Mazzucato, „dass der private Sektor ‚Wachstum produziert', während der öffentliche Sektor via Steuern den Wohlstand nur ‚konsumiert'. Der Staat reguliert auch nicht einfach nur die Wirtschaft. Vielmehr ist das ökonomische Output einer Volkswirtschaft durch die Interaktion von öffentlichen und privaten Akteuren koproduziert."

Sowohl das Konzept des „Unternehmers" als auch das der „Märkte" ist so gesehen ziemlich fragwürdig. Oder anders gesagt: Der Kapitalismus ist, wie eh und je schon, eine kollektive, gesellschaftliche Unternehmung. Aber das wusste schon Karl Marx, der vom „gesellschaftlichen Charakter der kapitalistischen Produktion" sprach. F

ILLUSTRATION: SHUTTERSTOCK

John Locke, Theoretiker des Minimalstaates

John Locke begründete die Lehre vom Eigentum und wirkte gerade wegen deren Unvollkommenheit

PORTRÄT: ALFRED J. NOLL

ILLUSTRATION: P.M. HOFFMANN

John Locke ist der Liebling bürgerlicher Selbstbeschreibung. Aus seinen Werken – vor allem „An Essay Concerning Humane Understanding“ und „The Second Treatise of Civil Government“ (beide 1690 erschienen) – lässt sich all das herauslesen, was auch heute noch brauchbar scheint. Kein anderer Autor ist weltanschaulich derart verwertbar geblieben wie John Locke.

Er ist nicht anrüchig, weil er die schroffe Folgerichtigkeit des Thomas Hobbes derart abmildert, dass die doch bei Locke ebenso streng den staatlichen Gesetzen unterworfenen Gesellschaftsmitglieder stets in den Glauben versetzt werden, sie wären der Souverän.

Er ist in jeder Sonntagsrede zu geringstem Preis anzubringen, weil er jegliche Herrschaft dem Volkswillen unterordnet und diesem sogar das Widerstandsrecht gegen allzu strenge Herrschaft einräumt und sich damit zum eigentlichen Begründer unveräußerlicher allgemeiner Menschenrechte hochstilisieren lässt – er ist „einer von uns“.

Er ist politisch stets zeitgemäß, weil er die Gewaltenteilung und das Mehrheitsprinzip benennt, und damit die Illusion verbreiten hilft, dass bürgerliche Herrschaft dieser Art unmittelbarer Ausdruck des Volkswillens sei und lediglich um eine funktionierende Justiz sich vervollständigen lassen müsse.

Er ist für die Volkswirtschaftslehre bis hinein zu den bezahlten Wirtschaftsperiodika immer noch grundsätzlich, weil seine vor allem auf Adam Smith wirkende und auf Arbeit gegründete Eigentumslehre und die darin zum Ausdruck kommenden Einsichten sich in vielerlei Hinsicht weiterverfolgen lassen.

Er ist bis heute politisch unverdächtig, weil sich doch fast die ganze Aufklärungsliteratur positiv auf ihn bezogen hat; weil er mit allen Facetten seines Werkes durch eine moderate und stets wohltemperierte Sprache für unaufgeregte Sachlichkeit sorgt. Und rühmlich schlussendlich ist Locke, weil er bis heute als einer der konstruktiven Vordenker der US-amerikanischen Revolution und der dort nachfolgenden Verfassung gilt.

Das Wichtigste aber: John Locke hat das Eigentum geheiligt. Er hat die sich notwendig aus dieser Heiligsprechung ergebende gesellschaftliche Ungleichheit als nicht weiter bedauerlich abgehandelt, und er hat schließlich jeden Angriff auf das Privateigentum als mit den von Gott und der Natur, von der Vernunft und den Erfahrungen kommenden Einsichten unvereinbar, unverträglich und sogar sündhaft bestimmt.

Vom Kleinbürger mit seinem hypothekenbelasteten Eigenheim bis hin zum Hedgefonds-Manager mit der Zuversicht, demnächst sein neues Appartement in der New Yorker 5th Avenue beziehen zu dürfen, können sich alle von John Locke bestätigen lassen. Ein derartiges Geistesmonument will nicht gestürzt, es will bewundert werden. Dafür gibt es aber – selbst wenn wir die sklavenhändlerische Betriebsamkeit und die kolonialistische Legitimationsarbeit von Locke als bloß zeitbedingte Charakterschwächen des Mannes beiseite ließen – keinen Grund.

Ähnliches wie Locke haben in den vergangenen Jahrhunderten viele publiziert. Weder war er besonders konsequent noch hat er besonders einnehmend geschrieben, weder war er besonders originell noch sind seinem Werk besonders innovative gedankliche Leistungen ablesbar, weder war er besonders mutig noch hat er andere durch seine Schriften ermutigt. Aber er hatte Erfolg – bis heute.

Ist die damit attestierte Zeittauglichkeit also der einzige Grund für den Erfolg der Locke’schen Theorie? Lässt sich damit erklären, dass auch heute noch, gut 300 Jahren nach den „Two Treatises“, Locke als der Säulenheilige der Menschenrechte und der Gewaltenteilung gehandelt wird? – Wohl kaum.

Indem Locke verkündet, die Funktionen des Staates seien um der Freiheit der Menschen willen auf ein absolutes Minimum zu beschränken, und gleichzeitig ausspricht, dass der Staat nur unter ganz bestimmten, rational definierbaren Bedingungen in die (Eigentums-) Freiheit seiner Bürger eingreifen dürfe, macht Locke sich zum Theoretiker eines negativen Staates (Minimalstaat).

Dieser Staat aber, der sogenannte „Nachtwächter“-Staat, hat sich im Laufe von inzwischen mehreren Jahrhunderten in England nicht nur als fähig erwiesen, die für einen sich entwickelnden Kapitalismus notwendige staatliche Infrastruktur zu errichten, die Arbeiterbewegung niederzuhalten und ein (wenn auch vergängliches) ungeheures Kolonialreich zu errichten, sondern dieser Staat führt auch in der Gegenwart Kriege, betreibt internationale Handelspolitik zugunsten des britischen Kapitals und rüstet sich auf zu einem omnipotenten Überwachungsstaat. Der „negative“ Staat war immer schon ein höchst aktiver Staat. Dies lässt sich mit Locke „ganz seriös“ kaschieren.

Hier liegt die Ursache der fast schon magnetisch zu nennenden Anziehungskraft des Locke’schen Ansatzes: Locke kanonisiert eine kleinbürgerliche Dynamik, in der die durch und durch positiv gewerteten Elemente der „Gleichheit“, der „Herrschaftslosigkeit“ und der „Kalkulierbarkeit“ in einen scheinbar einheitlichen konzeptionell-weltanschaulichen Rahmen gestellt werden. Lockes Rede von der Freiheit passt vortrefflich zum unbedingten Gehorsam gegenüber den staatlichen Gesetzen, die de facto das Werk von Menschen sind, die vermittels dieser Gesetze ihre Interessen wirksam durchzusetzen in der Lage sind.

All dies passt in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der letzten 300 Jahre, in denen durchwegs und in zunehmendem Maße der Gewinn einiger weniger von den Apologeten und Klaqueuren des Wirtschaftsliberalismus stets als ein Fortschritt für alle verkauft werden will.

Nun dürfte gewiss sein, dass Lockes Theorie begrifflich unbestimmt und als Rechtstheorie inkonsequent ist. Gerade aus dieser Unvollkommenheit bezieht sie aber ihre ideologische Wirkung – und eben darauf beruht auch ihre ganze eigentümliche Leistung und ihre über den unmittelbaren historisch-sozialen Kontext hinausreichende, bis heute in vielfach wechselnden politisch-sozialen Konstellationen bestätigte Bedeutung, und zwar als Theorie der politisch-ideologischen Erfordernisse einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Die Widersprüche in Lockes Konzeption des Naturrechts, des Naturzustandes, des Rechts auf private Aneignung und seiner Staatstheorie werden nur verständlich als Elemente einer ideologischen Argumentation, in der es nicht auf theoretisch-logische Konsistenz, sondern auf suggestive Überzeugung ankommt, dem der partielle Wahrheitsgehalt dieser Elemente vorzüglich dient.

Locke hat mit seinem Weltanschauungstraktat das Kunststück zuwege gebracht, für die nächsten Jahrhunderte jene „irreale Gegenständlichkeit der Staatsverfassung“ (Husserl) zu fundieren, von der bis heute das konservative Allerweltsgerede zehrt.

Die damit nicht nur von Locke, sondern von einer ganzen Heerschar von Nachfolgern erzeugten Illusionen und Erwartungen an das aus dem unbekämpften und unkritisierbaren Privateigentum resultierende individuelle und gesellschaftliche Heil lassen es heute als nahezu verrückt erscheinen, was doch aus vielerlei Gründen naheliegt: das System unbeschränkter und unbeschränkbarer privater Aneignung endlich zu überwinden.

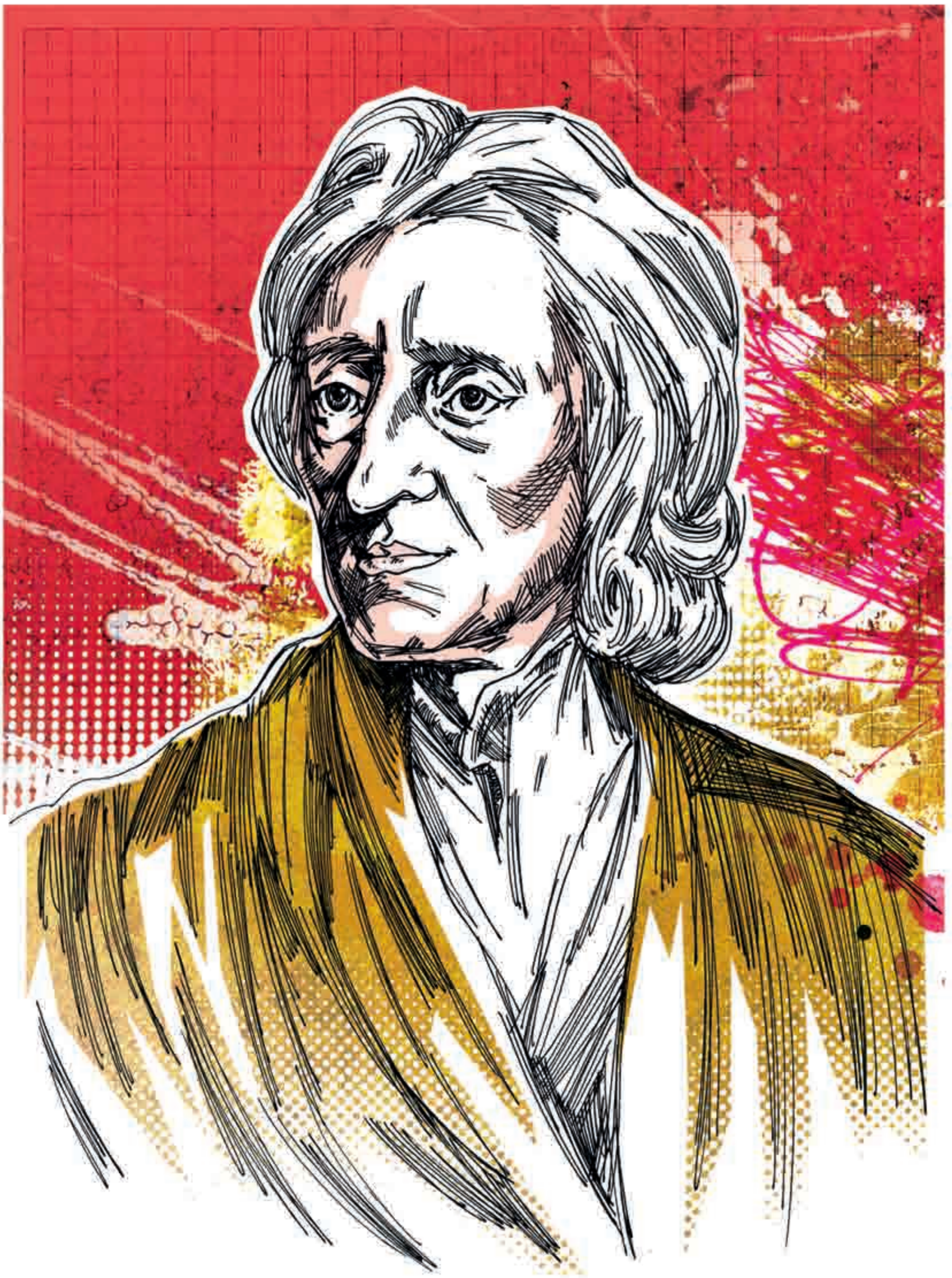
Locke war ein begnadeter Synthetisierer. Er verdeckte die Widersprüche zwischen den Ideen, die er zusammenbrachte, und gewann damit breite Akzeptanz für seinen wissenschaftlich-materialistischen Ansatz. Aus demselben Grunde aber divergierten die Anhänger Lockes in solche von rechts und von links bis heute, je nachdem, ob sie die eine oder andere Seite des Kompromisses betonten: entweder das unbeschränkte Eigentumsrecht oder die Herkunft solcher Rechte aus der Arbeit.

Locke kann „groß“ genannt werden, weil er die Hauptsache kapitalistischer Vergesellschaftung zu seinem hervorragenden Thema gemacht hat. F

Zum Autor

John Locke (1632–1704)
als Sohn einer wohlhabenden Familie geboren, studierte in Oxford, lehrte dort Griechisch, Ethik und Rhetorik, praktizierte ohne Ausbildung als Leibarzt des Earl of Shaftesbury, der ihn protegierte; seinetwegen musste Locke ins Exil nach Frankreich. Seine Schrift „Two Treatises on Government“ erschienen anonym, mit seinen Schriften beeinflusste Locke die Amerikanische und die Französische Revolution

Alfred J. Noll: John Locke und das Eigentum. Mandelbaum Verlag, 2016, 346 S., € 18,–



Rosa Luxemburg und die Landnahme des Öffentlichen

Die Marxistin Rosa Luxemburg irrte in manchem, aber ihre Grundidee ist heute produktiver denn je

PORTRÄT: KLAUS DÖRRE

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Rosa Luxemburg, eine Marxistin mit polnischen und jüdischen Wurzeln, engagierte sich in der deutschen Sozialdemokratie und forderte nicht nur das Parteiestablishment, sondern auch die damals vorherrschende Marxorthodoxie heraus. Als engagierte Kriegsgegnerin wurde sie zur Mitbegründerin des Spartakusbundes und später der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie kämpfte für eine sozialistische Räte-Republik, kritisierte Lenin und die Bolschewiki aber scharf, als diese die Konstituante auflösten. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs erschien ihr Hauptwerk, „Die Akkumulation des Kapitals“. Zentrale Ideen des Werks erscheinen aktueller denn je. Denn Rosa Luxemburg ist eine frühe Theoretikerin kapitalistischer Landnahmen. Zwar hat sie selbst diesen Begriff nie benutzt. Sie spricht von Kolonialisierung. Den Grundgedanken des Landnahmetheorems hat sie jedoch scharfsinnig herausgearbeitet.

Dieser besagt, dass kapitalistische Gesellschaften nur fortbestehen können, wenn sie sich fortwährend neues Land einverleiben. Land steht in diesem Zusammenhang aber nicht allein für Grund und Boden. Potenzielles neues Land sind für Luxemburg sämtliche nicht kapitalistischen Milieus, also Märkte, Produktionsweisen und Lebensformen, die nicht oder noch nicht vollständig in die Form des kapitalistischen Tauschwerts gebracht sind.

Wichtigste ökonomische Triebkraft dieses kapitalistischen Expansionismus ist für Luxemburg ein sozialer Mechanismus, den der marxistische Geograf David Harvey im Anschluss an Rosa Luxemburg als Kapitalüberschuss-Absorptionsproblem bezeichnet hat. Einzelne Kapitalisten bzw. Unternehmen müssen fortwährend nach Mitteln und Methoden suchen, die Produktivität zu steigern. Entscheidend ist jedoch ein makroökonomischer Zwang. Der Kapitalismus bindet, so Rosa Luxemburg, die Reproduktion der Gesellschaft an die Bedingungen der Produktion, Realisierung und Re-Investition zusätzlichen Mehrwerts. Es ist die Mehrwertproduktion, welche die Reproduktion der Lebensbedürfnisse im Ganzen zu einem, wie Rosa Luxemburg es nennt, Perpetuum mobile macht. Der zusätzlich erzeugte Mehrwert des jeweils vorausgegangenen Produktionszyklus lässt sich im darauffolgenden nur realisieren und gewinnbringend reinvestieren, wenn neue, zusätzliche Märkte erschlossen werden.

David Harvey zufolge gilt als Faustformel: Drei Prozent Wirtschaftswachstum erzwingen drei Prozent zusätzliche Investitionen, um neue Märkte zu erschließen. Dieses Kapitalüberschuss-Absorptionsproblem ist die zentrale makroökonomische Triebkraft hinter kapitalistischen Landnahmen. Es erklärt, weshalb der Akkumulationsprozess des Kapitals, wie Luxemburg argumentiert, die unumschränkte Verfügungsmöglichkeit über sämtliche Produktivkräfte der Erde benötigt, soweit diese in den Schranken der Mehrwertproduktion mobil zu machen sind.

Je höher das Reichtumsniveau von Gesellschaften und je größer das Wirtschaftswachstum, desto schwerer wird es indessen, neue Märkte zu erschließen. Diese zunehmende Schwierigkeit betrachtete Rosa Luxemburg als ökonomische Hauptursache für den Kolonialismus und Imperialismus ihrer Zeit, für Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten mit der Tendenz zum Krieg und schließlich für einen Zusammenbruch des Kapitalismus. Luxemburg war jedoch keine naive Zusammenbruchstheoretikerin. Sie erwartete, dass die politische, die sozialistische Revolution dem Zusammenbruch vorausgehen und einem – allerdings möglichen – Abgleiten in eine Ära der Barbarei zuvorkommen werde.

Heute wissen wir, dass Rosa Luxemburg sich in vielerlei Hinsicht geirrt hat. Sie überschätzte die ökonomische Bedeutung des Kolonialismus, und sie unterschätze die Möglichkeiten zur Selbststabilisierung kapitalistischer Gesellschaften mittels Innovation, Reinvestition, Beteiligung der Lohnabhängigen am Produktivitätsfortschritt oder auch qua geografischer Ausdehnung. Ihre Kritik an den Marx’schen Reproduktionsschemata beruhte auf einem logischen Denkfehler, weil sie in ihre Argumentation hineinnahm (Weltmarkt, Existenz nicht kapitalistischer Produktionsweisen), was Marx auf dieser Abstraktionsstufe seiner Analyse bewusst ausgeklammert hatte. Dennoch war Luxemburg mit ihrer Diagnose in vielerlei Hinsicht näher an der empirischen Wirklichkeit des damaligen Imperialismus als ihre marxistischen Kritiker. Sie war, wenn man so will, gerade wegen ihrer Irrtümer theoretisch innovativ.

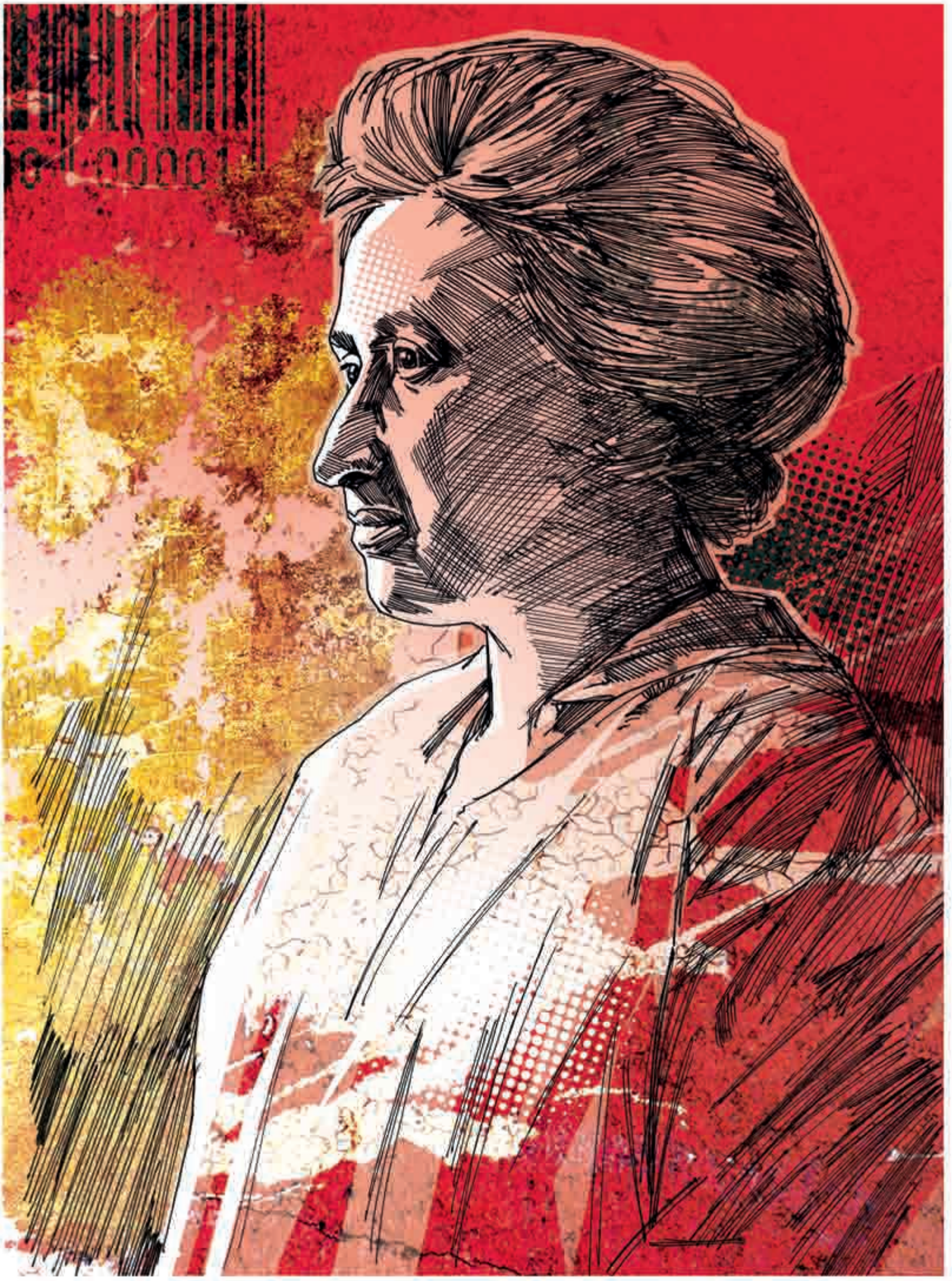
Das gilt auch für die Gegenwart. Ein Blick auf die europäische Austeritätspolitik genügt, um die Aktualität ihrer Analyse nachzuvollziehen. Es war das Anlagekapital bevorzugt deutscher und französischer Banken, das nach Griechenland floss, um dort Wirtschaftswachstum mittels „fauler“ Kredite zu stimulieren. Es war der griechische Staat, der sich bei Gläubigern verschulden musste, um systemrelevante Banken und mit ihnen die Einlagen vor allem deutscher und französischer Kreditinstitute zu sichern. Und nun ist es der griechische Staat, der sein Tafelsilber – etwa den Hafen von Piräus, die gewinnbringende staatliche Energiewirtschaft oder die ebenfalls profitablen Regionalflughäfen – an überwiegend private Käufer veräußern muss, um die Auflagen der Gläubiger und des Austeritätsdiktats erfüllen zu können. Nichts an dieser Politik ist ökonomisch sinnvoll. Trotz dramatischer Lohn- und Rentenkürzungen, trotz explodierender Arbeitslosigkeit und Prekarität ist die Verschuldung Griechenlands gemessen am BIP seit 2007 von gut 100 Prozent auf weit mehr als 180 Prozent gestiegen. Selbst der IWF glaubt nicht daran, dass das Land den Schuldenberg aus eigener Kraft bewältigen kann. Und dennoch halten die Gläubiger, allen voran die deutsche Regierung, am austeritären Regime fest. Und sie ernten zugleich Windfall-Profits. Nicht nur, dass sich die Lufthansa der griechischen Regionalflughäfen bemächtigt, auch der deutsche Fiskus profitiert. Für ihn sind schlechte Nachrichten aus Griechenland gute Nachrichten, denn deutsche Staatanleihen gelten Anlegern als derart sicherer Hafen, dass sie sogar Negativ-Zinsen in Kauf nehmen. Selbst bei einem Totalausfall des griechischen Schuldendienstes hätte der deutsche Fiskus noch immer ein Geschäft gemacht, weil das fiskalische Plus die griechischen Verbindlichkeiten längst übersteigt

Das griechische Beispiel lässt sich in gewisser Weise verallgemeinern. Finanzkapitalistische Landnahme bedeutet, dass fiktives Kapital Ansprüche an die sogenannte Realwirtschaft erzeugt, denen diese nicht entsprechen kann. Renditeziele von mehr als 20 Prozent des Eigenkapitals, wie sie z.B. die deutsche Bank anstrebte, können mittels Produktivitätssteigerungen nicht realisiert werden. Deshalb lässt sich die finanzkapitalistische Dynamik nur aufrechterhalten, wenn immer neues Land in die Kapitalkreisläufe integriert wird; sprich, wenn öffentliches Eigentum privatisiert, soziale Sicherungssysteme kommodifiziert und Unternehmen der Disziplin der Finanzmärkte unterworfen werden. Dieser soziale Mechanismus hat die globale Finanzkrise von 2008/2009 mit verursacht. Wer ihn analytisch erfassen möchte, dem liefert Rosa Luxemburg noch immer wichtiges theoretisches Rüstzeug.

„Weshalb brauchen wir eine Alternative zum Kapitalismus? Man kann die Beantwortung der Frage auch anders angehen (...) Der Kapitalismus ist heute das Gegenteil einer Marktwirtschaft, einer sozialen Marktwirtschaft sowieso (...) Statt Vielfalt und Ideenwettbewerb sehen wir Großunternehmen, die mit allen Mittel zum Monopol drängen – gerade in den Märkten der Zukunft, in der Internetbranche – und ihre Macht erfolgreich dazu benutzen, auf die demokratische Politik Einfluss zu nehmen. Um das zu ändern, um Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen statt des Kapitals zu ermöglichen, braucht es mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und Beteiligung“, sagt die Vorsitzende der Schweizer Sozialistischen Partei. Recht hat sie. Denn wer den Finanzmarkt-Kapitalismus und die autoritäre Versuchung kritisiert und nach progressiven Alternativen sucht, der darf, so das Vermächtnis Luxemburgs, von einem neuen Sozialismus nicht schweigen. F

Rosa Luxemburg

geboren 1871 in Polen, studierte in Zürich (nur dort waren Frauen gleichberechtigt zugelassen) mehrere Fächer, vor allem Volkswirtschaft. Wurde Marxistin und Sozialistin mit stark internationaler Orientierung. Trat der SPD bei, saß wegen Majestätsbeleidigung im Gefängnis. Warnte vor Imperialismus und Kriegshetze. Begrüßte die russische Revolution, kritisierte aber deren diktatorische Tendenzen. Führte gemeinsam mit Karl Liebknecht den deutschen Spartakusbund, wurde gemeinsam mit diesem 1919 von einer reaktionären Bürgerwehr ermordet



Gary S. Becker: Alles Leben ist Markt

Er trieb die neoliberale Theorie auf die Spitze: Gary S. Becker popularisierte den Begriff „Humankapital“

PORTRÄT: KARIN FISCHER

ILLUSTRATION: P. M. HOFFMANN

Der Chicago-Ökonom Gary Becker vertrat selbstbewusst einen ökonomischen Imperialismus und veränderte damit das Selbstverständnis der Wirtschaftswissenschaften grundlegend. Er definierte sie nicht von ihrem Gegenstand her, sondern als Methode, mit der sämtliche gesellschaftliche Bereiche bearbeitet werden können.

Das war es, was die Schwedische Akademie der Wissenschaften in ihrer Pressemeldung hervorhob, als Becker 1992 den sogenannten Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, der nicht vom Nobelkomitee, sondern von der Schwedischen Reichsbank vergeben wird: Beckers Beitrag bestehe in erster Linie darin, mikroökonomische Modelle auf einen weiten Bereich menschlichen Verhaltens ausgedehnt zu haben, die vormals von anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen wie Soziologie, Anthropologie oder Psychologie behandelt wurden.

Becker ging davon aus, dass Individuen Entscheidungen stets „rational“, das heißt nach Kosten-Nutzen-Kalkülen, treffen. Dieses mikroökonomische Prinzip einer rationalen Entscheidung wandte er auch auf Bereiche an, die in der realen Welt von anderen emotionalen und sozialen Beweggründen bestimmt werden.

Heirat und Scheidung, Familiengröße, Bildungswege, Drogenkonsum und kriminelles Verhalten – allesamt Themen, die mit dieser Idee der rationalen Entscheidung bearbeitet werden können und die „wir Ökonomen“, so meinte er, „nicht den Soziologen überlassen sollten“. „Ökonomischer Imperialismus“ als Unterwerfung des gesamten Denkens unter das Marktprinzip verstand er tatsächlich als Kompliment an seine Zunft.

Damit trieb Becker die neoliberale Theorie auf die Spitze. Der Arbeitsplatz, die Schule, ja sogar die Liebe werden bei ihm zu Orten, wo der Homo oeconomicus mit anderen in Konkurrenz tritt. Der ökonomisch denkende Mensch ist in jeder Lebenslage ein Unternehmer seiner selbst, er sucht immer nur nach seinem eigenen Nutzen.

Dass dies für die meisten Menschen in vielen Lebenssituationen nur wenig mit der Realität zu tun hat und soziale Probleme überhaupt nicht auftauchen, ist in der abstrakten Modellwelt nebensächlich.

Beckers Humankapitaltheorie bietet dafür ein gutes Beispiel. Die Entscheidung über den Bildungsweg wird auf eine Investitionsentscheidung verkürzt. Ein Individuum investiert Geld, Zeit und Energie, um sich zwischen Alternativen zu entscheiden, mit dem Ziel, das eigene Humankapital zu vergrößern. Dass dies relativ wenig damit zu tun hat, wie in einer Arztfamilie oder in einem Arbeiterhaushalt über die Ausbildung der Kinder nachgedacht wird, ignoriert das Modell. Soziale Aspekte werden konsequent ausgeklammert. Beckers Humankapitalansatz hat wesentlich dazu beigetragen, eine problematische Sichtweise bis in die Politik hinein durchzusetzen, wodurch andere Motive als der individuelle Nutzen als Handlungsmotive gar nicht mehr erkannt werden.

Vor 50 Jahren rief der Begriff noch große Irritation hervor, heute wird „Humankapital“ in den öffentlichen „Reformdebatten“ zur Bildungspolitik ganz selbstverständlich verwendet.

Auf dem „Heiratsmarkt“ verhält es sich angeblich ganz ähnlich. Nicht Zuneigung oder Vertrauen sind bei der Partnerwahl entscheidend. Die Beteiligten wägen ab, ob sie gemeinsam mehr Güter produzieren können als jeder für sich allein.

Die Suche nach einem Partner oder einer Partnerin ist dann beendet, wenn er oder sie es für unwahrscheinlich hält, durch eine weitere Suche jemanden zu finden, mit dem eine Besserstellung erreicht werden kann. Und weil es zu viel Zeit und Kraft kosten würde – das sind schließlich beides knappe Güter – jemand Besseren zu finden. Auch der Kinderwunsch wird auf ein ökonomisches Kalkül reduziert.

Alleine Karriere- und Einkommensüberlegungen sind in Beckers Augen für die Familienplanung entscheidend. Dass es ganz unterschiedliche Gründe für Kinderwunsch und für Kinderlosigkeit geben kann, wird ebenso ignoriert wie die empirische Tatsache, dass Menschen in vielen Lebenssituationen nur begrenzt rational handeln.

Die Soziologie bietet viel realistischere, komplexere und lebensnähere Erklärungen für Partnerschaft und Elternschaft. Die Rational-Choice-Modelle nehmen sich demgegenüber äußerst schlicht aus.

Ein viel kritisierter Punkt in Beckers Theorie ist sein methodologischer Individualismus. In seinem Modell gibt es nur Individuen. Von isolierten individuellen Handlungen ausgehend, erklärt er gesamtgesellschaftliche Phänomene.

Das „allgemeine Interesse an der Gesellschaft“ führte Becker an der Princeton University sogar zur Soziologie. Die war ihm dann aber, nach eigenen Worten, doch zu „schwierig“. Stattdessen begann er, mit mathematischen Methoden gesellschaftliche Fragen zu bearbeiten. Er entwickelte Modelle auf Basis extrem vereinfachter Annahmen und leitete daraus dennoch Politikempfehlungen ab. Es ging ihm, wie den meisten seiner Kollegen in Chicago, um „policy economics“.

Als Mitglied der Mont Pèlerin Society – ein von Hayek, Friedman und anderen Neoliberalen 1947 gegründetes Elitenetzwerk – trat Becker für weitreichende Privatisierung ein: von Infrastruktur wie Autobahnen und Eisenbahn über öffentliche Dienste wie Post und Stromversorgung bis zur Sozial- und Pensionsversicherung. Denn „eine übermäßige Einmischung des Staates in die Wirtschaft“ störte nach Beckers Ansicht das rationale Entscheidungsverfahren der Individuen.

Er bedauerte den Trend, dass der Staat zunehmend Aufgaben übernimmt, die vormals in der Verantwortung der Familie lagen. Sozialprogramme für ältere Menschen und eine staatlich garantierte Pension würden Familienmitglieder ermuntern, sich emotional voneinander zu distanzieren.

Eltern, die im Alter nicht auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen sind, hätten zudem keinen Anreiz, ihre Kinder zu Loyalität und anderen „vorteilhaften“ Werthaltungen zu erziehen.

Schädlich seien auch die staatliche Unterstützung von Kindergärten und der Mutterschutz, wie Becker beim Treffen der Mont Pèlerin Society in Wien 1996 ausführte. Die großzügige Unterstützung ermuntere Unverheiratete dazu, mehr Kinder zu haben.

Umgekehrt führe das Umlageverfahren bei der Alterssicherung zu einer kleineren Kinderzahl verheirateter Paare. Patriarchale und neokonservative Werthaltungen verknüpfen sich hier trefflich mit marktradikalen Ansichten – beides richtet sich gegen geschlechterdemokratische und solidarische Politik.

Auch die Bildung sieht Becker nicht als staatliche Aufgabe. Bildungs- und sozialpolitische Steuerung wirkt hemmend auf Eltern, Zeit und Geld in das Humankapital ihrer Kinder zu investieren. Folgerichtig tritt Becker für eine Privatisierung des Schulsystems ein, da es effizient sei, Eltern die Kosten für ihre Kinder selbst tragen zu lassen. Dass das soziale Segregation und verfestigte Ungleichheit bedeutet, weil sozial schwache Familien weniger in ihre Kinder „investieren“ können, war ihm keine Überlegung wert.

Für Becker sind Märkte staatlichem Handeln und Demokratie überlegen. Staatliches Handeln verschlechtere die Ergebnisse des privaten Markttauschs, statt sie zu verbessern – und das Marktprinzip ist in Beckers Sicht in sämtlichen Bereichen individuellen und gesellschaftlichen Lebens der beste Regelungsmechanismus.

Die Gesundheitsversorgung, die Alterssicherung oder Sicherheit, ja letztlich die Gesellschaft als Ganzes, verwandelt sich in Beckers politischer Theorie in einen „wohlwollenden Markt“. Seine Verliebtheit in seine mathematischen Modelle hatte beinahe etwas Religiöses.

Sein äußerst simples Credo lautete: „Die grundlegenden Elemente, die uns leiten, sind Rational Choice und Märkte; die werden immer bleiben.“ F

Zur Person

Gary Stanley Becker (1930–2014), geboren in Pottsville, Pennsylvania, aufgewachsen in Brooklyn als Sohn einer wohlhabenden Familie. Nach dem BA in Princeton, wo ihn Jacob Viner stark beeinflusst, geht er 1951 nach Chicago. Milton Friedman wird sein Lehrer und Mentor. Wechsel an die Columbia University und das National Bureau of Economic Research (NBER) in New York, Veröffentlichung von „Human Capital“ (1964). Die Studentenunruhen treiben ihn 1970 zurück nach Chicago, zu seinen engsten Weggefährten Friedman, Theodore W. Shultz und George Stigler. Mitglied der Mont Pèlerin Society, von 1990 bis 1992 ihr Präsident. 1992 erhält er den Wirtschafts-„Nobelpreis“, 2007 verleiht ihm George W. Bush die Presidential Medal of Freedom

Achim Truger: Der österreichische Deutsche

PORTRÄT:
MARKUS MARTERBAUER

Braucht es weitere Millionen an Arbeitslosen, bis die EU-Politik endlich die richtigen Schlussfolgerungen zieht?“ Achim Truger (ver-)zweifelt an der europäischen Wirtschaftspolitik, die von seinem Heimatland Deutschland geprägt wird. Doch der 47-jährige Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin lässt es nicht bei dieser Klage bewenden, sondern entwickelt konkrete Alternativen für die EU.

Sein 2015 erstmals in Wien präsentierter Vorschlag der Einführung einer „Goldenen Investitionsregel“ im Rahmen des europäischen Stabilitätspakts brachte ihm EU-weite Bekanntheit. Langfristig wirkende öffentliche Investitionen sollten nicht über laufende Steuereinnahmen finanziert werden, sondern über Kredite. Dieser Anreiz, die öffentliche Infrastruktur auszubauen, schafft kurzfristig Nachfrage und Beschäftigung und verbessert langfristig die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Einer jüngsten Folgestudie nach führt die Goldenen Investitionsregel wegen höherer Wirtschaftsleistung und Beschäftigung sogar zu einem leichten Rückgang der Staatsschulden.

Die Erstpräsentation des Vorschlags in Wien ist kein Zufall, denn die heimliche Liebe des deutschen Finanzwissenschaftlers gilt Österreich. Dazu tragen die kulturellen Reize des Landes bei, ebenso aber die Tatsache, dass hierzulande viele Fehler, die Truger den deutschen Regierungen vorwirft, vermieden wurden.

Von den Kürzungen im öffentlichen Pensionssystem über den Abbau von kollektivvertraglichen Lohnverhandlungen bis zu den Steuersenkungen für die Besserverdiener: Achim Truger ist ein Finanzwissenschaftler vom Schlag eines Ewald Nowotny oder Egon Matzner, den man an den heimischen Universitäten heute vergeblich sucht: Bewandert in den Details der öffentlichen Haushalte, ausgestattet mit einem guten gesamtwirtschaftlichen Gespür und bewegt vom Interesse an den tatsächlichen Herausforderungen von Wirtschaft und Politik. In Österreich publiziert Achim Truger regelmäßig im Blog „Arbeit und Wirtschaft“. F

FOTOS: ACHIM TRUGER, APA/NEUBAUER, WIKIMEDIA

Achim Truger präsentierte die Goldene Investitionsregel

Engelbert Stockhammer: internatio

Wie so oft musste auch Engelbert Stockhammer ins Ausland, von Wien nach London, um Wertschätzung zu erfahren

PORTRÄT:
MIRIAM REHM

Wie in Österreich oft der Fall, wird man mehr geschätzt, wenn man in anderen Landen weilt. Nach langen Jahren am Institut für Geld- und Finanzpolitik der WU zog es Stockhammer vor sieben Jahren an die Kingston University in London. Seit Stockhammer dort eine Professorenstelle innehat, entwickelt er sich zunehmend zum unangefochtenen Doyen der österreichischen Makroökonomie.

Das liegt einerseits an seiner Forschung, die sich von Beginn an auf die reale Welt bezog. Während seine früheste Arbeit sich an einer alternativen Wohlstandsmessung versuchte, beruhte seine Dissertation auf einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive auf den Arbeitsmarkt.

Daraus entstand unter anderem ein Buch, dessen Titel auch 13 Jahre nach Erscheinen noch hochaktuell ist: „The Rise of Unemployment in Europe“. Darin behandelt Stockhammer schwelende Probleme, die spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise offen aufgebrochen sind, wie etwa die zunehmende Finanzialisierung.

Oder die Frage, ob Arbeitslosigkeit durch zu viele Regeln auf den Arbeitsmärkten bedingt ist. Stockhammer weist nach, dass die Rolle der Absatzmöglichkeiten (also der Nachfrage) hier schwerer wiegt.

Ein dritter, zentraler Strang in Stockhammers Forschung ist schließlich die Frage, ob eine gleichere Einkommensverteilung dem Wachstum hilft oder schadet. Seine Erkenntnis: Ungleichheit ist meist schlecht für die Wirtschaft. Mit diesem

Engelbert Stockhammer forscht über Arbeitslosigkeit und Ungleichheit und sorgt für internationale Vernetzung junger österreichischer Ökonomen und Ökonominnen

Auf den Spuren des Geldes, der Ma

Brigitte Young untersucht die Machtstrukturen, die hinter dem Geld verborgen sind, und fand heraus, dass diese zutiefst vergeschlechtlicht sind

PORTRÄT:
CHRISTA SCHLAGER

Geldpolitik und Finanzmärkte, das sind zwei ökonomische Themen, bei denen der Gruppendruck und das Herdenverhalten unter Expertinnen und Experten besonders ausgeprägt sind. Dies führte schon zu gravierenden Fehleinschätzungen. So fragte Queen Elizabeth II. die Ökonomenzunft: Wie konnte es passieren, dass niemand die Finanzkrise vorhergesehen hat? Eine „Psychologie des Nicht-hinschauen-Wollens“ habe eine Rolle gespielt, so die Antwort berühmter britischer Professoren.

Brigitte Young, emeritierte Professorin für Internationale Politische Ökonomie der Universität Münster mit steirischen Wurzeln, lange Zeit in den USA lebend, ist jemand, der hinschaut. Als eine der wenigen Frauen hat sie sich kritisch mit Finanzmarktregulierung beschäftigt und Erstaunliches zutage gefördert.

Mathematische Kenntnisse und Modelle seien in der Ökonomie immer wichtiger geworden. Das Paradigma effizienter und zum Gleichgewicht tendierender Finanzmärkte, ein bizarres Bild vom rein rational handelnden Menschen beherrsche das Bild.

Männer und Frauen seien jedoch auf Grund ihres sozioökonomischen Status unterschiedlich von Finanzmarktregulie-

Pragmatisch und radikal: Ökonomin Brigitte Young

naler Makroökonom

Thema profilierte er sich auch international, beispielsweise mit einer Studie bei der internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Sein Status unter österreichischen jungen Ökonominnen und Ökonomen ist sicherlich auch mit dem regen Austausch begründet. Im Rahmen des Europäischen Masterprogramms, das Stockhammer aufgezogen hat, kommen auch heimische Studierende nach Kingston.

Sein eigener internationaler Werdegang mag ebenfalls eine Rolle spielen: Stockhammer wagte für sein Doktorat den Sprung über den Atlantik an die University of Massachusetts in Amherst. In seiner derzeitigen Position in Kingston blieb Stockhammer ebenfalls der heimischen Ökonomie verbunden. Unlängst kehrte er für eine AK-Gastprofessur an die WU zurück.

Internationalität mit Bodenhaftung bewies Stockhammer auch in der Vernetzung mit anderen Forschern und Forscherinnen. Gemeinsam mit anderen positionierte er das postkeynesianische Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik (FMM) strategisch auf internationaler Ebene – mit dem beachtlichen Erfolg, dass es jährlich die zweitgrößte Ökonomie-Konferenz im deutschsprachigen Raum organisiert.

Bleibt zu hoffen, dass Stockhammers wirtschaftspolitische Mahnrufe für eine Umverteilung nach unten und eine aktive Fiskalpolitik zur Überwindung der Krise in Europa nicht ungehört verhallen.

cht hinterher

rungen, Finanzkrisen und deren Folgen betroffen. Daraus folgt, dass ebenso die Maßnahmen zur Rettung von Finanzvermögen, aber auch die Verteilung der Lasten, nicht für alle soziale Gruppen gleich seien. Im Gegenteil. Die Bankenrettungsmaßnahmen erhöhten soziale Schieflagen und begünstigten die Vermögenden, überwiegend Männer.

Zudem war und ist der Finanzbereich eine Männerdomäne. Für Young aber ist eine reine Erhöhung des Frauenanteils in der Finanzbranche und Überwachungsarchitektur, wie sie mitunter als Antwort auf die Finanzkrise diskutiert wird, zu wenig. Als profunde Expertin für Globalisierung plädiert sie dafür, der Finanzialisierung Einhalt zu gebieten und neue Antworten auf die ökologischen wie sozialen Herausforderungen zu finden.

2016 erhielt Brigitte Young den Käthe-Leichter-Staatspreis für Frauenforschung für ihre Arbeiten zur Genderforschung, im Bereich Finanzmärkte, Globalisierung und Makroökonomie. Ihr Vater sei Steuerberater gewesen und habe ihr geraten, immer den Geldflüssen nachzuspüren, die sich wie Adern durch das Wirtschaftsgeschehen ziehen, erklärt Brigitte Young ihren pragmatischen wie radikalen Ansatz.

Margit Schratzenstaller: über Wien nach Europa

PORTRÄT: TOBIAS SCHWEITZER

Margit Schratzenstaller startete ihre wissenschaftliche Karriere in Deutschland, ehe sie 2003 ans WIFO nach Wien kam. Es ist bemerkenswert, wie schnell sie Österreich verstanden und hier Fuß gefasst hat. Dies gelang ihr vor allem durch ihre Fähigkeit, rasch verschiedene Interessenlagen zu erkennen. In kurzer Zeit wurde Schratzenstaller für Medien und Politik zur gefragten Expertin für öffentliche Finanzen und etablierte sich in der heimischen Ökonomielandschaft. Neben ihrem Lehrauftrag an der Universität Wien fungiert sie aktuell bereits zum zweiten Mal als stellvertretende Leiterin des WIFO. Die Themen Abgabensystem, Genderperspektive und Ökologisierung waren Margit Schratzenstaller immer besonders wichtig. Ihre Arbeit wurde mit etlichen Preisen gewürdigt, wie dem Wiener Frauenpreis oder dem Progressive-Economy-Preis der S&D-Fraktion im EU-Parlament.

Margit Schratzenstallers Arbeit wurde mit zahlreichen Preisen gewürdigt

Schratzenstaller erntete jedoch nicht immer nur Zuspruch. Nach Angriffen aus Politik und Boulevard aufgrund ihres Befürwortens einer Anhebung der Vermögenssteuern, wurde sie vorsichtiger und abwägender. Sie spricht sich für die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer und die Erhöhung der Grundsteuer aus, trägt aber gleichzeitig die Debatten zum „Reformstau“ oder dem „Budgetloch“ mit.

In den letzten Jahren hat sich Margit Schratzenstaller vermehrt in Richtung Europa orientiert. So war sie eine der Hauptverantwortlichen beim von insgesamt 34 europäischen Forschungsinstitutionen getragenen Mammutprojekt „www for Europe“, das die zentralen künftigen ökonomischen Herausforderungen beleuchtete. Gemeinsam mit Karl Aiginger verfasste sie das abschließende wirtschaftspolitische Strategiepapier, in dem als Vision für die EU „high social and environmental standards guaranteeing its citizens a high level of wellbeing“ vorgeschlagen werden. Nun ist sie bereits wieder Projektleiterin des WIFO für das europäische „FairTax project“. Bis 2018 sollen die für die Zukunft des europäischen Wohlfahrtstaates besonders wichtigen Steuer- und Sozialsysteme auf ihre Nachhaltigkeit, Fairness und Wachstumswirkung hin untersucht werden.

Jakob Kapeller: jung, plural, medienversiert, ausgezeichnet

PORTRÄT: MATTHIAS SCHNETZER

Jakob Kapeller vertritt gewissermaßen das junge Anti-Establishment in der österreichischen Wirtschaftswissenschaft. Ertönte in den letzten Jahren vermehrt der Aufschrei vieler Studierender, die herrschende Lehrmeinung solle durch einen Pluralismus der Ideen ergänzt werden, verkörpert Kapeller in seiner noch kurzen Karriere Interdisziplinarität auf höchstem Niveau. Hinter dem stets lockeren Auftreten des jungen Forschers steckt akademische Exzellenz abseits des Mainstreams.

Seiner Ausbildung nach zwar Ökonom, arbeitete er ab 2008 am Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie der Linzer Kepler-Uni. In dieser Zeit entstanden zahlreiche Publikationen, die sich mit den Eigenheiten des Wissenschaftsbetriebs in der Volkswirtschaftslehre befassten. Kapeller untersuchte die Gründe für die Dominanz des neoklassischen Paradigmas und für die Marginalisierung alternativer – sogenannter heterodoxer – Denkrichtungen. Seit einigen Jahren beschäftigt sich Kapeller zudem intensiv mit dem Zusammenhang zwischen steigender Ungleichheit, Verschuldung und der Wirtschaftskrise.

Die gesellschaftspolitische Relevanz seiner Forschung zeigt sich in zahlreichen medialen Erwähnungen und Interviews, darunter auch eine Einladung ins „ZiB 2“-Studio zu einem brisanten Thema: Kapeller zeigte sich für aufsehenerregende Berechnungen zur Vermögensverteilung in Österreich verantwortlich. Gemeinsam mit Koautoren berechnete er, dass 37 Prozent aller Vermögen beim reichsten ein Prozent der Haushalte konzentriert sind.

In nahezu jeder Fachzeitschrift, die sich ökonomischen Themen abseits des Mainstreams widmet, hat Kapeller bereits seine Artikel platziert. Ein solches Journal hat er mit einigen Mitstreitern gleich selbst aus der Taufe gehoben: das *Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt*. International ist Kapeller in der Szene als Herausgeber des „Heteredox Economics Newsletter“ bekannt, in dem Konferenzen, Publikationen und Jobangebote verbreitet werden. Er selbst hat ebenfalls einen neuen Job: Er leitet seit 2016 das Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft in Linz.

FOTOS: APA/GINDL, JAKOB KAPELLER

Mehrfach international ausgezeichnet: der Linzer Ökonom Jakob Kapeller

Die einäugige Wirtschaftspolitik

Die Folgen der Finanzkrisen für Frauen sind das Thema der britischen Ökonomin Diane Elson

PORTRÄT: CHRISTA SCHLAGER

Wer trägt die Lasten der Krise? Auf wen werden sie abgewälzt? Die bekannte These von Diane Elson, emeritierte Professorin der Essex Universität (UK), ist, dass die Kosten von Krisen von Privathaushalten getragen werden. Ein Mangel an finanziellen Ressourcen, der durch Arbeitslosigkeit und Kürzungen von öffentlichen (Sozial-)Leistungen entsteht, muss durch vermehrte unbezahlte Arbeit kompensiert werden. Diese naheliegende Konsequenz wird von den allermeisten Ökonomen jedoch nicht in ihre Analysen mitaufgenommen, der Anstieg der unbezahlten Arbeit bleibt unsichtbar.

Konventionelle makroökonomische Modelle beinhalten ausschließlich bezahlte Arbeit beziehungsweise den Output und die Gewinne, die durch bezahlte Arbeit entstehen. Auch in das Bruttoinlandsprodukt geht die unbezahlte Arbeit nicht ein. Und doch spielt unbezahlte Arbeit eine wesentliche Rolle für den ökonomischen Prozess. In den westlichen Industriestaaten wird der Umfang von unbezahlter Arbeit zu Marktpreisen grob auf 40 Prozent des BIP geschätzt. In Ökonomien mit größeren informellen Sektoren kommt der unbezahlten Arbeit ein noch höherer Anteil zu. Es ist spannend zu beobachten, dass die jährlichen Zuwachsraten in der Wertschöpfung auf das Zehntel genau berechnet werden, während rund die Hälfte der erbrachten Arbeit außen vor gelassen wird.

Diane Elson führt die Ökonomie zurück zu den Wurzeln

Um diese gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten zu erfassen, gibt es Zeitverwendungsstudien, die aber nur selten durchgeführt werden. Klar ist jedoch: Frauen sind überarbeitet, aber unterbezahlt. Ihre Wochenarbeitszeit, bestehend aus unbezahlter und bezahlter Arbeit, ist höher als die der Männer, aber ihre Bezahlung ist niedriger.

Welche Konsequenzen haben nun Finanzkrisen und die Restrukturierung der Staatsschulden auf die Haushalte? Dies erforschte Diane Elson bereits im Zuge der Finanzkrise in Asien in den 1990er-Jahren. Während der Fokus von Strukturanpassungsprogrammen darauf liegt, welche Maßnahmen die Geldgeber, also die internationalen Finanzmarktakteure goutieren, nahm Elson in ihren Arbeiten für verschiedene UN-Organisationen wie UN Women eine radikal andere Perspektive ein.

Wen treffen schlussendlich diese Maßnahmenpakete? Überwiegend Frauen. Frauen organisieren den Alltag für ihre Familien, versorgen, betreuen und pflegen sie. Wenn die öffentliche Hand Gesundheits- und Betreuungsleistungen kürzt, wenn durch Arbeitslosigkeit das verfügbare Einkommen des Haushalts sinkt, stehen Frauen als soziale Airbags zur Verfügung, um die Anpassungslasten der Krise abzufedern. Diese Erkenntnisse aus der Entwicklungsökonomie waren auch bei der globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu beobachten, besonders bei den von der Krise besonders stark betroffenen Staaten wie Irland, Portugal, Griechenland und Spanien. In Österreich gibt es die letzte Zeitverwendungsstudie aus den Jahren 2008/2009. Wir wissen also nicht, ob sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise etwas im Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit getan hat.

Männer sind in vielen Staaten stärker in konjunkturabhängigen Branchen tätig. Frauen versuchen in Krisenzeiten den Einkommensverlust der Familie durch Mehrarbeit zu kompensieren. Da Frauen im Allgemeinen aber deutlich weniger verdienen als Männer, gelingt diese Kompensation nur zum Teil. Immerhin ist die wirtschaftspolitische Schlussfolgerung, dass ein Abbau von Erwerbshemmnissen für Frauen Familien hilft, Krisen besser zu bewältigen, mittlerweile Common Sense.

Tatsächlich geht es aber nicht darum, ob Frauen eine Notnagelfunktion für die Ökonomie haben, sondern darum, wie durch Wirtschaftspolitik tatsächliche Gleichstellung erreichbar ist. Erwerbstätigkeit ist dafür eine notwendige, aber nicht hinreichende Gleichstellungsbedingung. Neben der ungleichen Bezahlung für gleichwertige Tätigkeiten und der geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation gibt es noch viele weitere Faktoren, die ungleich wirken, aber in der ökonomischen Debatte nicht oder kaum angesprochen werden. Dies wurde als „strategisches Schweigen“ gewertet.

Geschlechtsspezifische Unterschiede im Konsum- bzw. Risikoverhalten beeinflussen durchaus gesamtwirtschaftliche Größen wie Sparen, Konsum, Investitionen und Verschuldung. Auch wirken sie sich grundlegend auf Vorstellungen hinsichtlich öffentlicher Aufgaben und Ausmaß staatlicher Tätigkeiten und damit auf die Budgetpolitik aus. Die Wirtschaftspolitik prägt also die ökonomische Entwicklung, richtet sich aber an einer vermeintlich genderneutralen Norm aus, die stark von Kapitalinteressen und deren überwiegend männlichen Besitzern geprägt ist. Die sogenannten „Male Bias“ haben im Zuge der Krise keineswegs ihre Bedeutung verloren. Im Gegenteil, männlich dominierte Normen und Strukturen haben sich verfestigt.

Als Diane Elson im März 2016 gemeinsam mit Amit Bhaduri den renommierten Leontief-Preis 2016 des Global Development and Environments Instituts gewann, war die Freude unter feministischen Ökonomen und Ökonominnen groß. Selten werden wichtige ökonomische Auszeichnungen an ihresgleichen vergeben. Der Preis war ein wichtiges Signal dafür, dass sich die Ökonomie wieder auf die Wurzeln ihrer Disziplin besinnt, darüber nachzudenken, wie menschliche Bedürfnisse, unter Wahrung natürlicher Ressourcen, am besten befriedigt werden können. F

So „integral“ wie die Wirklichkeit

Bob Jessop analysiert den kapitalistischen Staat

PORTRÄT: OLIVER PRAUSMÜLLER

Mittlerweile „nicht mehr besonders beliebt“ – so beurteilte der britische Polit-Ökonom Bob Jessop Mitte der 1980er-Jahre Debatten zur Verfasstheit des kapitalistischen Staates. Zu diesem Zeitpunkt war vielerorts das Theorieinteresse im Gefolge von „1968“ bereits verebbt und so manche vormalige Diskussion über Grenzen der Reformierbarkeit, Akkumulationskrise & Co war von der hereinbrechenden neoliberalen Revolution in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft überholt worden. 30 Jahre später zeichnet sich zweierlei ab: Das „befremdliche Überleben“ (Colin Crouch) der Machtstrukturen, die den Grundstein für die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. legten, weckt auch ein erneuertes Interesse an hegemonie- und staatstheoretischen Erklärungsansätzen.

Dazu kommt die Neuentdeckung empirischer Analysen, die sich unbeschadet der lauten Rhetorik von „mehr Markt, weniger Staat“ tiefgründiger mit den Bauformen des Staates im „real existierenden Neoliberalismus“ auseinandergesetzt haben. Ein wichtiges Brennglas für Jessops Forschungsarbeiten ist in diesem Zusammenhang zwar die unmittelbare Konfrontation mit dem autoritären Herrschaftsprojekt des Thatcherismus.

Verlässlicher Impulsgeber zur Reflexion von krisenhaften Zeiten: der Brite Bob Jessop

Doch sein Ruf als sozialwissenschaftlicher „Tausendsassa“ beruht noch mehr auf seiner konsequenten Arbeitsweise an den Schnittstellen von Soziologie, Wirtschafts- und Politikwissenschaft, wenn es um Forschungsgebiete wie etwa den Aufstieg der „wissensbasierten Ökonomie“, den wettbewerbsstaatlichen Umbau vom „nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat“ zum „postnationalen schumpeterianischen Workfare-Regime“ oder die Krisenpolitik in der Eurozone und das Einzementieren „austeritärer Staatlichkeit“ geht.

Vor diesem Hintergrund zeigen sich auch bei bekannteren Konzepten aus dem Jessop’schen Werkzeugkasten wie etwa „strategische Selektivität“ oder „Staatsprojekte“ wichtige Spurenelemente aus marxistischen, feministischen und diskursanalytischen Auseinandersetzungen. Daher rührt ein starkes Sensorium für die „integrale“ Verwobenheit von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen. Das zeigt sich beispielsweise auch, wenn sich der Blick auf gegenwärtige Auseinandersetzungen um die politisch umkämpften Grenzziehungen zwischen „privat“ und „öffentlich“ (Stichwort: Privatisierung), um neuere Formen des Netzwerk-Regierens und selektive Verbindungen zwischen privat-öffentlichen Akteuren (Stichwörter: „Governance“, „Privat-öffentliche Partnerschaften“) oder um neue Vorrangregeln für transnationale Konzerne in neuen Freihandelsverträgen (Stichwort: TTIP) richtet.

Jessop bleibt auch nach seinem offiziellem Pensionsantritt an der Universität Lancaster ein verlässlicher Impulsgeber zur kritischen Reflexion krisengeladener, brüchiger Zeiten: Bereits für Anfang 2017 ist ein Beitrag mit dem markanten Titel „The organic crisis of the British state: putting Brexit in its place“ auf seiner Homepage angekündigt. F

FOTOS: UNIVERSITY OF ESSEX, ROSA LUXEMBURG STIFTUNG/WIKIMEDIA

Intellektuelle Verarmung und Verlust von Integrität

Der britische Soziologe Colin Crouch über die bedrohlichen Folgen des Neoliberalismus bei der Produktion von Wissen

REZENSION:
ROMANA BRAIT

Als zu Beginn der 1990er-Jahre der öffentliche Dienst unter dem Schlagwort „New Public Management“ aus seiner Verkrustung befreit werden sollte, waren die Erwartungen hoch.

Für öffentliche Leistungen, die nicht an private Unternehmen outgesourct wurden, sollten marktähnliche Bedingungen geschaffen werden, die zu einer erhöhten Effizienz und Kundenfreundlichkeit des öffentlichen Diensts führen würden.

Fast 30 Jahre später zieht der britische Soziologe Colin Crouch eine kritische Bilanz: Die Organisation von immer mehr Lebensbereichen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien schaffe Anreize, „die die Integrität zentraler Kompetenzen und Wissensformen angreifen“ (S. 194).

Folglich stehe der Neoliberalismus einer effizienten Wissensproduktion in vielfacher Hinsicht diametral entgegen. Dies ist insofern beachtlich, als Crouch damit ein zentrales Versprechen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft zu widerlegen sucht, nämlich dass der Markt die effizienteste Form der Produktion sei.

Konkret geht es Crouch um die Produktion und Verarbeitung von Informationen in komplexen, sensiblen Wirtschaftssektoren. Durch die Orientierung an marktwirtschaftlich ausgerichteten Leistungskennzahlen entstehen zwei entscheidende Defizite: Erstens folgt die Auswahl an Leistungsindikatoren in der Regel einer politmedialen Logik, wodurch eine Fokussierung auf wenige populäre Aspekte erfolgt.

Zweitens können manche Aspekte öffentlicher Dienstleistungen leichter quantifiziert werden als andere. Diese Problematik der Komplexität bei der Leistungsmessung betrifft jedoch nicht nur den öffentlichen Dienst, sondern richtete – wie das Versagen der Ratingagenturen während der Finanzkrise 2009 zeigte – selbst im Kerngebiet des Neoliberalismus, den internationalen Finanzmärkten, beträchtlichen Schaden an.

Ein unbeschränkter Markt kann auch andere Formen der Wissensproduktion untergraben. Im Falle der von BP ausgelösten Ölkatastrophe im Golf von Mexiko oder des Atomunglücks in Fukushima brachte dies hohe Kosten mit sich. Hinweise auf zusätzlich nötige Sicherheitsvorkehrungen wurden mit Blick auf die daraus resultierenden finanziellen Aufwendungen beiseitegeschoben.

Das neoliberale Wirtschaftssystem avancierte in beiden Fällen zum Kontrahenten einer effizienten Nutzung uns verfügbarer Information. Die entstandenen Schäden überstiegen die Kosten, welche zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen verursacht hätten, deutlich.

Crouch geht in seiner Analyse noch einen Schritt weiter und zeigt, dass das neoliberale Verständnis vom Umgang mit Information – die Rational-Choice-Theorie – Verhaltensweisen prämiert, die sich der Verfälschung und Verzerrung von Information und Wissen bedienen.

So versuchten einige englische Schulen, die an einer national vergleichbaren Abschlussprüfung teilnahmen, ihre Position in Rankings zu verbessern, indem sie leistungsschwache Schüler aus den Schulakten verschwinden ließen. Statt dass das Problem amoralischer Verhaltensweisen durch die Umstellung auf marktwirtschaftliche Organisationsprinzipien gelöst würde, zeigt Crouch, dass diesen Verhaltensweisen dadurch „lediglich neue Betätigungsfelder eröffnet“ (S. 197) werden.

Die Privatisierungserfahrungen in Großbritannien zeigen auch, dass marktwirtschaftliche Verhältnisse in einigen vormals öffentlichen Sektoren nicht so leicht herzustellen sind. Obwohl Privatisierungen meist mit erhöhter Wahlfreiheit und einer gesteigerten Effizienz begründet werden, dominieren laut dem „Social Enterprise Report 2012“ mit G4S, Capita und Serco drei Unternehmen einen beträchtlichen Teil der Fremdvergabemärkte, wie etwa jene für Transporteinrichtungen, Schulen, Kinderheime oder Haftanstalten. Angesichts dieser oligopolistischen Struktur sowie der Komplexität der Investitionen, die diese Unternehmen in unterschiedlichste Dienstleistungsbereiche getätigt haben, hätte der Konkurs einer solchen Firma drastische Auswirkungen auf die jeweilige Versorgungslage. Vergleichbar mit den Banken während der Finanzkrise bezeichnet der Report diese Unternehmen insofern als „too big to fail“.

Crouchs zentrale These im vorliegenden Buch ist die Gefahr einer Minderung des allgemeinen Wissensstandes durch die Organisation von immer mehr Bereichen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Dabei zeigt er, wie die Logik der Profitmaximierung in manchen Fällen nicht nur entscheidende Wissensbestände verdrängt, sondern auch zu Informationsverfälschung führen kann. Gleichzeitig legt er dadurch einen entscheidenden, jedoch von der neoliberalen Theorie unbeachteten Nachteil der Sanktionierung falscher Informationen durch den Markt offen: Sie kann immer erst im Nachhinein – also wenn der Schaden angerichtet und oftmals bereits so groß ist, dass er eine gewisse Öffentlichkeit erreicht hat – erfolgen.

Dabei weist Crouch auf die Diskrepanz zwischen neoliberaler Theorie und wirtschaftspolitischer Praxis hin. Komplexe Dienstleistungen führen oft zu oligopolistischen Marktstrukturen und konzentrieren die Macht in den Händen weniger. Crouch formuliert sein Anliegen anhand von fünf Thesen und gibt interessierten Lesern und Leserinnen eine wertvolle Analyse der Gefahren einer Ausdehnung marktwirtschaftlicher Produktionsweisen auf weite Bereiche des Lebens. F

Colin Crouch: Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. Suhrkamp, 2015 (2. Aufl.), 272 S., € 23,60

Öffentlich vs. privat: der Kampf um Daseinsvorsorge als Beitrag zur Lösung der Krise

REZENSION:
LUKAS OBERNDORFER

Seit Jahrzehnten werden in Europa öffentliche Leistungen gekürzt und privatisiert. Ungefähr genauso lang regt sich Widerstand dagegen. Doch mit der Krise hat diese Auseinandersetzung an Fahrt gewonnen. In den niedrigen Zinsen drückt sich das Wegbrechen profitabler Anlagefelder aus. Umso aggressiver versucht das Kapital, öffentliche Leistungen in Wert zu setzen. Gleichzeitig hat die neoliberale Erzählung an Ausstrahlungskraft verloren. Sind wir in Bereichen wie Bildung, Energie und Verkehr mit „mehr privat, weniger Staat“ wirklich besser dran?

Dieser Dynamik spürt der jüngst erschienene Schwerpunkt des *juridikum – zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft*, Nr. 2/2016) nach. Wie wirkt sich die mit der Krise verstärkt einsetzende Kürzungspolitik auf die „Kämpfe um öffentliche Dienstleistungen“ aus. Antworten darauf liefern Beiträge, die nicht nur fachübergreifend, sondern auch einfach verständlich verfasst sind und von Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Bewegung und NGOs stammen. Britta Kynast, Rechtsanwältin und für eine NGO in Brüssel tätig, zeigt etwa, dass die im Wege der Krisenpolitik verordnete Privatisierung der Wasser- und Gesundheitsversorgung gegen das Europarecht verstößt.

Dass der Kampf „öffentlich vs. privat“ neben der nationalen und europäischen auch auf der internationalen Ebene geführt wird, argumentiert Verena Madner, Professorin für öffentliches Recht auf der WU Wien. Hinter den rechtlichen Bestimmungen der Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA (CETA & TTIP) stecke eine umfassende Liberalisierungsagenda. Dass das keineswegs unwidersprochen hingenommen wird, beschreibt das Reclaiming Public Water Network. Die Re-Kommunalisierung ehemaliger öffentlicher Dienstleistungen ist ein Trend, dem die Krisenerfahrungen noch stärkeren Auftrieb geben. In den letzten 15 Jahren erkämpften soziale Bewegungen, dass in mehr als 230 Städten weltweit die Wasserversorgung von privaten wieder in öffentliche Hände wechselte.

Mit dem Heftschwerpunkt schafft die Zeitschrift einen wichtigen Überblick für ein Feld, das unter den Bedingungen der Vielfachkrise weiter an Bedeutung gewinnen wird. Soziale Krisen lassen sich nur durch Ausbau, nicht durch Kürzung öffentlicher Infrastruktur überwinden. In ihrer Demokratisierung liegt großes Potenzial, der politischen Entfremdung entgegenzuwirken. Und die ökologische Transformation braucht einen öffentlichen Raum, der nachhaltig und nicht nach Profitkriterien gestaltet wird.

Wer einen Beitrag zur Lösung der Krise leisten will, wird sich wohl oder übel in die Kämpfe um öffentliche Dienstleistungen begeben müssen – am besten mit dem jüngst erschienenen *juridikum* unterm Arm. F

Kämpfe um öffentliche Dienstleistungen. juridikum – zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft 2/2016

Zur politischen Ökonomie Österreichs

Wie sich in 20 Jahren österreichischer EU-Mitgliedschaft das Verhältnis von Markt und Staat zueinander verändert hat

REZENSION:
JOHANNES JÄGER

Spezifische Formen von Staat und Markt manifestieren sich auf der nationalen Ebene. Daher ist eine konkrete Analyse Österreichs sehr aufschlussreich. Eine solche Untersuchung muss auch den Kontext der Europäischen Union berücksichtigen. Der vom BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen) herausgegebene Sammelband zum 20-jährigen EU-Beitrittsjubiläum stellt eine umfassende Darstellung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen in Österreich dar.

Im Band wird deutlich, dass die Gegenüberstellung von Staat und Markt zu kurz greift, um wirtschaftliche Entwicklungen zu verstehen. Die Vorstellung einer solchen Dichotomie basiert auf einem wirtschaftsliberalen Verständnis. Ein Mehr an Liberalismus ging in den letzten 20 Jahren mit jedoch sehr niedrigem Wirtschaftswachstum und der Zunahme von Ungleichheit einher. Privatisierung und Deregulierung haben damit nicht zu den offiziell erwünschten Entwicklungen geführt. Aus Sicht liberaler Wirtschaftstheorie scheint dies paradox. Es kann aber mittels politökonomischer Zugänge erklärt werden. Wie im Band deutlich ausgeführt, zeigt sich jedoch, dass neoliberale Entwicklung nicht „weniger" Staat bedeutet, sondern die Rolle des Staates eine „andere" ist.

Der Staat ist daher weder „gut" noch „böse". Es geht vielmehr um die Frage, welchen Klassen und gesellschaftlichen Gruppen es gelingt, eine Wirtschaftspolitik – und damit die spezifische Rolle des Staates und marktförmiger Strukturen – in ihrem Sinne durchzusetzen. In den vergangenen Jahrzehnten orientierte sich Wirtschaftspolitik zunehmend weniger an Arbeitnehmerinteressen, sondern vielmehr an Kapitalinteressen. Einen wichtigen Hebel dabei bildete die Europäische Union. Während die Integration in Europa bis in die 1970er-Jahre hinein durchaus noch darauf abzielte, nationale Entwicklungswege und Wohlfahrtsstaaten zu stützen, hat sich dies seit den 1980er-Jahren deutlich geändert.

Das neoliberale Dogma des „freien" Marktes hat zu einer Machtverschiebung hin zur Kapitalseite geführt. Es erleichterte die Durchsetzung von Unternehmensinteressen auf europäischer Ebene, während nationale Klassenkompromisse zuungunsten von Lohnabhängigen erodierten, auch in Österreich. Die 2008 einsetzende Wirtschaftskrise in Europa hat diese Entwicklungen beschleunigt, wenn sich die Auswirkungen in Österreich auch bislang nicht so dramatisch wie andernorts gezeigt haben.

Im vorliegenden Sammelband steht im ersten Hauptteil die Analyse des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells und seiner Veränderung im Vordergrund. Die detaillierte Untersuchung einzelner Wirtschaftssektoren wie Industrie, Landwirtschaft, Banken und Dienstleistungen wird ergänzt um regionale Aspekte der österreichischen Wirtschaft. Generell zeigt sich, dass das in Österreich entstandene exportgetriebene Wirtschaftsmodell eine Konsequenz der mit dem Neoliberalismus verbundenen Schieflage der Einkommensverteilung darstellt.

BEIGEWUM (Hg.): Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderung seit dem EU-Beitritt. Wien: Mandelbaum Verlag, 2015, 373 S., € 19,90

Der zweite Hauptteil beginnt mit einer Analyse der umfassenden Veränderungen, aber auch von Kontinuitäten wirtschaftspolitischer Institutionen. Damit verknüpft erfolgt die Untersuchung weiterer für die österreichischen Entwicklungen relevanter Politikfelder wie Budget-, Sozial-, Frauen-, Energie- und Arbeitsmarktpolitik. Im dritten Teilabschnitt des Buches wird systematisch die Frage nach den Gewinnern und Verlierern gestellt. Dabei wird besonders deutlich, dass die Veränderung staatlicher und marktförmiger Strukturen zuungunsten der Lohnabhängigen zu höherer sozialer Ungleichheit geführt hat.

Die Bilanz der letzten 20 Jahre seit dem EU-Beitritt fällt daher durchwachsen aus. Der Sammelband bietet einen ausgesprochen gelungenen, sehr gut verständlichen und mit aussagekräftigem empirischem Material versehenen fundierten Überblick. Dieses profunde Verständnis ermöglicht es, Ansatzpunkte für progressive Veränderungen auszumachen. F

Kapitalismus versus Klimaschutz

Naomi Klein setzt beim Kampf gegen die globale Erwärmung viel Hoffnung in progressive zivilgesellschaftliche Allianzen

REZENSION:
FLORIAN WUKOVITSCH

Naomi Klein ist keine Wirtschaftswissenschaftlerin und vielleicht gerade deshalb eine der einflussreichsten Denkerinnen im Umfeld globalisierungskritischer Bewegungen. Ihr Buch „No Logo" aus dem Jahr 2000, das die Produktionsbedingungen westlicher Markenkonzerne unter die Lupe nahm, wurde in mehr als 20 Sprachen übersetzt und erreichte siebenstellige Verkaufszahlen. Wie kaum eine andere schafft es Klein, den Perspektiven einer kritischen Linken am beginnenden 21. Jahrhundert eine Stimme zu geben. Das beweist sie einmal mehr mit ihrem letzten großen Werk „This Changes Everything. Capitalism vs. the Climate" aus dem Jahr 2014; seit 2015 liegt auch eine – gelungene – deutsche Übersetzung mit dem Titel „Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima" vor.

Fünf Jahre umfassender Recherche schärften Naomi Kleins Bewusstsein dafür, dass der Klimawandel der von ihr thematisierten Ungleichheit vielleicht die alles entscheidende Dimension hinzufügt. Kommt es nicht alsbald zu einer grundlegenden politischen Umsteuerung, sind die heute de facto unumstrittenen internationalen Klimaziele keinesfalls mehr zu erreichen und die Folgen werden immer unberechenbarer.

Klein merkt bereits in den Einleitung selbstkritisch an, dass auch sie – als Vielfliegerin – die Klimaschädlichkeit ihres Lebensstils lange verdrängte. In weiterer Folge stellt sie aber die Machtfrage ins Zentrum ihrer Betrachtungen; und landet damit erneut bei den Interessen großer Konzerne, insbesondere der „Fossilindustrie".

Dabei nimmt Naomi Klein die Leserschaft ihres auch für Laien zugänglichen Werks auf eine lange Reise mit. Diese führt uns zu Sitzungen US-amerikanischer Klimaleugner, zu „Geo-Engineering"-Konferenzen, zur tragischen Geschichte der kleinen Pazifikinsel Nauru, aber immer wieder auch zu lokalen Initiativen, die sich gegen umwelt- und gesundheitsschädliche Formen einer neuen Phase der Ressourcenextraktion zur Wehr setzen. In diese „Blockadia" genannten Gruppierungen, die sich in den Jahren der Arbeit an dem Buch in zunehmendem Ausmaß formten und vernetzten, setzt Klein gemeinsam mit einer an Momentum gewinnenden Divestment-Bewegung und traditionellen zivilgesellschaftlichen Akteuren viel Hoffnung.

In der internationalen Politik wurde seit dem Fall des Eisernen Vorhangs anstelle erfolgversprechender klimapolitischer Lösungen vor allem die neoliberale Agenda aus Privatisierung, Deregulierung und Austerität vorangetrieben. Große Umweltorganisationen haben sich teilweise mit Erdölkonzernen verbündet und an der Entwicklung „marktgerechter Politiken" mitgewirkt. Und selbst die jüngste Phase der Armutsbekämpfung durch linke Regierungen in Südamerika basierte nicht zuletzt auf staatlichem Raubbau.

Naomi Klein: Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. S. Fischer, 704 S., € 26,99

Die Zeit, als Beschäftigungs- und Verteilungsziele von umwelt- und klimapolitischen Notwendigkeiten getrennt verfolgt werden konnten, ist aber vorbei. Vor diesem Hintergrund sieht Klein die historische Rolle neuer zivilgesellschaftlicher Allianzen aus Umweltbewegungen, Gewerkschaften und vielen anderen, die sich im Lichte der klimapolitischen Notwendigkeiten für soziale Gerechtigkeit und einen Umbau des bestehenden Wirtschaftssystems einsetzen. Ansatzpunkte dafür liegen nicht zuletzt in der Förderung ökologisch sinnvoller Investitionen, die sich auch positiv auf die Beschäftigungslage auswirken – insbesondere in kommunal kontrollierten erneuerbaren Energiesystemen oder im Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.

Allerdings haben die im Zuge der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise ungenutzten Chancen einer umfassenden staatlichen Investitionssteuerung die Grenzen progressiver Politiken offengelegt. Genau an diesen Grenzen gilt es nun zu rütteln, sollen die – nach Erscheinen des Buchs – im Dezember 2015 vereinbarten Pariser Klimaziele mehr sein als ein zahnloser Papiertiger. Initiativen dafür gibt es auch in Österreich: Mit „Wege aus der Krise" und den „Gutes Leben für alle"-Kongressen formieren sich hierzulande zunehmend zivilgesellschaftliche Allianzen, die konkrete Vorschläge zur sozial-ökologischen Erneuerung unseres Wirtschaftssystems entwickeln. F

Miteinander wachsen statt gegeneinander untergehen

Eine Studie aus 13 europäischen Ländern zeigt, warum die Europäische Union eine solidarische Lohnpolitik braucht

REZENSION:
SEPP ZUCKERSTÄTTER

Wie muss Lohnpolitik in Europa gestaltet werden, um eine inklusive, wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik zu unterstützen? Dieser Frage gingen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus 13 europäischen Ländern im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Lohnpolitik in Europa nach. Ihre Erkenntnisse sind nun beim VSA Verlag auch auf Deutsch erschienen.

Wann immer die EU als das große Friedensprojekt gelobt wurde, war für gewöhnlich auch der soziale Friede mitgemeint. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sollten in koordinierten Lohnverhandlungen den Gleichklang von Löhnen und Produktivität sicherstellen. Nur so kann sich nämlich die Nachfrage der großen Mehrheit der ArbeitnehmerInnen im Gleichtakt mit der Produktion entwickeln. Dass die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus durch kluge politische Steuerung behoben werden muss, war somit Teil des Nachkriegskonsenses.

Spätestens ab den 90ern setzte sich jedoch eine andere Sichtweise auf Löhne durch. Löhne wurden seither einseitig als Problem für die Wettbewerbsfähigkeit definiert. Bei Ausbruch der Krise hatte sich diese Sicht bei den Vertretern der EU-Kommission, der EZB und auch des Internationalen Währungsfonds, kurz der Troika, bereits weitgehend verfestigt.

Die desaströsen Auswirkungen der Troika-Politik auf die einzelnen Staaten werden im ersten Teil des Buches dargestellt. Sie betreffen nicht nur Krisenstaaten, sondern auch andere Länder, die direkt oder indirekt von der neuen wirtschaftspolitischen Regelung in der EU betroffen waren.

Im zweiten Teil zeigen die Kapitel sieben und acht, warum das Konzept, durch Lohnsenkungen und Exportgewinne die Krise zu überwinden, auf europäischer Ebene nicht funktionieren konnte.

Selbst beim „Exportweltmeister" Deutschland machen die Exporte nur ein Drittel der Gesamtnachfrage aus, und für die EU als Ganzes besteht die Nachfrage zu 85 Prozent aus inländischer – also europäischer – Nachfrage. Wer immer also die Löhne für einen Teil der europäischen Bevölkerung senkt, drückt damit auch die Nachfrage für Produkte oder Dienstleistungen Europas.

Mit der Schwächung der Kollektivvertragsverhandlungen wurde das Steuerrad für die Lohnentwicklung über Bord geworfen. In der, wie sich zeigte, unberechtigten Hoffnung, „der Markt" werde die Wirtschaft ins Gleichgewicht bringen. Demgegenüber steht eine alternative Sichtweise, wie sie in den Kapiteln neun bis elf skizziert wird, die auf eine – wenn auch voraussetzungsvolle – expansivere und solidarischere Lohnpolitik in Europa setzt.

Wachstum in einem stark integrierten Europa kann es nicht gegeneinander geben, auch wenn das die herrschende Wettbewerbs(des)orientierung behauptet. Eine inklusive, wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik ist nur miteinander möglich. Dazu braucht es statt Lohnsenkungswettläufen eine koordinierte produktivitätsorientierte Lohnpolitik, wie die Herausgeber in ihrer sehr lesenswerten Zusammenfassung darlegen. F

Torsten Müller/ Thorsten Schulten/ Guy Van Gyes (Hg.): Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance". VSA Verlag. 328 S., € 29,80

Kampf um öffentliche Leistungen – eine Bilanz

Hier sind die Beweise! Dieses Buch berichtet über Folgen von Liberalisierungsprojekten in Zahlen, Daten und Expertenbeiträgen

REZENSION: JOSEPH GEPP

Seit Jahrzehnten werden in Europa staatliche Leistungen dereguliert, liberalisiert und privatisiert. Nun steht ein Richtungsentscheid an, von dem viele nichts mitbekommen: Führt der Sparzwang zur noch stärkeren Entstaatlichung vieler Bereiche? Oder schwingt das Pendel in die Gegenrichtung – und Leistungen gehen zurück zu öffentlichen Playern, etwa Gemeinden? Tendenzen gibt es derzeit in beide Richtungen.

Mit diesen Fragen befasst sich ein aktuelles Kompendium umfassend, akribisch und durchaus parteiisch. Es versammelt Expertenbeiträge, etwa zu Public Private Partnerships, zum Dienstleistungsabkommen GATS und zu aktuellen Debatten wie den EU-Wasserliberalisierungsplänen.

Belege und Statistiken bleiben die Autoren keine schuldig, etwa zum massiven Beschäftigungsrückgang im Anschluss an Liberalisierungsprojekte in der E-Wirtschaft oder zum Missbrauch öffentlicher Gelder infolge der europaweiten Ausbreitung von Public Private Partnerships.

Fazit: eine umfassende, engagierte und verständliche Lektüre, die jene breiten Lücken füllt, die tagesaktuelle Berichte oft offenlassen. F

Oliver Prausmüller, Alice Wagner: Reclaim Public Services. VSA Verlag, 304 S., € 23,50

Marxistisches ökonomisches Grundlagenwissen, ohne Scheu vor Perspektiven

REZENSION:
GEORG FEIGL

Grundlegende Werke sind spätestens seit Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert" wieder in Mode. Je komplexer die Welt, desto mehr steigt die Sehnsucht nach Überblick und Einordnung. Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär in Deutschland, legt sich mit dem Titel seines neuen Buches „Kapitalismus verstehen" die Latte hoch: „Grundlagenwissen und Argumente für politisch und gewerkschaftlich Aktive" bzw. wirtschaftspolitisch Interessierte zu liefern, die auf der Höhe der Zeit sind. Das gelingt ihm erstaunlich gut.

Krämer geht davon aus, dass die Wirtschaft nicht begriffen werden kann, „wenn man abstrakt Marktprozesse betrachte". Es gebe folglich „keine unpolitische Ökonomie". Mit dem Mut zur Lücke spannt er den Bogen von der grundlegenden marxistischen Kritik der politischen Ökonomie über das Verhältnis von Kapitalismus, Staat und Demokratie bis hin zu tagesaktuellen Themen wie Freihandelsabkommen oder der holprigen wirtschaftlichen Entwicklung im Europa nach der Krise.

Gut gegliedert und mit vielen Abbildungen (die online auch aktualisiert abgerufen werden können), weiterführenden Hinweisen sowie Hervorhebung der Kernaussagen versehen, ist das Buch eine Mischung aus zeitgenössischer politökonomischer Analyse und wissensvermittelndem Lehrbuch. Unpraktisch für das österreichische Publikum ist, dass sich die Zahlen mitunter stark auf Deutschland beziehen.

Das Buch hebt sich wohltuend von anderen marxistisch inspirierten Werken ab, die sich in Textexegese erschöpfen, statt aktuelle Prozesse zu behandeln und Perspektiven zu entwickeln. Krämer scheut nicht davor zurück und skizziert zwei mittelfristige Szenarien: Einen „Neoliberalismus 2.0" oder eine „demokratisch gestaltete, realwirtschaftlich dominierte und auf sozial-ökologischen Umbau gerichtete Wirtschaftsentwicklung". In beiden Fällen käme dem Staat eine aktivere Rolle zu – beim Neoliberalismus 2.0 allerdings nur beschränkt auf Investitionen und Bildung und in Form von Private Public Partnerships.

Wohin die Reise geht, ist offen. Sich mit den politökonomischen Grundlagen auseinanderzusetzen kann bei der politischen Gestaltung jedenfalls helfen. Das vorliegende Buch ist für beides eine Bereicherung. F

Ralf Krämer: Kapitalismus verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart. VSA Verlag, 2015, 256 S., € 16,80

WER SORGT FÜR GERECHTIGKEIT?

FRAG UNS.

Die AK App mit dem Lexikon des Arbeitsrechts, mit Bankenrechner, Brutto-Netto-Rechner, Zeitspeicher, Urlaubsplaner, AK-Cartoons und mehr. Kostenlos erhältlich im App Store und Google play.

apps.arbeiterkammer.at

AK WIEN

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN